

AUFTRAG



HEFT 223 / 1996

35. JAHRGANG

- 5. AKADEMIE OBERST HELMUT KORN
50 Jahre nach Kriegsende
Krisen Überwinden – Verständigung finden
- FRIEDENSETHIK UND WERTEDISKUSSION
- ASYMMETRIE DER GESCHLECHTER
- KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE IN POLEN

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

AKADEMIE OBERST HELMUT KORN:

„50 JAHRE NACH KRIEGSENDE – KRISEN ÜBERWINDEN, VERSTÄNDIGUNG FINDEN“

Einführung in die Dokumentation der GKS-Akademie (Paul Schulz)	3
50 Jahre Demokratie in der Entwicklung (Manfred Hättich)	8
„Ein Ruinenfeld, wie es Europa noch nie gesehen hat“ – Deutschland und die Deutschen im Jahr 1945 (Wolfgang Altgeld)	13
Internationale Krisen und Konflikte und das Problem der Konfliktbearbeitung (Rudolf Hamann)	22
Bischofsgottesdienst in Dermbach/Thüringische Rhön (Stefan Kümpel/PS)	25
Welchen Wert können nationale Symbole heute haben – Die Wartburg heute und ihre Geschichte (Günter Schmidt)	27
40 Jahre Kirche in der DDR — zur Situation der katholischen Kirche in den neuen Bundesländern (Andreas Egenolf/PS)	35
40 Jahre Bundeswehr –Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten	
40 Jahre Bundeswehr – 5 Jahre Armee der Einheit (Edgar Trost/bt)	37
40 Jahre Bundeswehr – Anmerkungen aus der Sicht von Kirche und Seelsorge (Jürgen Nabbefeld)	40
40 Jahre Militärseelsorge (KNA)	46
50 Jahre nach Kriegsende: Krisen überwinden – Verständigung finden	
Schritte zur Versöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk (Wojciech Wieczorek)	47

FRIEDENSETHIK

Bedenkzeit – Lehren aus der Vergangenheit (Helmut Jermer)	52
Internationale Friedenstruppe für Bosnien (IFOR und Abkommen von Dayton) (PS)	59
Gewaltlosigkeit – eine Illusion? (Rolf M. Urrisk)	61

ASYMMETRIE DER GESCHLECHTER

Anthropologie der Geschlechter (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz)	63
---	----

WERTEDISKUSSION

Wertebewußtsein und Wertewandel (Eckhard Stuff)	67
Woran es fehlt in der Kirche (Andreas Püttmann)	68

KIRCHE IN DER GESELLSCHAFT

„Osteuropa – die Christen und der Friede in der Gesellschaft“ (Emil Kladiwa)	72
Katholische Militärseelsorge in Polen (Wolfgang Grycz)	75
„Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit“ (DBK)	79

AUS MILITÄRSEELSORGE, GKS UND RÄTEN

„Mit Jesus Christus auf dem Weg“ – Hl. Rock-Wallfahrt Trier 1996 (Carl Ursprung)	80
Spendenauftrag für die Aktion Nowospasskoje und Wallfahrt nach Santiago de Compostela	82
3. Lebensabschnitt „Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“ (Heinrich Havermann)	83
Weiterbildungsseminar für Führungskräfte der GKS	84
Zeitgemäße Soldatenbetreuung muß flexibel, ökumenisch und international sein (Paul Schulz)	85
GKS Kreis Bonn im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses (Jan-Philipp Görtz)	86
Nachbarschaftshilfe – Brücken nach Osteuropa	87

KURZ NOTIERT

39, 51, 74, 78, 81

PERSONALIA

88/89

TERMINE 1996

89

AUTOREN UND BEITRÄGE

90

BUCHBESPRECHUNGEN

3. UMSCHLAGSEITE

AKADEMIE OBERST HELMUT KORN

50 Jahre nach Kriegsende Krisen überwinden – Verständigung finden

Einführung in die Dokumentation der GKS-Akademie

Paul Schulz

1. Die Idee

Vom 6. bis 10. November 1995 führte die GKS das fünfte Seminar der alle zwei Jahre stattfindenden Akademie Oberst Helmut Korn durch. Mit dem Bonifatiushaus in Fulda, einer Bildungsstätte der Diözese unseres Militärbischofs, verfügt die GKS über einen geeigneten, zentral gelegenen Ort der Begegnung, der durch die vom Hl. Bonifatius, dem „Apostel der Deutschen“, begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist. Die Nähe zu Thüringen ermöglicht es zudem, einen Teil des deutschen Vaterlandes kennenzulernen, der sich immer noch nicht allen – und vor allem vielen jungen Leuten noch nicht – erschlossen hat. Mit einem räumlichen, thematischen und kulturellen Ausflug zu einem geschichtlich bedeutendem Ziel in Thüringen will die Akademie einen bescheidenen Beitrag zur Verständigung und zur inneren Einheit leisten. Nach Besuchen an der Innerdeutschen Grenze in den Jahren 1987 und 1989, in Erfurt 1991 und Weimar mit dem Konzentrationslager Buchenwald im Jahr 1993 war für dieses Seminar ein Ausflug nach Eisenach und zur kulturhistorisch und als nationales Symbol bedeutsamen Wartburg geplant.

Ziel der Akademie ist es, in einer ungezwungenen Atmosphäre und losgelöst von den Alltagspflichten jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld Beruf – Politik und Religion – Ethik aufzuzeigen.

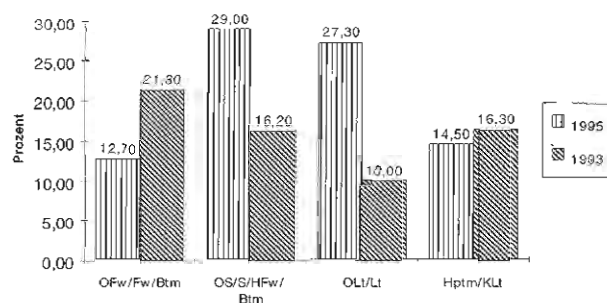
2. Oberst Helmut Korn

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Bildungseinrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn, benannt ist. Helmut Korn wurde am 4. November 1924 in Flörsheim/Main geboren. Am 12. Juni 1983 war er, herausgerissen aus dem aktiven Dienst als aufrechter Offizier der Bundeswehr und engagierter Laie in der katholischen Militärseelsorge, im Bundeswehrkrankenhaus Ulm verstorben. Von 1962 bis 1977 war Helmut Korn Bundesvorsitzender – damals noch bescheiden Sprecher genannt – des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und seit 1970 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

3. Die Teilnehmer

Die fünfte Akademie zählte 55 ständige Teilnehmer (Vergleichszahlen 1987: 32, 1989: 76, 1991: 63, 1993: 80). Von diesen waren 25 Offiziere, 24 Unteroffiziere, je 2 Soldaten a.D. und d.R. sowie 1 Militärdekan und 1 Angestellter des Katholischen Militärbischofsamtes.

Anteile der am stärksten vertretenen Dienstgradgruppen



Das Durchschnittsalter der Teilnehmer lag bei 32,74 Jahren. Damit ist erstmals das Ziel, vor allem jüngere Offiziere und Unteroffiziere anzusprechen erreicht worden. Wie auch 1993 verzichtete die Seminarleitung darauf festzustellen, welche Soldaten ehemalige NVA-Angehörige waren. Dies spielte auch bei den Teilnehmern keine Rolle, deren Standorte im Bereich des IV. Korps/TerrKdo Ost liegen (5 Teilnehmer).

Besonders hervorgehoben werden soll, daß erstmals eine Soldatin – StUffz (w) der SanTr – beim Seminar anwesend war und keine Probleme hatte, sich in der immer noch traditionellen Männergesellschaft zu behaupten.

4. Das Thema

Mit dem Thema „50 Jahre nach Kriegsende, Krisen überwinden – Verständigung finden“ wollte die GKS dem Gedächtnisjahr 1995 Tribut zollen. Allerdings stand nicht die Rückschau auf das Jahr 1945 und die Fixierung auf das Ende des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund. Nach dem totalen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung 1945 eröffnete sich für alle Bereiche des öffentlichen Lebens die Chance für einen Neuanfang. Eine wehrhafte Demokratie, die auf unverän-

derlichen Grundrechten, auf Rechts- und Sozialstaatlichkeit gründete, sollte aufgebaut werden. Das Seminar wollte der Frage nachgehen, was aus diesem Neuanfang geworden ist und versuchte eine innenpolitische wie zwischenstaatliche Standortbestimmung. Diese Standortbestimmung sollte nicht statisch begriffen werden, sondern nur als Analyse eines lebhaften demokratischen Prozesses, an dessen Weiterentwicklung auch der Soldat beteiligt war und ist. Diese Absicht wird in den Themen des Seminars deutlich:

- „50 Jahre Demokratie in der Entwicklung – Rückblick und Standortbestimmung“, Prof. Dr. Manfred Hättich
- „Ein Ruinenfeld, wie es Europa noch nicht gesehen hat – Deutschland und die Deutschen im Jahr 1945“, Prof. Dr. Wolfgang Altgeld, Würzburg
- „Internationale Krisen nach 1945 – Ursachen, Möglichkeiten für Krisenmanagement und -bewältigung“, LtdWissDir Dr. habil. Rudolf Hamann, FÜAk Hamburg
- Eucharistiefeier mit dem Katholischen Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, in Dermbach/Thüringische Rhön
- Exkursion nach Eisenach
 - „Welche Bedeutung können nationale Symbole heute haben? – Die Wartburg heute und ihre Geschichte“, OStDir Dr. Günter Schmidt, Leiter des Martin-Luther-Gymnasiums Eisenach
 - Besichtigung der Wartburg
 - „Elisabeth von Thüringen“, Wortgottesdienst in der Pfarrkirche St. Elisabeth in Eisenach und Gespräch mit Domkapitular Pfarrer Dr. Hans-Andreas Egenolf zum Thema „Die katholische Kirche in den neuen Bundesländern“
- „40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“,
 - „40 Jahre Bundeswehr, 5 Jahre Armee der Einheit“, GenLt Edgar Trost, Kommandierender General II. Korps Ulm und Schirmherr der Akademie
 - „Anmerkungen aus der Sicht von Kirche und Seelsorge“, Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld
- „Krisen überwinden – Verständigung finden: Schritte zur Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“, Botschafter a.D. Wojciech Wiercorek, letzter Botschafter der Republik Polen in der DDR

5. Ablauf und Inhalt

Montag, 6. November 1996

Wie in den Vorjahren begann die Akademie mit einem Empfang der Stadt Fulda im barocken Stadtschloß, dem früheren Wohnsitz der Fürstbischöfe und heute repräsentatives Rathaus der Stadt Fulda. Da der einladende Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger – er erhielt 1994 bei der ersten Direktwahl eines Stadtoberhauptes nach der Durchführung der hessischen Gemeindereform 74 Prozent der Stimmen und ist der dienstälteste Bürgermeister in Hessen – verhindert war, begrüßte Stadtbaurat Gehrke die Seminarteilnehmer in Fulda und führte sympathisch in Geschichte und aktuelle Situation der Stadt ein. Auch wegen der anschließenden

Führung durch das sehenswerte Stadtschloß gelang ein schneller und harmonischer Einstieg in die Seminaratmosphäre.

Abends fand als offener Akademieabend der Vortrag von Prof. Dr. Manfred Hättich, Ordinarius für Politikwissenschaften in Mainz, zum Thema „50 Jahre Demokratie in der Entwicklung – Rückblick und Standortbestimmung“ statt. Prof. Hättich, Jahrgang 1925, hat als Zeitzeuge die politische Entwicklung seit 1945 nicht nur miterlebt, sondern auch fachlich durchleuchtet und bewertet. Er machte deutlich, daß die Demokratie als Herrschaftsform von den Unzulänglichkeiten des Menschen ausgehe und deshalb Mechanismen installiere, die deren Sozialschädlichkeit mindern könne. Die Demokratie zeichne sich gegenüber der Diktatur durch die Freiheit zu öffentlichen moralischen Urteilen aus. Schlimm sei allerdings das heute in Deutschland weit verbreitete, idealisierende und moralisierende politische Denken und die Emotionalisierung der politischen Argumentation. Die Demokratie sei ein politisches System, aber kein Moralsystem. Nach Auffassung von Prof. Hättich ist politische Bildung die notwendige Voraussetzung, damit die Bürger möglichst immun gegen Verführung werden. Der Vortrag ist auf den Seiten 8 bis 12 wiedergegeben.

Dienstag, 7. November

Am Vormittag trug der Würzburger Professor für neuere Geschichte, Dr. Wolfgang Altgeld, vor zum Thema „Ein Ruinenfeld, wie es Europa noch nicht gesehen hat – Deutschland und die Deutschen im Jahr 1945“. Gerade für die Mehrzahl der Jüngeren, die Krieg und Nachkriegszeit nicht bewußt erlebt haben, wurde die damalige Lage und Situation, in der die Menschen lebten und den Neuanfang wagten, deutlich (s.S. 13 ff.). Nachmittags stellte der LtdWissDir an der Führungsakademie der Bundeswehr (Fachbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte) und Dozent für Konfliktforschung, Dr. Rudolf Hamann, die Randbedingungen internationaler Sicherheit, Kriegsursachen und die Möglichkeiten des Eingreifens bei Krisen sowie die Probleme eines Krisenmanagements dar. Der Vortrag war – wie Soldaten es lieben – knapp, systematisch, anschaulich und informativ. Er wurde von vielen Seminarteilnehmern als für sie besonders wertvoll bezeichnet (s.S. 22 ff.).

Abends feierte der katholische Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, mit der Akademie die Hl. Eucharistie in der barocken Kirche in Dermbach/Thüringische Rhön. Dermbach ist eine Gründung der Fuldaer Äbte und war während der DDR-Zeit vom Bistum Fulda abgeschnitten. Entsprechend groß war die Anteilnahme der Dermbacher Gemeinde an dem für sie ungewohnten Soldatengottesdienst mit ihrem Bischof. Die Dermbacher waren nicht damit vertraut, daß Soldaten ihre Kirche mit kräftigem Gesang füllten. Die unmittelbar der Kirche gegenüber liegende Kaserne der Grenztruppen war im Gegenteil früher der atheistische Gegenpol zu ihrem Gotteshaus gewesen. Die Begrüßung der Soldaten durch den Pfarrer von Dermbach, Stefan Kumpel, und Gedanken aus der Predigt des Militärbischofs sind auf Seite 25/26 wiedergegeben. Der Tag schloß bei einem rustikalen Büfett mit Spezialitäten aus der Rhön im örtlichen Gasthaus „Zum Baier“.

Mittwoch, 8. November

Der Mittwoch mit der Exkursion nach Eisenach, mit Besichtigung der Wartburg und Begegnung mit dem Lebensweg der Hl. Elisabeth von Thüringen, war sicherlich der emotionale Höhepunkt der Seminarwoche. Einen altphilologischen Leckerbissen präsentierte OStDir Dr. Günter Schmidt, Leiter des Eisenacher Martin-Luther-Gymnasiums, mit seinem Vortrag „*Welche Bedeutung können nationale Symbole heute haben? – Die Wartburg heute und ihre Geschichte*“ (s.S. 27 ff.). Für ältere Soldaten ist es immer noch nicht normal, geschichtsträchtige Stätten in den neuen Bundesländern zu betreten und zu erleben, was Jahrzehnte für sie unerschwingbar war.

Entsprechend groß war auch das Interesse am Wortgottesdienst zum Thema „*Elisabeth von Thüringen*“ in der Pfarrkirche St. Elisabeth und am anschließenden Gespräch mit Domkapitular Pfarrer Dr. Hans-Andreas Egenolf zum Thema „*Die katholische Kirche in den neuen Bundesländern*“ (siehe auch Seite 34 ff.).

Donnerstag, 9. November

Der Donnerstag schlug den Bogen von der Frage „woher kommen wir, was hat die Bundesrepublik Deutschland geformt?“ hin zur aktuellen Situation der Soldaten, die Dienst in einer Armee leisten, die die längste Friedenszeit in der neueren deutschen Geschichte erlebt. Und dennoch stecken die Soldaten der Bundeswehr in einer totalen Umbruchsituation, aus der sich die Fragen nach ihrem Selbstverständnis und der ethischen Begründung ihres Tuns ergeben.

Zum Thema „*40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten*“, hatten die Organisatoren der Akademie als Referenten den Kommandierenden General des II. Korps, GenLt Edgar Trost und den neuen Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld gewinnen können.

Generalleutnant Edgar Trost, Schirmherr der Akademie seit 1993, betonte in seinem mit „*40 Jahre Bundeswehr, 5 Jahre Armee der Einheit*“ überschriebenen Vortrag, daß sich in den 40 Jahren des Bestehens der Bundeswehr notwendigerweise Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten ergeben mußten. Die Bundeswehr habe sich als Armee in der Demokratie und als Armee der Einheit bewährt. Der soldatische Auftrag müsse heute angesichts eines gewandelten politischen und auch kirchlichen Umfelds erneut und immer wieder überdacht und begründet werden. Dieser soldatische Auftrag verlange ein ausgeprägtes Bewußtsein für die politische Dimension militärischen Urteilens und Handelns wie auch für die ethisch-moralische Dimension des soldatischen Dienstes heute. Militärische Einsätze könnten nie Ersatz für Politik sein; wohl aber könnten sie die Politik erst wieder zum Handeln befähigen. Christsein und Soldatsein seien unter diesen Aspekten kein Widerspruch, sondern aufeinander bezogen (Zusammenfassung des Vortrags s.S. 37 ff.).

Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld unterstrich in seinen „*Anmerkungen aus der Sicht von Kirche und Seelsorge*“ den Auftrag und das Selbstverständnis des Soldaten aus kirchlicher Sicht, wie sie schon, und auch heute noch gültig, das 2. Vatikanische Konzil dargestellt hat. Der Soldat müsse sich als Diener der Sicherheit und Freiheit nicht nur seines Vol-

kes, sondern der Völker insgesamt verstehen und verhalten. Der Auftrag des Soldaten ziele damit letztendlich auf eine für alle Völker geltende Friedensordnung. Hier sei auch der Zusammenhang mit den und die Begründung für die neuen Aufgaben der Bundeswehr, z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen, zu sehen (der Vortrag ist auf den Seiten 40 ff. abgedruckt).

Am frühen Nachmittag besuchten die Seminar Teilnehmer das Grab des Hl. Bonifatius. Domkapitular Dr. Werner Kathrein, Professor für Kirchengeschichte in Fulda, führte durch den Dom, machte den interessiert zuhörenden Soldaten die Person des Hl. Bonifatius lebendig und stellte den Bezug zur abendländisch-europäischen Geschichte her. Er führte die Gruppe auch noch in das karolingische Kleinod von Fulda, die Michaelskapelle.



Rotunde und Apsis der Michaelskirche in Fulda, ein in den Jahren 812 bis 822 errichteter karolingischer Rundbau

Wer war Bonifatius?

Um 675 in Crediton, nahe Englands Südküste, geboren und auf den Namen Winfried getauft, wird er in jungen Jahren Mönch und Priester in den Benediktinerklöstern Exeter und Nursling. Ein mächtiger missionarischer Drang läßt den jungen Mönch nicht los. Der Abt gibt schließlich 716 seine Erlaubnis für die Missionsarbeit im Lande der Friesen, wo der Glaubensbote Willibrord seit Jahren wirkt. Doch Kriegswirren und Haß der heidnischen Friesen lassen Winfrieds Wirken ohne Erfolg. Nach einigen Monaten kehrt er zurück in sein Kloster, um noch einmal 2 Jahre der Vorbereitung zu widmen. 718 nimmt er erneut



Grabmal des Hl. Bonifatius, des Apostels der Deutschen (675–754), im Fuldaer Dom.

„Alles, was später in politischer, kirchlicher und geistiger Hinsicht in Deutschland erwachsen ist, steht auf dem Fundament, das Bonifatius gelegt hat, ..., denn er ist der geistige Vater unseres Volkes.“

(Heinrich Leo, Historiker)

Abschied; diesmal für immer. Nie wird er England wiedersehen! Er reist nach Rom. Vom Hl. Vater will er Sendung und Segen zu seinem Missionswerk erbitten. Am 14. Mai 719 kniet Winfried zu den Füßen Papst Gregors II. An diesem Tag feiert die römische Kirche das Fest des Hl. Martyrers

Bonifatius. Gregor II. gibt dem Benediktinermönch Winfried den Namen des Tagesheiligen; von diesem Tage an trägt der vom Papst gesandte Missionar den Namen Bonifatius.

Er zieht über die Alpen, beginnt sein Missionswerk in Thüringen, geht aber dann noch einmal nach Friesland zu Willibrord; begibt sich 721 nach Hessen, wird 722 nach Rom zurückgerufen und dort am 30. November zum Bischof geweiht. 723 fällt er die Donareiche bei Fritzlar, 725 geht er wieder nach Thüringen. Er bleibt in dauernder brieflicher Verbindung mit Rom und England. Gregor III. ernennt ihn zum Erzbischof. 738 wird er bei seiner dritten Romreise päpstlicher Legat für das Frankenreich, gründet Bistümer (Büdingen, Erfurt, Würzburg), ordnet in Bayern die Diözesen und sorgt für gute Bischöfe, übernimmt selbst den Bischofsstuhl von Mainz, hält mehrere Kirchenversammlungen zusammen mit den Großen des Frankenreiches.

Durch seinen Schüler Sturmianus läßt er 744 das Kloster Fulda gründen; es wird sein Lieblingskloster, er zieht sich zur Rast nach Fulda zurück (Bischofsberg, jetzt Frauenberg) und bestimmt Fulda als seine Grabstätte.

Im Alter von fast 80 Jahren zieht er nochmals an den Ort seines ersten apostolischen Wirkens nach Friesland, wo er am 5. Juni 754 von heidnischen Friesen mit 52 Gefährten ermordet wird. Utrecht und Mainz möchten den Leib des Heiligen bestatten, doch der letzte Wille des Martyrers, in Fulda beigesetzt zu werden, wird bereits am 9. Juli 754 erfüllt.

(Quelle für Bild und Text: Andenken an Ihren Besuch am Bonifatiusgrab, Hrsg.: Das Domkapitel in Fulda)

Höhepunkt und thematischer Abschluß des Seminars war der Vortrag des letzten Botschafters der Republik Polen, des Publizisten Wojciech Wiczorek, in der DDR zum Thema „Krisen überwinden – Verständigung finden: Schritte zur Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“. Dieser Vortrag war mit großer Spannung erwartet worden, weil man nach den interessanten Ausführungen deutscher Fachleute, erfahren wollte, wie ein kritischer Vertreter aus einem Land des ehemals gegnerischen Lagers, aber heute Deutschland freundschaftlich, wenn auch noch nicht ganz unproblematisch verbundenen Nachbarland unsere Situation beurteilt (Vortrag s.S. 47 ff.).

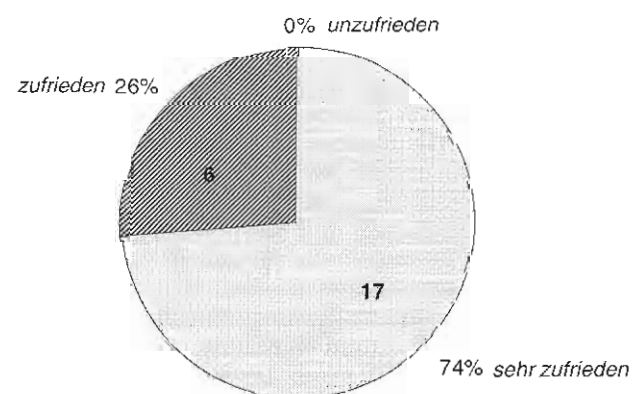
Bei dem Empfang des Militärbischofs für die Teilnehmer der Akademie und geladene Gäste aus Politik, Kirche und Bundeswehr zeichnete Erzbischof Johannes Dyba den ehemaligen Bundesvorsitzenden der GKS und Präsidenten des Apostolat Militaire International, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, für sein außergewöhnliches und seit Jahrzehnten andauerndes, herausgehobenes Engagement im Laienapostolat mit dem vom Papst verliehenen Komturkreuz des Ritterordens zum Hl. Papst Sylvester aus (s. AUFTRAG 222, S. 68).

Das Seminar schloß am Freitag, dem 10. November, mit einer vom Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Msgr. Walter Theis, zelebrierten Eucharistiefeier.

6. Auswertung

Etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmer füllte vor Antritt der Rückreise noch einen Auswertebogen mit Fragen zum Seminar aus. Die Auswertung der vorliegenden 23 Stellungnahmen zeigt folgende Einzelergebnisse:

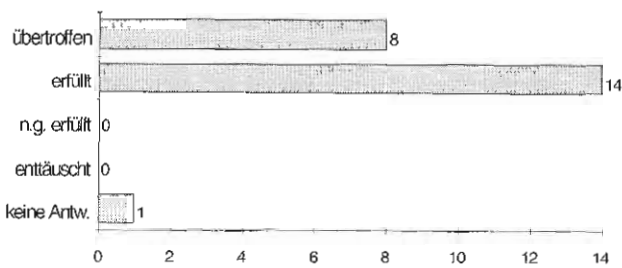
Mit dem Seminar waren insgesamt



Gründe für die Teilnahme :

(Mehrfachnennungen möglich)	
— Interesse an Thematik	14
— Interesse an der GKS	4
— Gemeinsch. mit anderen, wertvolle Gespräche	3
— Weiterbildung	2
— Besinnung auf eth. Grundlagen des Soldatenberufs	2
— Erfahrungen früherer Seminare	2
— Vertiefung des Glaubens	1
— keine Angaben	1

Die Erwartungen an das Seminar wurden



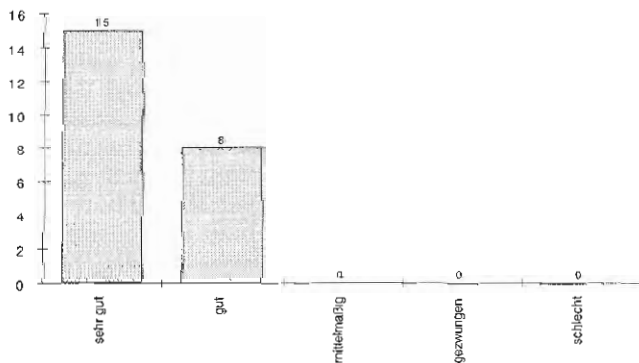
Als besonders wichtig wurden die Themen genannt:

(Mehrfachnennungen möglich)

— Exkursion nach Eisenach	6
— „Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“	5
— „Ursachen, Möglichkeiten für Krisenmanagement und -bewältigung“	4
— „Schritte zur Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“	4
— alle Themen im Zusammenhang	2
— „50 Jahre Demokratie in der Entwicklung“	1
— „Deutschland und die Deutschen im Jahr 1945“	1
— „Bedeutung nationaler Symbole heute“	1
— keine Angaben	5

Elf Teilnehmer gaben an, daß sie mit einem Thema oder auch mit einem Referenten Schwierigkeiten hatten, für zwölf hatten sich jedoch keine Probleme ergeben.

Der Atmosphäre im Seminar empfanden als



Die Themenauswahl fanden

(Mehrfachnennungen möglich)

— (sehr) gut/gelungen	20
— auf Zuhörerkreis abgestimmt	3
— ausgewogen, interessant, hoher aktueller Bezug	3
— keine Angabe	1

Gefragt wurde auch, über welches Thema die Teilnehmer gern mehr gehört hätten. Keine Angaben machten 8 Teilnehmer. Dagegen wurde die Themen

— „Ursachen, Möglichkeiten für Krisenmanagement und -bewältigung“	6 mal
— „Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“	4 mal
— die übrigen Themen je einmal genannt.	

Zusätzlich hätten einzelne gern auch noch mehr zu Themen wie „Frauen in der Bundeswehr“, „Dienstausgleich“, „Persönliche 'Wendeerlebnisse' Betroffener“ und „mehr Informationen zur GKS“ erfahren.

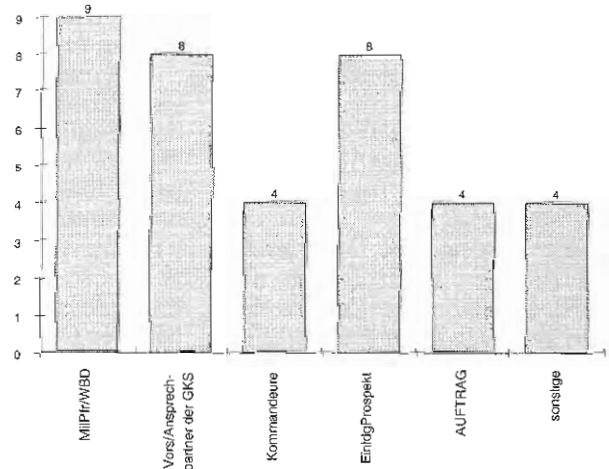
Es wurde auch danach gefragt, wie die Referenten angekommen waren. Mit sehr gut und gut wurden die Referenten allgemein von 17 Teilnehmern bewertet. Vier machten keine Angaben. Kritik, die geäußert wurde, bezog sich auf schweres sprachliches Verständnis, starke Konzeptbindung oder zu hochtrabender Vortrag (je 1 Nennung). Die höchste Akzeptanz erzielten Dr. Hamann und General Trost mit ihren Vorträgen, vermutlich weil sie es gewohnt sind, vor und für Soldaten zu sprechen.

In dem Seminar haben 18 Teilnehmer viel Neues und 15 bisher Gewußtes besser verstehen gelernt. Niemand fühlte sich durch das Gehörte verunsichert oder war der Ansicht nichts gelernt zu haben, weil er bereits alles wußte.

Die Zeit für Nachfragen und Gespräche empfanden 17 als so richtig. 8 hielten die Zeit für zu knapp bemessen. Die Frage, ob man sich soviel an Gesprächen beteiligen konnte wie man wollte, beantworteten 19 (82,6 %) mit ja, während drei keine Antwort darauf gaben und einer der Ansicht war, er habe sich zu wenig beteiligen können, weil alles zu schnell ging.

Daß täglich Gottesdienste angeboten wurden fanden 22 Teilnehmer (95,6 %) (sehr) gut und wichtig. Nur ein Teilnehmer machte dazu keine Angabe.

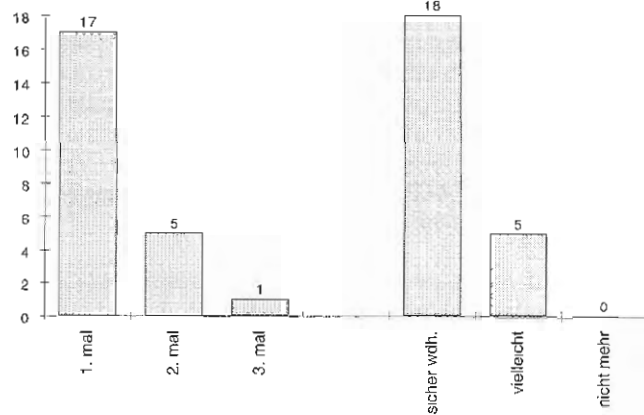
Wichtig für die Planung und Ausschreibung der nächsten Akademie im Jahr 1997 ist die Frage über wen oder durch welches Medium die Teilnehmer von diesem Seminar erfahren hatten. Die Frage ergab (bei Mehrfachnennungen und Überschneidungen) folgenden Hinweis:



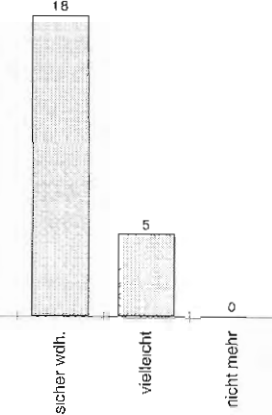
Eindeutig geht daraus hervor, daß die persönliche Ansprache möglicher Interessenten durch Militärpfarrer, Vorsitzende und Ansprechpartner der GKS und Vorgesetzte das wirksamste Mittel der Werbung ist. Einladungsprospekt und Hinweise im AUFTRAG sind häufig nur ergänzende Informationen.

Eine abschließende Frage des Auswertebogens bezog sich auf die Erst- und Mehrfachteilnahme an einem Seminar der Akademie sowie auf die Absicht an einem weiteren Seminar teilzunehmen. Die Antworten sind aus dem nachfolgenden Diagramm zu ersehen.

Häufigkeit der Teilnahme



Wiederholungsabsicht



* * * * *

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Auswertung keine unangenehmen Überraschungen ergab. Im Gegenteil, die Antworten und Anmerkungen ergaben einen hohen Grad an Zufriedenheit und Übereinstimmung in den Vorstellungen und Erwartungen sowohl des Vorbereitungsteams als auch der Teilnehmer an der GKS-Akademie. Einige Bemerkungen, die zwar in den Fragebögen enthalten sind, aber wegen der Personenbezogenheit nicht veröffentlicht werden können oder die Vorschläge für die 6. Akademie enthalten, werden im Exekutivausschuß der GKS erörtert und ggf. bei den anlaufenden Vorbereitungen berücksichtigt.

50 Jahre Demokratie in der Entwicklung

Manfred Hättich

Den Jubiläumsritualen haftet ein ordnungssüchtige Willkür an. Auch wenn Ordnung und Willkür sich zu widersprechen scheinen, so gibt es außer dem Ordnungssinn doch kaum einen sachlichen Grund, die Entwicklungen und Ereignisfolgen in ein Schema runder Zahlen zu pressen.

Diese Aussage ist wohl nicht falsch. Aber sie ist insofern zu abstrakt und lebensfern, als sie das Bedürfnis nach Erinnern und Gedenken vernachlässigt. Dafür sind Periodisierungen Hilfsmittel. Das ist im privaten nicht viel anders als im öffentlichen Leben. Natürlich kann ich im 48. Lebensjahr mein Leben genau so überdenken wie im 50. Aber man fühlt sich am 50. Geburtstag eher dazu veranlaßt, weil es eine Konvention ist, den Fünfzigsten als eine Art Einschnitt zu betrachten.

Über die Entwicklung der deutschen Demokratie nachzudenken ist in den Jahren 1992 oder 1997 nicht weniger begründet als im Jahre 1995. Aber ohne besondere Beachtung der Tatsache, daß nun vor fünfzig Jahren die Nazi-herrschaft in den Trümmern des Zwei-

ten Weltkrieges versank, gäbe es die vielfache öffentliche Auffrischung der Erinnerung nicht.

Erinnerung ist aber eine Bedingung für das Verstehen der Gegenwart. Man sollte sich jedoch bewußt bleiben, daß Erinnern zu jedem Zeitpunkt möglich und sinnvoll ist. Auf der Wanderung ist es zu jeder Zeit sinnvoll, sich des zurückgelegten Weges zu vergewissern. Aber ein krampfhaftes Bemühen, ständig darüber nachzudenken, bremst das rüstige Ausschreiten in die Zukunft. Es liegt nahe, bei der Rast zurückzublicken. Und zum Rasten sucht man sich einen geeigneten Platz mit Erholungswert. Es ist gut, sich in Ruhe zu erinnern, weil sich die Gedanken besser ordnen lassen als in nervöser Unruhe. An solcher Ruhe hat es in diesem Jahr etwas gefehlt.

Die fünfzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, derer in diesem Jahr so massiert gedacht wird, stellen keine sachlich begründete Zäsur dar. Es ist eben die Konvention der runden Zahl oder, in diesem Falle etwas plastischer, eines halben Jahrhunderts. 1989, als die unmenschliche Grenze zwischen der DDR und der BRD fiel

und im Jahre 1990 als dem Jahr der Wiedervereinigung war Besinnung auf die seit der NS-Diktatur zurückgelegte Wegstrecke naheliegender. Aber es war wenig Zeit zum Rasten. Naturgemäß gab es in der Politik eher Nervosität.

Bedenkt man den Stellenwert, den die deutsche Teilung und die Existenz der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland während der vierzig Jahre seit 1949 für die deutsche Politik hatte, dann wird man den Untergang der DDR und die Wiedervereinigung als das herausragende und folgenreichste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnen können.

Nun ist mit unserem Thema primär die Entwicklung der deutschen Demokratie, nicht die deutsche Nachkriegsgeschichte mit allen ihren Aspekten gemeint. Wir feiern am 3. Oktober den Tag der deutschen Einheit. Das zentrale Thema ist also die Nation und nicht die Demokratie. Die Demonstrationen der Bürgerbewegungen in der DDR begannen mit dem Ruf „wir sind das Volk“. Das war eine Parole für Demokratie und gegen Unterdrückung. Dann hieß es „wir

sind das Volk“. Das war eine Parole für Demokratie und gegen Unterdrückung. Dann hieß es „wir sind e i n Volk“. Die Grenze durch Deutschland wurde sinnlos mit der Machtlosigkeit des kommunistischen Regimes. Und es erklang der Ruf „Deutschland, einig Vaterland“. Das ursprüngliche Freiheitsverlangen steigerte sich zum nationalen Pathos.

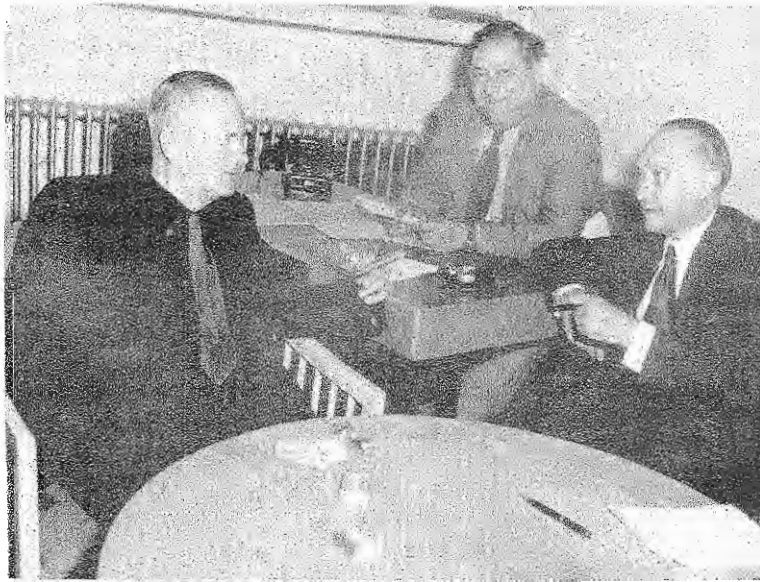
Ich will die hierin zum Ausdruck kommende Symbolik nicht überbewerten. Aber symptomatisch ist sie schon. Es war auch in der Folgezeit immer mehr von der Einheit und vom Zusammenwachsen als von der Freiheit Rede. Ich will gutgemeinte Reden über das notwendige Verständnis zwischen Ost- und Westdeutschen nicht diffamieren. Aber ich frage mich doch manchmal, ob da im Reden von der inneren Einheit und von der Überwindung der Mauer in den Herzen nicht ein wenig zu viel politische Lyrik enthalten ist.

Mitunter habe ich den Eindruck, ich sollte als in Bayern lebender Badener künftig zu den Sachsen und Mecklenburgern ein innigeres Verhältnis entwickeln als zu den Saarländern und Friesen. Natürlich gibt es in dem viele Jahre verhinderten Zusammentreffen von Ost- und Westdeutschen Probleme und unliebsame Verhaltensweisen. Ich kenne leider zu viele Beispiele für arrogante Kolonialstilmanieren von Westdeutschen in den neuen Bundesländern. Ich kenne aber auch eben nicht wenige Beispiele von wehleidigen Ostdeutschen, welche die Arroganz des Eroberers beim Westdeutschen geradezu antizipieren, als würde ihnen ohne dieses Feindbild vom häßlichen Wessi etwas fehlen. Und natürlich haben wir Probleme in der Angleichung der Lebensverhältnisse und in der Behebung schlimmer Schäden von 40 Jahren Sozialismus. Es sind handfeste Maßnahmen und Anstrengungen von beiden Seiten nötig.

Zur Rückbesinnung auf die letzten Jahre seit 1989 gehört meines Erachtens auch die Erfahrung, daß von Freiheit und Demokratie im Zusammenhang mit der deutschen Einheit immer weniger die Rede ist.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen in den vorausgehenden Jahrzehnten stand unter der Maxime des Vorrangs der Frei-

Kurt Schumacher (1895–1952, SPD) und **Konrad Adenauer** (1876–1967, CDU) am 10. September 1949 bei einer Besprechung im Bundeshaus; am Schreibtisch als Protokollführer **Carlo Schmid** (1896–1979, SPD). (Foto aus: Politik im 20. Jh.; hrsg. von Hans-Hermann Hartwich, 1974, Seite 161)



heit. Die Einheit sollte nicht mit dem Verzicht auf Freiheit erkaufte werden. Sie wäre sonst viel früher erreichbar gewesen. Wenn etwas zur unverzichtbaren Bedingung für ein Ziel gemacht wird, dann bedeutet dies, daß die Bedingung wichtiger als das Ziel eingeschätzt wird. Schon der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer hat die Auffassung geäußert, daß man über die staatliche Einheit reden könnte, wenn die Ostdeutschen – (damals sprach man von Mitteldeutschland) – die Freiheit erhalten würden.

Es gab im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung eine Verfassungsdiskussion. Sie verlief naturgemäß kontrovers. Der Auffassung, außer vereinigungsbedingten Veränderungen solle alles bleiben, standen Wünsche nach etlichen Ergänzungen bis hin zu einer Art Totalrevision gegenüber. Von manchen wurde einfach unterstellt, daß ein neuer Staat entsteht, der auch eine neue Verfassung braucht. Rational begründet wurde diese Position kaum. Es war wohl eher ein Gefühl von einem Umbruch und Neubeginn wirksam. Und die Beibehaltung der alten bundesrepublikanischen Verfassung, die am Anfang ja auch als provisorisches Grundgesetz verstanden wurde, war für manche mit dem Ruch behaftet, daß die neuen Länder gewissermaßen okkupiert werden sollen. Dieser Eindruck war natürlich vor allem bei Ostdeutschen anzutreffen (und bei einigen Westdeutschen, die immer schon auf irgendeine Art eine ge-

wisse mentale Nähe mit der DDR hatten oder suchten).

Ansonsten war meiner Meinung nach hier auch ein Zeitgeistphänomen im Spiel. Es gibt eine verbreitete Neuerungs sucht, die Reflexionen über Ziele und Zwecke in den Hintergrund treten läßt. Was neu ist, das ist gut, – und es ist eben gut, weil es neu ist. Es ist erregend, seine Zeit als Zeit des Umbruchs zu erleben. Eingefahrene Gleise zu verlassen, vermittelt ein Gefühl der Progressivität. Man fühlt sich an der Spitze des Fortschritts. Es war eben sozusagen „Wendezeit“. Öfter war zu hören, nach der Wende in Ostdeutschland könne auch die BRD nicht mehr dieselbe sein wie zuvor. Das war schon insofern nicht falsch, weil die frühere BRD ein Begleitumstand der deutschen Teilung war und sich gewissermaßen als treuhänderische Verwaltung des ganzen und in Zukunft wieder erstrebten deutschen Staates verstand. Dieses Ziel, das dem westdeutschen Staat den Stempel eines Provisoriums aufdrückte, war nun erreicht.

Die Frage war aber, ob dies eine zureichende Begründung für eine völlig andere deutsche Verfassung war. Staatsziel der BRD war nicht nur die Überwindung der staatlichen Teilung, also die Einheit bis dahin ideell aufzubewahren und somit den Anspruch zu erheben, für alle Deutschen zu handeln. Es ging nicht minder um die Bewahrung und Bereitstellung der freiheitlichen demokratischen Ordnung, die den Ostdeutschen von den kommuni-

nistischen Herrschern vorenthalten wurde. Und die These derer, welche die Auffassung vertraten, das Grundgesetz der BRD habe sich insgesamt bewährt und könne im Wesentlichen so bleiben, war nicht minder berechtigt.

Es gibt nicht beliebig viele Varianten einer liberal-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundstruktur der politischen Ordnung. In Konsequenz der historischen Bedingungen war die Demokratie westlichen Musters für die bundesrepublikanische Ordnung maßgebend. (Alternativen wie etwa die Wahl zwischen Präsidialdemokratie und parlamentarischer Demokratie spielen auf dieser grundsätzlichen Ebene keine maßgebliche Rolle.) Viele Prozeduren des politischen Systems können unterschiedlich geregelt sein. Damit es als freiheitliche Demokratie realisiert werden kann müssen einige Grundprinzipien wie allgemeine freie Wahlen, Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit usw. gegeben sein. Damit soll angedeutet sein, daß der für den Bestand der Demokratie notwendige Ordnungskonsens sich auf einige essentielle Strukturprinzipien konzentrieren muß. Darüber hinaus kann die je konkrete Demokratie zusätzliche Ausprägungen aufweisen, die durchaus auch umstritten sein können. Wenn ein Teil eine solche Variante ablehnt, der andere Teil sie aber für so wesentlich hält, daß er ohne sie Demokratie als nicht vorhanden betrachtet, dann liegt ein systemlabilisierender Dissens in der Grundordnung vor.

Ich nenne zwei Beispiele, die mit der Entwicklung der deutschen Demokratie, vor allem mit der Diskussion um sie, zu tun haben: Die deutsche Demokratie ist als repräsentative Demokratie konzediert. Es gab und gibt Bestrebungen, plebiszitäre Elemente einzuführen oder, soweit bereits vorhanden, zu verstärken. Wenn die Meinungsfreiheit ernsthaft zu einem Wesensprinzip der Demokratie gerechnet wird, dann muß auch frei über Entwicklungsmöglichkeiten der Grundordnung, also auch über mögliche Veränderungen in Richtung plebiszitärer Demokratie diskutiert werden können.

Zum Stabilitätsproblem für die Demokratie wird der Streit, wenn eine der beiden Positionen für ihre

Anhänger zu einer fanatisch verteidigten Prinzipienfrage und den anderen eine grundsätzliche Gegnerschaft zur Demokratie unterstellt wird.

Es ist bei diesem Beispiel aber zuzugeben, daß die genannten Auffassungen schon in unserer historischen Lage nicht in einem symmetrischen Verhältnis zueinander zu sehen sind. Die gegenwärtigen Demokratien sind im wesentlichen repräsentative Demokratien. Es hat wenig Sinn, dieser Ordnung den demokratischen Charakter abzusprechen und zu behaupten, die plebiszitäre Demokratie sei die einzig wahre Demokratie. Sinnvoll streiten kann man darüber, ob die Demokratie in Richtung eines plebiszitären Systems weiterentwickelt werden soll. Der demokratische Konsens wird destruiert, wenn jede der Spielarten von ihren Anhängern zu einem verbindlichen Dogma erhoben wird. Allgemeiner gesagt: In der Demokratie muß auch die Diskussion über sie selbst und über ihre jeweiligen konkreten Ausformungen frei sein. Wenn aber der Streit über die Verwirklichung der Demokratie die Intensität von Glaubenskämpfen annimmt geht der Grundkonsens, ohne den eine freiheitliche Ordnung nicht bestehen kann, verloren. Zur Geschichte der deutschen Demokratie gehören auch Phasen, in denen dieser Grundkonsens nachhaltig gestört war.

Das nächste Beispiel zeigt, wie Unzufriedenheit wegen besonderer Probleme der Demokratie in Versuche umschlagen kann, diese Probleme mit undemokratischen Mitteln zu lösen. Die Vereinigungsfreiheit gehört zu den Bauprinzipien der modernen Demokratie. Die Bürger haben das Recht, zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen Vereinigungen zu bilden. Der Einfluß von Verbänden auf die Regierungen ist immer wieder Gegenstand der Kritik. Man weiß, daß solcher Einfluß vorhanden ist. Er ist aber häufig nicht so transparent, daß er in der Öffentlichkeit genau zu identifizieren ist. Aber auch der öffentlich bemerkbare Verbandseinfluß verleiht der politischen Willensbildung mitunter chaotische Züge, weil immer wieder Gruppen vielfach je eigene und miteinander unkoordinierte Interessen anmelden. Massiver

Verbandseinfluß kann die politischen Entscheidungsträger in ihrem Handlungsspielraum einengen oder sogar lähmen. Darin sehen viele, denen eine stabile und verlässliche politische Ordnung und geregelte transparente Entscheidungsverfahren wichtig sind, eine Gefahr. Der mißtrauische Bürger fragt, welche Kräfte die gewählten Regierungen beeinflussen und ihn dadurch tatsächlich regieren. Die Regierungen und Parlamente selbst, sehen sich in den Kommunen, Ländern und Bund Gruppen ausgesetzt, die durch Finanzkraft oder Wählerpotential einen solchen Druck auf sie ausüben, daß sie in den Problemlösungen, die sie für richtig halten nicht frei sind.

Die Probleme des ungeordneten Verbandseinflusses begleiten auch die deutsche Demokratie von Anfang an. Bundeskanzler Ludwig Erhard (1963–66) stellte dem Wildwuchs der Interessenvertretungen das Postulat einer „formierten Gesellschaft“ gegenüber. Aber es war eben mehr ein Postulat als ein ausgearbeitetes Konzept. Im Grunde ging es auch hier um die Frage nach Möglichkeiten, wie man Interessenverbände in mehr institutionelle Verantwortung einbinden kann. Das kann aber immer nur bedeuten, daß die Interessenverbände stärker in formalisierter Weise in politische Entscheidungsprozesse integriert werden sollen. Derartigen Bestrebungen liegen Vorstellungen zugrunde, die das Staatswesen in Analogie zu einem wohlgeordneten Kosmos im Sinne einer Ganzheit verstehen, innerhalb deren jeder Teil seinen definierten Ort und seine zugewiesenen Funktionen hat. Hinter dem Unbehagen an den diffusen Verbandseinflüssen sind also offensichtlich auch Harmoniebedürfnisse wirksam, die mit der Wirklichkeit einer freiheitlichen Demokratie nicht kompatibel sind. Freiheit beinhaltet Meinungs- und Interessenkonkurrenz und hat damit auch Konflikte zur Folge. Demokratie ist kein System der Konfliktunterdrückung, sondern ein System von Regeln für Konfliktaustragung.

Demokratie steht stets in Spannung zu einem Harmoniebedürfnis. Der Parteienstreit wird von nicht wenigen als eine Art Defekt im Gemeinwesen empfunden. Man

muß hier allerdings unterscheiden: der Ärger über den Stil, in dem in der Politik gestritten wird, ist häufig sehr berechtigt. Der Ärger darüber, daß überhaupt gestritten wird, beruht auf falschen Demokratievorstellungen.

Die angedeutete Problematik soll hier nicht näher analysiert werden. Das Beispiel hat die Funktion, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die darin besteht, daß man Probleme und Schwächen der Demokratie mit undemokratischen Methoden heilen will, und eben dadurch die Demokratie destruiert. Man kann zum Beispiel Störfaktoren, die von Verbänden ausgehen, nicht durch Aufhebung oder essentielle Einschränkung der Vereinigungsfreiheit verhindern. Und man kann Parteienstreit nicht mit Verbot der Parteibildung verhindern.

Man könnte weitere Beispiele dafür anführen. Ich erinnere nur an die Pressefreiheit, ohne die eine moderne Demokratie nicht zu denken ist. Sie stellt aber auch immer wieder für die eine oder andere Gruppe ein Ärgernis dar, wenn Äußerungen und Dinge publiziert werden, die nach ihrer Auffassung nach besser nicht öffentlich würden. Wir alle kennen die Reaktion in aktuellen Fällen: „das sollte doch verboten werden.“ Einerseits besteht Übereinstimmung darin, daß die Freiheit nicht grenzenlos und in jeder Hinsicht bindungslos sein soll. Andererseits wird es immer Streit über die sinnvollen Grenzen geben. Man kann das Problem auch allgemeiner formulieren: Alle Freiheiten, die als Wesenselemente der Demokratie verstanden werden, wirken destruktiv, wenn sie tendenziell verabsolutiert werden.

Zur Entwicklung einer Demokratie gehört die Kritik an ihr. Die Kritik in der Demokratie gehört wesentlich zu ihr. Demokratie ist kein Kritik- und Konfliktverhinderungssystem. Zur Kritikfreiheit gehört auch die Möglichkeit der Kritik am Zustand der Demokratie. Prinzipiell ist sogar die Kritik an der Demokratie selbst möglich. Zugegebener und auch begründeter Maßen sind die Grenzen in diesem Falle nicht ganz einfach und streitlos zu ziehen. Wer öffentlich für die Diktatur Propaganda macht, handelt verfassungswidrig und kann dafür zur Rechenschaft

gezogen werden. Kritik an der Verfassung, auch an wesentlichen Teilen derselben muß in einer freiheitlichen Verfassung aber strafrei möglich sein.

Als Beispiel soll das Stichwort Föderalismus dienen. Es wird oft kritisiert daß die Bundesrepublik eben ein Bundesstaat sei, daß sich aber im Laufe der Entwicklung eine immer stärkere Kompetenzverlagerung zugunsten der Zentralgewalt vollzogen habe. Das ist eine Kritik an der realen Verfassungsentwicklung.

Man kann aber auch kritisieren, daß die Verfassung selbst unter dem Aspekt des föderalen Aufbaus in sich zu widersprüchlich sei. Das ist nicht sehr überraschend, da sich bei den Schöpfern des Grundgesetzes mehr föderalistisch und mehr unitaristisch Gesinnte gegenüberstanden. Nach Art. 30 GG ist die Ausübung staatlicher Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben Sache der Länder, „soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt“. Das ist eine konsequente verfassungsrechtliche Normierung der Idee vom Bundesstaat. Priorität hat die Staatlichkeit der Länder, die sich zu einem Bundesstaat zusammenschließen und dem Bund Kompetenzen übertragen. Entgegen immer wieder antreffbaren Bewußtseinslagen hat nicht der Gesamtstaat Priorität, der sich dann aus praktischen oder kulturellen Gründen in Untereinheiten gliedert. Aber die reale Kompetenz- und Aufgabenverteilung wird vom Grundgesetz dann so geregelt, daß eine zunehmende Aushöhlung von Eigenstaatlichkeit der Länder ohne verfassungswidrige Politik möglich ist. Selbstverständlich ist es erlaubt, solche Unstimmigkeiten der Verfassung zu kritisieren. Man muß gerade auch in der Demokratie zwischen Norm und Geltung unterscheiden lernen. Man kann die Norm kritisieren, muß sich aber an ihre Geltung halten.

Die Kritikmöglichkeit zeigt sich auch in jedem Streit über die Verfassung, wenn die Aufnahme weiterer Bestimmungen in die Verfassung von den einen befürwortet und von den anderen abgelehnt wird. Beispiele sind etwa die Forderungen, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung in den

Grundrechtskatalog zu schreiben. Ob man das nun für richtig hält oder nicht: das Recht, es zu fordern kann man niemanden streitig machen.

Verfassungsordnungen sind nicht statisch, sondern stets in Entwicklung begriffen. Und immer wieder wird die Frage diskutiert, ob die Verfassungsnorm einer Entwicklung angepaßt werden soll oder nicht. Das gilt natürlich auch für die Demokratie.

Mit dem Ruf nach mehr Demokratie wird behauptet, daß man mehr oder weniger Demokratie, also nicht einfach entweder die Demokratie oder keine haben kann.

Aber auch diese Aussage ist ambivalent, also mehrdeutig und mehrwertig. In der Auseinandersetzung mit der totalitären Diktatur ist und war die selbstbewußte Formel „wir leben in einer Demokratie“ als Gegensatz richtiger im Vergleich zu den weichen und schillernden Zugeständnissen der Mängel unserer Demokratie. Diskutiert man Unterschiede zwischen den politischen Ordnungen, dann trifft man immer wieder auf den Einwand: aber wir haben doch auch keine richtige Demokratie, denn auch bei uns kommt dieses und jenes vor. Mit solcher Selbstkritik am falschen Platz, also im falschen Zusammenhang kultiviert man ein gebrochenes Verhältnis zu einer politischen Ordnung, die man angeblich im Prinzip bejaht. Das führt zu Ermüdungen in der Verteidigung dieser Ordnung.

Wenn zum Beispiel von der Rolle der Lüge in den Propagandasystemen der Diktatoren gesprochen wird, dann kommt prompt der Einwand, daß bei uns doch auch gelogen wird. Dafür gibt es natürlich eine Menge Belege. Die Bürger tun auch gut daran, zu kritisieren und sich zu wehren, wenn sie angelogen werden. Aber es zeigt einen Mangel an politischer Bildung an, wenn man sich des wesentlichen Unterschiedes hinsichtlich des Problems der Wahrhaftigkeit nicht bewußt ist. Der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur besteht nicht darin, daß in der Diktatur gelogen wird und in der Demokratie nicht. Er besteht darin, daß in der Demokratie andere behaupten können, es habe jemand gelogen, während die Diktatoren eben dies zu verbieten pflegen. Anders formu-

liert: in der Demokratie wird um die Wahrheit gestritten.

Damit bin ich bei einem mir wichtig erscheinenden Aspekt des Denkens über Demokratie. Sie wird meines Erachtens gerade auch bei uns zu häufig in übertriebener Weise idealisiert. Manches von dem, was unter dem Begriff von Politikverdrossenheit verbreitet ist, könnte auch darin seine Wurzeln haben. Die zur Diskussion stehende Thematik kann hier nur knapp skizziert werden. Eine realistische Betrachtung führt zu der Einsicht, daß Demokratie nicht den annähernd vollkommenen oder zumindest tugendhaften Menschen voraussetzt. Wenn man auf diesen wartet, hat man nie Demokratie.

Die Demokratie geht eher von den Unzulänglichkeiten der Menschen aus und installiert Mechanismen, die deren Sozialschädlichkeit mindern können. Diese gegen idealisierende Mißverständnisse gerichtete These darf nicht das neue Mißverständnis hervorrufen, es habe keinen Sinn, mit moralischen Po-

stulaten an die Politik heranzutreten. Selbstverständlich unterliegt auch das politische Handeln moralischen Urteilen. Und die Demokratie zeichnet sich gegenüber der Diktatur durch die Freiheit zum öffentlichen moralischen Urteil aus. Schlimm ist es aber, die Demokratie mit einem Moralsystem zu verwechseln. Damit macht man die Existenz einer politischen Ordnung ausschließlich vom moralischen Verhalten der Menschen abhängig. Das Gebot der Wahrhaftigkeit wird nicht damit hinfällig, daß die Demokratie nicht zugrundegeht, wenn immer wieder gelogen wird.

Meine Kritik an der Demokratieentwicklung in Deutschland richtet sich nicht zuletzt an das verbreitete idealisierende und moralisierende politische Denken und Sprechen von der Demokratie. Es gehört allenfalls in die banalisierende demokratische Erbauungsliteratur. Dadurch kann positive Grundstimmung für die Demokratie erzeugt werden, die aber krisenanfällig, weil irrational und unrealistisch ist.

Ich komme damit am Schluß zu einem für mich zentralen Aspekt, der allerdings auch keine Besonderheit der deutschen Demokratie darstellt. Die gegenwärtige Phase der Demokratiegeschichte ist von einer Spannung zwischen drei Tendenzen gekennzeichnet: Die von der Politik zu lösenden Probleme werden immer schwerer durchschaubar, weil sie komplexer werden. Ihre Analysen und ihre Lösungsmöglichkeiten werden zunehmend zum Geschäft irgendwelcher Experten. Gleichzeitig wird die Forderung nach Ausweitung und Verstärkung von Bürgerpartizipation lauter. Und damit geht nun fatalerweise eine zunehmende Emotionalisierung der politischen Artikulierung der Bürger einher. Und damit korrespondierend auch der Politiker! Es ist ein fundamentales Problem der Demokratie, wenn die politischen Lösungen moderner Gesellschaftsprobleme immer mehr Rationalität erfordern und gleichzeitig das Verhalten aus Gefühls- und Stimmungslagen zunimmt.



„Todesstreifen“
zwischen den beiden
Teilen Deutschlands.
(Foto aus: Politik im
20. Jh.; hrsg. von Hans-
Hermann Hartwich,
1974⁴, Seite 513)

„Ein Ruinenfeld, wie es Europa noch nie gesehen hat“

Deutschland und die Deutschen im Jahr 1945

Wolfgang Altgeld

Fritz Schäffer, der eben von der amerikanischen Militärregierung ernannte erste bayerische Ministerpräsident seit der erzwungenen Gleichschaltung im März 1933, sagte in seiner ersten Rundfunkansprache, ausgestrahlt am 15. Juni 1945:

„Was die zwölf Jahre nationalsozialistischen Größenwahns und Verbrechens in unserem Lande nach einem leichtfertig beschworenen Krieg hinterlassen haben, das ist ein Ruinenfeld, wie es Europa noch nie gesehen hat. Ich habe leider den Eindruck, daß sich das deutsche Volk der Größe des Elends und des Zusammenbruchs noch gar nicht bewußt ist, den allein die Nationalsozialisten und Militaristen und die Wirtschaftsführer, die sie unterstützten, verschuldet haben ... Unsere Mütter und Frauen weinen um Millionen toter oder verkrüppelter Söhne und Gatten. Unsere Städte sind Ruinen, unsere Industrie ist zerstört, unsere Landwirtschaft ausgeplündert.“

Wesentliche Themen der unmittelbaren deutschen Nachkriegsgeschichte finden sich hier angedeutet – die Schwere der schon erlittenen menschlichen und materiellen Verluste, die enormen Versorgungsschwierigkeiten, die weitgehende Vernichtung von Erwerbsmöglichkeiten, die Bewußtheit beziehungsweise Nichtbewußtheit des ganzen Ausmaßes dieser deutschen Katastrophe, wozu uns indessen Schäffers wohl unwillkürliche Auslassungen und Verkürzungen auch schon recht aufschlußreiche Ansichten eröffnen.

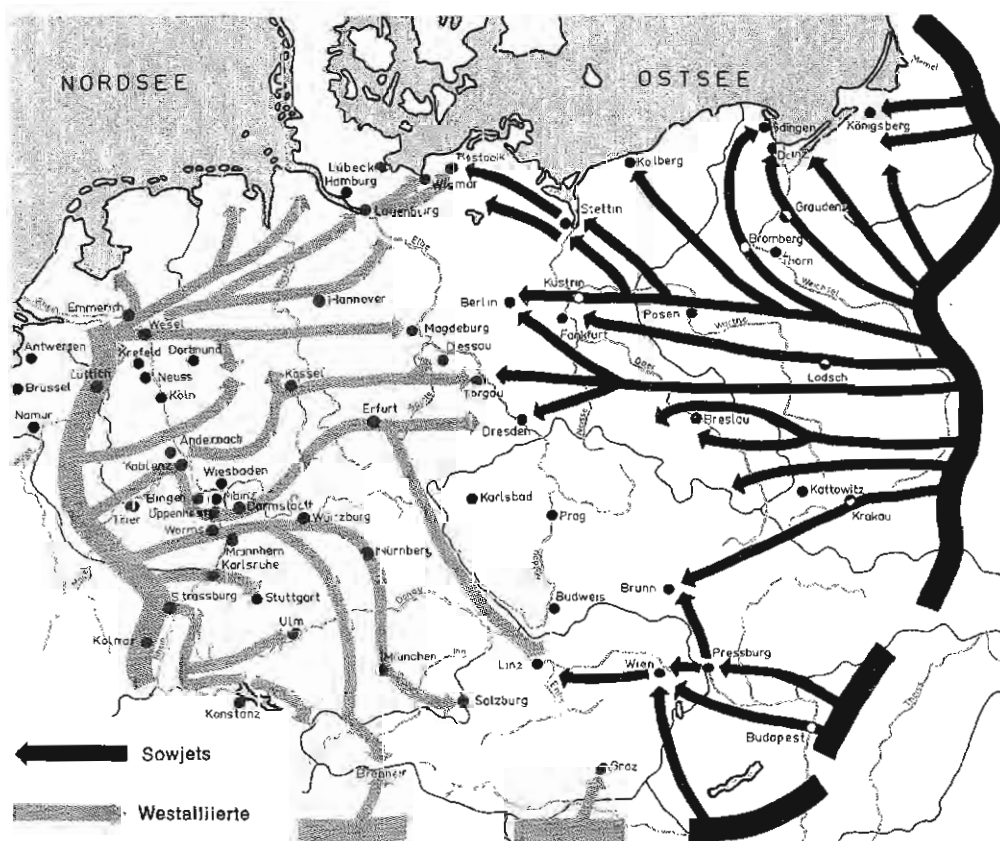
Ich will im Folgenden versuchen, einige wenige Linien zur Situation Deutschlands und der Deutschen im Angesicht der totalen militärischen Niederlage, der totalen politischen und sozialen und genauso moralischen Kata-

strophe von 1945 auszuziehen. Die Wahl einer so engen zeitlichen Perspektive auf das, was in der historischen Forschung als „Zusammenbruchsgesellschaft“ bezeichnet wird, ist allerdings problematisch.

Sie könnte nämlich dahin bezweckt erscheinen, die Ursachen der deutschen Katastrophe von 1945 wegzublenden. Und darum sei es mit aller Dringlichkeit festgestellt: Die Furien des totalen Krieges waren von Deutschland aus über Europa entfesselt worden, total nicht nur im Einsatz modernster Kriegswerkzeuge und -methoden, sondern total mehr

noch in seinen Zielen vollkommener deutsch-germanischer Herrschaft und massenmörderischer rassistischer Umgestaltung. Sie waren von Deutschland ausgegangen, bevor dann eine weltumspannende Allianz nach fünf langen Kriegsjahren alle Schrecken des modernen Krieges über die Grenzen des nationalsozialistischen Deutschland hat zurücktragen können und auch rücksichtslos eingesetzt hat. Aber wiederum verstehen sich die Ausmaße der nunmehr Deutschland und die Deutschen treffenden totalen Katastrophe nur in beständigem Bezug auf jene nationalsozialistischen deutschen Vorausset-

Der Kampf um Deutschland 1945



(Quelle: Schriftenreihe Innere Führung 3/86: Dahms „Der Zweite Weltkrieg“, hrsg. von BMVg Fü S 13, S. 294)

zungen, denen zufolge es eine andere Alternative als „Endsieg“ oder Untergang (abgesehen von aberwitzigen Illusionen der letzten Kriegstage im engsten Führungskreis) niemals gegeben hat – und zwar den *Untergang* im Denken und Wollen des Führers als *Untergang* des ganzen deutschen Volkes. So hatte es Hitler seit jeher und besonders seit der Auslösung seines Eroberungskrieges gegen Rußland angekündigt, hatte es noch mit seinen totalen Zerstörungsbefehlen des 19. März 1945 herbeizuführen versucht. So hat es das nationalsozialistische Regime mit der wahnsinnig-sinnlosen Fortsetzung des Krieges auf deutschem Boden seit dem Herbst 1944 so weithin tatsächlich erreicht. Gemäß der nationalsozialistischen Weltanschauung sollten unterlegene Völker ja aus der Weltgeschichte ausgetilgt werden; nun mußte ein solches welthistorisches Schicksal rassistischer Selektion eben das eigene Volk treffen.

Das andere Problem meiner Beschränkung auf einige Zustands-skizzen der deutschen „Zusammenbruchsgesellschaft“ im Jahre 1945 besteht einerseits darin, daß ich etliche, teils besonders schreckliche oder langwirkende Folgen des so total verlorenen Krieges für die Deutschen nur eben andeuten kann, darunter namentlich die zweite oder eigentlich dritte und massivste Vertreibungswelle von Deutschen aus ihrer angestammten ostdeutschen und ost-mittel-europäischen Heimat aufgrund von Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, darunter die 1946/47 immer schneller offen hervortretende deutschlandpolitische Entzweiung von westlichen Mächten und Sowjetunion und die damit einhergehende Auseinanderentwicklung von „Sowjetischer Besatzungszone“ und westlichen Zonen. Im Hinblick auf freilich sattsam bekannte gegenwärtigen Debatten um den „8. Mai“ mag es andererseits besonders bedenklich erscheinen, in den von mir gewählten zeitlichen Eingrenzungen nur gerade erste Ansätze eigener deutscher „Befreiung“ auf dem Weg zur Begründung eines freiheitlichen und dauerhaften parlamentarisch-demokratischen Systems zumindest im Westen Deutschlands betrachten zu können. Aber diese enge zeitli-

che Begrenzung ist notwendig, weil sich die Situationen Deutschlands und der Deutschen im Augenblick des Zusammenbruchs so verschiedenartig und kompliziert darstellen und im Rahmen eines kurzen Vortrags sonst gar nicht veranschaulicht werden könnten. Und sie ist sehr sinnvoll, handelt es sich doch um einen ganz eigentümlichen geschichtlichen Augenblick.

1. Der totale Zusammenbruch.

Das katastrophale Ausmaß dieses deutschen Zusammenbruchs, verdichtet im Datum der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der Wehrmacht am 7. Mai für die Mitternacht des nächsten Tages, überstieg bei weitem noch die düstersten Prognosen selbst der kündigsten Beobachter auf Seiten der Sieger. Als die Waffen schwiegen, ließen sich kaum Worte finden, dieses Ausmaß auch nur einigermaßen zureichend anzudeuten. Der amerikanische Kriegsminister Stimson versuchte es mit der ins Tagebuch notierten Wendung von der „vielleicht schlimmsten Situation, die die Welt je gesehen hat“, und John J. McCloy vom US-State Department nahm in einem Memorandum an Präsident Truman Zuflucht zum großen historischen Vergleich, indem er vom „brutalsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kollaps seit dem Zusammenbruch des Römischen Reiches“ sprach. Schier zahllose Momentaufnahmen des allgemeinen deutschen Chaos aus den langen Wochen vor der deutschen militärischen Kapitulation und den ersten Wochen danach, fixiert in den Berichten von Truppenkommandeuren, geschulten Mitarbeitern und Angehörigen der Nachrichtendienste und Militärverwaltungen, von hinter den Fronten und dann im völlig besiegten Land reisenden Journalisten, flossen zu solchen und vielen ähnlichen Gesamturteilen zusammen – zu Beurteilungen, in welchen der Triumph über den endlichen Sieg schon in eine erste Ahnung von der Schwere der kommenden Aufgaben im ruinierten Land umgeschlagen ist.

Die Ruinenfelder der größeren Städte Deutschlands und das rest-

liche Leben in ihnen boten den wohl sinnfälligsten Ausdruck des deutschen Zusammenbruchs. Vom Ende des Monats April stammte etwa dieser Bericht eines amerikanischen Offiziers über Frankfurt am Main: „Es ist zu 80% bis 90% zerstört, eine Toten-Stadt. Nach der Ausgangssperre um 19 Uhr schallen die Stiefel der GI's wie Schritte in einer Gruft. Man hört keine Hunde bellen und keinen Laut von anderen Tieren. Die Leute, die im Stadtgebiet bleiben, verkriechen sich in die Keller, haben wohl nur das Wasser, was sie in Kübeln von einer zentralen Zisterne holen, und haben kein Licht, ganz zu schweigen von anderen Einrichtungen, die ihre Lage erleichtern könnten“. Stille und Finsternis, das Fehlen aller sanitären Einrichtungen und fast aller Verkehrsmöglichkeiten, die Unkenntlichkeit ganzer Straßenzüge unter riesigen Schutthaufen, die Behausung in Kellerlöchern, die langen Warteschlangen vor den Wasserstellen und Läden mit Lebensmitteln: kurzum, der Verlust jeden zivilisatorischen Inhalts des Begriffs *Stadt*, dazu der immer noch lastende Geruch des Krieges und des unter Trümmern verschütteten Todes, das waren die immer wiederkehrenden Themen. Dabei wurde dieser Aspekt des Chaos im Zusammenbruch durch Kontrastierung mit Bildern bomben- und kriegsverschonter Landschaften in Deutschland oder gar einzelner, meist *besserer* Vororte noch härter erfahren. „Einer der auffallendsten Eindrücke des Reisenden in Süddeutschland ist der schroffe Gegensatz zwischen Stadt und flachem Land. Die Stadt scheint auf einen deutschen Jeremias zu warten, der ihre Trümmer beweint. Die liebliche Landschaft zeigt kaum eine Spur von Zerstörung.“

Der andere große Ausdruck dieser unerhörten Katastrophe einer modernen Nation im Augenblick der bedingungslosen Kapitulation wurde in den endlosen Trecks entwurzelter Menschenmassen gefunden. Auf den Straßen, so schrieb Isaac Deutscher in einer seiner Reportagen für den englischen 'Economist' im Juni 1945, „spürt man stärker noch als in den zerstörten Städten die Folgen einer Sintflut. Jede große Landstraße hier bietet einen Querschnitt der gro-

Ruinenfeld Frankfurt am Main im Jahr 1945. Blick auf die Paulskirche und den stark zerstörten Römer.
(Foto aus: *Politik im 20. Jh.*; hrsg. von Hans-Hermann Hartwich, 1974*, Seite 152)



ßen Probleme Deutschlands und Europas.“ Mehr als neun Millionen ausländischer Zwangs- und kaum weniger gezwungener Fremdarbeiter, dazu eine Dreiviertelmillion Opfer aus den Konzentrationslagern waren im Vormarsch der Alliierten und schließlich mit der deutschen Kapitulation befreit worden; und die allermeisten von ihnen suchten so schnell als nur möglich, die Heimat zu erreichen, so sie denn noch eine Heimat zu finden vermochten. Ihre Kolonnen kreuzten die Kolonnen heimkehrender deutscher Evakuierter aus den drei Jahren des großen Bombenkrieges, der Flüchtlinge aus dem östlichen Deutschland und aus Ostmitteleuropa, von denen viele hinter die Linien der Westalliierten zu gelangen versuchten, kostete es, was es wolle; kreuzten die Märsche und Transporte gefangener deutscher Soldaten. Am 8. Mai 1945 hielten sich, das wußte man später, 25 Millionen Deutsche nicht an ihrem Heimort auf, also beinahe vier von je zehn Menschen: zehn Millionen Gefangene oder Internierte und zehn Millionen Evakuierte, fünf Millionen Geflüchtete aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und von weiter her. Und bald mischten sich Millionen entlassene Soldaten und unzählbare Menschenmassen aus den Ballungsräumen, immer auf der Suche nach eintauschbaren Lebensmitteln auch in recht entfernten ländlichen Gegenden, in dieses Gewoge zu Fuß und zu Fahrrad und in den allzu wenigen, völlig überfüllten Zügen.

Und da war die Erfahrung des von vielen alliierten Militärs bis weit in den März hinein *so bald* gar nicht erwarteten totalen Zusammenbruchs der deutschen Kriegs-

maschinerie, die sich in den letzten beiden Wochen eigentlich nur noch bewegt hatte, um möglichst viele Truppenverbände (und, soweit damit vereinbar, zivile Flüchtlinge), vor der sowjetrussischen Gefangenschaft durch Absetzaktionen gegen Westen und Übergabe an Amerikaner und Briten zu retten. Bis zum 8. Mai waren schon 4,2 Millionen Gefangene an der nun tief in Mitteldeutschland, teils in Böhmen und weit in Österreich stehenden Westfront gemacht worden; mit der Kapitulation und in deren Folge stieg diese Zahl auf über 7,6 Millionen (Kriegsgefangene und entwaffnetes Militärpersonal), in dessen vermutlich doch mehr als drei Millionen Soldaten sich den Sowjets hatten ergeben müssen: Truppenteile in voller Auflösung und chaotisch durchmischt, ausgezehrte, ausgemergelte, schlecht gekleidete, längst schon demoralisierte Männer aller Altersgruppen zwischen fünfzehn und sechzig Jahren, in miserablen Schuhwerk auf dem Weg in die provisorischen, praktisch nicht vorbereiteten Durchgangslager. Vom erwarteten fanatischen Widerstand eines nazifizierten Volkes war nun tatsäch-

lich beinahe nichts zu spüren, ob schon es einige Werwolfaktionen und Anschläge untergetauchter SS-Männer in den ersten Tagen nach dem 8. Mai durchaus noch gegeben hat. Zumindest in dieser Beziehung erwies sich die von fast allen befragten Deutschen behauptete Distanz zum Nationalsozialismus als eine aktuelle Wahrheit, wenschon nur als Teilwahrheit.

Den verantwortlichen Militärs und Politikern auf westalliierten Seite wurde bewußt, daß das primäre Kriegsziel: die dauerhafte Niederwerfung Deutschlands, womöglich schon in diesem chaotischen Zusammenbruch des Gegners im Frühjahr 1945 erreicht war. „Diesmal ist der Zerstörer selbst zerstört worden. Die physische Zerschlagung Deutschlands ist der Grund, der zu der Annahme berechtigt, diesmal könnten die Alliierten den Frieden gewinnen“, resümierte eine amerikanische Journalistin diese neue Perspektive. In ihr findet sich der erste Ausgangspunkt hin zu einer eigentlich positiven, gestaltenden Deutschlandpolitik der Westalliierten, in der zuerst die Verantwortung für die materiellen Bedingungen we-

nigstens minimaler Existenzsicherung angenommen werden würde, dann aber auch die für die politische Neuordnung, reichend von den Entnazifizierungs- und Reeducationprogrammen bis hin zur schrittweisen Rekonstruktion des politischen Lebens und Ausweitung demokratischer Partizipation: Und das alles gewiß auch im eigensten wirtschaftspolitischen und finanziellen Interesse, zudem alsbald in politischer Konkurrenz mit der anfangs ungleich zielbewußteren sozialistischen Verwandlung der östlichen Besatzungszone durch die sowjetische Militärverwaltung. Zunächst aber führte der beginnende perspektivische Umbruch gerade dahin, möglichen Verunsicherungen in der Exekution von Besatzungsherrschaft durch Einschärfung der harten Feindlinie entgegenzuwirken – so bekanntermaßen mit der Ausgabe der amerikanischen Direktive JCS 1067 an General Eisenhower hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland am 29. April 1945, in Kraft seit dem 14. Juli und de jure bis 1947, de facto schon wieder außer Kraft seit dem August 1945, wie jetzt Josef Henke klar nachgewiesen hat, und das einfach schon deshalb, weil diese Direktive von den in Potsdam gefaßten wirtschaftspolitischen Beschlüssen überholt wurde. In diesen Maitagen 1945, angesichts der höchsten Bestürzung nicht nur der amerikanischen, sondern der ganzen westlichen Öffentlichkeit über die in den befreiten Konzentrationslagern gesehenen Tatsachen unmenschlichster Greuelthaten, hätte eine weichere Formulierung zudem wohl kaum schon gewagt werden können: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat“ (JCS 1067, 4. b).

2. Die Erfahrung des totalen Zusammenbruchs

Zweifelloos fühlte sich die Mehrheit der Deutschen am 8. Mai nicht „politisch“ befreit, sondern „besiegt“ und unterworfen. Wie wäre das auch anders möglich gewesen unter den Millionen Gefangenen, unter den im Zuge der Kampfhandlungen millionenfach heimatlos Gewordenen, den Ausgebomb-

ten, unter jenen Millionen, die unter den Ausschreitungen einer siegenden Soldateska im Osten, aber auch im Südwesten gelitten hatten und noch litten? Wie wäre das möglich gewesen angesichts der allgemeinen Erfahrung, daß nun alle Macht in Deutschland bis in die letzten Winkel und Details bei den Siegern lag, zumal deren Ziele gar nicht abzusehen waren? Jedoch war in der langen Agonie des 'Dritten Reiches' und im Chaos des Endes mehrheitlich wohl auch der einst so große Konsens mit dem Regime zerbrochen, und das zumal bei den Erwachsenen und jenen, welche die Schrecken des Endes in sinnloser Fortsetzung des Kampfes selbst ganz unmittelbar erduldet hatten. Die Mehrheit löste sich von der politischen Vergangenheit, ohne auf eine politische Zukunft zu hoffen. Mit dieser Distanzierung war schon die individuelle Konfrontation mit der kollektiven Vergangenheit weithin verweigert, eigentlich unbewußt verweigert, ausgedrückt etwa in der damals von ausländischen Journalisten häufiger notierten *deutschen Phrase*: Wir wurden „belogen und betrogen“. Und mußte angesichts der nicht selten zwangsweise vorgeführten Zeugnisse schreckliche Schuld von Deutschen gesehen werden, dann konnte ja die Praxis der Sieger dageengehalten werden, deren Bombardierungen, deren elende Durchgangslager namentlich in den 'Rheinwiesen', das jetzt unter ihrer Herrschaft andauernde Elend, und so fort.

Nach eigentlich *politischen* Einstellungen sollte man in der Masse der Deutschen aber vielleicht gar nicht sonderlich fragen. Denn die offensichtliche Signatur der „Zusammenbruchsgesellschaft“ nach den Schrecken des Krieges der letzten zwei, drei Jahre und im Elend des Nachkriegs war die einer massiven *Entpolitisierung*. Das Kriegsende bedeutete so ganz individuell „Befreiung vom Krieg“, Befreiung von der Todesfurcht an allzu schwachen Fronten, in den bombardierten Städten, in gejagten Flüchtlingsstrecks, von Todesfurcht nicht zuletzt vor dem Terror der nationalsozialistischen Durchhalte- und Endsiegsfanatiker. Vielfach finden wir in zeitgenössischen Aufzeichnungen und in den Erinnerungen

Bemerkungen über die innere *Leere* am Endpunkt der deutschen Katastrophe, gefüllt dann mit sehr intensiven Skizzen von völlig unpolitischen privaten, dem einzelnen Leben andere Hoffnung gewährenden Erfahrungen: von der Schönheit der blühenden Natur in diesem Mai 1945, der Stille nach dem Lärm der Propaganda und der Waffen, der wiedergefundenen kleinen Heimat, vom Glück mit den überlebenden Freunden, in der Familie, mit Büchern, in einem Konzert. Zuflucht in der Katastrophe und vor solcher *Leere* fanden viele Menschen nicht zuletzt in den Kirchen, wie sich solche Hinwendung seit Kriegsbeginn und besonders seit Stalingrad und im Zeichen des großen Bombenkrieges ja schon entwickelt hatte, was in den Kirchen selbst die Hoffnung begründete, am Anfang einer *Rechristianisierung* zu stehen.

Sodann aber wurde das Bewußtsein gleichsam absorbiert von den individuellen Nöten, aber auch von dem Willen anzupacken, wenigstens die eigene kleine Welt neu aufzubauen und die eigene gebrochene Biographie einzurenken. Denn es wäre falsch, die Mentalität der Davongekommenen dieses Frühjahrs und Sommers 1945 lediglich im Begriffsfeld von Apathie und Resignation zu beschreiben, auch wenn alle Zeugnisse darauf hindeuten, daß dies zunächst die vorherrschenden Gefühlslagen gewesen sind. Es gab sie ja, die „zornigen jungen Männer“ (und Frauen), die es nun anders und für sich machen wollten – und von denen Wolfgang Borchert schrieb: „Wir sind eine Generation ohne Abschied, aber wir wissen, daß alle Ankunft uns gehört“.

Indessen dürfen wir hinter solchen Mehrheiten jene durchaus vielen Deutschen nicht übersehen, für welche die endliche Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland den Augenblick wirklicher Befreiung bedeutet hat: Tausende widerständiger Verfolgter in den Konzentrationslagern und Gefängnissen und Verstecken, Tausende von im Untergrund lebenden Juden, dahinter des deutschen Widerstandes und ungezählte Menschen der *inneren Emigration* in kleineren sozialistischen, christlichen, liberalen

Gesinnungszirkeln. Befreiung zum Leben: „Befreiung von der Lüge“ (Kaehler), ganz konkret schon jetzt, auch wenn so viele Freiheiten noch fehlten, Befreiung zum freien Denken und Reden: „Wer jene Anfangszeit nach Kriegsende mit gemeinsamer neuer Arbeit nicht miterlebt hat, wird sich kaum vorstellen können, welche täglich dankbar begrüßte Erleichterung über die freie Möglichkeit, alles offen aussprechen zu können, was man dachte, und welche fast begeisterte Zuversicht in eine Zeit des Bessermachens-Wollens damals alle erfüllt hat“ (Elisabeth Siegel).

3. Deutsche Situationen im Sommer und Herbst 1945

Die Situation der Deutschen war, so im allgemeinen und aufgrund von zum Teil erst in seitherigen langwierigen Forschungen ermittelten Daten gesehen, überwiegend (und in weiten Regionen ganz überwiegend) bestimmt von *Not und Mangel*.

Vor allem anderen herrschten Not und Mangel in der Versorgung der Bevölkerung mit *Lebensmitteln* nicht allein, aber besonders in den Ballungsräumen. Die Ernährungslage hatte sich ja schon in der zweiten Kriegshälfte ständig verschlechtert. Zur Jahreswende 1944/45 wurden in der offiziellen Zuteilung nur noch durchschnittliche 2.000 Kalorien pro Tag und erwachsener Person erreicht, indes Mitte der Dreißiger Jahre vom *Völkerbund* definierte Richtwerte einmal 3.000 Kalorien für einen Arbeitenden und immer noch 1600 Kalorien für einen untätigen Erwachsenen als jeweiliges Minimum vorgesehen hatten. Im Hochsommer 1945 lagen die offiziell ermittelbaren durchschnittlichen Kalorienwerte vielerorts bereits deutlich unter dem absoluten Minimalwert von 1600 Kalorien: in München 1300, in Stuttgart 1000, etwa 1000 auch im Saarland, im Ruhrgebiet 800 bis 900 Kalorien, wobei diese wenigen Beispiele zugleich auch die ziemliche Verschiedenartigkeit deutscher Lebenssituationen mit andeuten mögen. Anfang November 1945 empfahl ein Komitee von Gesundheitsoffizieren des Alliierten Kontrollrats,

das Niveau wenigstens bei 1500 Kalorien zu halten. Das hätten dann 400 Gramm Kartoffeln und 350 Gramm Brot, 43 Gramm Eiweiß, 35 Gramm Fleisch und 7 Gramm Fett, 18 Gramm Zucker und 4 Gramm Käse täglich sein sollen. So funktionierte das selbstverständlich nicht. Die Folgen des Mangels waren dann schon im Spätherbst vielerorts schrecklich zu beobachten: In Köln wiesen nur 12 von 100 Kindern unter 14 Jahren ein jeweils altersgemäßes Durchschnittsgewicht auf; das durchschnittliche Körpergewicht der Erwachsenen in der amerikanischen Besatzungszone sank auf unter 60 Kilogramm, und dies erschien noch günstig im Vergleich

der Besatzungsmächte sprechen zu können, sozusagen von einer Morgenthau-Variation, soweit es die Amerikaner angeht. Das ist natürlich Unsinn. Allerdings galt in der amerikanischen Militärregierung die Leitlinie, daß die besiegten Deutschen keinesfalls irgendwie besser ernährt werden sollten als die in Folge des deutschen Krieges hungernden Völker Europas, auf deren Kosten nicht zuletzt die deutsche Versorgung bis an den letzten Kriegswinter heran einigermaßen hoch erhalten worden war: Denken wir nur an das Elend, welches nach dem 8. Mai in den Niederlanden angetroffen wurde, zu schweigen von dem unerhörten Hungerleiden in den befreiten



Beinahe vier Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den östlichen Provinzen des Reiches und aus Ostmitteleuropa drängten schon 1945 in die britische und amerikanische Besatzungszone, während ihnen die französische Zone über Jahre fast völlig verschlossen blieb. (Foto aus: Schriftenreihe Innere Führung 3/86: Dahms „Der Zweite Weltkrieg; hrsg. von BMVg Fü S I 3, S. 303)

zu den Verhältnissen in den großstädtischen Räumen der britischen Besatzungszone und erst recht zu denen in der sowjetischen und, etwa genauso, in der französischen Zone. Und dabei war das nur der Anfang des Hungerleidens. Der Mangel und damit die Not würden sich in etlichen großen Gebieten in den beiden kommenden Wintern noch furchtbar steigern.

Manche unserer Zeitgenossen meinen noch immer, hier von einer gewollten Aushungerungspolitik

Konzentrations- und Arbeitslagern. In „Potsdam“ ist dann bestimmt worden, daß die Versorgungslage Deutschlands den Durchschnitt aller europäischer Länder (ohne Großbritannien und die Sowjetunion) nicht überschreiten dürfte. Außerdem vermuteten amerikanische und britische Verantwortliche noch längere Zeit, gestützt auf manche Entdeckungen, zumal während des Vormarsches im Westen, daß ein großer Teil der deutschen Privathaushalte erheb-

liche Vorräte angelegt hätte. Die Franzosen bedienten sich massiv aus der eigenen Zone, um die erst noch ihrem Höhepunkt entgegengehende Versorgungskrise in Frankreich selbst zu lindern, während Briten und Amerikaner angesichts der schlechter als erwartet sich entwickelnden Ernährungslage bereits im Winter 1945/46 etliche hunderttausend Tonnen Lebensmittel in ihre Zonen geleitet haben, um namentlich die Menschen in den Lagern zu versorgen. Damit begann ja auch die Abkehr von der Illusion, daß ein Deutschland in den von der „Potsdamer Konferenz“ festgelegten Grenzen sich jemals hauptsächlich selbst ernähren könnte.

Von wirklich entscheidender Bedeutung für die beginnenden Hungersnöte in der britischen und amerikanischen Zone waren die *Energieknappheit* und die weitläufigen *Zerstörungen des deutschen Strecken- und Wegenetzes* durch Bombardierungen, durch direkte Kampfhandlungen und, nicht zuletzt, durch deutsche Selbstvernichtungen, dazu die enormen Verluste an allen Transportmitteln. Etwa ein Drittel aller Gleisanlagen der Reichsbahn war vernichtet oder schwer beschädigt, von ihnen einst circa 21.000 Lokomotiven blieben nur knapp 11.000 betriebsfähig, nur 300.000 Güterwaggons von 580.000. Die schiffsfähigen Flüsse und Kanäle waren besonders durch Sperren gesprengter Brückentrümmer zunächst nur wenig zu nutzen. Schneller ließ sich das Straßensystem reparieren, vor allem da, wo nur die Überwege über kleinere Flüsse rekonstruiert werden mußten und wo es gelang, die städtischen Durchgangswege rasch zu 'enttrümmern'. Nur konnten Lastwagen den zeitweisen Ausfall der beiden anderen Transportsysteme nicht ausgleichen. In der britischen Militärverwaltung ist im folgenden Jahr einmal ausgerechnet worden, daß allein in der eigenen Zone bloß die Nahrungsmittelversorgung schon 18.000 tägliche LKW-Fahrten von den Seehäfen in die hauptbetroffenen Regionen erfordert hätte; solche Kapazitäten waren nicht verfügbar. Zu diesen Problemen fügte sich dann das Problem abgesunkener Ernteerträge, teils infolge veränderter

Aussaat während der Kampfhandlungen im Frühjahr, teils infolge des Mangels an chemisch-industriell erzeugten Düngemitteln. Und waren schon die großen Überschußgebiete jenseits von Oder und Neiße verloren, so gelangten entgegen sowjetischen Zusagen auch keine Lieferungen aus Mitteldeutschland in den Westen.

Vielfach und wiederum besonders in den großen Städten war das Elend des Hungers zusammen mit dem der *Kälte* zu ertragen. Und so wunderschön und warm jener Mai des Jahres 1945 gewesen war, so früh und hart ist dann dieser erste Friedenswinter gekommen. Mancherorts hatte es etliche Monate gedauert, bis eine rudimentäre Stromversorgung wieder aufgenommen werden konnte; lange Stromsperren blieben die Regel. In revierfernen Gebieten wurde Kohle zur Seltenheit, bald ebenso das Holz, Kerzen waren gesuchte Tauschobjekte. Ende November schrieb der ja bekannte Schriftsteller Hans-Erich Nossack aus dem so entsetzlich verwüsteten Hamburg über all das an einen Berliner Freund – und der folgende Auszug soll anstelle weiterer historisch-distanzierter Erläuterungen zu diesem Thema stehen: „Vor allem aber ist da die Kälte, die Gedanken verwirren sich darüber, man vergißt das meiste ... Heizmaterial kommt nicht zur Verteilung. Die meisten Menschen laufen mit geschwollenen Fingern und offenen Wunden umher, und es liegt alle Tätigkeit lahm. Unser Tag beginnt um 1/2 6 Uhr. Von 8 bis 3 Uhr halte ich im Geschäft aus – erst ab 3 Uhr gehen die Verkehrsmittel wieder –, bin dann aber auch so erfroren, zumal ich nur zwei Scheiben trockenes Brot mitnehmen kann, daß ich kaum mehr gehen kann ... Inzwischen hat meine Frau morgens Stunden gegeben, eilt mittags eine Stunde weit, um das Essen aus der Volksküche zu holen, worauf wir mangels Gas, Elektrizität und Kochgelegenheit angewiesen sind“. Obendrein gelang es in vielen schwer bombardierten Städten auch nach einem halben Jahr Frieden immer noch nicht, eine hinreichende Versorgung mit Trinkwasser sicherzustellen; häufig hätte das erhaltene Wasser abgekocht werden müssen, aber

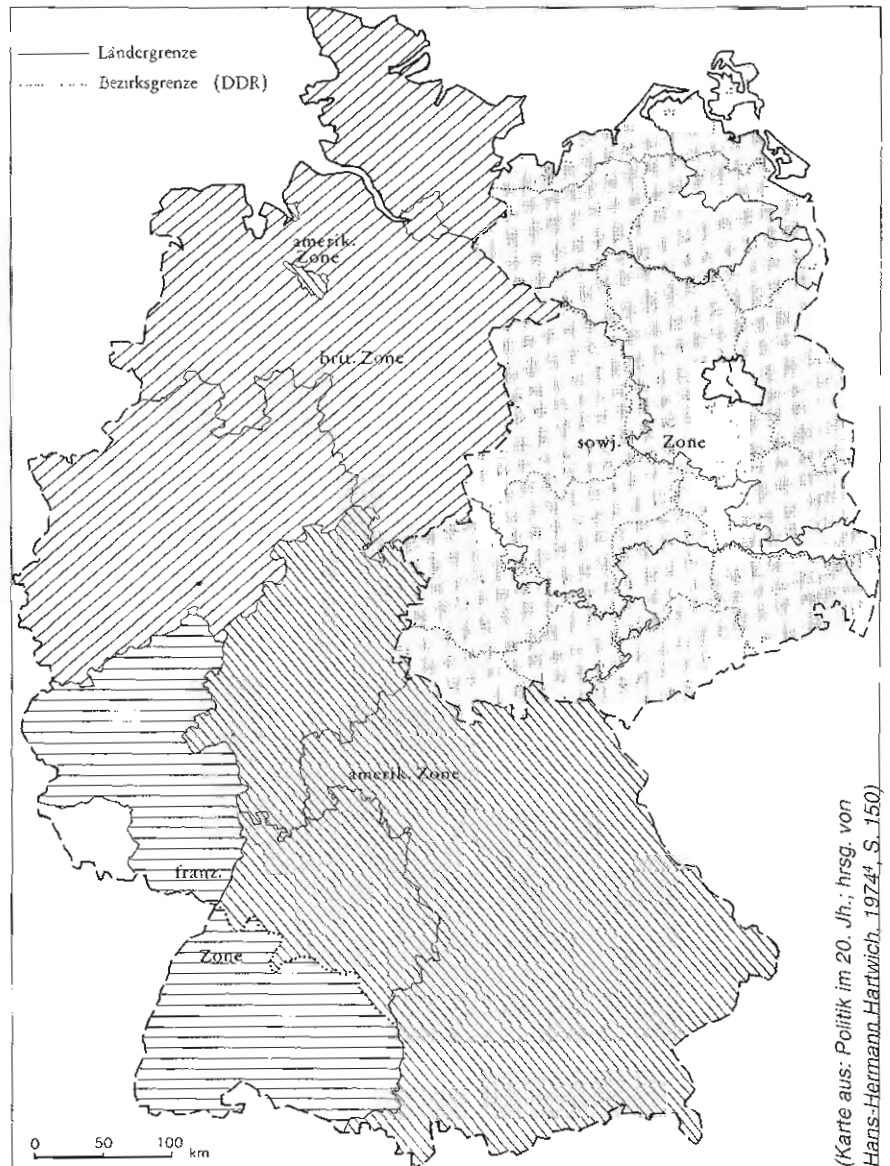
dazu fehlte es wiederum an Strom und sonstigen Brennstoffen. Über die Situation der Berliner Bevölkerung notierte ein Beobachter des amerikanischen Nachrichtendienstes in Deutschland: „Die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse ist ganz offensichtlich zur Hauptbeschäftigung geworden“. Und das traf sicherlich genauso auf beinahe jede große Stadt und städtische Großregion in Deutschland zu.

Immerhin bewohnten die Nossacks ihre *Wohnung* für sich, wie ärmlich auch immer. Millionen ähnlicher Familien vermißten in aller Not gerade auch dies: Privatheit, Intimität in der eigenen Behausung, ob sie nun obdachlosen Verwandten und Bekannten Zuflucht geboten haben, ob sie zwangsweise Eingewiesene aufnehmen hatten (häufig galt ein verwaltungstechnisches Belegmaß von anderthalb Personen pro Zimmer, oft genug lag es auch deutlich darüber) oder ob sie eben selbst beengten und beengenden Unterschlupf in den Häusern und, zumeist, bei gänzlich fremden Familien suchen mußten. Sechzehn Millionen Wohnungen hatte es im Gebiet des Deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937) vor dem Krieg gegeben. Gegen drei Millionen davon waren durch Bombardierungen der Briten und Amerikaner sowie infolge der Kampfhandlungen auf deutschem Boden zerstört worden, und dies vor allem in den westdeutschen Ballungsräumen, wo wenigstens fünfzig Zentren Wohnungstotalverluste von 60 Prozent zu beklagen hatten. Weitere drei Millionen galten als so schwer beschädigt, daß sie eigentlich nicht mehr hätten bewohnt werden dürfen, gleichwohl aber hunderttausendfach in ihren Kellern oder sonstigen Resten bewohnt wurden. Mehr als zehn Millionen Evakuierte aus den seit 1942 Zug um Zug zerstörten größeren und großen Städten des westlichen Deutschland hofften jetzt auf die Möglichkeit zur Rückkehr wenigstens in ihre Heimatstadt, sehr viele von ihnen für lange Zeit (Dezember 1947: immer noch 3,2 Millionen) und viele Hunderttausende bis in die frühen 1950er Jahre vergeblich. Wie die beinahe vier Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den östlichen Provinzen

des Reiches und aus Ostmitteleuropa, die schon 1945 in die britische und amerikanische Besatzungszone drängten (während ihnen die französische Zone über Jahre fast völlig verschlossen bleiben sollte), standen sie vor der alsbald immer höheren Barriere lokaler Zuzugsbeschränkungen und -verbote. Über 'Radio Stuttgart' ging am 20. Juli 1945 zum Beispiel folgende Anweisung der Militärregierung hinaus: „Alle Personen, die einen Zuzug beabsichtigen, gleichgültig, ob sie ehemalige Einwohner der Stadt sind oder nicht, werden angewiesen, dies zu unterlassen ... Bei dem zerstörten Zustand der Stadt können weitere Bewohner nicht untergebracht werden“. Anderswo wurde die Zuzugserlaubnis allerdings erteilt, wenn ein männlicher Angehöriger einer ansonsten ortsansässigen evakuierten Familie einen Arbeitsplatz am Heimatort nachweisen konnte, was zu einem gewissen Handel mit Arbeitsnachweisen geführt hat. Verwandtenzuzüge sollten beinahe allerorten möglichst verhindert werden. Für die Flüchtlinge und nun, gedeckt durch die Potsdamer Beschlüsse, Vertriebenen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße und ganz Ostmitteleuropa blieb für lange Zeit zuallermeist das Lager der abweisende Endpunkt furchtbarer Schreckenewege mit seinen Unterkünften „zwischen Nomadenzelt und Haus“, in qualvoller Enge, ohne jede Möglichkeit menschlichen Rückzugs. Über ihre vorherigen Schicksale im „Land der Vogelfreien, dem Totenland jenseits der Oder“ (Robert Jungk in der Züricher Weltwoche, 15. November 1945) schrieben entsetzte ausländische Beobachter folgenlose Berichte: „Dies ist Strafe in Übermaß – aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken.“

„Arbeit“ als solche gab es gewiß in geradezu unerhörtem Maße – bei der „Enttrümmerung“ der Städte, in der Rekonstruktion der zerstörten Verkehrsstrukturen zum Beispiel, dazu etwa besonders im Bergbau und, aktuell sogar an erster Stelle, in der Landwirtschaft. Allein, es fehlte weithin an den Mitteln, wirkliche Arbeitsleistung angemessen zu entlohnen. Die in Reichsmark tatsächlich aus-

Neugliederung des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durch die Siegermächte



gezahlt, zudem auf Befehl der britischen Besatzungsmacht eingefrorenen Monatslöhne der Bergleute im Ruhrgebiet zum Beispiel waren nominell sogar recht hoch, aber auf dem Schwarzmarkt reichten sie gerade dazu, ein paar armselige Mahlzeiten zusammenzukaufen. Und die höheren Werte auf den Lebensmittelkarten reichten nicht aus, den durch Schwerarbeit erhöhten Kalorienverbrauch auszugleichen. Da hielt sich die tatsächliche Arbeitsbereitschaft auch dort, wo entlohnte Arbeit angeboten oder gar von der jeweiligen Besatzungsmacht energisch kontrollierend eingefordert wurde, vorerst in einigermaßen engen Grenzen. Aufrufe zur freiwilligen Teilnahme an Enttrümmerungsaktionen fan-

den naturgemäß erst recht nur derartig geringen Widerhall, daß die von der Besatzungsmacht installierten deutschen Lokalverwaltungen weithin zum Mittel zwangsweiser Einteilung greifen mußten, um überhaupt mit den dringendsten Aufräumaufträgen voranzukommen, wobei zuerst mancherorts nur auf Mitglieder der NSDAP zurückgegriffen worden ist. Waren dann aber die Aufgerufenen angetreten, dann fehlte es bis in den Herbst hinein vielerorts an einfachstem Arbeitsgerät; das begann sich deutlich erst zu ändern, nachdem im Dezember 1945 der Alliierte Kontrollrat die Trümmerbeseitigung in den Zonen als eine der Hauptaufgaben der kommenden Zeit festgestellt hat. Vielfach fehl-

ten an einem industriellen Standort solche Fachkräfte, die zur Ingangsetzung und Aufrechterhaltung eines technischen Arbeitsprozesses eben gebraucht wurden. Viele solcher Fachkräfte hatte es als Evakuierte und in den Flüchtlingsstrecks in die Notunterkünfte und Lager ländlicher Regionen verschlagen. Dort konnten sie wiederum nur in recht geringem Maße für den Einsatz in der Landwirtschaft mobilisiert werden, weil sie aufgrund ihrer körperlichen Verfassung nicht in Betracht kamen oder, häufiger, weil sie sich solchem Einsatz entzogen oder widersetzen. Aber insgesamt gab es viel zu wenig entlohnte Arbeit, vor allem weil die Industrieproduktion vorläufig nicht in Gang gebracht werden konnte: Im letzten Quartal des Jahres 1945 erreichte sie nur etwa 20 Prozent des Niveaus von 1936, am niedrigsten war der Wert der französischen Zone (15 Prozent). Die Beschäftigungsquote fiel mit dem Jahr 1945 enorm und pendelte sich, im Vergleich zur Vorkriegszeit, dauerhaft auf offiziellen 20 Prozent ein: und das bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung um 6 Prozent in den vier Zonen. Der Kontrollrat registrierte Anfang 1946 rund 1,4 Millionen Arbeitslose, aber die Zahl der ungemeldet Arbeitslosen war allein in der britischen und amerikanischen Zone nach Schätzungen annähernd doppelt so hoch. Lokale Beobachtungen zeigen schlimme Verhältnisse. So hatte etwa nur einer von sieben Arbeitsfähigen in der Stadt Hannover Ende des Jahres 1945 wirklich Arbeit.

Die massiven sozialen Konsequenzen der Kriegsverluste und des zunehmenden Elends waren allenthalben anzutreffen. Selbstverständlich schnellten die Kriminalitätsraten in erschreckendem Maß hoch, auch wenn man Bagatel- und Schwarzmarktdelikte nicht einbezog. Und sie stiegen besonders im Bereich der Jugendkriminalität rasch an: So wurde in Berlin Anfang des Jahres 1946 eine Verachtfachung im Vergleich zu 1938 festgestellt. Dies war indessen nicht nur eine Reaktion auf den extremen Mangel, sondern eine Folge gerade auch der weitgehenden Auflösung der sozialen Bindungen – und dies wiederum besonders derjenigen in der Familie. 1945 lebte bei-

nahe die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in den Westzonen in sogenannten unvollständigen Familien, das hieß in der Regel: vaterlos, fast 1,25 Millionen von ihnen blieben Halbwaisen; zudem stieg die Scheidungsziffer schon 1945 deutlich an, um sich auf ihrem Höhepunkt 1948 schließlich im Verhältnis zu den Vorkriegszahlen wenigstens zu verdoppeln. Die Frauen aber konnten zur eigenen, schweren körperlichen Arbeit und zur mühevollen Besorgung der von Tag zu Tag nötigen Lebensmittel unmöglich den gefallen oder vermißten oder gefangenen oder getrennten Mann auch noch in dieser Beziehung ersetzen. 1945 prägten die Frauen das Bild des öffentlichen Lebens: schlangestehend, Wasser schleppend, mit letzten Wertsachen unterwegs zu einem Bauern, und sie prägten das Bild öffentlichen Arbeitens, zumal bei der „Enttrümmerung“ der Ruinenstädte – für sechzig Pfennige Stundenlohn, fast immer ohne die nötigen festen Schuhe oder gar Handschuhe, fast ohne brauchbares Arbeitsgerät.

4. Deutschland und deutsche Nation.

Schon 1945 hat die vorherrschende Staats- und Völkerrechtslehre die Auffassung vertreten, Deutschland sei rechtsfähiges staatliches Subjekt geblieben und habe mit der Kapitulation lediglich (und vorläufig) seine Willens- und Handlungsfähigkeit eingebüßt. International, aber auch in Deutschland selbst ist dem widersprochen worden, wobei hierzulande vor allem föderalistisch gesinnte deutsche Staatsrechtler die These vom Ende deutscher Staatlichkeit unterstützt haben. Noch im *Herrnchiemseer Verfassungskonvent* ist das zuerst kontrovers diskutiert worden, aber es ist ja bekannt, daß sich die Kontinuitätsthese in der Schöpfung des bundesrepublikanischen Grundgesetzes und dann im andauernden Selbstverständnis des westdeutschen Staatswesens vollkommen durchgesetzt hat. Die Gründe dafür sind wiederum allzu bewußt, um hier besprochen werden zu müssen, wie ich nun überhaupt von einer weiteren Auseinandersetzung mit dieser staatsrechtlichen Perspektive absehen will.

Für den Historiker sind solche Diskussionen um die Bedeutung des „8. Mai“ nämlich einigermaßen abstrakt und geschichtsfremd, wenn er den Blick eng auf das Deutschland des Jahres 1945 zu richten hat. Denn es ist ja völlig offensichtlich, daß in diesem Augenblick alle Funktionen, die sich uns mit dem Begriff von Staat und Staatlichkeit verbinden, bei den Siegermächten lagen, bei den einzelnen zonalen Militärregierungen und, zur Koordinierung von deren Maßnahmen, beim „Alliierten Kontrollrat“ in Berlin, dahinter aber in den Hauptstädten der drei, dann vier in Deutschland herrschenden Siegermächte. Sie setzten Recht, entschieden sämtliche politischen Fragen und so fort und sie regelten die geringsten Verwaltungssachen. Die deutsche Beamtenschaft war nichts weiter als die Verlängerung der Exekutivfunktion der jeweiligen Militärregierung, und als solches Ausführungsinstrument agierte sie wegen ihres gerade jetzt *unpolitischen* Selbstverständnisses in der Sicht der Besatzungsmächte geradezu erstaunlich gut, nachdem allzubraun Gefärbte entlassen worden waren. Dasselbe galt zunächst für die deutschen Länderministerien, eingerichtet von der jeweiligen Besatzungsmacht seit dem Sommer 1945.

Und, vielmehr noch, die Siegermächte allein entschieden über das Ob und das Wie zukünftiger deutscher Staatlichkeit, wie es sich besonders hart in der Abtrennungs- und Umsiedlungsentscheidung der „Potsdamer Konferenz“ (vom 17. Juli bis 2. August 1945) über die Gebiete jenseits von Oder und Neiße erwiesen hat. 1945 aber blieb es noch höchst unklar, ob denn die vier Zonen dereinst zu einer politischen Gesamtheit zusammengefaßt werden oder ob etliche deutsche Staaten entstehen sollten. Auch die „Potsdamer Konferenz“ brachte hierin noch längst keine wirkliche Klarheit, auch wenn dort bestätigt wurde, daß der Begriff *Deutschland* zukünftig das Gebiet der vier Besatzungszonen bezeichnen sollte, und die großen drei Siegermächte zugleich beschlossen haben, diese Zonen als wirtschaftliche Einheit zu behandeln und zentrale deutsche Hilfsorgane beim „Alliierten Kontrollrat“ einzurichten.

Nun ist aber auch zu beobachten, daß in der deutschen *Zusammenbruchsgesellschaft* selbst der Begriff der deutschen Nation wohl nicht abhanden kam, wohl aber ins Wanken geraten ist. Das hatte natürlich *des öfteren* zu tun mit der Diskreditierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. „Der Begriff der Nation löste sich auf wie Rauch“, notierte der Schriftsteller Helmut Heissenbüttel als seine zentrale Erinnerung an das Erlebnis des Kriegsendes. Selbstverständlich hatte dies auch mit dem schon erwähnten Phänomen massiver 'Entpolitisierung' des Menschen im Angesicht der Katastrophe, des Chaos und Elends zu tun. Die Frage nationaler Einheit lag im alltäglichen Überlebenskampf wirklich unendlich ferne. Und gerade im Zeichen solchen Überlebenskampfes kam es zu handfesten, wenngleich später wie so vieles andere ziemlich verdrängten Szenen nationaler *Entsolidarisierung*, so besonders im Widerstand geschlossener ortsansässiger Bevölkerungen gegen die Aufnahme von ostdeutschen bzw. sudetendeutschen Flüchtlingen (was sich allerdings und bezeichnenderweise auch als Spiegelung ähnlicher Szenen beim Eintreffen westdeutscher Evakuierter im östlichen Deutschland seit

1942/43 beschreiben läßt), so bei den Problemen interzonaler Verteilung von Lebensmitteln und so fort. Schon im Sommer 1945 beobachteten Mitarbeiter der alliierten Militärregierungen und ausländische Journalisten das Aufkommen politisierbarer heftiger regionalistischer Stimmungen, welche sie geradezu als neuartige Nationalismen qualifizierten.

Aber mit dem Hinweis auf nationale Entsolidarisierung ist das Problem doch nur unzureichend beschrieben. Es resultierte womöglich vielmehr noch aus dem Zusammenbruch der *Ordnungsgröße Nation* als alltäglichem gemeinsamen Erfahrungsraum durch dichte und gewöhnliche Kommunikation, durch Nachrichten, Reisen, Briefe, Warentransporte und so weiter. Anders gesagt: im Chaos des Kriegsendes und des Nachkriegs zerfiel die gemeinsame Erfahrungswelt der Deutschen. Beispiele? Das Kriegsende war in vielen Regionen Deutschlands Monate vor dem „8. Mai“ erlebt worden. Die Erlebnisse der ostdeutschen Flüchtlinge vor und mit der sowjetischen Macht waren völlig andere als jene deutscher Bevölkerungen mit den amerikanischen Besatzern. Das Leid massenhaft erlittener Vergewaltigung blieb den Frauen im Osten und denen in einigen Teilen des südwestlichen

Deutschlands, indessen die Frauen hinter den britischen und amerikanischen Fronten von den drakonischen Maßnahmen der Militärjustiz in den wenigen Einzelfällen wußten. Die Versorgungslage war nirgendwo gut, aber außerordentlich unterschiedlich schlecht. Der Mensch in Hannover lebte in Trümmern, der in Göttingen besichtigte staunend einen einzelnen Granattrichter in Nachbarns Garten. Die Vermittlung solcher unterschiedlichen Erfahrungen aber konnte man wegen der unvermeidlichen „Reduktion des Lebens auf Beziehungen in engen Distanzen“ (Jacobmeyer) und, ganz konkret, wegen der Blockaden im öffentlichen und privaten Nachrichtenwesen nur noch sporadisch vollziehen. Große, die Nation so oder so angehende Nachrichten interessierten so oder so nur vergleichsweise wenige Menschen, die vom Nürnberger Prozeß nicht und nicht die von der Potsdamer Konferenz. Indessen dort über die Heimatvertreibung von Millionen Deutschen entschieden wurde, räsonnierte ein gelehrter und nationalbewußter deutscher Historiker über die universalgeschichtliche Bedeutung der Abtretung einer winzigen, aber benachbarten Eisenbahnlinie durch die Briten an die Russen. Ein paar Wochen vorher hatte er geschrieben: „Wie soll der Vorrat an Mitgefühlsvermögen in uns nicht aufgebraucht sein durch diese Jahre des Schreckens und ihr elendes Ende?“ Und noch ein paar Wochen zuvor: „Mit der deutschen Geschichte ... ist es vorbei“.

E i n l a d u n g

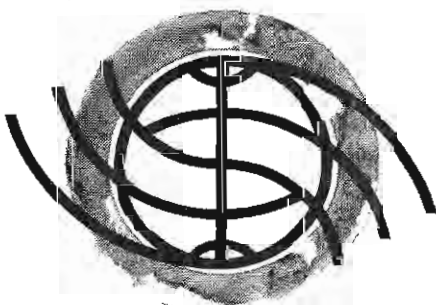
Setzen Sie sich ein

- für einen gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd?
- gegen Armut, Not, Hunger und Krieg in der Welt?
- für gerechte politische und gesellschaftliche Strukturen?
- für eine Partnerschaft zwischen Ost und West?
- für die Armen und Schwachen oder Ausgegrenzten in unserer Gesellschaft?
- für eine gemeinsame Zukunft in der „Einen Welt“?

Dann laden wir Sie herzlich ein.

**Katholischer
Kongreß**

**SOLIDARITÄT
IST UNTEILBAR**



**12.—15.
September 1996
in Hildesheim,**

veranstaltet vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gemeinsam mit dem Bistum Hildesheim.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam:

- Erfahrungen austauschen
- Perspektiven entwickeln
- Probleme diskutieren
- der Solidaritätsarbeit Impulse geben
- Anregungen geben
- in unsere Gesellschaft hineinwirken
- Begegnung ermöglichen

Fordern Sie die Anmeldeunterlagen an!

Katholischer Kongreß Hildesheim 1996
Postfach 10 07 08 · 31107 Hildesheim
Telefon (0 51 21) 13 78-0
Telefax (0 51 21) 13 78-44

Internationale Krisen und Konflikte und das Problem der Konfliktbearbeitung

Rudolf Hamann

1. Die Situation nach Ende des Ost-West-Konfliktes

Die von dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten George Bush verkündete „neue Weltordnung“, für die auch über eine halbe Million Soldaten im zweiten Golfkrieg gegen den Irak angetreten waren, läßt offensichtlich auf sich warten. Der Wunsch, die Welt überschaubar und vor allem friedlich zu gestalten, ist zwar ein alter Menschheits Traum, aber auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Welt nicht friedlicher geworden. Mit dem spektakulären Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Multipolarität zu Ende gegangen, in der zwei Supermächte das internationale System dominierten und dabei zahlreiche virulente innerstaatliche Konflikte unterdrückten, die jetzt überall aufflammen. Die Zunahme innerstaatlicher Kriege als Folge des Auseinanderbrechens von Großreichen konnte man schon nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Untergang des Habsburgischen und des Osmanischen Reiches beobachten. Insofern kamen die Ereignisse in der Sowjetunion oder im ehemaligen Jugoslawien eigentlich nicht überraschend, zumal speziell für den Balkan der Bürgerkrieg vom CIA relativ exakt prognostiziert worden war. Jugoslawien war nach dem ersten Weltkrieg primär im Interesse der Siegermächte als Bollwerk gegen Österreich-Ungarn gegründet worden. Serben, Kroaten und Slowenen hatten durchaus andere Vorstellungen, waren aber nicht gefragt worden. Die vielfältigen Konflikte, die sich vordergründig als ethnische Probleme darstellen, de facto aber auf ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten beruhen, wurden nicht gelöst, sondern unter der Integrationsfigur Tito mit seiner Politik der Blockfreiheit zwischen Ost und West

vertagt. Sein Tod und der Zusammenbruch der Sowjetunion schwächten die Zentralgewalt, so daß die lange unterdrückten internen Konflikte wieder ausbrachen. Was sich auf dem Balkan im kleinen Rahmen beobachten ließ, spielte sich in der Sowjetunion in einem entsprechend großen Maßstab ab. Wo immer ethnische Minderheiten oder unterdrückte Volksgruppen mit dem Hinweis auf die VN-Charta das Recht auf Selbstbestimmung für sich reklamieren, waren gewaltsame Auseinandersetzungen die Folge, und ein Ende ist bisher nicht absehbar. Neben diesen Bürgerkriegen als Folge des Auseinanderbrechens ehemaliger Großreiche nehmen wir erst seit 1989 eine Vielzahl anderer Kriege bewußt wahr, die, wie zum Beispiel die Kriege am Horn von Afrika, teilweise schon seit Jahrzehnten andauern, aber während des vierzigjährigen Ost-West-Konfliktes von uns nur insoweit registriert wurden, als sie die eigene Sicherheit bedrohten wie die Kriege im Nahen Osten zwischen Israel und den arabischen Staaten, in denen auch die beiden Supermächte involviert waren. Andere Kriege wie der in Somalia interessieren uns nur, solange CNN die entsprechenden Bilder in unsere Wohnzimmer sendet. Zwar wird auch heute wieder in Somalia nach der gescheiterten UNOSOM II – Aktion der Vereinten Nationen gekämpft, aber da die Kameras längst eingepackt und die Scheinwerfer abgeschaltet sind, wird es von großen Teilen der Öffentlichkeit noch nicht einmal registriert. Außerdem bedrohen die meisten dieser Konflikte nicht unmittelbar die Sicherheit des Westens, und die Erfahrungen mit Bosnien, Somalia oder Ruanda zeigen, daß es äußerst schwierig ist, von außen durch sogenannte „humanitäre Interventionen“ in diese Konflikte steuernd einzugreifen.

Inhalt

1. Die Situation nach Ende des Ost-West-Konfliktes
2. Kriegsursachenanalyse
Beispiel 1: Golfkrieg
Beispiel 2: Yom Kippur-Krieg
3. Probleme des Krisenmanagements
4. Drei zusammenfassende Thesen als Schluß

Abbildungen:

- 1—Sequenzen und Elemente der Kriegsverhütung
- 2—Vom Krieg zum Frieden

2. Kriegsursachenanalyse

Kriege brechen nicht spontan oder zufällig aus wie Vulkane, vielmehr lassen sich fast immer verschiedene Stufen der Intensivierung und Radikalisierung von Konflikten ausmachen, bevor dann die darin involvierten Parteien versuchen, mit militärischer Gewalt neue politische Fakten zu schaffen. Grundbedingung aller gewaltsam ausgetragener Konflikte sind objektive Widersprüche und sich überlagernde Konfliktfronten in den betroffenen Ländern. Zu den empirisch beobachtbaren Tatsachen gehört, daß noch nie zwei demokratisch ausgerichtete Staaten gegeneinander Krieg geführt haben. Der Schauplatz von zwischenstaatlichen oder innerstaatlichen Kriegen sind entweder totalitäre oder fragmentierte Staaten, in denen krasse ökonomische Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, politische Ungleichheit, d.h. kein legaler Elitenwechsel über den Mechanismus von Wahlen und soziale Ungleichheit, z.B. durch Diskriminierung verschiedener Minoritäten

ten, vorliegen. Zur Krise werden diese Widersprüche, wenn sie von den Betroffenen bewußt wahrgenommen werden und der Wunsch nach Veränderung wächst. Für die Bewußtmachung dieser Konflikte spielen die Intellektuellen eine große Rolle, über die Ideologien in Form von Feindbildern produziert werden, die das „Wir“-Bewußtsein der streitenden Parteien stärken und damit das erreichen, was Karl Marx in seiner Revolutionstheorie als den Übergang von der Klasse „an sich“ in die Klasse „an und für sich“ bezeichnet hat. Entscheidend ist die Konfliktfähigkeit der Akteure und eine Zunahme an Gewalt am Vorabend des Krieges, weil eine friedliche Konfliktkultur, die auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein gewaltloses Austragen der Konflikte nach festen, allgemein akzeptierten Regeln ermöglicht, fehlt. Wenn es dann tatsächlich zum Kriegsausbruch kommt, ist das immer auch ein untrügerisches Zeichen für fehlendes bzw. nicht funktionierendes Krisenmanagement; denn zumindest bis zum Vorabend des Krieges besteht ja die Möglichkeit, das sich langfristig anbahnende Unheil abzuwenden. Tatsächlich ist aber eher eine gegenläufige Tendenz zu beobachten, nämlich daß Warnsignale übersehen oder so uminterpretiert werden, bis die Tatsachen mit dem eigenen Wunschdenken zur Deckung kommen – ein Verhalten, das in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff „kognitive Dissonanz“ bekannt ist. Es soll im folgenden an zwei Beispielen illustriert werden.

Beispiel 1: Golfkrieg

Anfang Mai 1990 meldeten Geheimdienste, daß mit einem Angriff Iraks auf Kuwait zu rechnen sei. Kuwait hatte bereits im August 1988 den OPEC-Vertrag gebrochen und die Ölförderung verstärkt, daß die Preise zusammenbrachen, worunter besonders der seit dem ersten Golfkrieg hoch verschuldete Irak litt. Offensichtlich wollte Saddam Hussein Kuwait mit Gewalt neue Fakten schaffen, aber die USA nahmen die Warnungen nicht ernst. Satellitenaufnahmen bestätigten die Truppen-

konzentrationen an der Grenze zu Kuwait, aber Bush ließ sich vom ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak und dem König von Jordanien beruhigen, die eine Invasion bezweifelten. Am 31. Juli erklärte John Kelly, amerikanischer Unterstaatssekretär für den Nahen Osten, im Repräsentantenhaus, daß ein möglicher Einmarsch des Irak in Kuwait nicht zwangsläufig eine Kriegserklärung der USA zur Folge hätte. Diese Ausführungen, von BBC gesendet und in Bagdad empfangen, mußten Saddam in Sicherheit wiegen, zumal sechs Tage zuvor, am 25. Juli, Hussein in einem langen Gespräch mit der US-Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, den Eindruck gewonnen hatte, die USA würden im Konflikt Irak-Kuwait keine Position beziehen. Damit war der Krieg praktisch programmiert.

Beispiel 2: Yom Kippur-Krieg

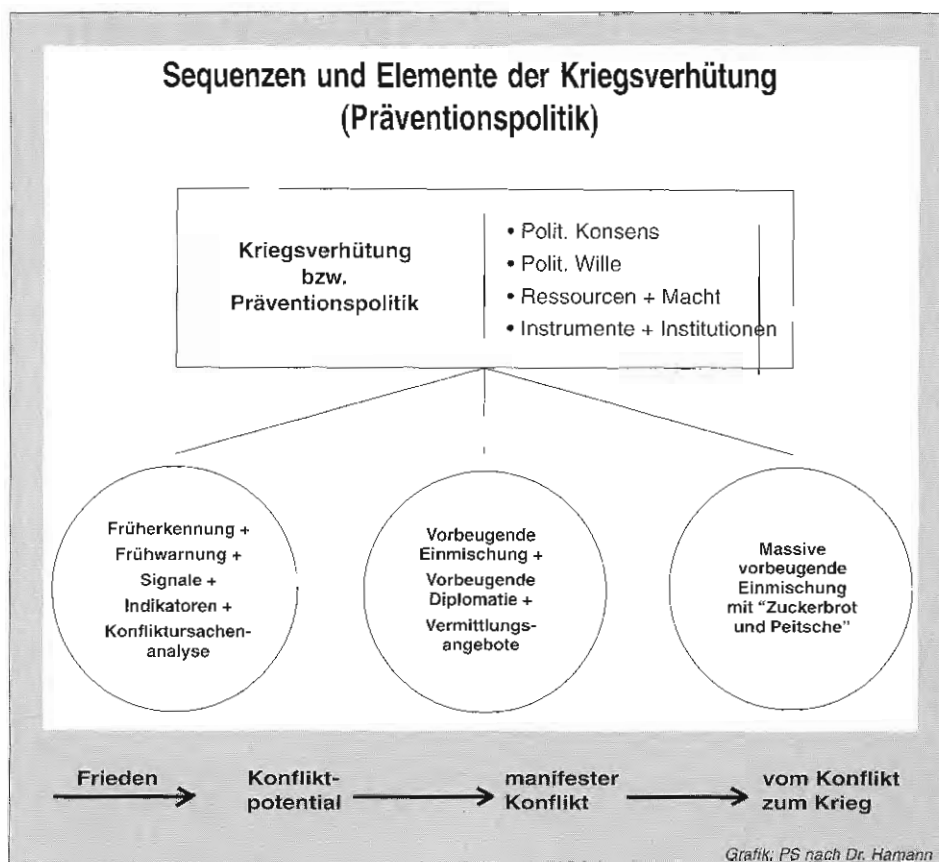
Wochen vor Ausbruch des Krieges im Oktober 1973 zwischen Ägypten und Israel meldeten die militärischen Einheiten, die vorn an der Bar Lev-Linie unmittelbar am Suezkanal stationiert waren, daß umfangreiche Truppenbewegungen auf ägyptischer Seite auf eine gewaltsame Überquerung des

Kanals und damit auf Krieg deuten. Die israelische Regierung reagierte aber nicht, zumal schon im Sommer umfangreiche Manöver stattgefunden hatten, ohne daß es zu einem Krieg gekommen war und jede Generalmobilmachung mit erheblichen negativen Begleiterscheinungen für die israelische Wirtschaft verbunden war. Da man auch keinen Präventivschlag wie im Sechs-Tage-Krieg wegen der erheblichen internationalen Auswirkungen riskieren wollte, wurde Israel vom Angriff am höchsten jüdischen Feiertag überrascht und mußte in den ersten Tagen erhebliche Verluste hinnehmen.

3. Probleme des Krisenmanagements

Zwischenstaatliche und innerstaatliche Kriege sind immer dann wahrscheinlich, wenn zumindest eine der Parteien die Erfolgsaussicht, mit Hilfe militärischer Gewalt neue Fakten zu schaffen, positiv einschätzt, also die Abschreckung nicht funktioniert.

Ein erfolgreiches Krisenmanagement muß sich deshalb mit folgenden Fragen auseinandersetzen:



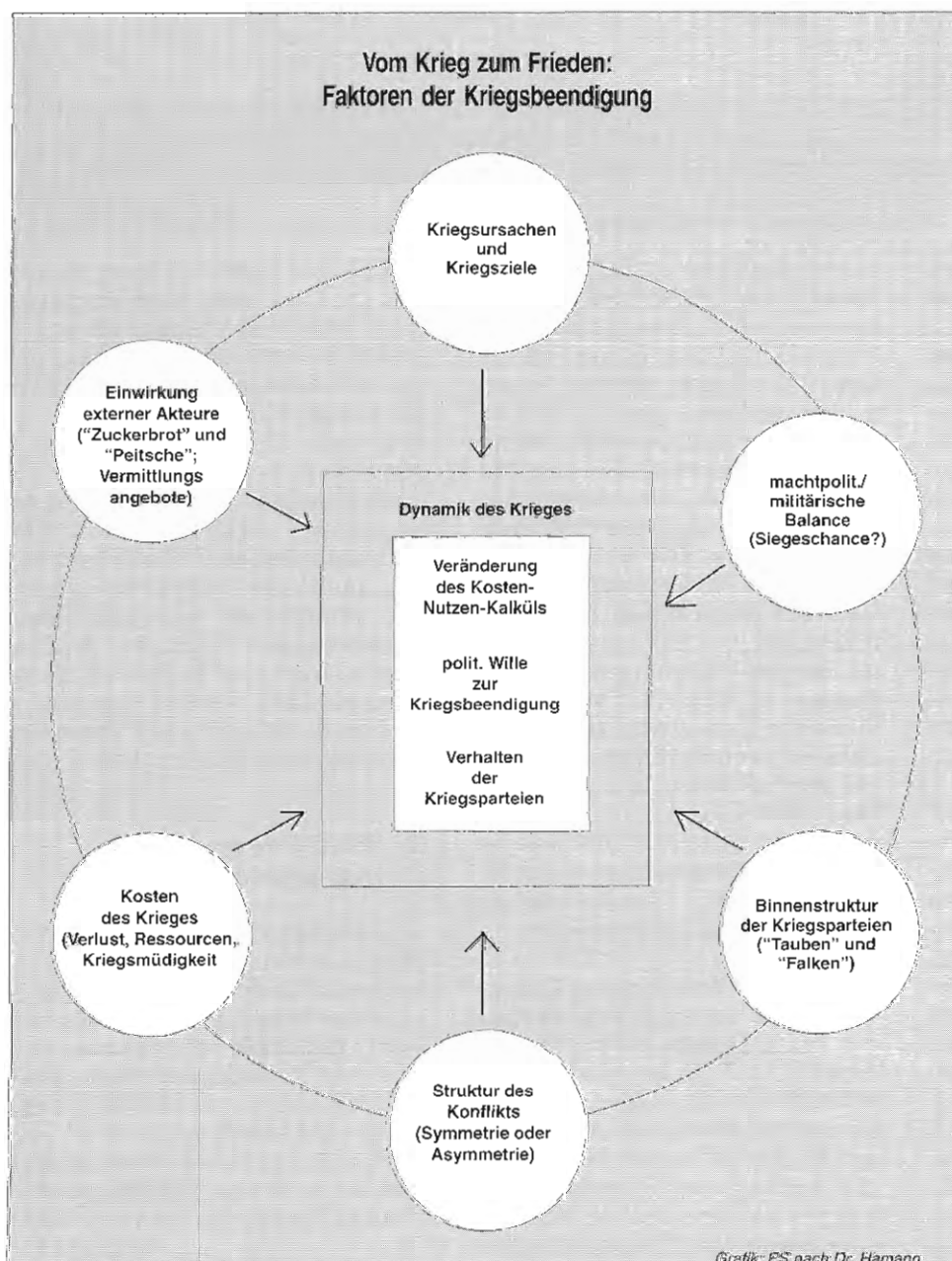
- (1) Ist es unter Umständen legitim, einen zum Krieg entschlossenen Aggressor schon in einer Frühphase des Konfliktes mit Waffengewalt entgegenzutreten; d.h. den Krieg nicht als ultima ratio, sondern prima causa zu verstehen?
- (2) Gibt es verlässliche Kriterien, anhand derer zu entscheiden wäre, ob es Sinn macht, in einen Bürgerkrieg durch „humanitäre Intervention“ von außen militärisch einzugreifen?
- (3) Wer entscheidet über den Einsatz und über die Frage der Verhältnismäßigkeit von Mitteln und Zielen?

Zu (1) Prinzipiell ist die Anwendung von Gewalt nur dann legitim, wenn die begründete Hoffnung besteht, auf diese Weise weiteres Blutvergießen wirksam zu verhindern. Das aber läßt sich erst im Nachhinein sinnvoll begründen. Man ist eben immer erst schlauer, wenn man aus dem Rathaus kommt. Vor allem demokratische Regierungen neigen mit Recht dazu, erst spät und auch dann nur zögerlich Streitkräfte einzusetzen, weil grundsätzlich nicht auszuschließen ist, daß durch den Einsatz von Streitkräften der Konflikt erst eskaliert und dann eine Eigendynamik entwickelt, die politisch nur schwer kontrollierbar ist. Der

erweiterte Blauhelmeinsatz der UNO in Somalia steht für so eine gescheiterte Mission.

Zu (2) Angesichts massiver und dauerhafter Menschenrechtsverletzungen sowie in extremen Fällen von Auflösungen staatlicher Gewalt und den damit verbundenen Problemen wie Vertreibungen, Völkermord, Hungersnöte und Migration darf sich die Weltgemeinschaft nicht hinter völkerrechtlichen Prinzipien wie Souveränität und Nichteinmischung verstecken. Auf der anderen Seite kurieren Militäreinsätze nur an den Symptomen, während die strukturellen Probleme nicht gelöst werden.

Zu (3) Bisher gibt es keine klaren Eingreifkriterien, und da bei den sog. humanitären Interventionen in innerstaatliche Konflikte im allgemeinen keine nationalen Interessen bedroht sind, und somit nicht auf Staatsraison gründen, ist ein Eingreifen fremder Staaten eher fraglich. Die Durchsetzung von Normen mit militärischen Mitteln ist aber schwierig, wenn kein strategisches Interesse definiert werden kann. Außerdem kann ja das Ziel des Krieges nicht im Krieg selber liegen, d.h. es müssen bei den zur Intervention bereiten Regierungen klare Vorstellungen über die politischen Ziele einer Intervention vorhanden sein, was aber nur selten der Fall ist. Bei der Frage, wer über einen militärischen Einsatz entscheiden soll, wird heutzutage gern auf die Vereinten Nationen verwiesen, die aber eben keine Weltorganisation darstellen und deshalb häufig überfordert sind wie die Beispiele Bosnien, Somalia und Ruanda zeigen. Die VN-Charta geht von zwischenstaatlichen Kriegen aus, aber die typischen Kriege heute sind innerstaatlicher Natur. Ferner betont die Charta das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Prinzip zur Wahrung des Weltfriedens, aber gerade dieses Selbstbestimmungsrecht wird heute zum



Sprengstoff für den Frieden. Fraglich ist ferner, ob die NATO als System kollektiver Verteidigung über derartige „out of area“-Einsätze eine neue Identität gewinnen wird. Zur Zeit ist die Allianz jedenfalls nicht an realen Gefahren und Risiken orientiert, sondern am Überlebensproblem als Militärallianz. Bei der Implementierung des Dayton-Abkommens im Auftrag der UNO zeichnet sich jedenfalls schon jetzt ein Dilemma ab. Bei einer engen Auslegung ihres Mandats riskiert die NATO ihre Glaubwürdigkeit und Autorität. Bei einer weiten Auslegung im

Sinn einer Durchsetzung von Ruhe und Ordnung riskiert sie wie in Somalia ihr Scheitern. Gerade weil die begrenzte Wirkung militärischer Interventionen auf der Hand liegt, stellt sich erst recht die Frage nach einer präventiven Diplomatie, deren Notwendigkeit auch prinzipiell nicht bestritten ist. Daß sie dennoch nur schwer zu realisieren sein wird, liegt an einer Reihe von Gründen. So stellt sich zum Beispiel nicht nur das Problem der Früherkennung, sondern auch das des nicht meßbaren Erfolgs. Da niemand die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs voraussagen kann,

wartet man im Zweifelsfall lieber ab, und wenn der Krieg ausbleibt, dann läßt sich nicht bestimmen, ob das ein Verdienst präventiven Krisenmanagements oder ganz anderer Umstände ist. Dennoch wird es darauf ankommen, bei innerstaatlichen Konflikten die Ansätze nicht militärischer Konfliktbearbeitung auszubauen, und das bedeutet vor allem die gesellschaftlichen Akteure wie Nichtregierungsorganisationen (z.B. amnesty international, IKRK, Ärzte ohne Grenzen usw.) stärker und systematischer miteinzubeziehen.

4. Drei zusammenfassende Thesen als Schluß

1. Die Wahrscheinlichkeit von innerstaatlichen Kriegen wird wachsen; aber die Bereitschaft zu humanitären Interventionen wird im gleichen Maße sinken; weil die Sicherheit des Westens im allgemeinen nicht bedroht ist und langfristige Erfolge eher unwahrscheinlich sind.
2. Mit jedem weiteren innerstaatlichen Konflikt wird die Dysfunktionalität militärischer Interventionen deutlicher werden, zumal immer die Gefahr besteht, daß der Konflikt durch Einmischung von außen erst angeheizt wird.
3. Wer die Vereinten Nationen reformieren will, muß die Außenpolitik ihrer Mitglieder reformieren. Entscheidend ist, die Gewaltursachen zu beseitigen, anstatt ihre Resultate mit noch mehr Gewalt zu kurieren versuchen. Prävention, d.h. die Bekämpfung der Gewaltursachen vor Ort, wird immer bedeutsamer.

Bischofsgottesdienst in Dermbach/Thüringische Rhön

Begrüßung durch den Ortspfarrer, Pfarrer Stefan Kümpel

Liebe Brüder und Schwestern, wir freuen uns, daß wir heute so zahlreiche Besucher in unserer Kirche begrüßen dürfen. Ganz besonders begrüße ich Sie, sehr verehrter Herr Erzbischof!

Daß Sie unsere Kirche für diesen Gottesdienst ausgewählt haben, ist uns eine große Ehre. Kürzlich bezeichneten Sie das Dekanat Geisa als das i-Tüpfelchen des Bistums Fulda. Mit Ihrem heutigen Besuch unterstreichen Sie, wie sehr Sie die Glaubensstreue der Christen gerade hier schätzen und Sie machen uns Mut, daß wir in Fulda gut aufgehoben

sind. Im Namen der ganzen Gemeinde heiße ich Sie herzlich willkommen! Sie sind heute in Ihrer Eigenschaft als Militärbischof zu uns gekommen und haben Soldaten mitgebracht, die sich offen zu ihrem katholischen Glauben bekennen. Auch Sie, liebe Soldaten, begrüße ich ganz herzlich! Ich war auch einmal einer von Ihnen und bin vertraut mit der Verbindung Kirche und Uniform/Militär. Vor der Wende waren direkt gegenüber unserer Kirche die Grenztruppen der NVA stationiert. Für die Menschen in den neuen Bundesländern ist diese

Verbindung deshalb noch ungewohnt. Aber gerade darum ist es so wichtig, daß Sie gegen die unseligen Erinnerungen ein Zeichen setzen. Ihre Akademie hat das Thema: „Krisen überwinden, Verständigung finden.“ Durch Ihren Besuch in der ehemaligen DDR wollen Sie Grenzen abbauen und eine Brücke der Verständigung schlagen. Wir sind gerne bereit, dabei ein Brückenpfeiler zu sein. Zu Beginn unserer Feier wollen wir Gott bitten, daß er alles von uns nimmt, was uns von ihm und voneinander trennt und unsere Schuld bekennen.

Gott lädt zum Mahlhalten mit ihm ein

Der Gottesdienst wurde als Abendmesse vom Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, zelebriert. Der als Bischof von Fulda auch der zuständige Ortsbischof für die Gemeinde Dermbach ist. Der Meßtext entsprach dem Meßformular des Tages, dem Dienstag der 31. Woche im Jahreskreis (Lesung Röm 12,5—16a, Evangelium Lk 14,15—24). Aus der Predigt des Militärbischofs über den Evangeliumstext „Das Gleichnis vom Festmahl“ sind mir einige Gedanken in Erinnerung geblieben, die sich unterschiedslos einfach an den gläubigen Christen wenden, gleich ob er Soldat oder Zivilist ist,

ob er oder sie im freien Westen groß wurde oder unter den Bedingungen des realen Sozialismus in der DDR den Glauben leben mußte.

Erzbischof Dyba bemängelte, daß für viele Menschen heute das Ausschlafen am Sonntag wichtiger sei als die Einladung Gottes. Mit dem Evangelium aber zeige Gott, wie wichtig ihm die Einladung an uns ist. Der Christ könne diese Einladung nicht ablehnen, ohne Gott zu verletzen. Gott sei bereit uns alles zu geben, wenn wir nur bereit seien, ihm zu begegnen. „Jeder muß überlegen, wie gut kenne ich den Herrn“, sagte der Militär-

bischof. „Kirchenmitgliedschaft alleine reicht nicht aus. Kenne ich den Herrn, der mich zur persönlichen Begegnung mit ihm berufen hat?“ Und er fragte, ob das eine Drohbotschaft oder eine Frohbotschaft sei, wenn die Boten Gottes allen Frieden auf Erden verkündeten, die guten Willens sind. Für den, der diese Botschaft ablehne, für den alles wichtiger sei als die Einladung Gottes, sei das keine frohe Botschaft, sondern Flucht. Dyba schloß seine Predigt mit den Worten: „Gott ist der, der mich geschaffen und gewollt hat, der uns alle zum Mahlhalten mit sich einlädt.“

Dermbach/Thüringische Rhön

Dermbach ist ein ca. 50 km nordostwärts von Fulda in der Thüringischen Rhön gelegener Erholungsort. Von dort bestehen gute Möglichkeiten die kuppige Rhön zu durchwandern. Die katholische Barockkirche ist nach dem Vorbild des Fuldaer Domes in den

Jahren 1732—1735 erbaut worden. Beachtenswert sind das Wappenportal und die reiche Innenausstattung. Die Kirche zeugt vom Bestreben der Abtei Fulda, die in der Nähe von Schmalkalden gelegene Region zu rekatholisieren. — Im Jahre 1531 gründeten in

Schmalkalden die protestantischen Fürsten Deutschlands den „Schmalkaldischen Bund“, ein Schutzbündnis der protestantischen Reichsstände gegen den Habsburger Kaiser Karl V.. 1537 wurden dort die von Martin Luther verfaßten „Schmalkaldischen Artikel“ angenommen, seit 1580 gültiges Bekenntnis der lutherischen Kirche. — Dermbach liegt im Dekanat Geisa und gehörte mit diesem während der DDR-Zeit zum Bischöflichen Amt Erfurt. Nach der deutschen Einheit und im Zuge der Neugliederung der deutschen Bistümer kehrte Dermbach ins Bistum Fulda zurück.



Stabsunteroffizier Ute Jokisch, Teilnehmerin an der 5. Akademie Oberst Helmut Korn, bei den Fürbitten im Gottesdienst mit dem Katholischen Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, in der Pfarrkirche von Dermbach.

Der Militärbischof feierte die Eucharistie in Konzelebration mit dem Ortspfarrer, Stefan Kümpel (re), und dem Geistlichen Beirat der GKS, Msgr. Walter Theis(li). (Foto: F. Brockmeier)

NATIONALE SYMBOLE

Welchen Wert können nationale Symbole heute haben – Die Wartburg heute und ihre Geschichte

Günter Schmidt

- „Deutsche Nation“ und „Vaterland“ überholte Begriffe?
- Die europäische Einigung
- Bedeutung des Symbols
- Das Nationaldenkmal
- Nationale Bedeutung der Wartburg
- Luther und die Wartburg
- Zum Begriff „Vaterland“
- Wartburg und Nationalsozialismus
- Nationalflagge und -hymne
- Gefahren durch die Auflösung der Ordnung
- Nation — ein Übergang
- Anmerkungen

(Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt)

„Deutsche Nation“ und „Vaterland“ überholte Begriffe?

Als Nationaldenkmal wurde 1883, also 12 Jahre nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges, das Niederwalddenkmal eingeweiht – konzipiert als Friedens- nicht als Siegesdenkmal. „Vom Ursprung und der Bestimmung her ist“, so äußert sich Lutz Tittel in seinem Büchlein über dieses Denkmal, „das Niederwalddenkmal das bedeutendste nationale Denkmal in Deutschland. Sieger ist nicht Wilhelm, König von Preußen, Sieger ist eben die Germania“, und er fährt fort mit der Begründung, „da dieses Denkmal der endlich erreichten Einigung Deutschlands gewidmet ist.“⁽¹⁾

1913, einhundert Jahre nach dem denkwürdigen 18.10., als Napoleon sich auf der Höhe von



Eine der historisch interessantesten deutschen Burganlagen ist die auf dem Wartberg über Eisenach gelegene Wartburg, die der Sage nach 1067 von Ludwig dem Springer gegründet wurde. Dort wurde auch der Wettstreit zwischen den Minnesängern des Hochmittelalters — darunter Wolfram von Eschenbach, Heinrich von Ofterdingen, Heinrich von Veldeke und Walter von der Vogelweide — ausgetragen. Die 1235 heiliggesprochene Landgräfin Elisabeth von Thüringen, eine ungarische Königstochter, lebte hier. Martin Luther weilte 1521/22 als 'Junker Jörg' unter kurfürstlichem Schutz auf der Burg, wo er das Neue Testament aus dem griechischen Urtext in die deutsche Sprache übersetzte und damit einen entscheidenden Beitrag zur Herausbildung der deutschen Schriftsprache leistete. (Foto: bt)

Stötteritz als besiegt erklärt hatte, wurde ein weiteres Nationaldenkmal eingeweiht, das Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig, konzipiert dafür, „daß jene große Zeit von 1813 an sittlichem Gehalt turmhoch über der unseren steht.“⁽²⁾

Wieviel Jahre wird es wohl dauern, bis den Ereignissen um den 9. November 1989 ein Denkmal

gesetzt wird? Das einzige Denkmal, das meines Wissens nach dem 9. November 1989 mit Anspruch auf überregionale Bedeutung enthüllt wurde, ist das des unbekannten Deserteurs in Erfurt.

Ist dies tatsächlich die ganze Antwort auf die Beendigung der gewaltsam herbeigeführten Trennung einer Nation, einer Nation,

für deren Erhalt und Fortbestand in den nationalen Befreiungskriegen tausende Freiwilliger ihr Leben ließen mit dem Wort Vaterland nicht nur auf den Lippen, sondern im Herzen; Vaterland – ein Wort ein Begriff dem man sich nicht verschließen konnte und wollte ein Begriff, der eine beispiellose Opferfreudigkeit implizierte, „die auf alles verzichtete, um nur den nationalen Gedanken nicht preiszugeben“.³⁾ Wie hatte doch Ernst Moritz Arndt gesungen?: „O Vaterland! Mein Vaterland! Du wirst Jahrtausende durchblühn ... wann unserer Namen dünner Schall/Im Zeitenstürme längst verklungen, / sei dieses Namens Wiederhall/von Millionen nachgesungen“.⁴⁾

Von Millionen nachgesungen? Wieviele würden wohl heute einstimmen in den Gesang zum Lobe des Vaterlandes, zum Lobe der deutschen Nation? In welche politische Ecke würde der wohl gebannt, der heute ein nationales Erziehungsprogramm forderte, und in welche der, der behauptet, der Begriff deutsche Nation sei in Ostdeutschland wesentlich intensiver verfolgt worden als in Westdeutschland? Wo haben wir in der Gegenwart die deutsche Nation, das deutsche Vaterland noch als Autorität? Zerfrißt nicht eine neue hochstilisierte Sophistik die ethischen Vorstellungen von Recht und Gesetz? Führt uns die Droge der rücksichtslosen Selbstverwirklichung nicht den Weg in eine suizidgefährdete Gesellschaft? Ist nicht Disziplinlosigkeit zum Synonym für Demokratie geworden und lähmt nicht dieses Mißverständnis jede organisierte Kommunität, sei es die Schulklasse, sei es die Schule, die Kommune, die Partei, das Land, der Staat? Bestätigt nicht das Parteiengezänk Friedrich Schiller als einen spectator temporis futuri, wenn wir uns seines Distichons erinnern: „Eine große Epoche hat das Jahrhundert geboren,/aber der große Moment findet ein kleines Geschlecht“?⁵⁾ Und gerade dies sollte uns um so stärker zum Nachdenken zwingen, als Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vorausschauend mahnend formuliert hatte: „wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutsche verbindlich ist“.

Die europäische Einigung

Haben wir nicht trotz dieser Worte die Chance der Wiedervereinigung bereits verspielt, uns in Ost und West der Frage nach der deutschen Identität neu zu stellen? Gehen wir noch einen gewagten Schritt: Ist die gerade von Deutschland betriebene europäische Einheit Flucht oder Angst vor einer Identifikationskrise der deutschen Bürger, die im westlichen Teil im Spannungsfeld zwischen Weltbürgertum und Lokalpartikularismus, im östlichen Teil im Spannungsfeld zwischen Nischenexistenz und befohlenem proletarischem Internationalismus aufgewachsen sind; oder – und auch diese Erinnerung ist wohl noch nicht ganz verblaßt – ist sie Nachwirkung dessen, das De Gaulle kurz nach seinem Machtantritt der Bundesrepublik die kalte Schulter gezeigt hatte, indem er das Zusammengehen beider Länder in der atomaren Bewaffnung stoppte?

Freilich, ganz neu ist der Gedanke von dem, was Gorbatschow das europäische Haus genannt hat, nicht. Schon zwischen April 1865 und März 1867 äußert sich und damit möchte ich unter Zurücknahme der emotionalen Färbung mein Thema „Welche Bedeutung können nationale Symbole heute haben? – Die Wartburg heute und ihre Geschichte“ weiter verfolgen – äußert sich also zu dieser Thematik Wilhelm Raabe mit den Worten: „Es wird ohne Zweifel einmal eine Zeit gekommen sein, in welcher keine ‘Residenzen’ ... mehr in unserem Weltteil existieren werden; dann aber haben vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa ihre Geschäftsträger, Gesandten, Generalkonsuln und Konsuln an den Höfen der fürstlichen Herrschaften jenseits des Ozeans zu erhalten ...“⁶⁾

Und bereits 100 Jahre davor, 1772, formulierte Jean-Jacques Rousseau in seinen Betrachtungen über die Regierung Polens: „Es gibt heutzutage keine Franzosen, keine Deutschen, keine Spanier, selbst keine Engländer mehr, es gibt nur noch Europäer. Alle haben den gleichen Geschmack die gleichen Leidenschaften, die gleichen Sitten.“⁷⁾

Bedeutung des Symbols

Mit diesen literarischen Denkmälern sollen einige Aspekte beleuchtet werden. Ich hatte mich bisher auf Denkmale beschränkt, weil Denkmale vielleicht der sinnfälligste Ausdruck für Symbol sind. Das griechische Wort Symbol ist ja zunächst ein Erkennungszeichen unter Gastfreunden (etwa ein durchgebrochenes Täfelchen), dann aber auch Wahrzeichen, Merkmal und Kennzeichen, wobei das Präfix *sym* – ja Ausdruck gewissermaßen einer Gemeinsamkeit ist, eines gemeinsamen Tuns wie es etwa auch das lateinische *cum* ausdrückt, und es ist eigentlich schön zu wissen, daß sich hinter der Kompanie eine Gruppe von Menschen verbirgt – sprachlich gesehen –, die gemeinsam ihr Brot ißt – sich also gemeinsam am Leben erhält.

Der hypothetische Charakter unseres Themas „Welchen Wert können nationale Symbole heute haben...“ wird nicht so sehr bestimmt, wie es vordergründig erscheinen mag, durch die Verwendung des modalen Hilfsverbs „können“, er erscheint mir viel intensiver durch den Begriff „heute“ geprägt: Soll damit ein Synonym gefunden sein für Gegenwart, für das, was ist – oder ist im Kontext mit dem „nationalen Symbol“ etwa ein Hauch von Melancholie impliziert oder zu implizieren, nämlich im wallenstein-schillerschen Sinn „und in dem Heute wandelt schon das Morgen“, für uns also: das vereinte Europa, das natürlich die nationalen Symbole, insbesondere die nationalen Denkmäler, in, sagen wir vorsichtig, eine andere Wertungsbeziehung zur Nation zu setzen nicht umhin kommen wird. Es scheint mir durch den Bezug zur Wartburg doch legitim, mich auf die deutsche Nation zu beschränken, auf die nationalen Symbole, wenngleich die vielleicht gar nicht zu beantwortende Frage gestellt werden muß: „Wer ist denn die deutsche Nation, existiert der Begriff oder die Vorstellung von der deutschen Nation eigentlich noch ungebrochen, hat er je ungebrochen existiert?“ Ein halbes Dezenium ist seit der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen, und haben wir uns dieser Frage

gestellt, haben wir uns nach der Identität der Deutschen ernsthaft gefragt?

Das Nationaldenkmal

Gewiß, nach 1871 erschienen, wie eingangs angedeutet, auf deutschem Boden eine Reihe von Monumentaldenkmalern, die alle das Attribut „national“ für sich forderten, sei es die Siegessäule in Berlin (1873), das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald (1875), das Niederwalddenkmal bei Rudesheim (1883), das Burschenschaftsdenkmal bei Eisenach (1902), das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig (1913) usw.

Aber warum *N a t i o n a l*-denkmal: Zu Erinnerung und Gedenken, oder zu Ermahnung und prophylaktischer Therapie eines niedersinkenden Nationalbewußtseins?

Ich denke, in diesem Zusammenhang ist es gut zu wissen, daß Denkmale nicht nur eine historische Erscheinung, sondern als Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft auch Erziehungsträger der Gegenwart auf die Nation hin sind oder doch zumindest sein können; denn das Nationaldenkmal leitet als Nationalmonument seinen Wortstamm von *monere* ab, *monere* aber bedeutet zunächst „erinnern“, dann „ermahnen“.

In ehrfürchtigem Schweigen gedenken wir derer, die in diesen Kämpfen um und für die deutsche Nation ihr Leben gelassen und den Nachkommen damit ein Vermächtnis auferlegt haben. In diesem Sinne kann die Frage nach der nationalen Identität nur in nationalen Dimensionen gesehen werden, in historischen Prozessen und Entwicklungslinien der nationalen Geschichte, und in diesem Zusammenhang wiederum muß überlegt werden, ob eine Zusammenstellung von „Symbol“ und „Nation“ überhaupt vom temporalen Verständnis möglich ist, hat doch jede Zeit – und gerade wir Deutschen können ein Lied davon singen – ihre Symbole, jede Nation aber ihre Zeit.

In seinem Buch „Denkmal – Werte – Gesellschaft“ äußert der Herausgeber Wilfried Lipp auf Seite 11 seiner Einleitung: „Das neuzeitlich – moderne bürgerliche Denkmalbewußtsein tendierte zunächst zum kollektiven Gedächtnis



Oberstleutnant Helmut Jermer, der die Veranstaltung in Eisenach moderierte, bedankt sich beim Referenten, Oberstudiendirektor Dr. phil. Günter Schmidt, für seinen Vortrag „Welchen Wert können nationale Symbole heute haben – Die Wartburg heute und ihre Geschichte“. (Foto: F. Brockmeier)

nis von Volk und Nation und entwickelte sich weiter zum gruppenspezifischen und schließlich individuellen Interesse“.⁸⁾ „Entwickelte sich weiter ...“ scheint mir ein überdenkenswerter Ausdruck für einen Vorgang, der doch schließlich nichts anderes beschreibt als die Reduzierung von nationaler Dimension auf Individualrelevanz.

Wenn aber ein Individualurteil ausschlaggebend sein soll, wenn das Verbindende eines nationalen Denkens, eines nationalen Geistes – ich sage „Geistes“ und „national“ und nicht „nationalistisch“ und „Ungeist“ – wenn also das Verbindende fehlt, kann man dann überhaupt noch von Nationaldenkmal reden?

Nationale Bedeutung der Wartburg

Vielleicht liegt in der Tatsache, daß die Wartburg in Brennpunkten nationaler Vorgänge eine bedeutende Rolle gespielt hat, eine Ursache dafür, daß sie, wie erst kürzlich der amerikanische Botschafter Charles E. Redmann hier in Eisenach sagte, „seit Jahrhunderten ein Symbol deutscher Einheit und des deutschen Beitrages zur westlichen Kultur ist.“

Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf eben diese Jahrhunderte werfen: Hilmar Schwarz schreibt:

„Das alte Reich der Thüringer aus der Völkerwanderungszeit war lange untergegangen, doch das Bewußtsein einer Eigenständigkeit hatte die Jahrhunderte überdauert.“⁹⁾ Dieses Bewußtsein ist für ein paar Besonderheiten denn auch verantwortlich, wie zum Beispiel die Befreiung vom Schweinezins unter König Heinrich II. (1002 bis 1024) oder die verminderte Zahlung des Zehnt an das Mainzer Erzbistum; ist schließlich mit verantwortlich für den Aufstand der Thüringer von 1073 bis 1075, der zwar mit einem Sieg der Königl. bei Langensalza endete, die Besiegten – Adel wie Nichtadel – aber enger verband und das Gefühl eines fehlenden Stammesherzogtums schärfte. Da durch Mord oder Kinderlosigkeit die drei potentiellen Thüringer Fürstenhäuser, nämlich die Grafen von Weimar, die Eckardiner, die Markgrafen von Meißen nicht mehr vorhanden waren, gelang es den Ludowingern – ihr Name leitet sich von Ludwig, dem Begründer des Geschlechts und gleichnamiger Nachkommen her – in kurzer Zeit, in Thüringen Fuß zu fassen. Der um 1040 aus Mainfranken bei Aschaffenburg kommende Ludwig, der Bärtige, erbaute bei Friedrichroda die Schauenburg, sein Sohn, Ludwig, der Springer, der Sage



August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) dichtete am 26. August 1841 auf Helgoland das „Lied der Deutschen“.

nach 1067 die Wartburg; schon dessen Sohn Ludwig, als Ludwig I. in die Geschichte eingegangen, erlangte 1130 die Landgrafenwürde von Thüringen und Hessen (Gisonen).

Damit war dann doch die Grundlage für die Rolle der Wartburg gelegt, die ihr Jahrhunderte zusammenfassend – als Epitheton ornans Symbolcharakter zukommen ließ, und da es den Deutschen mit ihrer Einheit oder Einigkeit ähnlich geht wie Stendhal mit dem Glück, dem man ein ganzes Leben nachjagt, das man aber nur selten erreicht, so ward die Wartburg Symbol für die nationale Einheit, der man ein nationales Leben lang nachjagt und die auch nur selten erreicht wird, deren Ansätze oder zumindest Entwicklungslinien aber oft mit der Wartburg verbunden sind. Geht nicht unsere Nationalhymne, die dritte Strophe aus Hoffmanns von Fallersleben „Das Lied der Deutschen“ auf Walther von der Vogelweide zurück? Erinnern wir uns seiner Verse:

„Von der Elbe unz an den Rin/
und her wider unz an der Unger lant/
mugen wol die besten sin/
die ich an der werlte han erkant“,
was bei Fallersleben angegeben
wird mit „von der Maas bis an die
Memel, von der Etsch bis an den
Belt“ oder denken wir an die schö-
nen Verse bei Walther

„Tiusche man sint wol gezogen/
rehte als engel sint die wip getan“
ist gleich „Deutsche Frauen, deutsche
Treue ... sollen ... uns zu edler
Tat begeistern“ und mit welch einem
Panegyrikon auf Deutschland

Sept 26. Aug. 41.

also let me know

Ich hoffe, die Herren in der
Komm. sind in der Lage,
den 2. Teil der Dtsch. und Frz-
Gemeinschaft zu formen.
An der Nord Rd. in 3. Meile.
An der Sd. Rd. in der Post-
station, die Herr in der Komm.
Komm. sind in der Lage!

Ich liebe Baden, Ich liebe Tadel,
 Ich liebe Wein und Ich liebe Sang
 Voller in der Welt gefahren
 Von dem einen Anfang,
 Und je weiter fort hinaus
 Umso jege ich den Sang —
 Ich liebe Baden, Ich liebe Tadel,
 Ich liebe Wein und Ich liebe Sang!

freigibt die Rufe und Trübsal
 die ich durchs Leben leide!
 steh' ich mit all' diesen
 Leid' und mit freier Hand
 freigibt die Rufe und Trübsal
 die ich durchs Leben leide!
 steh' ich mit all' diesen
 Leid' und mit freier Hand

schließt doch Walter, wenn er endet,
*„Tugent und reine minne/
 swer die suochen wil/
 der sol komen in unser lant;
 da ist wünne vil:
 lange müeze ich leben dar inne.“*¹⁰⁾

Lassen Sie uns zurückkehren zur Wartburg, denn sie war unter Hermann I. (Landgraf von 1190 bis 1217) eines der bedeutendsten Zentren deutscher Dichtung, und die berühmtesten Dichter, eben Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach, Reinmar von Zweter, der tugendhafte Schreiber, Heinrich von Veldeke gingen auf ihr ein und aus oder lebten längere Zeit im Ludowingischen Machtbereich; berühmt waren die Sänger aber auch durch ihre politische Dichtung, und politische Dichtung beinhaltet nationales Denken und wurde, wie die Sage vom Sängerkrieg veranschaulicht, sehr ernst genommen.

Spüren wir dem Geheimnis um den Symbolcharakter der Wartburg weiter nach, so kommt dem deutschen Gemüt vielleicht entgegen, daß nahezu zeitgleich mit der höchsten Entfaltung des höfischen Lebens auf der Burg das Armuts- und Demütigkeitsideal durch Elisabeth praktiziert wurde, und sich somit eine Symbolfigur entwickelte, die durch Integration in die Geschichte der Wartburg deren Gehalt ergänzend formte. Gegen Mitte des Jahrhunderts der Heiligen Elisabeth rückte die Wartburg noch einmal durch die Wahl Heinrich Raspes zum Gegenkönig in den Mittelpunkt nationalen Interesses, bevor sie dann der Gesang der Wittenbergisch Nachtigall aus einem nahezu dreihundertjährigen Schlaf rüttelte.

Luther und die Wartburg

Um den Gesang dieser Nachtigall seiner Bedeutung entsprechend würdigen zu können, muß bei einem Thema, das „die Wartburg heute und ihre Geschichte“ zumindest andeutungsweise punktuell und dennoch linear darzustellen versucht, ein kontemporärer Blick erlaubt sein: Das Mittelhochdeutsche als Sprache des Minneliedes des Heldenepos war verklungen. Vorbei die Zeit, in der ein König Artus das Denken und Handeln in seinen Maximen kodifiziert, in der ein Individualist wie König Rother als Agens den Gang des Geschehens bestimmt. Vorbei die mahnende Stimme des Gastes der Wartburg, Walthers, an Kaiser und Papst (*fride und reht sint sere wunt*); mit der Goldenen Bulle Karls IV. von 1356 war die Machtprobe zwischen Zentralgewalt und partikularem Interesse entschieden – der nationale Gedanke wurde zum Spielball individueller Machtinteressen „das jetzt in der Reichsverfassung verankerte kurfürstliche Wahlrecht erwies sich als schärfste Waffe der Territorialgewalten“.¹¹⁾ Die Kurfürsten als Vertreter des „Reichsgedankens“ und damit als ein Gegengewicht zur königlichen Hausmachtspolitik zu installieren war gescheitert, und dies lähmte die Entwicklung bis zum Beginn des Wirkens der Humanisten, von denen Friedenthal in seiner Lutherbiographie sagt: „Sie schufen die Anfänge eines

Geschichtsbildes oder Geschichtsbewußtseins und damit eines bis dahin noch höchst unbestimmten Nationalgefühls.¹²⁾ In dieser Zeit, in der es „mit dem Selbstbewußtsein der Deutschen seit langem schlecht stand“, in der „Deutschland keine Mitte und keine Grenzen“ hatte, in der „die zeitgenössischen Karten ... gleich auf Grenzlinien verzichteten“,¹³⁾ in diese Zeit tritt Luther, und die Wartburg wird abermals zum Musenhof, wenngleich sie für Luther mehr einem Gefängnis glich; doch das Licht, das sich hier zu seiner vollen Klarheit entwickelte, strahlt bis in unsere Gegenwart und weit darüber hinaus alle spätere Dichtung und sprachliche Fassung erst ermöglichend. Und die Ursache? Ein Landesfürst hatte sich nicht dem kaiserlichen Edikt gebeugt und wurde mit Recht der Weise genannt; die Wartburg erwies sich (wieder einmal) als Stätte, als Hort, eines vorausschauenden, darf man hier schon sagen „aufgeklärten“ Geistes, wie sie – wieder fast genau 300 Jahre später – Plattform einer nationalen Willenskundgebung nur deswegen sein konnte, weil wieder ein Landesfürst, nämlich der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Karl August, „nach dem Wiener Kongreß als einziger bedeutender Landesfürst Landtag und Verfassung einführt, worin u.a. Presse- und Meinungsfreiheit verankert waren ...“, was die freiheitlich und väterlich gesonnenen Burschenschaften in ihrem Wartburgfest 1817 besonders hoch zu würdigen wußten.¹⁴⁾ Wie aus der Begrüßungsansprache des Studenten Heinrich Riemann hervorgeht, hatte die Wartburg schon zu dieser Zeit den Nimbus nationaler Gesinnung, wenn er formuliert: „Hier auf der Wartburg ist der rechte Ort, das Bild der Vergangenheit uns vor die Seele zu rufen um aus ihr Kraft zu schöpfen für die lebendige Tat der Gegenwart“¹⁵⁾ – und dieser Nimbus hat sich zum Symbol entwickelt, zum Symbol für die Identität der Deutschen mit ihrem Vaterland, für einen gesunden Nationalismus. Wenn Werner Noth den Bezug der Wartburg zur deutschen Geschichte hervorhebt mit den Worten: „Die Wartburg ist das einzige aller deutschen architektonischen Nationaldenkmale des neunzehnten Jahrhunderts, das nicht in das Dunkel

der deutschen Geschichte zurückgesunken ist. Die Ursachen hierfür liegen tief in den Beziehungen der Wartburg zu Ereignissen verwurzelt, die für die deutsche Geschichte bedeutsam geworden sind“¹⁶⁾ und Carl Alexander seine Absicht mit folgenden Worten äußert: „Meine Idee ist nämlich, nach und nach die Wartburg zu einer Art Museum für die Geschichte unseres Hauses, unseres Landes, ja von ganz Deutschland zu gestalten“,¹⁷⁾ so ist dem geschichtsträchtigen Bezug der Burg mit diesen beiden Autoritätsbeweisen sicher Genüge getan; da aber im Thema auch auf die Rolle der Wartburg in der Gegenwart und für die Gegenwart verwiesen wird, möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, daß durch das Wirken des ehemaligen Landesbischofs der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, Dr. Moritz Mitzenheim, entscheidende Weichen für die evangelischen Kirchen in der DDR insgesamt gestellt wurden, indem er auf der Wartburg mit Repräsentanten des sozialistischen Staates Gespräche führte; eines der entscheidenden fand am 18. August 1964 statt, als er mit Walter Ulbricht die Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik Deutschland wenigstens für Rentner aushandelte. Lassen Sie uns bei aller Freude darüber, daß die Wartburg als Symbol für die Einheit eines deutschen Vaterlandes für uns heute – ich möchte fast sagen: u n e r w a r t e t – erlebbar ist, nicht vergessen, mit wieviel Um- und Irrwegen und damit sinnlosen Opfern dieses Ziel erreicht wurde, durch wieviel Mut des einzelnen, aber auch Verzweiflung einer ganzen Generation der Weg zur erneuten Einheit begleitet wurde.

Zum Begriff „Vaterland“

Gestatten Sie mir bitte einen kurzen Exkurs zum Begriff „Vaterland“: Die Empfindungen zu diesem Begriff sind zweifellos recht vielschichtig und werden bzw. wurden keineswegs durch den Verlauf der nun endlich nicht mehr existierenden Grenze bestimmt. Während die Älteren unter uns diesbezüglich wohl zumeist in der Erinnerung leben, können viele der heutigen jungen Menschen in Ost und West mit dem Begriff „Vaterland“ nicht viel anfangen, und wenn wir ehrlich

sind, müssen wir einräumen, daß es nur noch eine Frage der Zeit gewesen wäre, und der SED-Propagandamaschinerie wäre es gelungen, das damalige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein der heranwachsenden Generation als Ausland zu werten. Dazwischen liegt die Generation derer, die nicht das sozialistische Schulsystem durchlaufen hatte, die diesseits der Mauer lebte oder leben mußte, das Gebiet aber nicht als Vaterland akzeptieren konnte, weil sie das Lügengespinnt durchschaute, das die Erkennbarkeit der Welt predigte, aber jedes selbständige Denken verketzerte, das sich als Gralshüter humanistischer Traditionen inthronisierte, aber keine anderen Mittel als Stacheldraht und Schießbefehl zur Durchsetzung kannte, das den Rüttelschwur aus der Literatur strich und in bitter-grotesker Weise die von ihm verherrlichte Idee einer neuen, einer sozialistischen Nation ad absurdum führte durch das Verbot, die sogenannte Nationalhymne zu singen.

Wir hatten von dem „Nationalcharakter“ der Wartburg gesprochen, und hier muß die Frage nach dem Verhältnis der Burg zum Nationalsozialismus einfach gestellt werden und ohne längeres Zögern auf die Überlegung zugespitzt werden, ob die Symbole des sogenannten dritten Reiches nationale Symbole waren.

Wartburg und Nationalsozialismus

Der Auseinandersetzung mit diesem Teil der deutschen Geschichte ausweichen zu wollen ist sehr verlockend, nicht aber fruchtbar für die Frage, ob man, beziehungsweise seit wann man, von wann ab man von nationalen Symbolen sprechen kann.

Ich denke, daß nationale Symbole nur dann den Namen verdienen, wenn sie über einen längeren Zeitraum Konstantes auszudrücken vermögen, und ich denke, daß man nationale Symbolik streng von politischer Symbolik trennen muß, denn das politische Symbol ist immer ein Ausdruck von Gruppensolidarität und damit auch immer Ausdruck einer Abgrenzung von konkurrierenden Formationen, deren mnemotechnischen Hilfsdienst Karlheinz Weißmann schon herausgestellt hat.¹⁸⁾

Und zeigt nicht gerade die Tatsache, daß die Hakenkreuzfahne nur wenige Tage auf der Wartburg das Kreuz ersetzte, außerordentlich deutlich, daß der Symbolwert der Burg über dem – lassen Sie mich sagen – zeitlich begrenzten Symbolwert dieser Fahne stand? Zwar war die Begeisterung für die Ideologie des Nationalsozialismus auch in intellektuellen Kreisen ausgesprochen stark verbreitet, und Christa Wolf war mutig genug, dies lange vor der Wende literarisch zu verarbeiten, wenn sie in ihrem Roman „Kindheitsmuster“ den Vater mit leuchtenden Augen vor das Bett des Kindes treten und ihn sagen läßt „wir gehören jetzt auch dazu“.

Und gerade weil politische Symbolik „in erster Linie gefühlsbetont ist“, ihr von Urzeit her zunächst „immer ein religiöser Nimbus integriert war“⁽¹⁹⁾ – die Nazi-propagandisten wußten dies mit ihren Sonnenwendfeuern und dergleichen sehr geschickt auszunutzen – darf man politische Symbolik nicht gleichsetzen mit nationalen Symbolen, da politische Symbolik temporär begrenzt ist. Daß politische Symbolik – also beispielsweise das Hakenkreuz – zum Symbol einer Nation werden sollte oder werden konnte, ist nur bei totalitären Staaten möglich. Aber zu diesem Satz sind noch zwei Anmerkungen nötig:

1. Die Formulierung „nationales Symbol“ ist nicht unbedingt ganz eindeutig, da sie sowohl aktiv als auch passiv verstanden werden kann: in diesem Falle bedeutet passiv, daß sich andere des Hakenkreuzes bedienen gewissermaßen als Mittel einer historischen Stenografie zur Bezeichnung Deutschlands in einer bestimmten Zeitspanne; aktiv wäre dann im Sinne Ludwig des XIV. „der Staat bin ich“ gleich „das Hakenkreuz ist Deutschland“, und vor dieser interpretatio aktiva schrecke ich zurück weil sie eine unglaubliche Diffamierung derer wäre, die eben genau dieser Deutung versuchten, entgegenzuwirken und Deutschland eben nicht als die braune Barbarei verschrien sehen wollten und diesen Versuch oft genug mit dem Leben bezahlten.
2. Weißmann zeigt auf Seite 69/70

mindestens 13 Organisationen auf, die das Hakenkreuz, das seit 1884 in Deutschland verbreitet sei, führen und das „in anderen Ländern seinen ornamentalen oder esoterischen Charakter erhalten hat.“⁽²⁰⁾

Nationalflagge und -hymne

Mit recht weist Weißmann darauf hin, daß „Nationalflagge und Nationalhymne durch die amerikanische und die französische Revolution Allgemeingut der europäischen, seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch der außereuropäischen Staatenwelt“⁽²¹⁾ geworden sind, womit gleichzeitig gewissermaßen die Zahl der nationalen Symbole auch festgelegt ist.

Und dennoch möchte ich an dieser Stelle noch einmal weit zurückschauen in die Zeit, in der die politische Symbolik sich von der religiösen trennte und die Verbindung zur militärischen Technik herstellte: die Entwicklung des Wappens im 12. Jahrhundert, wie wir es auch beispielsweise aus zahlreichen Abbildungen der Heidelberger Liederhandschrift kennen, wurde notwendig durch die immer umfangreichere Verkleidung durch Rüstung, Ritterrüstung, so daß die Bewaffnung schließlich die Bewappung als ein Mittel der Identifizierung zur Folge hatte, ein Prinzip, das heute in einer modernen Ausprägung wieder auf den Kopf gestellt wird: Vermummung als Tarnung, was, und diesen heiteren Aspekt wollen wir doch auch mal mit erwähnen: entsteht der Motorradkluft eine Venus oder ein Satyr? Aber – nun wieder ernst – noch heute oder gerade heute benötigen die militärischen und auch zivilen Instrumente ihre Hoheitszeichen, ihre nun wahrhaft nationalen Symbole. Aber lassen Sie mich dieses Thema der Bewaffnung, des Waffentragens und damit verbundener Zeremonien auch aktualisieren durch Bezugnahme auf eine im Vergleich zu anderen Staaten insbesondere den ehemaligen Ostländern einschließlich der DDR bescheidene Feier, die aber deutlich die Zerrissenheit unserer Nation erkennen läßt: Von alters her – wir können es zum Beispiel auch bei Tacitus nachlesen – gehörte es zum Sein der Sippe, daß sie geschützt wurde, und Sippen-

verbände waren auch immer militärische Verbände. Wie ist es möglich, daß heute denen Achtung und Anerkennung versagt wird, die – diesem uralten Auftrag gemäß – bereit sind, ja es als auf Aufgabe von nationaler Bedeutung ansehen – ihrer Nation zum Schutz zur Verfügung zu stehen, also eine nationale Aufgabe zu übernehmen. Mit recht schreibt Sylvia Griffin: „wer sich heute über den vor-demokratischen Pomp des Zapfenstreiches erregt, der sollte seinen Blick kurz über die Grenzen schweifen lassen“, und dann nennt sie die Militärparaden der Franzosen, der Engländer, den Drill der Amerikaner und hebt heraus, daß keiner sie schlechte Demokraten zu nennen wagt. Die Journalistin fährt fort: „ein paar einfache Traditionen müssen auch der Bundeswehr gestattet sein... Traditionen haben es zudem an sich, daß sie auf Überlieferungen fußen“⁽²²⁾ – und da, meine verehrten Zuhörer, sind wir schon an dem erwähnten Punkt von der Lebensdauer der Nation und der Lebensdauer eines Symbols.

Gefahren durch die Auflösung der Ordnung

Und ein zweites: ich hatte eben die Einheit von sozialer und militärischer Organisation als *conditio sine qua non* für das Überleben einer *gens* betont und die jüngsten Pressemeldungen genannt, wonach die Tendenz einer Mißachtung des Soldatenstandes, die Mißachtung einer nationalen Institution sogar bis in die Reihen der Parlamentarier erkennbar ist; und wenn ich daran erinnern darf, daß man bei der Berichterstattung bei den Vorgängen in Bad Kleinen beinahe nur so ganz nebenbei über den Tod auch eines Ordnungshüters informiert wurde, dann nimmt es eigentlich nicht wunder daß auch die zweite Komponente der nationalen Lebensgrundlage, die *gens* als soziale Struktur, heute natürlich in Form der Familie, offensichtlich keine festgefügte Organisation mehr ist, und die Legislative scheint alles zu tun, diesen Auflösungsprozeß der Familie noch zu begünstigen. Wir können von der Ästhetik eines Aristoteles bis zur Ästhetik eines Hegel und darüber hinaus über das Verhältnis von Inhalt und Form, über die-

se wechselseitige Wirkung, über das Dialektische dieses Verhältnisses nachlesen und überall bestätigt finden, daß eine zerschlagene Form ihren Inhalt nicht mehr zu fassen vermag. Nicht umsonst waren die Familien in den alten Gesellschaften besonders geschützt, und wenn wir schon ein Denkmal setzen, das, wie zu Beginn erwähnt, ein d e s e r e r e, ein Verlassen also zum Inhalt hat, dann sollten wir auch jenen 600.000 Kindern, jenen Verlassenen ein Denkmal setzen, die Jahr für Jahr die Ehescheidungen ihrer Eltern verkraften müssen oder eben nicht verkraften können, denen die Glaubwürdigkeit an Festgefühtes so zerstört wird, daß sie den Glauben an eine Ordnung schlechthin verlieren – und wer will es diesen jungen Menschen dann noch verübeln, wenn sie ihr Autoritätsbedürfnis auf andere Weise, in anderen Organisationsformen befriedigen, sei es als Angehörige von Sekten, von Gruppierungen jeglicher Couleur bis hin eben da, wo nach ihrer Meinung eine Welt in Ordnung war – unter dem Symbol des Hakenkreuzes, und dieser Weg wird ihnen um so leichter gemacht, je weniger ihnen über das, was sich hinter diesem Staat verbarg, beigebracht wird – ich möchte fast sagen, so wie die Nachfolge des SED-Regimes aus der Unwissenheit über seinen wahren Charakter lebt oder aus dem Nichtwissenwollen – das ist kein Vergleich der Regime, sondern ein Vergleich der Methoden ihres Weiterlebens.

Trotzdem, der Aufklärungsprozeß in der Bundesrepublik ist weitaus fortgeschrittener als in Japan: ich zitiere: „während man in der Bundesrepublik relativ früh versuchte, den Nationalsozialismus mit all seinen Schandtaten aufzuarbeiten, verfolgten die Japaner eine Politik der Verdrängung.“⁽²³⁾

Ich habe zweimal die Frage aufgeworfen nach der nationalen Identifikation der Deutschen mit ihrem Vaterland und bin Ihnen bisher eine Antwort schuldig geblieben – wenn es denn überhaupt eine Antwort geben kann. In den Formulierungen wie etwa „die Deutschen – die Nation der Denker und Dichter“ wird auf – sagen wir – ein kollektives Leistungsvermögen

als tertium comparationis verwiesen, das seine negative Komponente erhält in der Formulierung des rumänischen Dichters Celan „der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Für Leistung und Mißleistung also eine Gleichsetzung von Territorium und Bewohner, also die, die Deutschland bewohnen, und damit Kongruenz zwischen Territorium und Nation, und das Grundwort „Land“ ist die Brücke zwischen der territorialen und emotionalen interpretatio ad sensum entweder also eben Deutsch l a n d oder Vater l a n d, womit wir in die Nähe Herders kämen, wonach die Wesenheit des Nationalen sowohl beim Individuum als auch beim Volk als Ganzem zum Ausdruck käme, da jede Nation ein „Genie“ besitzt, das sich im Laufe der Geschichte analog zur Entwicklung von Individuen herausgebildet habe.

Die interpretatio diametralis, die Antithese, wäre die uns allen bekannte Formel „ubi bene, ibi patria“, deren erste Formung sich wohl bei Aristophanes findet, sich über Cicero in unseren Sprachgebrauch gerettet und durch Friedrich Hückstädt eine singbare Übersetzung gefunden hat mit der Zeile „Froh bin ich und überall zu Hause“.

Daß wir diese rein utilitaristische Auslegung des Begriffes patria – Vaterland – im Zusammenhang mit der Frage nach der Nation als Blasphemie werten, ist schon daher verständlich, daß diese Deutung mit der Ernsthaftigkeit unserer Frage nach der Nation nichts zu tun haben kann und schon gar nichts gemein hat mit dem horazischen „dulce ed decorum est pro patria mori“, wie es uns eingangs bei Ernst Moritz Arndt entgegenklang.

Nein, ich glaube, wir müssen bei der Bemühung um die Beantwortung der Frage nach nationalen Symbolen in eine andere Richtung denken: Die sozialistische Doktrin sprach – und tut es vielleicht immer noch – bei der Nation von Einheit der Sprache, Einheit der Kultur, Einheit der Geschichte und Einheit des Territoriums, gar nicht ahnend, daß sie – welch bittere Ironie – mit so viel Einheit doch schließlich gerade die Einheit, die sie nicht gewollt hatte, herbeigeredet hat. Es ist schon nicht mehr ridikul, es wäre lächerlich, hätten

nicht Millionen Menschen unter der gefährlichen stupid-hybriden Arroganz der Macht leiden müssen, Sätze zu lesen wie den folgenden „der Sozialismus ist die Triebkraft der Wiederherstellung der Einheit unserer Nation“ – bis hierher stimmt es sogar in einer zur Groteske der Weltgeschichte umgedeuteten Vertauschung von Ursache und Wirkung – „und nur unter Führung der Kräfte des Sozialismus kann der deutsche Nationalstaat geschaffen werden.“⁽²⁴⁾ Die Realitäten sprechen für sich, dennoch lassen Sie uns nicht übersehen, daß hier – freilich sicherlich ganz ungewollt, jedenfalls in eine ganz andere Richtung weisend – etwas anklingt, auf das ich näher eingehen möchte:

Nation — ein Übergang

Oft wird unter dem Wort Nation etwas fest Gefügtes, gewissermaßen eine Konstante gesehen. Das, meine sehr verehrten Zuhörer, ist nur ein Teil des Ganzen, dem anderen Teil – und damit dem Versuch einer Annäherung an eine Antwort – kommen wir näher, wenn wir von der tatsächlichen Bedeutung des Wortes ausgehen: natio bedeutete zunächst nichts anderes als „das Geborenwerden“ und bezeichnet damit zunächst nichts anderes als einen Vorgang, und ich glaube, daß gerade wir Heutigen es sehr nötig haben, uns dieser Grundbedeutung zu erinnern, und mit diesem Credo möchte ich meinen kleinen Versuch, der Frage bzw. der Antwort nach dem Wert nationaler Symbole nachzuspüren, beenden: Nation ist nicht nur ein IST, ein ZUSTAND; die Grundbedeutung gibt einen VORGANG an und lehrt uns, daß Nation gleichermaßen ein PROZESS, ein Findungsprozeß ist; und weil die Wartburg wie kein anderes Bauwerk über Jahrhunderte diesen Prozeß begleitet hat, wie ich versuchte darzulegen, und noch begleitet, daher ist sie und bleibt sie Symbol der deutschen Einheit, Symbol also für einen Prozeß, den mitzugestalten wir alle aufgerufen sind, den zu bereichern wir jeder in seinem Beruf uns nicht entziehen dürfen, wenn wir uns nur im mindesten würdig erweisen wollen derer, die vor uns ihrer Nation alles geopfert haben – selbst das Leben.

Anmerkungen

- 1) Lutz Tittel: Das Niederwalddenkmal bei Rüdesheim am Rhein. Verlag Robert Gessler, Friedrichshafen 1985, S. 3.
- 2) Das Völkerschlacht-National-Denkmal. Denkschrift des Deutschen Patrioten Bundes. Hrsg. v. Alfred Spitzner, Leipzig 1897, S. 21.
- 3) Op. cit., S. 16.
- 4) Deutsches Gedichtbuch. Hrsg. v. Günther Deicke und Uwe Berger Aufbau Verlag Berlin 1959, S. 288.
- 5) Friedrich Schiller: Sämtl. Werke. Hrsg. v. Gustav Karpelès. Max Hesses Verlag, Leipzig, o.J. Bd. 1, S. 286.
- 6) Wilhelm Raabe: Sämtl. Werke. Berlin-Grunewald, o.J. 2. Serie 1. Bd., S. 160.
- 7) Zitiert nach Lorenzo Camuso: Reisebuch Europa 1492, Artemis-Verlag München und Zürich 1990, 6. Aufl.
- 8) Denkmal-Werte-Gesellschaft. Hrsg. v. Wilfried Lipp, Campus-Verlag. Frankfurt New York 1993.
- 9) Hilmar Schwarz: Die Ludowinger. Wartburgstiftung 1993, S. 7.
- 10) Deutsche Liederdichter des 12. bis 14. Jahrhunderts. Hrsg. v. Karl Bartsch u. Wolfgang Golther, B. Behr's Verlag Berlin 1910, S. 125.
- 11) Leo Stern: Deutschland von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis ausgehenden 15. Jahrhundert. Berlin 1965, S. 217.
- 12) Richard Friedenthal: Luther. Sein Leben und seine Zeit. Piper u. Co. Verlag, München, o.J., S. 181.
- 13) Op. cit., S. 185.
- 14) Jutta Kraus in: Wartburg Jahrbuch 1993, Leipzig. S. 11.
- 15) Werner Noth/Klaus Beyer: Die Wartburg. Koehler und Arnelang 1983, S. 114.
- 16) Op. cit., S. 2.
- 17) Op. cit., S. 22.
- 18) Karlheinz Weißmann: Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Droste Verlag GmbH Köln 1991, S. 2.
- 19) Op. cit., S. 13.
- 20) Op. cit., S. 72.
- 21) Op. cit., S. 15.
- 22) Mitteldeutsche Allgemeine, 27.10.1995, S. 4.
- 23) Esther Schmidt: Die Sache mit der historischen Wahrheit. In: FAZ vom 26.8.1995, S. 5.
- 24) Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. v. G. Klaus und M. Buhr, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1971, Bd. 2, S. 757.

HI. Elisabeth (1207—1231), Landgräfin von Thüringen

Elisabeth wurde 1207 in Sárospatak in Nordungarn geboren. Sie war die Tochter des ungarischen Königs Andreas II. und Gertruds aus dem mächtigen tirolischen Herzogshaus Andechs-Meran. Vierjährig wurde sie mit dem Sohn Hermanns I. verlobt und lebte seitdem auf der Wartburg. Nach dem frühen Tod ihres Verlobten (1216) heiratete sie 1221 — 14-jährig — seinen Bruder Ludwig IV.

Unter dem Einfluß ihres Beichtvaters, des Franziskanermönchs Konrad von Marburg zog sie sich bald vom höfischen Leben zurück und lebte dem franziskanischen Ideal der Armut und Nächstenliebe. Sie geriet zunehmend in Konflikt zum Hofe, da sie nicht nur die übliche Art fürstlicher Mildtätigkeit in Form von Almosenverteilung wählte, sondern eigenhändig der durch Kriege und Fehden Hermanns I. tief in Not geratenen Landgrafschaft half. 1226 gründete sie am Nordhang des Burgbergs ein Hospital mit 28 Betten, wo sie sich selbst der Krankenpflege widmete. Als ihr Mann, Landgraf Ludwig IV. 1227 auf dem Weg zum Kreuzzug in Otranto an einer Seuche starb, verließ sie — wohl von ihrem Schwager Heinrich Raspe vertrieben — die Wartburg und lebte in einem von ihr gegründeten Franziskanerhospital in Marburg ihrem Ideal vom Dienst am Nächsten bis zu ihrem Tode 1231. Sie wurde in der Elisabeth-Kirche in Marburg beigesetzt.

Bereits 1235 wurde sie von Papst Gregor IX. heiliggesprochen. Die HI. Elisabeth ist Patronin der Bäcker; ihre Attribute sind: Kanne und Brot; Namensfest am 19.11. Nebenstehend eine Lindenholz-Schnitzfigur der Heiligen aus der Elisabeth-Kirche in Eisenach.

Pfarrer Egenolf machte im Wortgottesdienst in der Eisenacher Elisabeth-Kirche deutlich, daß Heilige ein Zeichen Gottes in und für ihre Zeit waren. Insofern dienten sie uns auch heute noch als Vorbild. Denn Tapferkeit sei der Mut, für etwas Gutes auch Nachteile inkauf zu nehmen.

(Text: PS; Foto: F. Brockmeier)



40 Jahre Kirche in der DDR — zur Situation der katholischen Kirche in den neuen Bundesländern

(PS) Vom Vortrag des Eisenacher Probstes Dr. Andreas Egenolf, nichtresidierender Domkapitular von Erfurt und Dozent für Homiletik (Lehre von der Predigt und ihrer Geschichte am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, gibt es kein Manuskript. So mußten seine Ausführungen zum Thema anhand von Notizen, nach dem Gedächtnis und nach der Punktation eines Vortrags, den Dr. Egenolf 1990 vor katholischen Militärgeistlichen in Lahnstein gehalten hat, dokumentiert werden.

Nach seinem Vortrag sind für die kirchliche Situation der (katholischen) Kirche folgende Etappen und Stationen kennzeichnend:

- 1945—1949: vorlaufende Entwicklung und Konsolidierung der kirchlichen Verhältnisse nach Kriegsende
- 1949—1953: Gründerzeit
- 1953—1958: Ausbau kirchlicher Strukturen unter relativer Freiheit
- 1958—1961: politische und ideologische Gegensätze
- 1961—1965: Mauerbau und zerstörte Illusionen
- 1965—1972: Zeit des Aufbruchs
- 1972—1975: postkonziliare Bestandsaufnahme
- 1975—1981: Zeit des Umbruchs
- 1981—1987: revolutionäre Tendenzen
- 1987—1990: intensivere Kontakte zum Westen
- seit 1990: die Wende

1945—1949: vorlaufende Entwicklung und Konsolidierung der kirchlichen Verhältnisse nach Kriegsende

Die katholische Kirche in Mittel- und Ostdeutschland befand sich immer in einer Minderheitensituation. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt die Diasporakirche Verstärkung durch Flüchtlinge aus Schlesien und anderen Ostländern. Die Situation war durch Entwurzelung und Not gekennzeichnet. Da bot die Kirche oftmals die einzige Heimat. Viele Priester begleiteten die Vertriebenen. Besonders auf den Dörfern wurden hastig Pfarrkuratorien eingerichtet. Die Katholiken konnten relativ schnell und problemlos integriert werden. Erste Wallfahrten — auch auf Grund sowjetischer Besatzung — fanden statt. Man wollte zeigen, daß die Verhältnisse der Nazi-Zeit nicht weitergingen. Beispiel: Jugendwallfahrt in Erfurt mit 8.000 Teilnehmern.

1949—1953: Gründerzeit

Die Verfassung der DDR betonte die Trennung von Kirche und Staat. Politische Spannungen nahmen kirchenkampfähnliche For-

men an. Vertreter der jungen Gemeinde und katholische Jugendliche wurden aus den Oberschulen ausgeschlossen. Gründung von Jugendhäusern. Erste Bischofsweihen wurden möglich. Beispiel: Erfurt — Dr. J. Freusberg am 10. Juni 1953. Der 17. Juni brachte größere Freiheiten. Der „neue Kurs“ galt auch für die Kirche. Hier wurde der „Freiraum Kirche“ endgültig festgeschrieben. Bereits 1952 erfolgte die Gründung des Priesterseminars in Erfurt. Bis zum Ende der DDR konnte diese Einrichtung ohne staatliche Einmischung existieren. Zum 25. Jahrestag der DDR wird Kardinal Bengsch sagen: „Wir dürfen mehr als wir können.“ Im innerkirchlichen Raum konnte diese Freiheit bewahrt werden.

1953—1958: Ausbau kirchlicher Strukturen

Unter relativer Freiheit konnten die kirchlichen Strukturen weiter ausgebaut werden. Die leichten Reisemöglichkeiten brachten viele Begegnungen. Beispiel: Sonderzug zum Katholikentag nach Köln 1956.

1958—1961: politische und ideologische Gegensätze

Die Berlinkrise verschärfte die politischen und ideologischen Gegensätze (Beispiel: LPG — sozialistische Landwirtschaft, Enteignungen, Zwangskollektivierungen). Starker ideologischer Druck wurde nun auf die Kirchen ausgeübt. Westkontakte wurden unterbunden. Nur noch über Westberlin waren unbehinderte Kontakte möglich. Katholikentag in Berlin stand auch unter politischen Zwängen. Kardinal Döpfner verlangte die Freilassung der Jesuiten. Rat Aufderbeck aus Magdeburg forderte in Westberlin die Christen zum Widerstand gegen ideologischen Druck auf.

Es setzte eine große Flüchtlingswelle ein, von der besonders auch die Kirchen betroffen wurden. Man sprach vom Ausbluten der Kirche in der DDR (Kennedy: Abstimmung mit den Füßen). Intensive Jugendarbeit: Jugendhäuser wurden Zufluchtsorte für freie Diskussion und für Erfahrung christlicher Gemeinschaft, während in den Schulen der ideologische Druck wuchs. Die FDJ sollte endgültig das Alleinvertretungsrecht haben.

1961—1965: Mauerbau und zerstörte Illusionen

Der Mauerbau zerstört alle Illusionen. Viele Kontakte wurden unterbrochen. Dank vieler mutiger Leute aus der Bundesrepublik konnten einige der Kontakte weitergeführt werden. Es war die große Zeit der Cousins und Cousinen. Gleichzeitig aber machte sich durch Johannes XXIII. und das Zweite Vatikanische Konzil eine große Euphorie breit. Besonders die Liturgiereform wurde begeistert angenommen. Bischof Aufderbeck war eine Vorkämpfer der konziliaren Erneuerung.

Der Mauerbau hatte auch eine positive Seite. Es gab keine Fluchtmöglichkeiten mehr. So war die katholische Kirche Mitteleuropas für ca. zwei Generationen vor der personellen Aushöhlung bewahrt. Für viele wurde die Kirche eine Heimat. Reisen nach Ost und West waren nicht möglich oder — in die Länder des Ostens — schwierig. Das Ende des Konzils wurde von der Kirchenleitung als ein neuer Anfang verstanden.

1965—1972: Zeit des Aufbruchs

Die Laienräte entstanden: Pfarrgemeinderäte, Dekanatsräte, Laienkonvente auf Dekanats-ebene, Laienkongresse auf Diözesanebene. Ein Konzilsbuch für Laien (Welt-Christ-Kirche) kam im St. Benno-Verlag in einer Auflage von 15.000 Exemplaren heraus. Neue liturgische Bücher erschienen. Vieles war neu und umstritten. Gerade in dieser Zeit entstanden die Priesterwerkwochen, die es in Erfurt schon seit 1958 gab. Sie sind feste Einrichtungen geworden und heute noch beliebt.

1972—1975: postkonziliare Bestandsaufnahme

Es folgte die Pastorsynode in Dresden. Eine lange Vorbereitungszeit sollte den Gemeinden Mitarbeit ermöglichen. Die Ergebnisse der Synode wurden verhalten aufgenommen. Das lag auch an der Tatsache, daß jede Gemeinde nach staatlicher Verordnung nur zwei Exemplare des Synodenbuches bekommen durfte. Die Synode tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die vergangenen 10 Jahre waren eine Zeit zwischen Aufbruch und Rückgang. Während neue Impulse und intensive Arbeit festgestellt werden können, gingen die Zahlen der Gläubigen drastisch zurück.

1975—1981: Zeit des Umbruchs

Die Jahre 75 bis 81 waren eine Zeit des Umbruchs auch in der DDR-Kirche. Kritik an der Kirche wurde laut, Resignation machte sich besonders in intellektuellen Kreisen breit. Die „Grenzen des Wachstums“ wurden auch hier deutlich. Am 13.12.1979 starben in Berlin Kardinal Bengsch und im Ja-

nuar 1981 in Erfurt Bischof Aufderbeck. Damit ging eine Ära zu Ende. Die neuen Bischöfe Meisner und Wanke kennzeichneten den Anbruch einer neuen Phase.

1981—1987: revolutionäre Tendenzen

Revolutionäre Tendenzen entwickelten sich im Ostblock, ausgelöst durch Solidarnoc in Polen und den Einmarsch der Russen in Afghanistan. Man begann verstärkt über den gesellschaftspolitischen Auftrag der Kirche nachzudenken. Die evangelische Kirche formulierte: „Wir wollen nicht Kirche gegen, nicht Kirche neben, sondern Kirche im Sozialismus sein“ (Eisenacher Synode 1971). Dieses Wort wurde jetzt ausgefüllt, aber auch kritisch hinterfragt. Die katholische Kirche blieb weiter in Distanz zum sozialistischen Staat, aber die einfache Verweigerung wurde nicht mehr als möglich angesehen. Neue Töne wurden beim Elisabethjubiläum 1981 laut, wo sich auf dem Erfurter Domplatz 60.000 Katholiken versammelt hatten. Ein Markstein war auch das Katholikentreffen in Dresden; Kardinal Meisner: „Wir wollen nur dem Stern von Bethlehem folgen können“ (1987).

1987—1990 intensivere Kontakte zum Westen

Wieder intensivere Kontakte nach dem Westen ermöglichten neue Impulse. Viele Begegnungen fanden statt. Die Ausreisewelle hatte viele Menschen in besonderer Weise beschäftigt. Es gab wohl keinen jüngeren DDR-Bürger, der nicht seine Ausreise in Erwägung zog. Das machte sich auch in den Gemeinden bemerkbar.

Konstante Ereignisse in dieser Zeit waren: Wallfahrten in den Diözesen, die Arbeit der Bildungshäuser, Jugend und Studentenarbeit. Stabile Gemeindestrukturen bildeten sich heraus.

Seit 1990: die Wende

- Zurückhaltung, aber inneres Engagement kennzeichnete die Haltung der Katholiken in der Wendezeit. Bei der Männerwallfahrt am Klüschen am 30.04.1989 artikulierte Bischof

Wanke: „Zeit ist reif. Wir fordern endlich Veränderungen.“

- Friedensgebete wurden vor allem von den evangelischen Gemeinden in größerer Zahl abgehalten. Die katholische Kirche war erst zögernd, auch Treffs von Ausreisewilligen, beteiligt, später überall in der DDR.
- Eine aktive Rolle übernahm die katholische Kirche im Eichsfeld (Predigt von Pater Haas über Erlebnisse in Heiligenstadt).
- Bei den runden Tische in der DDR übernahmen Pfarrer häufig die Moderatorenrolle (Prälat Ducke in Berlin). Die Kirchen haben die Wende in der DDR bewußt mitgestaltet.

Unüberwindliche Gegensätze

Das Verhältnis von Kirche und Staat war in der DDR von unüberwindlichen Gegensätzen gekennzeichnet: „Wir wohnen in einem fremden Haus“, sagte Bischof Spülbeck 1956 auf dem Katholikentag in Köln.

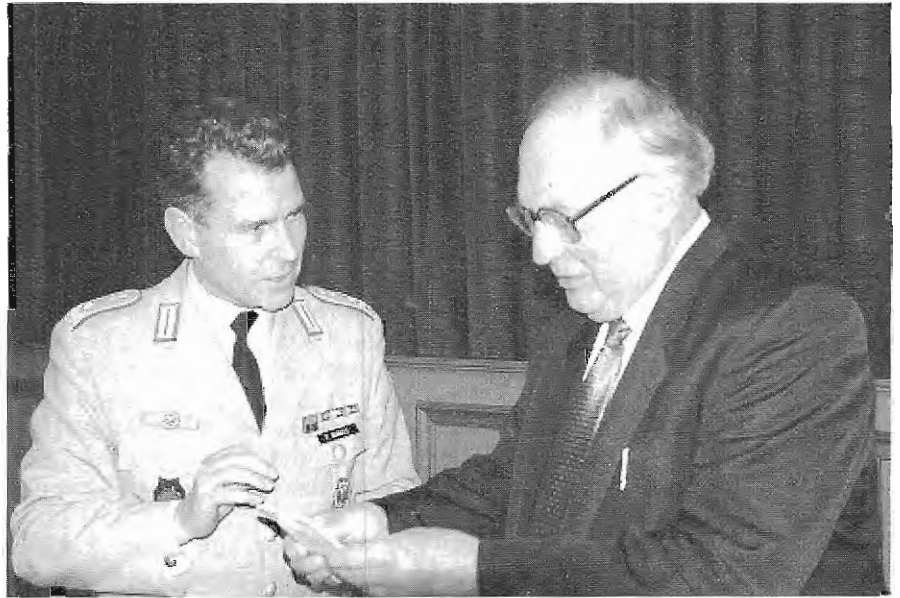
- Marxismus-Leninismus als Grundlage und Fundament des Staatswesens;
- in der Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED;
- das ganzheitlich-sozialistische Bildungssystem mit seiner kompromißlosen atheistischen Bildungspolitik;
- die Jugendweihe mit dem Ziel einer kommunistischen Persönlichkeit;
- Ausschuß aus der Öffentlichkeitsarbeit (Räume, Fernsehen, Rundfunk);
- totale Überwachung durch Stasi: Telefon, Post usw. Beispiel: kirchlicher Dienstweg;
- allgemeinpolitische Gegensätze: Mauer und Schießbefehl, Druck auf Andersdenkende, Buchzensur (Benno-Verlag), Dialog war nicht möglich.
- einige Dokumentationen: Evangelische Kirchensynode im Herbst 1989 und die Antwort der SED-Presse. Die Pluralismus-Philosophie des SED-Regimes.

Ausblicke

- Die Wendezeit führte zu einem starken Wir-Erlebnis der „DDR-Bürger“. Nach der Ein-

heit machte sich aber Egoismus breit; jeder hat nun vor allem seinen eigenen Vorteil im Auge. Zweidrittel der Leute bewerten ihre wirtschaftliche Lage heute als positiv, Eindrittel als negativ. Bedrückend ist die Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen.

- Es ergeben sich neue Sorgen durch seelische Verwüstungen, wirtschaftliche Probleme, ungewohnter Umgang mit totaler Freiheit und einem freien Spiel der Kräfte: Chancen und Probleme.
- Bisher hat die Kirche „außer Konkurrenz“ gearbeitet. Heute muß sie im Wettbewerb der Angebote mithalten: stark verminderte Zahlen beim Landeskongress. Die mitteldeutsche Kirche ist auch in Zukunft Diasporakirche, nun aber unter verschärften Bedingungen. Heute zeigen Katholiken großes Engagement in der Politik.



Domkapitular Dr. Andreas Egenolf betrachtet mit krischem Wohlwollen die Kachel mit dem Kreuz der GKS, die ihm der Seminarleiter, Oberstleutnant Paul Schulz zum Abschluß des Besuches der Akademie Oberst Helmut Korn in Eisenach und bei der Pfarrgemeinde St. Hedwig überreicht. (Foto: F. Brockmeier)

40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten

Das Thema „40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“ sollte den Seminarteilnehmern aus der jeweils unterschiedlichen Sichtweise eines Soldaten und eines Militärggeistlichen in Spitzenverwendungen vermittelt werden. Den militärischen Aspekt übernahm der Schirmherr der Akademie Generalleutnant Edgar Trost, Kommandierender General des II. Korps in Ulm. Aus der Sicht von Kirche und Militärseelsorge nutzte der neue Militärgeneralvikar Msgr. Jürgen Nabbefeld – seit 1. Juli 1995 in diesem Amt – die Möglichkeit, seine Auffassung vom Dienst des Soldaten und den sich ihm stellenden ethischen Anforderungen in einem Grundsatzreferat über den Kreis der Akademie hinaus darzustellen.

Da der Kommandierende General seine Ausführungen anhand einer Stichwortsammlung machte und keine Aufzeichnung seines Vortrags vorliegt, bringt die Redaktion eine Zusammenfassung seines Vortrags. (PS)

40 Jahre Bundeswehr, 5 Jahre Armee der Einheit

Bericht über den Vortrag von Generalleutnant Edgar Trost

1. Rückblick

Zunächst merkte General Trost an, daß er die 40 Jahre Bundeswehr und fünf Jahre Armee der Einheit nicht als „Erfolgsgeschichte der Bundeswehr“ sehen wolle. Dies sei

den vielen Festreden, Ausstellungen, öffentlichen Gelöbnissen und Zapfenstreichen vorbehalten. Deswegen wolle er auch nicht die eigenen Leistungen bewerten. Es dürfe

aber nicht übersehen werden, daß es ein schwieriger Weg war.

40 Jahre Bundeswehr bedeuten neben allen Erfolgen auch

- 40 Jahre Ringen und geistige Auseinandersetzung um die notwendige Akzeptanz in der Gesellschaft;
- 40 Jahre Um- und Neugliederungen;
- 40 Jahre Ringen um eine ausreichende Zahl von Freiwilligen.
- In diesen 40 Jahren sei es aber auch um vermeidbare und notwendige Anpassungen an Entwicklungen in der Gesellschaft gegangen mit dem Versuch, die notwendigen militärischen Grundlagen zu wahren.
- 40 Jahre sei um einen ausreichenden Verteidigungsetat gekämpft worden, wobei seit geraumer Zeit frühere Jahre fast als goldene erscheinen.

- Für die militärische Führung bedeutete es auch Ringen um die Bereitstellung all jener Mittel und Voraussetzungen, die einen erfolgreichen und vor allem für die Wehrpflichtigen sinnvollen Dienst sicherstellen.
- Es sei ein 40-jähriger Kampf um die berühmte Schere zwischen Auftrag und Mittel gewesen, der auch im Bewußtsein des Führerkorps der Bundeswehr zu einer ständigen Herausforderung geworden sei.

Heute heiße es auch Ringen um die Akzeptanz des erweiterten Auftrags der Bundeswehr. Dieser habe auch zu Identifikationsprobleme innerhalb der Streitkräfte geführt. Jetzt sei ein geistiger Prozeß um das neue Selbstverständnis des Soldatenberufs nötig, der geduldige Diskussion und verständnisvolle Zuwendung erfordere, um zu überzeugen. Es komme aber darauf an deutlich Position zu beziehen. Der General betonte, er sehe die Wehrpflichtigen als Verteidiger des eigenen Landes innerhalb seiner staatlichen Grenzen und möglicherweise im Bündnis. Zeit- und Berufssoldaten müßten jedoch ohne Wenn und Aber zum neuen erweiterten Auftrag stehen.

2. Konstanten des Soldatenberufs

2.1 Wehrpflichtarmee

General Trost sagte, die Bundeswehr sei nach dem politischen Willen eine Wehrpflichtarmee. Die Praxis in unserer Gesellschaft sehe allerdings anders aus. So leisteten 30 Prozent der jungen Männer keinen und 30 Prozent verweigerten den Wehrdienst, aber oft nicht aus moralischen und ehrenwerten, sondern aus pragmatischen Gründen.

Er wies auch darauf hin, daß nach demoskopischen Umfragen die Gesellschaft einerseits sehr positiv zur NATO und zum Auftrag der Bundeswehr stehe, aber andererseits der „Ohne-Mich-Standpunkt“ sehr stark vertreten sei. Deswegen werde eine Freiwilligenarmee aus Zeit- und Berufssoldaten bevorzugt.

2.2 Bündnisarmee

Die Bundeswehr sei inzwischen innerhalb der NATO in viele multi-

ationale Strukturen eingebunden. Als Beispiele nannte der Kommandierende General das Eurokorps in Straßburg mit belgischen, deutschen, französischen und spanischen Anteilen, das II. (GE/US) Korps in Ulm und das I. (GE/NL) Korps in Münster. Nach seinen Worten ist nur noch das IV. Korps in Potsdam ein rein deutscher Großverband.

Die „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO bilde eine neue Dimension. Sie könne als Schrittmacher und als Modell für eine Öffnung nach Osteuropa gesehen werden. Der General erwähnte als Beispiel hierzu eine Übung mit deutschen und tschechischen Soldaten im Herbst, wobei auch ein gemeinsamer Feldgottesdienst gefeiert wurde.

2.3 Armee der Einheit

Die Verwirklichung der Armee der Einheit sei ein langer Weg, auch wenn es schon große Erfolge gebe. So würden die ehemaligen NVA-Offiziere in der Truppe inzwischen gut akzeptiert. Probleme gebe es durch heimatferne Dienstorte. In den neuen Bundesländern hätte die Mehrzahl der Soldaten keine konfessionelle Bindung, in der gesamten Bundeswehr seien es ca. 27 Prozent. General Trost stellte fest, daß noch keine Einheit im Denken herrsche. Es wachse aber ein gemeinsames Wertesystem „Armee und Staat – Armee und Militärseelsorge“.

2.4 Das Konzept der Inneren Führung

Der „Staatsbürger in Uniform“ als Kernstück des Konzepts der Inneren Führung habe inzwischen einen festen, beständigen und anerkannten Platz in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Diese akzeptiere die Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Sorgen bereite jedoch der allgemeine Prozeß der Individualisierung, der im Gegensatz zur Hierarchie in den Streitkräften stehe. Dazu gehöre auch die Anspruchsmentalität in der Bundeswehr (z.B. Freizeit).

Die Stimmung in der Truppe bezeichnete Trost als allgemein gut. Es gebe zwar keine Aufbruchstimmung in der gegenwärtigen Phase der Umstrukturierung, jedoch eine sachliche Grundstim-

mung und die Bereitschaft zum Mitmachen. Der Primat der Politik werde anerkannt. Aber die Auswirkungen der Strukturreformen der letzten Jahre, die „Verwirbelung der Soldaten“, habe zu einer deutlichen Versetzungsunwilligkeit der Soldaten geführt.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zugunsten des erweiterten Auftrags der Bundeswehr sei Rechtsgrundlage für den Einsatz der Streitkräfte. Hierzu sei nach Meinung von General Trost ein umfassender Konsens über die parteipolitischen Grenzen hinweg erforderlich. Die Gesellschaft der Bundesrepublik benötige jedoch noch Zeit, um den erweiterten Auftrag zu verinnerlichen.

General Trost machte darauf aufmerksam, daß aus dem tiefsten Frieden heraus ein Einsatz mit Risiko für das Leben – siehe Bosnien-Einsatz – befohlen werden könne. Zur Bewältigung der geistig-seelischen Probleme in diesem Zusammenhang seien die Militärseelsorger besonders gefragt. Für den Bosnien-Einsatz sollten nur Zeit- und Berufssoldaten bereitgestellt werden.

3. Wandel

Das wiedervereinigte Deutschland hat nach Auffassung von General Trost mehr Pflichten im Rahmen der Völkergemeinschaft für Schutz- und Hilfeleistungen auch außerhalb Deutschlands zu übernehmen. Der Militärseelsorge falle die Aufgabe zu, Hilfe bei der ethisch-moralischen Legitimation dieses erweiterten Auftrags zu leisten. Die stärkere psychische Belastung der Soldaten erfordere auch eine verstärkte Betreuung.

3.1 Die Rahmenbedingungen

Der General verwies in diesem Zusammenhang auf die beschränkten Haushaltsmittel, den verkürzten Grundwehrdienst von nur noch 10 Monaten mit seinen eingeschränkten Ausbildungsmöglichkeiten, auf die verringerte Übungstätigkeit sowie die Standortschließungen. Dabei sagte Trost, daß weniger als 20 Prozent der Familien bei Versetzungen der Väter umzugswillig seien, so daß es sehr viele Pendler in der Bundeswehr gebe mit all den negativen Folgen bis hin zum Zerbersten der Familien.

3.2 Pazifismus- und Traditionsdiskussion

In den letzten fünf Jahren finde ein starker Wandel in der Pazifismusfrage statt. Wesentlich dazu beigetragen habe der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, vor allem in Bosnien-Herzegowina. So habe sich auch bei Pazifisten eine Einstellungsänderung hin zur Anerkennung der Notwendigkeit von militärischen Auslandseinsätzen ergeben. Besondere Bedeutung hätten in dieser Frage Äußerungen des Papstes, der Bischöfe und kritischer Journalisten erlangt. Pazifisten mit fundamentalen Positionen blieben bei ihrer ablehnenden Haltung, wenn auch mit Einschränkungen.

Zur Traditionsdiskussion meinte der Kommandierende General, es werde von Außenstehenden zwar kritisch über die Wehrmacht gesprochen, gemeint sei aber die Bundeswehr. Besonders offensiv träten kirchliche Gruppen hervor, die auch die Militärseelsorge angriffen (Segnen von Kanonen). Auch werde wieder das Desertieren ebenso wie der Wehrrersatzdienst als der moralisch höherwertige Beitrag zum Frieden eingestuft.

3.3 Dienen – Wertewandel in der Gesellschaft

Dienen heiße nach landläufiger Auffassung, sich einordnen in eine Hierarchie und zu gehorchen. Nach dem soldatischen Selbstverständnis bedeute es aber, sich selbst um höherwertige Güter willen einzubringen. Zu den höherwertigen Gütern zählen Allgemeinwohl, Frieden, Freiheit und Schutz des Landes.

Da es aber keine echte Bedrohung gebe, seien diese Werte schwer zu vermitteln. Sie seien auch zu abstrakt, als daß eine materialistisch geprägte, freizeitorientierte Gesellschaft sie akzeptiere, wenn alles unter der Frage „was bringt's?“ betrachtet würde. Es zeige sich, daß es nicht richtig sei, die Werbung für den Nachwuchs nur unter materieller Sicht

zu betreiben. Nicht auf die Frage „was bringt's?“ komme es an, sondern auf die J.F. Kennedy-Frage „was kann ich für meinen Staat tun?“ Dies bedeute, man solle sich auch ohne Vergütung z.B. in sozialen Einrichtungen und Ehrenämtern engagieren, Solidarität leben und Rücksichtnahme üben.

3.4 Militärseelsorge

General Trost betonte, daß Konsens über die Notwendigkeit der Militärseelsorge herrsche. Probleme sehe er jedoch bei den Inhalten und Formen. Hier seien Kraftanstrengungen aller Verantwortlichen in Militärseelsorge und Truppe für eine bessere Ausgestaltung erforderlich. Der Lebenskundliche Unterricht und die Militärgottesdienste müßten für eine Rechristianisierung genutzt werden, um die Wertegemeinschaft zwischen Soldaten und Kirchen zu erhalten.

4. Schlußbemerkung

General Trost hob hervor, daß kaum ein Beruf so eng an die Politik gebunden sei wie der des Soldaten. Dies mache ein Bewußtsein von politischen Dimensionen im militärischen Denken und Handeln notwendig. Weiterhin stellte er fest, daß die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Zusammenhang mit dem Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ nicht zum Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft beitragen.

Für den professionellen Auslandseinsatz der Bundeswehr bräuchten die Soldaten eine geistige und geistliche Vorbereitung über die heutige moralisch-ethische Position des Soldaten, sonst könnten solche Einsätze nicht bestanden werden. Für ihn sei Christsein und Soldatsein gerade unter dem Schutzaspekt kein Widerspruch, schloß General Trost seinen Vortrag. (bt)

KURZ NOTIERT

Rühe nennt bedingungslosen Pazifismus „unmoralisch“

Hamburg, 06.02.96 (KNA) Verteidigungsminister Volker Rühe hat Kritik an einem „bedingungslosen Pazifismus“ geübt. Wer daran festhalte, verschließe die Augen vor der Wirklichkeit, sagte Rühe am Montagabend in Hamburg. Oder er mache sich schuldig, weil er letztlich Aggressoren in die Hände spiele. „Der Einsatz militärischer Mittel kann unmoralisch sein; es kann aber ebenso unmoralisch sein, Streitkräfte nicht einzusetzen, wenn ihr Einsatz notwendig ist“, erklärte der Minister. Beim Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien gehe es um den „verantwortlichen, begrenzten Gebrauch von Macht, um unrechte Gewalt zu zähmen“. Rühe äußerte sich in der evangelischen Hauptkirche St. Katharinen im Rahmen der Vortragsreihe „Politik und Moral“.

„Politik ohne sittliches Fundament ist gewissenlos, Moral ohne

Augenmaß kann zerstörerisch sein“, sagte Rühe. Moralische Politik bewähre sich vor allem in der Umsetzung im Alltag. „Ethische Zielorientierung und pragmatische Vernunft müssen zusammenwirken“, betonte der CDU-Politiker. In der christlichen Lehre gelte, daß die Pflicht zum Frieden oberstes ethisches Gebot sei. „Wie man den Frieden am besten gestaltet — das erfordert situationsabhängig immer neue Antworten“, so der Verteidigungsminister. Die Friedensethik sage nicht, „wie und wo wir uns konkret engagieren sollen“. Frieden schaffen bedeute, für Stabilität zu sorgen. Diese Stabilität sei heute aber nicht mehr durch die Ausgewogenheit militärischer Potentiale zu gewinnen, sondern aus der Geltung der Menschenrechte, aus gesunden demokratischen Strukturen, prosperierender Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit.

40 Jahre Bundeswehr –Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten

Anmerkungen aus der Sicht von Kirche und Seelsorge

Jürgen Nabbefeld

Es versteht sich von selbst, daß ich als Vertreter des kirchlichen Amtes Ihnen heute keine Analyse oder gar Bewertung im Hinblick auf Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten der Bundeswehr vortragen kann, die sich mit politischen oder militärischen Aspekten befaßt. Die Veranstalter dieser Akademie der Gemeinschaft Katholischer Soldaten haben aus diesem Grund Herrn Generalleutnant Trost als Referenten hierhergebeten, der sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. Ich selbst bin zudem noch nicht lange im Amt des Militärgeneralvikars; so stehen mir nur begrenzte Erfahrungen aus jener Zusammenarbeit zur Verfügung, die das Bundesministerium der Verteidigung mit den beiden Zweigen der Militärseelsorge sucht, auch wenn es um die Fragen von Bild und Selbstverständnis des Soldaten geht. Hingegen habe ich in meiner Zeit als Standortpfarrer das wirkliche Leben der Soldaten, die Bedingungen ihres Dienstes, auch das tatsächliche Selbstverständnis – nicht nur jenes, das sich in offiziellen Dokumenten widerspiegelt – kennengelernt. Auf dem Hintergrund dieser eigenen Erfahrungen möchte ich grundlegende Positionsbestimmungen der kirchlichen Lehre zu Rolle und Selbstverständnis des Soldaten skizzieren, sodann einige Thesen bzw. Aussagen zu einer Grundkategorie soldatischen Dienstes, nämlich der Verantwortung des soldatischen Führers, und schließlich einige Hinweise bzw. Vorstellungen zu spezifischen Aufgaben des Militärseelsorgers vortragen, der das Angebot von Orientierungen für die Ausarbeitung soldatischen Selbstverständnisses als eine seiner wichtigen Aufgaben ansieht.

1. Anmerkungen zur gegenwärtigen Diskussion

Auf dem Hintergrund der in der Bundeswehr und auch in der Öffentlichkeit derzeit geführten Diskussion legt das mir aufgelegte Thema nahe, sich mit jenen neuen sicherheitspolitischen und dann auch militärpolitischen Konstellationen auseinanderzusetzen, die sich seit dem Ende des Ost-West Gegensatzes in den letzten fünf Jahren ergeben haben. Ich will keineswegs leugnen, daß in der Tat sich durch die völkerrechtlichen Verpflichtungen des wiedervereinigten Deutschlands zur zahlenmäßigen Begrenzung seiner Streitkräfte, durch verschiedene Versuche, dem westlichen Verteidigungsbündnis der NATO neue Aufgaben zuzuweisen und durch die konkreten Einsätze von Bundeswehrsoldaten außerhalb des herkömmlichen Bündnis- und Verteidigungsauftrages sich weitreichende Veränderungen für Auftrag und Dienst der Soldaten der Bundeswehr ergeben haben. Diese Vorgänge sind von uns Militärseelsorgern in den vergangenen Jahren aufmerksam beobachtet und in unserer Seelsorgearbeit praktisch begleitet worden. Doch ich frage mich, ob all dies die These rechtfertigt, das Bild des Soldaten, wie es im Blick von Kirche, Theologie und Seelsorge als Aufgabe erscheint, müßte jetzt völlig neu gezeichnet werden. Vielleicht gehörte es gerade zum Selbstverständnis der Militärseelsorge in der Bundeswehr, sich in durchaus selbstkritischer Weise mit Annahmen auseinanderzusetzen, die die Kirche möge doch auf die skizzierten Veränderungen möglichst umgehend, umfassend und – das insbesondere – theologisch begründet

der politisch für notwendig erachteten Reform ihren Segen geben.

In früheren Zeiten war in dieser Hinsicht auch unsere katholische Militärseelsorge, nicht zuletzt aufgrund politischer Vorgaben, denen sie sich nicht entziehen konnte, eher bereit, sich auf diese Weise einem Situationsbezug zu unterwerfen. Ich erinnere an eine kleine Schrift des damaligen Standortpfarrers Berlin und späteren Feldgeneralvikars und dann auch Militärgeneralvikars in der Bundeswehr, Prälat Georg Werthmann, aus dem Jahre 1935 mit dem Titel: „Wir wollen dienen! Glaubenskraft als Quelle unserer Wehrkraft“. In dieser Schrift wurde, ähnlich wie in dem in hoher Auflagenzahl erschienenen Werk des Maria-Laacher Benediktiners Theodor Bogler „Soldat und Mönch: Ein Bekenntnisbuch“, das kurze Zeit später erschien, der Versuch unternommen, zu beweisen, daß Deutschsein, Soldatentum und katholischer Glaube keine Gegensätze seien. Wie Sie wissen, hat die nationalsozialistische Propaganda den Deutschen weismachen wollen, daß Katholiken kein Recht hätten, sich an der geistigen Auseinandersetzung um die – als Wiederherstellung bezeichnete – Entwicklung eines Bildes des deutschen Soldaten zu beteiligen. Doch beide genannten Autoren haben dadurch, daß sie dem zu widersprechen versuchten, doch zeitgenössische Vorgaben mehr oder weniger unreflektiert akzeptiert, die wir heute eher kritisch beurteilen.

Wenn ich es richtig sehe, haben die Militärbischöfe und ihre Generalvikare in den bald 40 Jahren einer Militärseelsorge in der Bundeswehr sorgsam darauf geachtet, sich nicht in dieser unmittelbaren Weise in politisch geprägte Diskus-

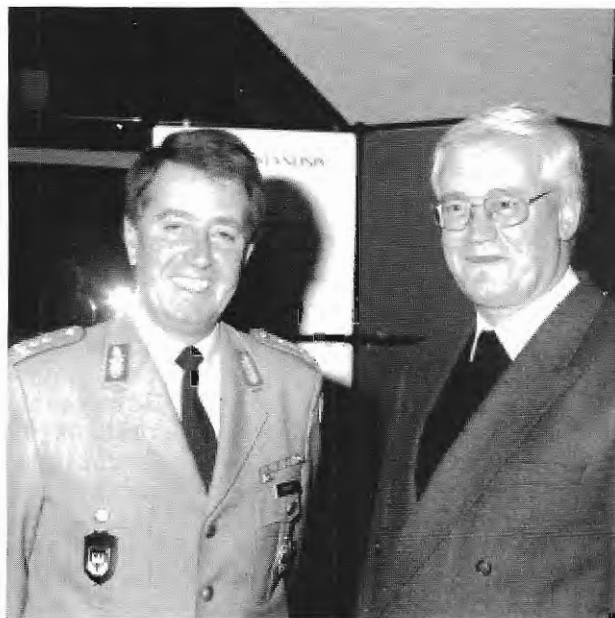
sionen einbeziehen zu lassen. Auf der anderen Seite haben sie aber allen Initiativen von Laien, insbesondere der katholischen Soldaten selbst, jede Unterstützung gewährt, um auf diesem Wege christliche Beiträge zu Auftrag und Bild des Soldaten einzubringen. Vom Königsteiner Offizierkreis und später der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sind in den vier Jahrzehnten der Bundeswehrgeschichte hierzu wesentliche, wenn auch manchmal bei der politischen Leitung und militärischen Führung zuwenig beachtete Beiträge erbracht worden. Von daher begrüße ich es sehr, daß auch auf dieser Akademieveranstaltung diese Tradition fortgeführt wird.

Ich möchte also heute nicht unmittelbar zu der Frage Stellung nehmen, ob durch die Beteiligung deutscher Soldaten in geschlossenen Verbänden und Einheiten etwa an militärischen Missionen der Vereinten Nationen ein neues Soldatenbild erforderlich wird. Es ist unstrittig so, daß für viele Soldaten – und nicht zuletzt für ihre Frauen und Familienangehörigen – diese neuen Aufträge eine Neubesinnung auf das Besondere ihres soldatischen Berufes erzwingt. Aber das halte ich eher für ein „psychologisches“ Problem, nicht für eines der sozialetischen oder individuellen moralischen Normen, die das „objektive“ Bild des Soldaten ausmachen. Von einem Vertreter des kirchlichen Amtes sollten Sie aber nur solche sozial-ethische und moraltheologische bzw. individual-moralische Orientierungen erwarten, nicht jedoch Hinweise, wie man durch Erziehung, Ausbildung und Motivation den Soldaten zur Ausgestaltung solcher Zielvorstellungen hinführen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Eindruck wiedergeben, der sich mir in letzter Zeit verstärkt eingeprägt hat: Seit der historischen Wende von 1989 und 1990 gibt es in vielen europäischen Ländern eine teils offene, eine manchmal aber auch nur versteckte oder unbewußte Hinwendung zu Vorstellungen und Leitbildern einer Vergangenheit, die wir in unserer – wenn ich so sagen darf – „alten“ Bundesrepublik überwunden zu haben glaubten. In den Ländern des ehemaligen kom-

Spitzenvertreter aus Bundeswehr und Militärseelsorge standen der Akademie für das Thema „40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“ zur Verfügung: **Generalleutnant Edgar Trost**, Schirmherr der GKS-Akademie und Kommandierender General des II. Korps in Ulm, sowie **Monsignore Jürgen Nabbefeld**, der neue Militärgeneralkvikar und Leiter des Katholischen Militärseelschaftsamtes.

(Foto: F. Brockmeier)



munistischen Machtbereiches ist das nur zu offensichtlich; die Gründe dafür liegen auf der Hand und sind auch durchaus nachvollziehbar. In unserem wiedervereinigten Deutschland jedoch sollten wir eine solche Hinwendung zur Geschichte kritisch beurteilen. Es gibt in gewisser Hinsicht keine „Normalität“, zu der wir als Deutsche in Staat, Politik und Gesellschaft zurückkehren sollten. In unserer Bundeswehr sehe ich dazu auch keine Ansätze, jedenfalls noch nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ich frage mich jedoch, ob die gemeinsame Teilnahme an militärischen Einsätzen neuer Art im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen, gemeinsam mit unseren Partnern des Bündnisses und Soldaten anderer Länder, nicht Prozesse fördern konnte, daß auch die Deutsche Bundeswehr sich der „Normalität“ anderer Streitkräfte annähern könnte. Jeder von Ihnen weiß, daß die politischen und militärischen Väter der Bundeswehr ein neuartiges „Inneres Gefüge“ deutscher Streitkräfte wollten, das sich wesentlich von der früheren Wehrmacht oder auch den Streitkräften anderer Länder unterscheiden sollte. Die Gründe dafür waren eben nicht nur rein historischer Art, so daß man später – also heute oder morgen – wieder zu einer Art von „Normalität“ zurückkehren könnte. Vielmehr hat die Grenzerfahrungen, in die deutsche Soldaten unter der Nazidiktatur gerieten, zu Er-

kenntnissen geführt, der sich auch Soldaten und die Öffentlichkeit anderer Länder heute stellen müssen. Ich weise nur auf jene schwerwiegenden moralischen Probleme hin, die sich für Soldaten unter UN-Kommando in Ruanda und offensichtlich jetzt auch in Bosnien ergeben haben. Darf etwa vom Soldaten ernsthaft erwartet werden, der Tötung Unschuldiger und damit schwersten Kriegsverbrechen untätig zuzusehen? Das neue Bild vom Soldaten der Bundeswehr, wie es im Kern des „Inneren Gefüges“ der neuen Streitkräfte erschien, versuchte auf Fragen dieser Art Antworten zu geben.

Aber damit bin ich schon bei dem angekommen, von dem ich meine, es heute vor Ihnen als Generalkvikar des Militärbischofs der Bundeswehr vortragen zu sollen. Es geht um Elemente jenes Bildes von Soldaten und den Auftrag, aus dem heraus sich dieses Bild ergibt und rechtfertigt, zu dem Glaube und Lehre der Kirche Wesentliches beizutragen haben.

2. Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten aus kirchlicher Sicht

Den zentralen Text verdanken wir dem II. Vatikanischen Konzil mit seiner Konstitution „Über die Kirche in der Welt von heute“ – „Gaudium et spes“ vom 7. Dezember 1965. Dort heißt es: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der

Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei (Nr. 79).“

Diese Aussage ist Ihnen allen geläufig. Sie wurde von Anfang an auch von den katholischen Soldaten der Bundeswehr nicht nur akzeptiert, sondern als Ausdruck ihres eigenen Selbstverständnisses verstanden.

Ich halte diese Aussage nach wie vor für höchst aktuell; bei richtiger Lektüre bietet sie einen Schlüssel für manche Fragen, die in der aktuellen Diskussion um Auftrag und Bild des Soldaten der Bundeswehr heute auf dem Prüfstand stehen.

Lassen Sie mich aber zuvor noch einige Hinweise zum Zustandekommen dieser Aussage machen. Wenn Sie die Zuordnung des kurzen Textes in den Gesamtzusammenhang der Pastoralkonstitution beachten, fällt Ihnen auf, daß das V. Kapitel dieser Konstitution überschrieben ist mit „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“. Nach der Einführung (in Nr. 77) lesen wir eine zentrale Aussage „Vom Wesen des Friedens“ (Nr. 78). Dieser folgt dann im Ersten Abschnitt, überschrieben mit „Von der Vermeidung des Krieges“ in der Nr. 79 die Überschrift „Der Unmenschlichkeit der Kriege Dämme setzen“. Aussagen zum „Totalen Krieg“ (Nr. 80), zum „Rüstungswettlauf“ (Nr. 81) und zur „Absoluten Ächtung des Krieges; einer weltweiten Aktion, ihn zu verhindern (Nr. 82) sind angefügt. Der sich daran anschließende Zweite Abschnitt ist überschrieben mit „Der Aufbau der internationalen Gemeinschaft“. Wie unschwer zu erkennen ist, will der zu Anfang zitierte Text also keine individual-ethischen Forderungen an den Soldaten formulieren. Es geht um die großen Zusammenhänge von Gerechtigkeit und Frieden in der Weltordnung überhaupt. Vom Soldaten ist lediglich sozusagen „am Rande“ die Rede. Es ist offensichtlich, daß die Aussage zu seinem Dienst und Selbstverständnis in der Nr. 79 quasi im Nachhinein angefügt wurde. Wie mir berichtet wurde, gab es dafür konkrete Hintergründe: Die vorbereitende Kommission und die Konzilsväter wollten die herkömmliche, tradi-

tionelle Lehre vom sog. „Gerechten Krieg“ nicht wiederholen. Wesentliche Elemente dieser Lehre werden zwar als geltend unterstellt – etwa wenn in derselben Nr. 79 davon gesprochen wird, daß einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht abgesprochen werden könne, sofern alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind und – das bedarf besonderer Hervorhebung – „solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet ist“. Wer den Gesamtzusammenhang dieses Textes aber unvoreingenommen liest, wird feststellen müssen, daß die sittlich erlaubte Verteidigung eines Landes durch seine Regierung und damit auch seine Streitkräfte als Grenzfall verstanden wird. Die Konzilsväter wollten eben von Gerechtigkeit und Frieden, nicht aber von erlaubtem Krieg sprechen. Es ist mit einer Initiative des damaligen deutschen Militärbischofs, Bischof Hengsbach von Essen, zu verdanken, daß das Konzil sich in diesem Zusammenhang dennoch mit der Aufgabe des Soldaten befaßt hat. Es kam am Rande des Konzils zu einem Informationsgespräch über die Frage, wie denn der Soldat in diesem Kontext zu sehen sei, an dem neben Militärbischof Hengsbach der damalige Militärgeneralvikar Prälat Dr. Gritz und ein hoher katholischer General der Bundeswehr teilnahmen. Als Ergebnis setzte sich die Erkenntnis durch, man könne unmöglich von der Sicherung des Friedens und jenem Grenzfall sittlich erlaubter Verteidigung reden, ohne die Rolle des Soldaten zu umschreiben.

Daran zeigt sich der Realismus, der unserer moraltheologischen und sozialetischen kirchlichen Tradition eigen ist: Weil alle Staaten der Welt militärische Streitkräfte unterhalten, kann man an deren Existenz – unbeschadet der jeweiligen Begründung – nicht vorbeigehen. Im Gegenteil, die Kirche muß es sich zur Aufgabe machen, dem militärischen Faktor eine positive, sozialetisch qualifizierte Zweckbestimmung zuzuweisen. Das ist durch diese oben zitierte Aussage zum Dienst des Soldaten gelungen.

Worin bestehen jetzt die entscheidenden Elemente dieser Aussage des Konzils „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker.“?

(1) Der Soldat ist Diener

Damit ist sicherlich auch jene Tugend der Hingabe und des Gehorsams angesprochen, die überhaupt für das christliche Leben immer für unverzichtbar gehalten wurde. Das Leben des einzelnen ist nicht das eines Singles, es wird mit anderen und für andere gelebt. Daher kommt dieser Aussage aber auch eine sozialetische Dimension zu. Der Soldat als **Diener** bedeutet, daß er seinen Auftrag nicht selbst definiert, auch nicht in der Logik seines eigenen sozialen Systems, der Streitkräfte, sondern von der Politik erhält. Die Aufgabe der staatlichen und der internationalen Politik besteht aber immer in der Gewinnung und Wahrung der Gerechtigkeit sowie der Förderung und Festigung des Friedens. Dieser Aspekt wird in der öffentlichen Diskussion um den neuen Auftrag der Bundeswehr viel zu wenig beachtet. Die eigentliche Verantwortung für einen angemessenen, ja schon allein für die zutreffende Beurteilung von Lage und Zielsetzung militärischer Einsätze, obliegt dem Staat. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde zudem klargestellt, daß auch das Parlament der Bundesrepublik Deutschland dem seine Zustimmung geben muß, ohne die die Regierung handlungsunfähig bliebe. Also nicht „die Bundeswehr“ sucht sich neue Aufgaben, sondern Regierung und Parlament der Bundesrepublik tragen die eigentliche und die letzte Verantwortung für solche Aufträge. Hierzu wird jedoch – ich nenne noch einmal das Wort „Diener“ – die äußere und innere Zustimmung jedes Soldaten der Bundeswehr erwartet – zurecht, wie ich meine, wenn man die Aussage des Konzils ernst nimmt.

(2) Der Soldat ist Diener „der Sicherheit und Freiheit“

Sicherheit und Freiheit werden vom Konzil als unverzichtbare Grundlagen von Gerechtigkeit und Frieden angesehen. Auch die Rei-

henfolge, in der Sicherheit und Freiheit aufgeführt werden, scheint mir hierzu von Belang. Sicherheit ist dabei natürlich umfassend zu sehen, nicht nur als militärische Sicherheit. Im Kern ist wohl die Rechts-Sicherheit gemeint. Menschen und Völker müssen sich darauf verlassen können, daß Recht Recht ist. Das gilt für den innerstaatlichen wie für den internationalen Bereich. Auch die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten müssen durch Recht gestiftet und gewährleistet sein, nicht durch einen Interessenausgleich, nicht durch Machtbeziehungen und erst recht nicht durch Gewalt.

Indem **Sicherheit und Freiheit** im Zusammenhang dargestellt werden, wird jener vor allem in Lateinamerika weit verbreiteten Ideologie sogenannte „nationaler Sicherheit“ der Boden entzogen. Schon in den 60er Jahren und in den darauf folgenden Jahrzehnten wurde dort die Existenz völlig überdimensionierter Streitkräfte mit Bedrohungs-Szenarien begründet, denen jeder Realitätsbezug abging. Die öffentlich erzeugte Angst vor angeblicher Bedrohung von außen diente der Rechtfertigung solcher Armeen, die tatsächlich als Mittel der Diktatur herhalten mußten. Es gibt keine Sicherheit ohne Freiheit. Und weder Gerechtigkeit noch Frieden sind ohne Freiheit möglich. Was das Konzil damit im Jahre 1965, mitten in der Konfrontation zwischen kommunistischem Weltherrschaftsanspruch und westlicher Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie, zumal auf unserem Kontinent, bezeugte, hat durch die Geschichte eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren.

(3) Der Soldat ist „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“

Der Auftrag des „militärischen Faktors“ und damit des Soldaten zielt letztlich auf eine Ordnung, die grenzenlos **alle Völker** umfassen soll. Die eine von Gott geschaffene Welt, die eine Menschheit, wenn sie auch jeweils in vielen Völkern und Kulturen in Erscheinung tritt, muß das eigentliche Ziel aller Anstrengungen für Frieden und Gerechtigkeit sein. Es ist eine unselige Tradition europäischen politi-

schen Denkens seit Beginn der Neuzeit, den Krieg als Mittel nationaler Politik, als quasi normalen Zustand zu verstehen, in dem souveräne Ansprüche ohne Rücksicht auf die sittliche Ordnung durchgesetzt werden dürfen. So war über Jahrhunderte der Soldat als „Schwert“ einer so verstandenen Politik zum Inbegriff einer Interessendurchsetzung verstanden worden, die sich der Sittenordnung entzogen hat. Unsere katholische Kirche hat solche Optionen und Grundauffassungen nie geteilt. In konkreter Form bringt sie das mit der zitierten Aussage zum Ausdruck. Es wäre also ein vollkommenes Mißverständnis kirchlicher Lehre, wenn man die in Gaudium et spes formulierte Position zur übernationalen Zweckbestimmung militärischen Auftrags mit einer letztlich beliebigen Definition nationaler Interessen in Verbindung brächte. Nach meiner Überzeugung ist es eben nicht in das freie Ermessen unseres Staates gestellt, ob er erforderlichenfalls den Vereinten Nationen Truppen zur Verfügung stellt, um einer aktuellen Kriegsdrohung oder gar schon akuten kriegerischen Konflikt entgegenzutreten. Unser Staat ist vielmehr dazu sittlich verpflichtet.

Es versteht sich natürlich von selbst, daß dies nicht heißen kann, „Jungs, an die Front“, wo auch immer in der Welt. Politische Klugheit gebietet es vielmehr, gerade in der Frage militärischer Einsätze zur Wahrung oder Durchsetzung des Friedens gegebene politische Konstellationen in der Völkergemeinschaft sachgerecht zu berücksichtigen. Hier gibt es ja tatsächlich bestimmte Arten der „Aufgabenteilung“. Dies darf aber andererseits nicht bedeuten, auf die Bereitschaft unseres Staates und nicht zuletzt seiner Bevölkerung zu verzichten, aktuellen Gefahren durch Kriegsdrohung oder gar Krieg auch in solchen Ländern entgegenzutreten, die für unsere „Interessen“ angeblich nicht so belangvoll sind. Ein Menschenleben in Ruanda und in Bosnien ist genauso viel wert wie eines in Deutschland, Österreich oder Frankreich.

Als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker zu **handeln**“ (die deutsche Übersetzung des Konzilstextes ist hier leider fehler-

haft: Gemeint ist nicht das Selbstbild, sondern das tatsächliche Tun) scheint mir heute aber weniger ein Problem der Soldaten der Bundeswehr zu sein, denn der politischen Zielvorgaben, die in unserem Lande dazu bisher entwickelt wurden.

Damit werden aber Aufgaben ansichtig, die weit über die Bundeswehr hinaus letztlich den geistigen Haushalt unserer gesamten Gesellschaft betreffen.

Wie mir scheint, erweist sich die Aussage des Konzils zum Soldaten als durchaus aktuell, wenn wir unser heutiges Thema betrachten. Die skizzierten Grunddimensionen soldatischen Auftrags bedürfen natürlich noch mancher Übersetzungen. Dabei ist mir durchaus bewußt, daß auch das Konzil, wenn es etwa vom „totalen Krieg“ oder vom „Rüstungswettlauf“ als großen Friedensbedrohungen sprach, eine Situation im Blick hatte, die sich seither grundlegend verändert hat. Das umfassende Gesamtziel einer jeden sittlich legitimen Sicherheitspolitik und die dazu erforderlichen Beiträge von Streitkräften ist aber dasselbe geblieben: Die Verhinderung eines jeden Krieges, notfalls die gewaltsame Beendigung militärischer Konflikte und die Sicherung des Friedens als Voraussetzung weltweiter Gerechtigkeit und der Völkerverständigung.

3. Die Verantwortung des soldatischen Führers

Bei der Frage, was angesichts der jetzt 40 Jahre bestehenden Bundeswehr sich in Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten geändert habe, möchte ich noch einmal auf den Ausgangspunkt politischer Entscheidungen in den 50er Jahren zurückkommen. Die politischen Kräfte, auch unsere Kirche, wollten einen neuen Typ von Soldaten. Ein Soldat in der Demokratie, der auch in Uniform zuerst Bürger ist, der sich seiner besonderen Verantwortung, zumal als militärischer Führer, für korrektes Befehlen und zulässiges Gehorchen bewußt ist und sich in sittlicher Bindung persönlich verantwortlich weiß, entspricht nicht bestimmten Traditionen von Gehorsam und Unterordnung, mit denen wir in Deutschland brechen wollten. Um einen solchen Soldaten aber formen zu können, bedarf es

veränderter Streitkräfte. Hier hat die Bundeswehr, genauer gesagt: Generationen politisch Verantwortlicher und vor allem militärischer Vorgesetzter, in den letzten 40 Jahren Großes geleistet. Vieles ist selbstverständlich geworden, was im Vergleich zwischen verschiedenen Streitkräften durchaus als deutsche Besonderheit erkennbar bleibt. Solche vorgeblichen Selbstverständlichkeiten zu sichern und zu festigen, muß als zentrale Aufgabe der Bundeswehr verstanden werden. Die Verwirklichung neuer Aufträge im internationalen Bereich von Vereinten Nationen und NATO darf nicht zu Reformen „nach Rückwärts“ führen.

Ich selbst habe als Militärseelsorger in der Truppe immer wieder erlebt, daß Soldaten verschiedener Verantwortungsebenen – vom Wehrpflichtigen bis zum Bataillonskommandeur – sich wirklich darum bemühten, dem Menschen und Bürger im Soldaten zu seinem Recht zu verhelfen. Kameradschaft, Betreuung und Fürsorge, geduldiges Führen und auch geduldiger Gehorsam werden in unserer Bundeswehr in einer im wirklich guten Sinne „zivilen“ Art praktiziert, die in unserer Armee zuhause bleiben muß.

Was sich also als besondere, berufsbedingte Form der Verantwortlichkeit im Soldatentum verwirklichen soll, kann und muß sich zuerst im Alltag des Dienstes bewähren.

Hier ergeben sich gerade für den jungen Vorgesetzten eine Reihe von Problemen, die sich in den vergangenen Jahren zugespitzt haben. Sich nach vorne zu stellen, vor anderen zu stehen und zu fordern, ohne sich aus der kameradschaftlichen Bindung der Gruppe zu entfernen – das ist schwerer als in früheren Zeiten. Der junge Vorgesetzte macht die Erfahrung, daß er sich dabei nicht mehr in die Geborgenheit des Kollektivs zurückziehen kann. Er merkt, daß er nicht nur – sprichwörtlich – anderen etwas zu sagen hat, sondern sich auch etwas sagen lassen muß. Was es heißt, Vorgesetzter zu sein, spürt man letztlich erst und nur dann, wenn man dem sogenannten „Untergebenen“ unmittelbar ins Gesicht, ja ins Auge, sehen muß. Dem anderen im Befehl etwas zuzumuten, was er

vielleicht überhaupt nicht will oder mag, wird dann nämlich als etwas erlebbar, was der Vorgesetzte selbst als lebendige Zumutung für einen anderen erkennen kann. Rangabzeichen machen niemanden zu einem anderen Menschen; sie offenbaren aber in unvergleichlicher Weise, was in diesem konkreten Menschen steckt. Für manch einen mag das zur Offenbarung werden.

Diese Schule menschlicher Entwicklung, indem man sich selbst zutraut und in der Begegnung mit den Soldaten der Bewährungsprobe aussetzt, Verantwortung für einen Auftrag und die Menschen, die ihn ausfüllen sollen, zu übernehmen – darin sehe ich eine der wichtigsten sittlichen Dimensionen soldatischen Auftrags und Dienstes. Die neuen Aufträge, denen sich die Bundeswehr stellen muß, verlangen selbstverständlich neue Fähigkeiten und Fertigkeiten, vielleicht auch neue Formen der Ausbildung auf jeden Fall der Ausrüstung mit neuem Gerät und dergleichen mehr. Aber alles das bliebe bei der Verwirklichung des Auftrags wirkungslos, wenn die Persönlichkeit des Soldaten, zumal des Vorgesetzten, nicht jenen Kriterien entspricht, die mit dem Bild eines neuen Soldaten im deutschen demokratischen Rechtsstaat gemeint waren.

Das Thema „Verantwortung“ bedarf aber noch einer Vertiefung. Verantwortung für etwas zu haben, heißt immer, Rechenschaft abzulegen für das, was ich anderen Menschen, mir selbst oder einer bestimmten Aufgabe schuldig bin, die mir anvertraut wurden. Wohl gemerkt, zu dem, was mir anvertraut wurde, gehöre auch ich selbst. Als Christen wissen wir, daß Gott uns nicht als selbstherrliche Subjekte erschaffen hat, sondern als seine **Geschöpfe**. Auch das große Wort von der „Pflicht“ wird dann etwas durchsichtiger. Es geht immer zuerst um das „Wofür“, dann erst stellt sich die Frage, wem gegenüber der Mensch Rechenschaft abzulegen hat.

Gerade der Soldat soll zuerst immer nach dem „Wofür“ seiner Verantwortung fragen, bevor er darüber nachdenkt, wem gegenüber er rechenschaftspflichtig ist. Es hat Generationen deutscher Soldaten gegeben, auch das gehört

zur Vorgeschichte des Bildes vom Soldaten in der Bundeswehr, die bei der Frage nach den Grenzen des ihnen aufgetragenen Gehorsams eigentlich nur bis zu der Frage vorstießen, welche Strafe ein Kriegsgericht verhängen würde – unterstellt, man müßte überhaupt mit einer Anklage rechnen, nie Angst vor Strafe mag ein psychologisch wirksames Mittel sein, sich über das Tragen von Verantwortung bewußt zu werden. Das Wesen von Verantwortung wird damit aber noch nicht erkannt. Denn Verantwortung hat es immer letztlich mit dem **Gewissen** des Menschen zu tun. Christen werden sagen, letztendlich immer mit Gott als dem Schöpfer und Richter.

Wenn also Verantwortung im wahrsten Sinne des Wortes „Gewissenhaftigkeit“ verlangt, dann ist der Beruf des Soldaten immer einer, der Gewissen und Gewissensentscheidung unverzichtbar macht. Der Soldat, vor allem der militärische Führer, kann seinem Beruf nur gerecht werden, wenn er gewissenhaft verantwortet, was ihm übertragen wird, und vor allem, was er im Befehl anderen auszuführen aufträgt. Der Soldat der Bundeswehr steht und fällt bisher und künftig – mit dem grundlegenden Erfordernis, daß er Verantwortung im moralischen Sinne zu tragen bereit und fähig ist. Eigenschaften wie Verantwortungsbewußtsein, Verantwortungsfreude und Bekenntnis zur eigenen Verantwortlichkeit sind für Theorie und Praxis der Bundeswehr unverzichtbar.

4. Aufgaben des Militärseelsorgers im Hinblick auf das soldatische Selbstverständnis

Die Gemeinsame Synode der deutschen Bistümer in Würzburg hat in ihrem Beschluß „Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden“ unter der Überschrift „Die Friedensarbeit der Kirche“ gefordert, daß die Militärseelsorge „einerseits daran festhalten muß, daß Zweck und Einsatz des soldatischen Dienstes von der gesamten Gesellschaft wie vom Soldaten selbst vor allem auch unter ethischen Gesichtspunkten zu verantworten sind. Andererseits muß auch die Militärseelsorge ihrerseits

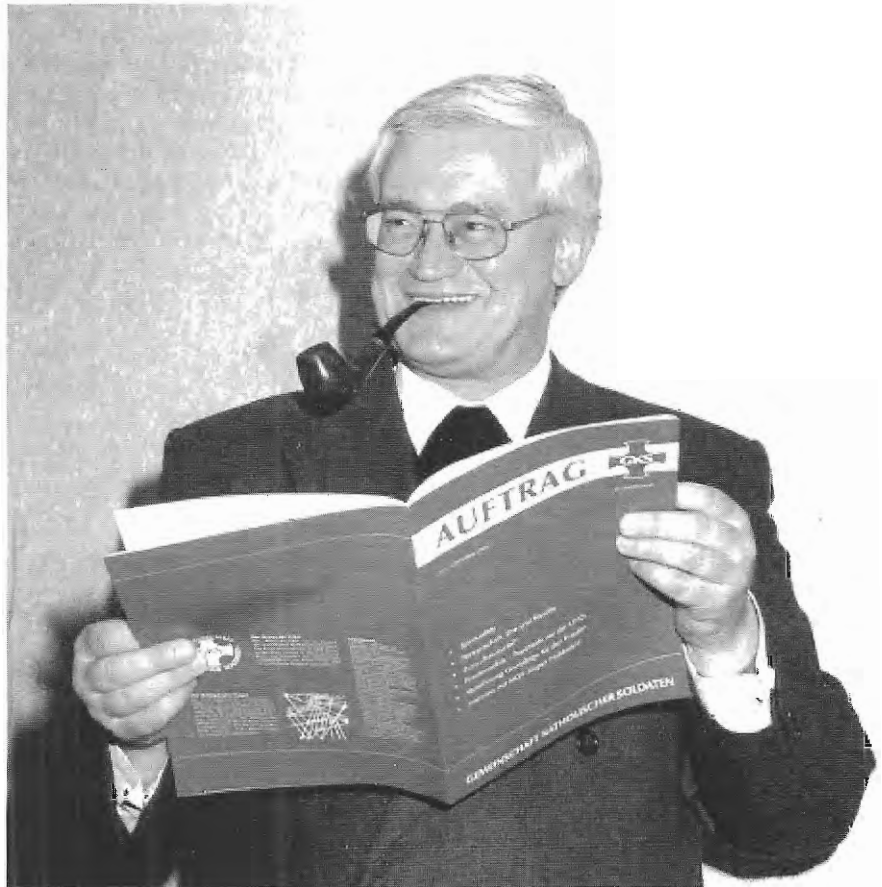
den Soldaten zu einer verantworteten Entscheidung verhelfen, da das Prinzip von Befehl und Gehorsam in den Streitkräften mehr denn je ethische Verantwortungsbereitschaft von Vor- und Nachgeordneten voraussetzt“ (2.2.4.). Was heißt das konkret angesichts der neuen Aufträge im Bereich internationale Einsätze der Bundeswehr?

Negativ gesehen kann es **nicht** heißen, daß der Militärseelsorger als Vertreter der Kirche politische, rechtliche oder militärische Aspekte solcher Einsätze bewertet. Als Militärseelsorger sind wir darauf angewiesen, daß sich die gesamte Kirche mit ihren ethischen Forderungen und Kriterien in die öffentliche Debatte um derartige Einsätze einschaltet und, wenn zwingend erforderlich, auch Grenzmarken angibt. Als Bürger unseres Staates dürfen wir zuerst, so meine ich, von einem Grundvertrauen in die rechtliche Zulässigkeit und die politische Zweckmäßigkeit entsprechender Entscheidungen von Parlament und Regierung, was solche Einsätze angeht, ausgehen. Als Seelsorger sollten wir dann aber auch darauf verzichten, politische Entscheidungen theologisch, ethisch oder religiös zu überhöhen. Ist der konkrete Auftrag erteilt, ist der Soldat in die Pflicht gerufen. Und in Parenthesen sage ich dazu: Unsere Soldaten dürfen darauf vertrauen, im Militärgeistlichen einen treuen Begleiter und Seelsorger in dieser Situation zu haben.

Alle jene konkreten Situationen, die in solchen Einsätzen eintreten können und den Soldaten möglicherweise in letzte moralische Verantwortung rufen, lassen sich nicht auf den Grünen Tisch projizieren. Um so wichtiger ist die Urteilsfähigkeit der Soldaten, die sich natürlich zuvor, im Dienst in der Heimat und im Frieden, ausgebildet haben muß. Sie alle lade ich nachdrücklich dazu ein, gemeinsam mit den Militärseelsorgern diese Aufgabe, die Urteilsfähigkeit zu bilden, schon jetzt anzugehen. Ich habe manchmal den Eindruck, bei den vielfältigen, intensiven Vorbereitungsmaßnahmen für die in Blick genommenen möglichen Einsätze wird diesem Aspekt nicht unbedingt der ihm gebührende Platz eingeräumt.

Die Lektüre des AUFTRAGs bereitet offensichtlich viel Freude, vor allem wenn der interessante Lesestoff bei einem Pfeifchen genossen werden kann, wie es Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld hier überzeugend demonstriert. Für Nichtraucher hat sich übrigens ein Glas Rotwein bewährt, um die durchaus ernsten Themen unserer Verbandszeitschrift auch gründlich verdauen zu können.

(Foto: F. Brockmeier)



Wenn bisher deutsche Soldaten etwa in Kambodscha, Somalia und jetzt in Kroatien sich den neuen Aufgaben stellen mußten, wurden sie von evangelischen und katholischen Militärgeistlichen seelsorglich begleitet. Dieser kirchliche Dienst wurde nicht nur von der Führung der Bundeswehr eingefordert, er wurde auch vor Ort von den Soldaten selbst erwartet und vor allem in Anspruch genommen. Dies geschieht, je nach örtlichen Gegebenheiten und den Besonderheiten des betreffenden Einsatzes, in verschiedenen Formen. Auf jeden Fall kann ich sagen, daß unsere Militärgeistlichen sich nie überflüssig oder nicht akzeptiert vorkamen.

Bisher ist unseren Militärgeistlichen der Grenzfall des militärischen Einsatzes, Situationen, in denen unsere Soldaten ihren Auftrag mit der Waffe in der Hand ausführen und eigene Verluste beklagen mußten, erspart geblieben. Aber auch das wird wohl auf uns

zukommen; unsere Mitbrüder befreundeter Militärseelsorgen haben uns von ihren Erfahrungen berichtet. Das Thema Töten und Sterben darf also auch in unserer Überlegung – übrigens auch bei der Vorbereitung unserer Militärgeistlichen auf die geistliche Begleitung – nicht ausgeklammert werden. Allerdings halte ich es nicht für sehr sinnvoll, hierzu – zumal öffentlich – große Deklarationen abzugeben. Die Zukunft wird zeigen, ob Soldaten und ihre Seelsorger auch in solchen absehbaren Situationen standhalten.

Eine weitere Aufgabe ergibt sich für die Militärseelsorge im Zusammenhang mit den neuen Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch in der Heimat. Für die Familien unserer Soldaten und Soldatinnen ergeben sich ja ebenfalls völlig neuartige Erfahrungen, die als Belastungen erlebt werden. Auch hier wird die Nähe, die Begleitung und die Hilfe durch den

Seelsorger erwartet. Ich glaube, auf dem Gebiet bedarf es weiterer Absprachen und präziserer Planung als bisher, damit wir auch diesen Aufgaben gerecht werden können. Aber Sie alle wissen auch, daß hier die Militärseelsorge rein personell an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gerät. Wie unser Militärbischof gerade in letzter Zeit mehrfach betont hat, verfügt er über keine „Reservebank“ von Militärgeistlichen, um den geistlichen Dienst sowohl bei den Soldaten im Ausland wie auch bei den Familien zuhause angemessen leisten zu können. Ich hoffe auf die

Einsichtsfähigkeit des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, der letztendlich über die Bereitstellung einer hinreichenden Anzahl von Dienstposten (92 Stellen) für unsere Arbeit demnächst zu entscheiden hat.

So könnte ich natürlich noch auf viele Einzelheiten zu sprechen kommen, die sich konkret für uns sozusagen im Binnenbereich der Militärseelsorge im Zusammenhang der neuen Aufgaben der Streitkräfte bei Auslandseinsätzen stellen. Das geht von der sachgerechten Vorbereitung der Militär-

geistlichen bis hin zu Detailfragen, etwa nach einer Dienstbekleidung im Rahmen solcher Einsätze. Auch unsere Militärseelsorge ist nach den 40 Jahren Friedenszeit, für deren Sicherung unsere Bundeswehr soviel geleistet hat, an der aber die Soldaten eben genauso wie die Zivilisten in vollem Umfang teil hatten, weder äußerlich noch innerlich auf die neue Situation eingestellt. Ihre Tagung und unser Gespräch am heutigen Tage tragen hoffentlich dazu bei, auf dem weiteren gemeinsamen Weg einen guten Schritt voranzukommen.

40 JAHRE MILITÄRSEELSORGE

Die deutsche Konzeption ist in Europa eine Besonderheit

München (KNA-Korr.) Seit 40 Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Militärseelsorge. Am 4. Februar 1956 übertrug Papst Pius XII. im Einvernehmen mit der deutschen Bundesregierung dem damaligen Erzbischof von München und Freising, Kardinal Joseph Wendel, das Amt des ersten katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr. Er hatte die Aufgabe, die Seelsorge für die katholischen Soldaten im ganzen Bundesgebiet aufzubauen und zu leiten. Die Struktur der Militärseelsorge stellt im historischen Vergleich etwas Besonderes dar: Sie basiert wesentlich auf der Unabhängigkeit der Geistlichen gegenüber staatlichen Weisungen. Anlässlich des Jubiläums fand am Freitag, dem 9. Februar, ein Gedenkgottesdienst am Grab Kardinal Wendels in der Krypta des Münchner Liebfraundoms statt.

Zehn Jahre war Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg unter alliierter Regierungsgewalt, als 1955 die Verträge über das Ende der Besatzungsherrschaft in Kraft traten. Die Bundesrepublik war wieder souverän, wurde Mitglied der Westeuropäischen Union und trat dem Nordatlantik Pakt, der NATO, bei. Als Beitrag zu diesem Bündnis konnte Deutschland eigene Streitkräfte aufstellen. Im Zuge

des Aufbaus der Bundeswehr sollte für die Soldaten auch eine christliche Seelsorge eingerichtet werden. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hat der Staat damals den Anspruch der Soldaten auf Seelsorge gesetzlich bekräftigt.

Das Amt des Militärbischofs stellte in der Form, wie es damals geschaffen wurde, etwas Neues dar. In der Zeit des Nationalsozialismus war der „Feldbischof“ als „ausführende Stelle des Reichskriegsministeriums“ tätig und einer Abteilung im Oberkommando der Wehrmacht unterstellt. Das Verhältnis zwischen den Diözesanbischöfen und dem „Feldbischof“ war von Vertrauensverlust und Spannungen geprägt. Daß 1956 nun ein residierender Ortsbischof die zusätzliche Aufgabe des Militärbischofs übernahm, ist eine Besonderheit im Vergleich zu den meisten anderen Ländern. Er steht nicht in einem Dienstverhältnis zum Staat, gleichwohl muß dieser sein Einverständnis zu der Ernennung geben. Diese Regelung war das Ergebnis langjähriger Verhandlungen zwischen Staat und Kirchen. Erste Gespräche für die Konzeption einer Militärseelsorge fanden bereits 1951 statt. Als rechtliche Grundlage für die katholische Militärseelsorge diente Artikel 27 im Reichskonkordat von 1933, an dessen

Weitergeltung der Staat und die katholische Kirche festhielten. Staatlicherseits bildete das Recht auf Glaubensfreiheit in Artikel 4 des Grundgesetzes die Ausgangsbasis.

Bei der Konzeption der katholischen wie auch der evangelischen Militärseelsorge wurden die Leitidee des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ und das Gebot der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft berücksichtigt. Die garantierte Unabhängigkeit der kirchlichen Arbeit von staatlicher Beeinflussung bildet einen Grundpfeiler der Militärseelsorge. So wurde das Katholische Militärbischofsamt als Bundesoberbehörde dem Verteidigungsministerium zugeordnet, ohne daß sich für den Bischof und die Militärseelsorger ein Abhängigkeitsverhältnis ergab. Die Militärgeistlichen, vom Militärbischof beauftragt und vom Staat in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen, werden militärischen Kommandostellen lediglich auf Zusammenarbeit zugeordnet. Der „zivile Status“ der deutschen Militärgeistlichen ist singular in Europa. Noch heute sind Militärpfarrer in der Schweiz und in Österreich im Offiziersrang und tragen Uniform; in Großbritannien und Frankreich bilden sie einen eigenen militärischen Dienstzweig.

VERSÖHNUNG

50 Jahre nach Kriegsende: Krisen überwinden – Verständigung finden

Schritte zur Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk

Wojciech Wiczorek

I. Vorbemerkung

II. Annäherung und Verständigung

1. Die kirchlichen Initiativen
2. Die Entwicklung menschlicher Kontakte

III. Verhältnis DDR – Polen

IV. Nach dem politischen Umbruch

2. Wirtschaftliche Asymmetrie
3. Gesellschaftliche Spannungen

V. Aufgaben für die Zukunft

VI. Zum Schluß



Der Publizist Wojciech Wiczorek, letzter Botschafter der Republik Polen in der DDR, bei einem angeregten Gespräch mit einem älteren und einem jüngeren Seminarteilnehmer nach seinem Abendvortrag zum Thema „Schritte zur Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“. (Foto: F. Brockmeier)

I. Vorbemerkung

Zunächst gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Das Leitmotiv dieses Seminars „50 Jahre nach Kriegsende: Krisen überwinden – Verständigung finden“ bedarf aus polnischer Sicht eines Kommentars bzw. einer teils sachlichen, teils emotionalen Auslegung. Denn dieser Jahrestag weckt bei vielen Polen gemischte Gefühle. Einerseits erinnert er uns an das Ende des schrecklichsten aller Kriege, andererseits an die Tatsache, daß der Ausgang dieses Krieges für Polen weder eine echte Freiheit noch einen echten Frieden gebracht hatte. Die Befreiung von der Nazi-Besatzung wurde bald durch die sowjetische Vorherrschaft und das aufgezwungene kommunistische System ersetzt. Vor diesem Hintergrund soll es nicht wundern, Daß in polnischen Augen das wahre

Kriegsende erst im Jahre 1989 vollzogen wurde, d.h. nach der Wiedererlangung der Souveränität oder, anders gesagt, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Jalta-Ordnung-

Diese Vorbemerkung scheint mir deshalb nötig zu sein, weil ich überzeugt bin, daß eine ehrliche Auseinandersetzung mit den schweren Erblasten dieses Krieges, wie auch eine wirksame Überwindung der Krisen und gemeinsame Suche nach Verständigung und Versöhnung nur unter den freien Menschen möglich sein können. Das ist der Grund, warum – obgleich seit dem Kriegsende schon ein halbes Jahrhundert vergangen ist – das Jahr 1989 eine besonders wichtige Zäsur darstellt. Wenn

man noch berücksichtigt, daß ein Jahr später – 1990 – Deutschland seine staatliche Einheit erreicht hatte, wird diese Zäsur noch einschneidender.

Mit einem Wort: 50 Jahre nach Kriegsende befinden sich sowohl Polen als auch Deutschland in einer qualitativ neuen Lage. Die politische Wende in beiden Ländern hat den polnisch-deutschen Beziehungen neue Impulse gegeben. Zugleich sind auch neue Probleme aufgetaucht.

II. Annäherung und Verständigung

Dies bedeutet natürlich nicht, daß der Prozeß der Annäherung und Verständigung zwischen dem polnischen und dem deutschen

Volk erst nach der Wende begonnen hat. Er hat eine längere Geschichte. Erinnern wir uns an zwei wichtige Faktoren dieses Prozesses.

1. Die kirchlichen Initiativen

Vor rund 30 Jahren, 1965, ist die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht worden („Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“). Bald darauf gab es den Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen Polens und Deutschlands. Besonders der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit dem bekannten Satz „wir vergeben und bitten um Vergebung“ ist zum Ereignis geworden. In Polen hat er ein politisches Gewitter verursacht, das den kommunistischen Behörden als Anlaß diente, die polnische katholische Kirche heftig, um nicht zu sagen hysterisch, anzugreifen. Auch unter der Bevölkerung gab es unterschiedliche Stimmen, da die Wunden, die der Krieg und die Nazi-Besatzung hinterlassen hatten, noch stark im Gedächtnis haften, so daß die antideutsche Propaganda Gehör fand. Um so mehr soll dieser Brief als ein mutiger Schritt betrachtet werden, als ein Meilenstein, der eine bahnbrechende Rolle gespielt hat und der Nachkriegsgeschichte polnisch-deutscher Beziehungen eine moralische Dimension gegeben hat. Man kann auch sagen, daß die aus den moralischen Pflichtgeboten resultierende Bereitschaft der Kirchen, die Wege der Versöhnung einzuschlagen, den rein politischen Schritten vorausgegangen sind. Denn fünf Jahre später haben die „alte Bundesrepublik Deutschland und die damalige „Volksrepublik“ Polen den Vertrag vom Dezember 1970 geschlossen und diplomatische Beziehungen aufgenommen.

In diesem Kontext möchte ich die Bedeutung moralischer Aspekte im polnisch-deutschen Dialog unterstreichen. Dieser Dialog wird von Anfang an bis heute von symbolischen Gesten moralischer Natur begleitet. Erinnern wir uns noch an den Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos im Dezember 1970, wie auch letzters die Rede des Bun-

despräsidenten Roman Herzog vor dem Denkmal des Warschauer Aufstandes (1994) und die Rede des polnischen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski im Bundestag (1995), wo er u.a. das Schicksal der deutschen Vertreibung beklagte. Übrigens ist das Thema „Vertreibung“, das von der kommunistischen Zensur verboten war, heute kein Tabuthema mehr. All das trug und trägt zur Überwindung psychologischer Barrieren und Hemmungen bei, die sich aus der bitteren Vergangenheit ergeben.

2. Die Entwicklung menschlicher Kontakte

Ich halte diese Kontakte für die wichtigste und fruchtbarste Folge des Vertrages vom Dezember 1970. Obgleich in immer noch eingeschränktem Rahmen hatten die Polen immer häufiger Gelegenheit, auch privat die Bundesrepublik zu besuchen und umgekehrt: in den siebziger Jahren gab es eine Welle von Besuchen der Bundesbürger in Polen. Bei dieser Gelegenheit konnte man das Land und die Menschen besser kennenlernen und sich von den vereinfachten Klischeevorstellungen befreien.

Als Beispiel möchte ich hier die Kontakte zwischen den polnischen und den deutschen Katholiken anführen. Polnischerseits nahmen an diesen Kontakten die Vertreter der sog. „Znak“-Bewegung teil – einer unabhängigen, von der polnischen Bischofskonferenz unterstützten Gruppierung wichtiger Persönlichkeiten: Stanislaw Stomma – „Znak“-Abgeordnete, Jerzy Turowicz – Chefredakteur von „Tygodnik Powszechny“, einer angesehenen katholischen Wochenzeitung, Tadeusz Mazowiecki – Chefredakteur der katholischen Monatszeitschrift „Wież“, nach der Wende Ministerpräsident Polens u.a.. Deutscherseits zunächst die Gesprächspartner der damaligen westdeutschen Sektion von Pax Christi, später vom katholischen Akademikerverband, vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Darüber hinaus haben wir damals viele persönliche Kontakte im politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Kreisen angeknüpft. Es wurden gemeinsame Seminare organisiert. Aus der Initiative der deutschen Katholiken ist das Maximilian-Kolbe-Werk entstanden, das finanzielle und medizinische Hilfe für

ehemalige polnische KZ-Häftlinge leistete und immer noch leistet. Im Jahre 1989, bereits an der Schwelle zur Wende in Polen, haben die Katholiken beider Länder – hauptsächlich die Vertreter des ZdK und der „Znak“-Bewegung – eine gemeinsame Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs verabschiedet.

Ich glaube, es läßt sich sagen, daß insgesamt infolge all dieser Kontakte das Bild der Bundesrepublik und der Bundesdeutschen im Unterschied zur DDR in polnischen Augen wesentlich korrigiert wurde. Es ist nicht mehr ein Feindbild – so wie es die kommunistische Propaganda lange Zeit darzustellen versuchte – eher ein Vorbild der gut funktionierenden sozialen Marktwirtschaft, des Wohlstandes und der demokratischen Ordnung. Ich glaube, daß in der damaligen „alten“ Bundesrepublik gewisse Interessen und Sympathien für Polen geweckt wurden. Als im August 1980 das politische Erdbeben in Polen begann und die katastrophale Versorgungskrise immer stärker wurde, bekamen wir diese Sympathie zu spüren. Ungefähr die Hälfte der Lebensmittelpakete, die damals – besonders nach Verhängung des Kriegsrechts – aus den westlichen Ländern an private Adressen bzw. kirchliche Stellen in Polen geschickt wurden, kam aus der Bundesrepublik.

III. Verhältnis DDR – Polen

Ich habe bereits die ehemalige Deutsche Demokratische Republik mit Namen erwähnt. Die Kontakte zwischen Polen und DDR-Bürgern sollen hier nicht ausgeklammert werden. Natürlich war die von oben verordnete Freundschaft der „sozialistischen Brüder“ unerträglich starr und konnte keine Begeisterung wecken. Es muß auch erinnert werden, daß in Polen, sogar in „Volkspolen“ seit dem Jahr 1956 – dem „polnischen Oktober“ nach dem XX. Kongreß der KPdSU – eine relativ größere Meinungsfreiheit geherrscht hat. In der DDR gab es einen relativ besseren Lebensstandard. Polnischerseits gab es also die Neigung, die DDR-Bürger gering zu schätzen, da sie unter den Bedingungen einer strengen Diktatur als nicht genügend glaubwürdige Deutsche galten. Andererseits machte der polnische

„Handelstourismus“ – als in den siebziger Jahren die Grenze zwischen VR Polen und DDR geöffnet wurden –, der die Regale der DDR-Läden leerräumte, bei der DDR-Bevölkerung böses Blut. Dies trug natürlich zur Belebung alter und unerfreulicher Stereotypen bei. Nach der Gründung der freien Gewerkschaft „Solidarnosc“ wurden die Grenzen erneut dicht gemacht. Die negative Einstellung der DDR-Behörden gegenüber den Entwicklungen in Polen schien auch diese ungute Stimmung auszunutzen.

Die zwischenmenschlichen Kontakte in Bezug auf Polen und die DDR hatten jedoch auch positive Erfahrungen erbracht. Es gab Leute, die sich angefreundet hatten und gute persönliche Beziehungen unterhielten. Es gab auch Milieus, die eine echte Versöhnungsarbeit leisteten. Noch einmal muß man hier den Beitrag christlicher, sowohl katholischer als auch evangelischer Kreise unterstreichen, wie z.B. die Tätigkeit der Aktion Sühnezeichen in der DDR. Später, in der Endphase des Staates, fanden sich viele Laute aus diesen Kreisen in den oppositionellen Bürgerinitiativen. Dem folgten Verbindungen mit „Solidarnosc“, deren Vorbild zusammen mit der Idee des „runden Tisches“ nicht ohne Auswirkungen auf die Geschehnisse in der DDR geblieben ist. Es fehlte auch nicht an einer gemeinsamen polnisch-DDR-deutschen Erklärung zur Frage der polnisch-deutschen Beziehungen und der Einheit Deutschlands.

Der Umbruch in der DDR hatte seit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze begonnen. Später konnten die DDR-Flüchtlinge, die in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Schutz suchten, mit Sonderzügen in die Bundesrepublik gelangen. Weniger bekannt ist und kaum erinnert wird daran, daß dasselbe in Warschau passierte, von wo ebenfalls einige völlig überfüllte Züge in die Bundesrepublik abgereist sind.

IV. Nach dem politischen Umbruch

Die Wende in Polen und Deutschland, der Zusammenbruch des Kommunismus und die Auflösung des Ostblocks haben die Szene grundlegend verändert. Die Folgen, welche sich daraus für die pol-

nisch-deutschen Beziehungen ergaben, können auf vielen Ebenen betrachtet werden. Ich möchte nur auf gewisse Schwerpunkte aufmerksam machen.

1. Politische Abmachung

Das souveräne Polen und das vereinte Deutschland haben fast sofort wichtige Verträge geschlossen, in denen bisher ungelöste Fragen endgültig geregelt wurden. Sowohl die bestehende polnisch-deutsche Grenze als auch die Existenz der deutschen Minderheit in Polen und ihre Rechte sind völkerrechtlich anerkannt worden. Unter den Bedingungen des geteilten Europas, besonders des geteilten Deutschlands, wie auch unter den Bedingungen der kommunistischen Herrschaft in Polen sind diese politischen Schritte kaum, wenn überhaupt, möglich gewesen. Kurz gesagt: das Vertragswerk hat für die polnisch-deutsche Beziehung einen breiten Rahmen geschaffen und neue Perspektiven eröffnet. Nach dem Briefwechsel der Bischöfe soll es als ein neuer Meilenstein bezeichnet werden.

2. Wirtschaftliche Asymmetrie

Die Vereinigung Deutschlands wurde in Polen begrüßt. Jedoch bald tauchten in der polnischen Öffentlichkeit die Bedenken auf, daß dieses großgewordene Deutschland für uns bedrohlich sein kann. Besonders auf dem wirtschaftlichen Gebiet ist die Diskrepanz im Potential Polens und Deutschlands tatsächlich überwältigend. Sie wurde zur Quelle einer gewissen Ambivalenz in den Einstellungen der Polen gegenüber Deutschland. Einerseits bewundert man die wirtschaftlichen und zivilisatorischen Errungenschaften der Bundesrepublik und hofft auf eine fruchtbare Zusammenarbeit. Andererseits ist man nicht von den Befürchtungen frei, daß dabei der schwächere Partner verliert. In dieser Einstellung gibt es eine Mischung von verschiedenen alten Vorurteilen, Mißverständnissen und Frustrationen, die mit den Schwierigkeiten unseres Transformationsprozesses in Zusammenhang stehen. Zwar sind diese Ängste im Verlauf der letzten fünf Jahren wesentlich gesunken, nichtsdestoweniger zeigen sie noch ab und zu ihre Wirkung. Ferner, die-

ses wirtschaftliche Gefälle hat auch Probleme an der polnisch-deutschen Grenze gebracht, die zugleich die Ostgrenze der Europäischen Union bildet. Der stürmische Anstieg des Handels- und Personenverkehrs blockierte – und blockiert weiterhin – die Grenzübergänge. Die Welle von polnischen Schwarzhändlern und Schwarzarbeitern – erwähnen wir hier den einst berühmten „Polenmarkt“ in Berlin –, wie auch der Andrang von illegalen Emigranten aus verschiedenen armen Ländern, wachsende Kriminalität, Autodiebstahl usw. wecken bei den Deutschen Unzufriedenheit und haben mehr oder weniger scharfe Abwehrreaktionen verursacht, mit dem Phänomen Ausländerfeindlichkeit an der Spitze.

3. Gesellschaftliche Spannungen

Der obengenannte wirtschaftliche bzw. zivilisatorische Faktor beeinflusst im nicht geringen Grade das Klima der zwischenmenschlichen Kontakte. Ich habe früher gesagt, daß ihre Entwicklung vor der Wende positiv bewertet werden soll. Es schien damals sogar so auszusehen, als ob diese Kontakte besser wären als die zwischen den Regierungen, und daß man diese Diskrepanz nur noch auszugleichen bräuchte. Dagegen hat man heute manchmal den Eindruck, daß es statt dessen zu einer anderen Entwicklung kam. Dieses Verhältnis wurde nicht ausgeglichen, sondern umgedreht. Die offiziellen Beziehungen sind gut wie nie zuvor, zwischen den Menschen sieht es unterschiedlich aus. Neben den positiven gibt es auch entmutigende Beispiele.

Den Grund für solch eine Entwicklung kann man heute auch leicht erraten. Obgleich die zwischenmenschlichen Kontakte ab 1970 immer zahlreicher wurden, so waren sie doch ziemlich selektiv. Dies betrifft vor allem die Kontakte mit den Bundesdeutschen. An diesen Begegnungen beteiligten sich auf beiden Seiten vor allem Menschen guten Willens, die sich über das von der Vergangenheit hinterlassene Meer der Vorurteile und des Unrechts hinweg verständigen wollten. Heute ist es anders. Mit der Auflockerung der Paßvorschriften und der Öffnung der

Grenze, bis hin zur völligen Aufhebung der Visumpflicht haben die polnisch-deutschen Kontakte einen Massencharakter angenommen. Und damit begannen die Zwischenfälle, gegenseitige Vorwürfe und negative Stereotypen aufzutauen, die auf den neuen negativen Erfahrungen beruhten. Genauso wie zur Zeit der DDR. Dieser unglückliche Faden wird fortgesetzt. Soweit mir bekannt ist, nehmen die Polen auf der Beliebtheitskala in Deutschland einen niedrigen Platz ein. Und umgekehrt – auch bei den Polen sind die Deutschen nicht allzu beliebt, aber zugleich geschätzt als gute Partner im Bereich der Politik und Wirtschaft. Auf der polnischen Beliebtheitskala befinden sie sich ungefähr in der Mitte mit fast gleichen positiven und negativen Noten:

- 35 % der Befragten in einer demoskopischen Umfrage, die dieses Jahres durchgeführt wurde, haben eine positive Einstellung den Deutschen gegenüber angegeben;
- 38 % – negativ;
- 25 % – gleichgültig;
- 2 % – ohne Meinung.

Was noch wichtiger ist – im Vergleich mit den in vergangenen Jahren durchgeführten demoskopischen Untersuchungen zeigt sich auch, daß es einen langsamen aber ständigen Sympathiezuwachs für die Deutschen gibt. Das sind, meines Erachtens nach, keine schlechten aber noch nicht genug befriedigende Ergebnisse.

V. Aufgaben für die Zukunft

Ich habe mich ganz bewußt eher auf die schlimmere Kehrseite der Medaille konzentriert. Denn sogar die beste Politik und die beste wirtschaftliche Zusammenarbeit können auf Hindernisse stoßen, wenn sie nicht genug aktiv von unten unterstützt werden. Deswegen darf man die störenden Faktoren nicht außer acht lassen. Die Behörden beider Länder müssen sich vor allem verpflichtet fühlen alle auftauchenden Reibungen, mit denen immer zu rechnen ist, so weit wie möglich wirksam und rechtzeitig zu lösen bzw. zu löschen. Man muß auch nüchtern sein. Denn manche dieser Faktoren lassen sich nicht leicht beseitigen.

Im Augenblick scheint der größte von ihnen in der bereits erwähnten wirtschaftlichen Asymmetrie zu stecken. Es muß noch sehr viel getan werden, um die Wohlstandsgrenze zwischen unseren Ländern zu mildern und die Lebensbedingungen wenigstens anzunähern. Denn ohne diese Annäherung ist es kaum vorstellbar, daß die störenden Faktoren und klagenswerte Zwischenfälle – worüber die Rede war – plötzlich verschwinden. Die Fortschritte auf diesem Gebiet sollen günstigere, materielle und psychologische Prämissen für eine echte Verständigung schaffen. Selbstverständlich, dies setzt einen längeren Prozeß voraus, wobei die Hauptaufgabe den Polen selber zufällt. Vor allem müssen wir uns selbst helfen. Für eine „Hilfe für Selbsthilfe“ seitens der Bundesrepublik sind wir dankbar, da sie nicht nur diesen Prozeß beschleunigt, aber auch damit der Verständigung dient.

Und noch einige Worte zum Thema „zwischenmenschliche Kontakte“. Nach der Wende sind sie zur Norm geworden. Auf Grund gemeinsamer Interessen treffen sich Polen und Deutsche, Vertreter verschiedener Berufe sowie sozialer Schichten und Altersgruppen zusammen. Negative Erfahrungen sollen nicht verschleiern, daß sie fruchtbare Effekte bringen. Ich fürchte nur, daß sie zu wenig bekannt sind, wie z.B. die Entwicklungen in den deutsch-polnischen Euroregionen an der Grenze. Für besonders wünschenswert halte ich jedoch die Kontakte, die sich zum Ziel setzen, bessere Kenntnisse über den Partner, über seine Probleme, Sorgen, Empfindlichkeiten usw. zu erwerben und folglich größeres Vertrauen zu gewinnen. Denn zwischen Polen und Deutschen gibt es doch unterschiedliche Auffassungen, die nicht nur aus den zivilisatorischen Unterschieden und ungleichen Lebensbedingungen herrühren, sondern auch aus den unterschiedlichen Mentalitäten, Gewohnungen und nicht zuletzt ererbten Vorurteilen und bitteren Erfahrungen der Geschichte. Es geht also – wenn man so sagen darf – um qualifizierte Kontakte oder anders gesagt, um eine deutsche Lobby in Polen und um eine polnische Lobby in Deutschland. Wenn es gelin-

gen würde, eine Art „menschlicher Infrastruktur der Versöhnung“ zu entwickeln, einen offensichtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern zu nehmen, dann wäre dies zu begrüßen.

Die Ansätze dafür sind übrigens vorhanden. Als Paradebeispiel soll hier das Polnisch-Deutsche Jugendwerk genannt werden. Eine sehr wichtige Rolle spielt die Stiftung für die Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit. Sie fördert und unterstützt finanziell die Initiativen, die von unten kommen und der polnisch-deutschen Verständigung dienen. Sie finanziert u.a. die Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Kreisau (polnisch – Krzyzowa) in Niederschlesien, wo zur Zeit des Dritten Reiches eine deutsche Widerstandsgruppe, der „Kreisauer Kreis“, tagte. Die Idee einer solchen Begegnungsstätte wurde eben von unten inspiriert, sowohl von den Deutschen als auch von den Polen – besonders den Mitgliedern des Klubs der katholischen Intelligenz in Wroclaw (Breslau) – die sich mit dem geistigen Erbe dieses Kreises und seines Anführers, des Grafen Helmut James von Moltke, auseinandersetzen. Man kann auch weitere Beispiele dieser Art anführen. In der Bundesrepublik spielt eine ähnliche Rolle beispielsweise das deutsche Polen-Institut in Darmstadt oder die Deutsch-Polnische Gesellschaft.

VI. Zum Schluß

Mir scheint, im polnisch-deutschen Verständigungs- und Versöhnungsprozeß ist die Zeit der großen Worte schon eher vorbei. In unseren Beziehungen herrscht Normalität mit all ihren guten und schlimmeren Seiten. Der politische Wille, diesen Prozeß fortzusetzen, scheint auch stark genug zu sein. Deswegen sind um so mehr praktische, sicherlich weniger spektakuläre Schritte erforderlich, damit die konkreten, detaillierten Fragen unseres Zusammenlebens und unserer Zusammenarbeit wirksam gelöst und gestaltet werden können. Es ist manchmal zu hören, für die Deutschen sind die Kontakte mit Polen weniger attraktiv als die mit ihren westlichen Nachbarn und Partnern in der Europäischen Union. Wenn es tat-

sächlich so ist, würde ich mich nicht wundern. An der Attraktivität fehlt in Polen noch sehr viel. Aber, wenn die Bundesrepublik eine Brückenfunktion zwischen West und Ost erfüllen und im Osten präsent sein will – wo Polen der nächste Nachbar ist – müssen

sich die Deutschen den dort lebenden Menschen und ihren Sorgen zuwenden. Und umgekehrt: wenn Polen in die Europäische Union integriert werden will – und in dieser Frage Deutschland zurecht als Anwalt Polens gilt – müssen sich die

Polen vom Mißtrauen und von den unterschwelligen Ängsten befreien. Beiderseitige Vorurteile scheinen auf der Hand zu liegen. Auch die moralische Bedeutung einer echten polnisch-deutschen Versöhnung darf nicht übersehen werden.



Blick ins Plenum der Akademie Oberst Helmut Korn während der Befragung von Botschafter a.D. Wojciech Wiecek nach seinem Vortrag „Schritte zur Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“. Auf dem Podium links der Referent, rechts der Leiter des Bonifatiushauses und wissenschaftliche Begleiter der Akademie, Dr. Antonius Gescher, sowie der Seminarleiter Oberstleutnant Paul Schulz, Ehrenbundesvorsitzender der GKS. (Foto: F. Brockmeier)

KURZ NOTIERT

Rühe nennt bedingungslosen Pazifismus „unmoralisch“

Hamburg, 6.2.96 (KNA) Verteidigungsminister Volker Rühe hat Kritik an einem „bedingungslosen Pazifismus“ geübt. Wer daran festhalte, verschließe die Augen vor der Wirklichkeit, sagte Rühe am Montagabend in Hamburg. Oder er mache sich schuldig, weil er letztlich Aggressoren in die Hände spiele. „Der Einsatz militärischer Mittel kann unmoralisch sein; es kann aber ebenso unmoralisch sein, Streitkräfte nicht einzusetzen, wenn ihr Einsatz notwendig ist“, erklärte der Minister. Beim Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien gehe es um den

„verantwortlichen, begrenzten Gebrauch von Macht, um unrechte Gewalt zu zähmen“. — Rühe äußerte sich in der evangelischen Hauptkirche St. Katharinen im Rahmen der Vortragsreihe „Politik und Moral“. — „Politik ohne sittliches Fundament ist gewissenlos, Moral ohne Augenmaß kann zerstörerisch sein“, sagte Rühe. Moralische Politik bewähre sich vor allem in der Umsetzung im Alltag. „Ethische Zielorientierung und pragmatische Vernunft müssen zusammenwirken“, betonte der CDU-Politiker. In der christlichen Lehre gelte, daß die

Pflicht zum Frieden oberstes ethisches Gebot sei. „Wie man den Frieden am besten gestaltet — das erfordert situationsabhängig immer neue Antworten“, so der Minister. Die Friedensethik sage nicht, „wie und wo wir uns konkret engagieren sollen“. Frieden schaffen bedeute, für Stabilität zu sorgen. Diese Stabilität sei heute aber nicht mehr durch die Ausgewogenheit militärischer Potentiale zu gewinnen, sondern aus der Geltung der Menschenrechte, aus gesunden demokratischen Strukturen, prosperierender Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit.

Bedenkzeit – Lehren aus der Vergangenheit

Helmut Jermer

Lehren aus der Vergangenheit ...

... zu ziehen, ist die moralische Verpflichtung aus der Schuld, die Deutschland in diesem Jahrhundert, insbesondere im 2. Weltkrieg, auf sich geladen hat. Gerade die Soldaten der Bundeswehr sehen sich in besonderer Weise herausgefordert, einen konstruktiven Beitrag zur deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik zu leisten. Im vergangenen Jahr haben die Deutschen an den 50. Jahrestag des Kriegsendes gedacht, an die Opfer eines Völkermordes, wie ihn die Geschichte bisher nicht gekannt hatte, an die Soldaten, die umsonst gefallen wären, wenn keine oder falsche Lehren aus der Geschichte gezogen würden.

Nie wieder Krieg!

Der Krieg als un-menschliche Verirrung hat sich nicht erst seit Stalingrad und Dresden, seit Hiroshima und Nagasaki als Verbrechen an der Menschlichkeit entlarvt. Solche barbarischen Gewaltausbrüche dürfen sich nicht wiederholen. Unter dem Eindruck millionenfachen Leids und unermesslicher Zerstörung fanden sich im Jahre 1945 in San Francisco 51 Gründerstaaten zusammen und unterzeichneten die "Charta der Vereinten Nationen", nachdem der Genfer Völkerbund (1919 – 1946) am 2. Weltkrieg gescheitert war. Die UNO-Charta ächtet den Krieg und hebt den Grundsatz des Gewaltverzichts hervor. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, auf jede Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten; das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bleibt unbenommen.

Die UNO-Charta ist also ein Dokument der Einsicht in die Notwendigkeit, Angriffskriege zu ver-

hindern: wer heute zum Mittel des Krieges greift, um politische Ziele durchzusetzen, hat nicht nur keine Phantasie, sondern erteilt zudem jeder politischen Vernunft eine Absage. Jüngste Beispiele – auch und wieder in Europa – haben gezeigt, daß Despoten auf dem Balkan und kurzsichtige, auf Machterhalt ausgerichtete Politiker in Rußland offensichtlich von allen guten Geistern verlassen sind. Wie, so fragen sich zivilisierte Staaten, kann den in solche Kriege hineingezogenen Völkern geholfen werden? Denn die betroffenen Menschen wurden nicht gefragt, ob sie mit diesem Ausverkauf der politischen Moral und mit dem verbrecherischen Treiben der dafür Verantwortlichen einverstanden sind.

Nie wieder Diktatur!

Vor diesem Hintergrund wird offenbar, daß überall da, wo das Völkerrecht mißachtet und die Menschenrechte durch die Willkür staatlichen Terrors unterdrückt werden, die furchtbare Saat der Gewalt auf den fruchtbaren Boden der Diktatur fällt und aufgeht. Ideologen maßen sich an, im Besitz einer alleingültigen Wahrheit zu sein und über Menschen zu verfügen: sie setzen sich über die Freiheit des Individuums hinweg und verletzen damit fortwährend seine Würde. Menschen werden auch heute noch von Ideologen belogen. Politische "Rattenfänger" verpfeifen ihre Untertanen mit der Melodie ihrer einlullenden Propaganda. Mit repressiven Methoden entmündigen sie Menschen und degradieren sie zu ihrem politischen "Herdenvieh" – auch heute noch, auch in Europa und in vielen anderen Teilen der Welt.

Hitler und Stalin waren der lebende Beweis dafür, daß sich das Böse auch im 20. Jahrhundert

nicht geniert hat, mittels Agitation und Propaganda Wertbegriffe zu verbiegen und den menschlichen Geist zu vernebeln. In unseren Tagen hat großserbischer Größenwahn das ehemalige Jugoslawien mit einem aberwitzigen Krieg überzogen und den Vielvölkerstaat in einen Strudel der Zerstörung und Vernichtung gerissen. Offensichtlich waren und sind die Akteure nicht in der Lage, aus eigener Kraft zur Vernunft zurückzufinden; ohne eine von der Völkergemeinschaft autorisierte Ordnungsmacht kehrt keine Ruhe und Ordnung in diese Region ein.

Ignoranz oder Toleranz

Auch in Rußland scheint die derzeitige Regierung noch nicht gelernt zu haben, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit buchstabiert werden, denn in einer wirklichen Demokratie sind Angriffskriege und Unterdrückungsfeldzüge nicht mehrheitsfähig. (Es ist Sache der Tschetschenen, in einem demokratischen Verfahren darüber zu befinden, ob sie weiterhin zu Rußland gehören oder selbständig werden wollen.) Und in einem Rechtsstaat halten sich die Regierenden an die völkerrechtlichen Prinzipien der Proportionalität (Verhältnismäßigkeit), der Diskrimination (Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung) und der Suffizienz (Hinlänglichkeit der Kräfte). Statt dessen zeigen die Bilder von Grosny und anderen tschetschenischen Städten, wie brutal und menschenverachtend die Großmacht einen kleinen Staat unterdrückt und an seiner nationalen Emanzipation hindert. Im übrigen wirkt es nicht gerade vertrauensbildend, wenn berechnete, ausländische Kritik mit der gebetsmühlenartig wiederholten, anachroni-

stischen Formel der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten" abgeschmettert wird. Auch vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn frühere Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes Zuflucht bei der NATO suchen. Hat Rußland etwa nicht die Charta der Vereinten Nationen und die von Paris unterschrieben? Und ist es nicht geradezu pervers, daß eine gegen sich selbst kriegführende Macht im Sicherheitsrat der UNO auch noch Sitz und Stimme hat?

Wegen solchen und anderen un-zivilisierten Mitgliedern durchleiden die Vereinten Nationen zur Zeit eine Glaubwürdigkeits- und damit Autoritätskrise. Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsverstöße sind nun einmal keine "inneren" Angelegenheiten! Und weil Europa lange Zeit tatenlos zugesehen hat, wie im eigenen Haus die "Hausordnung" von einigen Gewalttätern willkürlich außer Kraft gesetzt wird, muß es sich die Frage gefallen lassen, was es anderen Teilen der Welt zu bieten hat. Wenn UNO und OSZE nicht entschiedener gegen politische Gewaltverbrecher vorgehen, könnte es noch weitere Trauerspiele wie den Zweiten Golfkrieg oder den Fall Jugoslawien(s) geben: anderen "Politkriminellen" würde signalisiert, daß sich Eroberungskriege wieder lohnen.

Der unruhige Nahe Osten und weite Regionen Nordafrikas werden von fanatischen Nationalisten, die ihre politischen Ziele mit einem gefährlichen religiösen Fundamentalismus zu verbrämen wissen, von einer Krise in den nächsten Konflikt getrieben. Mullahs und Ayatollahs fordern zum "Heiligen Krieg" auf und vermischen Religion und Politik zu einer explosiven Mischung.

Verarbeiten statt Verdrängen

Vor dem Unfaßbaren strauchelt der menschliche Geist; er will nicht wahrhaben, zu welchen Untaten Menschen fähig sind, wenn sie die Geister des politischen Terrors rufen und gewähren lassen. Wer Vergangenheit aufarbeiten will, findet nur durch – sicherlich schmerzhaft – Selbstkritik zur Menschlichkeit zurück. (Eine solche Sicht der Dinge war z.B. den Breschnews

und Titos fremd.) Und diese Trauerarbeit leitet erst den eigentlichen Bußprozeß ein, bei dem es gilt, unvoreingenommen und mit einem konstruktiven Ansatz die richtigen Fragen an die Geschichte zu stellen und die Hintergründe historischer Entwicklungen zu erschließen, weil eine vordergründige oder oberflächliche Betrachtung eines spektakulären Ereignisses von der eigentlichen Ur-Sache ablenken würde.

So angesetzt, ist Ursachenanalyse im Sinne einer Gewissensforschung die zuverlässigste Methode, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die wirkungsvollste Vorbeugung gegen Diktatur und Krieg. "Reue und Vorsatz" schaffen erst die Voraussetzung für eine dem Frieden, der Freiheit und der Würde des Menschen verpflichtete Politik, die wiederum als Heil-Mittel eine menschenfreundliche Zukunft ermöglichen hilft. Diese Erkenntnis müßte jeden im christlichen Glauben verwurzelten Menschen tragen. Eine Umkehr in diesem Sinne wendet das Unmenschliche ins Menschliche, die Verstrickung in Befreiung, das Chaos zur Ordnung, den Krieg zum Frieden, die Angst in Mut zur Zukunft! Im übrigen gilt: Wer die Vergangenheit heute nicht bewältigt, wird morgen von ihr überwältigt (wie die traurigen Beispiele im ehemaligen Jugoslawien und in der Ex-Sowjetunion zeigen).

Regeneration zur Menschlichkeit

Daß Politik auch mit friedlichen Mitteln gestaltet werden kann, zeigen erfreuliche Ereignisse in unseren Tagen: die Annäherung und Aussöhnung Israels mit seinen arabischen Nachbarn schreitet, wenn auch mühselig, voran, das palästinensische Volk findet eine Heimat und kann über sich selbst bestimmen. Eine lange Phase von Krieg und Terror scheint zu Ende zu gehen. Dieser Friedensprozeß könnte übrigens als Beispiel für das "Kurdische Dreiländereck" Türkei-Irak-Iran dienen. Und war nicht Mostar im ehemaligen Jugoslawien eine Insel der Hoffnung, wenn es mit Hilfe der EU-Administration als friedliche Alternative ein föderales Modell für eine multi-ethnische Stadt aufzubauen versucht hat, ein

Pilotprojekt für das, was der Frieden von Dayton nunmehr ermöglicht?

Der Ost-West-Gegensatz ist aufgelöst, erstarrte kommunistische Diktaturen sind untergegangen, Völker suchen und finden sich selbst, weil sie eingesehen haben, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die beste Garantie zum Über-Leben bieten. Deutschlands Nachbarn im Osten wünschen den Schutz der NATO – sie hat sich über 40 Jahre als Garant von Sicherheit und Frieden bewährt – und eine neue Heimat in der Europäischen Union. Und Deutschland hat den "Mehltau der Teilung" abgestreift und steht nunmehr in einer größeren Verantwortung für Europa und – weil Vollmitglied der Vereinten Nationen – für die Welt; es kann seine Einheit verwirklichen, und die Europäische Union gewinnt an Quantität und Qualität.

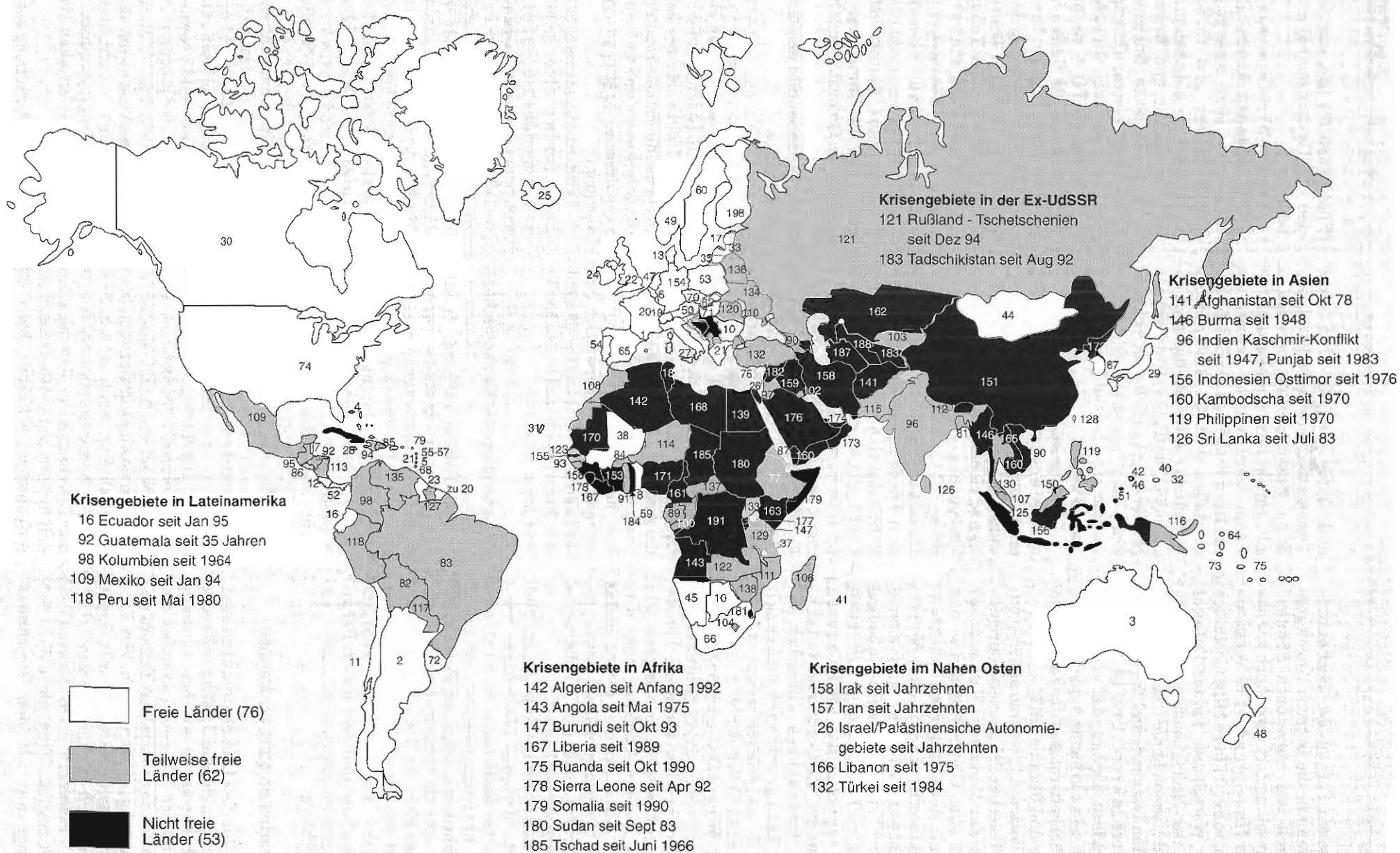
Vom Menschenbild des Grundgesetzes ...

Nicht immer in der Vergangenheit konnte man sich an Deutschland ein Beispiel nehmen. In der Zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts hat die Bundesrepublik allerdings bewiesen, daß sie konstruktive politische Kräfte zu entfalten vermag.

Das Grundgesetz steht als deutliches Zeichen einer geläuterten geistig-moralischen Verfassung. In welchem Geist dieses Grundgesetz verfaßt wurde, ist in der Präambel zu lesen: Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen will das deutsche Volk künftig dem Frieden in der Welt dienen. Dieser Gedanke stimmt in die ersten Artikel ein, in denen unveräußerliche Grundrechte zum Schutz der Menschenwürde garantiert werden, für die dem Staat die Patenschaft übertragen wurde. Dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend, haben die Deutschen eine freiheitlich verfaßte und demokratisch angelegte politische Ordnung angenommen und verinnerlicht und sich in der jüngeren europäischen Geschichte Achtung verschafft. Das Wissen um diese Zusammenhänge verpflichtet jeden verantwortungsbewußten Staatsbürger zur Wachsamkeit, damit die

Fortsetzung auf Seite 56

Freiheit/Unfreiheit/Krisen-/Kriegsgebiete in der Welt 1995



Verteilung von Freiheit und Unfreiheit – Reichtum und Armut auf der Welt

Freie Länder (76; 1994: 76)

1 Andorra	rL	41 Mauritius	mL
2 Argentinien	hL	42 Mikronesien	
3 Australien	rL	43 Monaco	rL
4 Bahamas	rL	44 Mongolei	mL
5 Barbados		45 Namibia	aL
6 Belgien	rL	46 Nauru	
7 Benize	mL	47 Niederlande	rL
8 Benin	sa	48 Neuseeland	hL
9 Botswana	mL	49 Norwegen	rL
10 Bulgarien	hL	50 Österreich	rL
11 Chile	hL	51 Palau	
12 Costa Rica	hL	52 Panama	hL
13 Dänemark	rL	53 Polen	hL
14 Deutschland	rL	54 Portugal	hL
15 Dominica		55 St. Kitts u. Nevis	
16 Ecuador	mL	56 St. Lucia	
17 Estland	hL	57 St. Vincent und	
18 Finnland	rL	Grenadinen	
19 Frankreich	rL	58 San Marino	rL
20 Grenada	hL	59 Sao Tome und	
21 Griechenland	hL	Principe	
22 Großbritannien		60 Schweden	rL
	rL	61 Schweiz	rL
23 Guayana	mL	62 Slowakei	hL
24 Irland	hL	63 Slowenien	hL
25 Island	rL	64 Solomon-Inseln	
26 Israel	rL	65 Spanien	hL
27 Italien	hL	66 Südafrika	mL
28 Jamaika	mL	67 Südkorea	rL
29 Japan	rL	68 Trinidad u.	
30 Kanada	rL	Tobago	
31 Kap Verde		69 Tuvalu	
32 Kiribati		70 Tschechische	
33 Lettland	hL	Republik	hL
34 Liechtenstein	rL	71 Ungarn	hL
35 Litauen	hL	72 Uruguay	hL
36 Luxemburg	rL	73 Vanuatu	
37 Malawi	sa	74 Vereinigte Staa-	
38 Mali		ten	rL
39 Malta	hL	75 West Samoa	
40 Marshall-Inseln			

Teilweise freie Länder (62; 1994: 61)

76 Zypern	hL	107 Malaysia	mL
77 Äthiopien	sa	108 Marokko	gL
78 Albanien	gL	109 Mexiko	hL
79 Antigua und		110 Moldowa	mL
Barbuda		111 Mocambique	sa
80 Armenien	mL	112 Nepal	sa
81 Bangladesh	sa	113 Nicaragua	gL
82 Bolivien		114 Niger	sa
83 Brasilien	mL	115 Pakistan	aL
84 Burkina Fasosa		116 Papua-	
85 Dominikanische		Neuguinea	aL
Republik	gL	117 Paraguay	gL
86 El Salvador	aL	118 Peru	gL
87 Eritrea	sa	119 Philippinen	gL
88 Fidschi		120 Rumänien	mL
89 Gabun	aL	121 Rußland	hL
90 Georgien	gL	122 Sambia	sa
91 Ghana	aL	123 Senegal	sa
92 Guatemala	gL	124 Seychellen	
93 Guinea-		125 Singapur	rL
Bissau	sa	126 Sri Lanka	gL
94 Haiti	sa	127 Surinam	
95 Honduras	aL	128 Taiwan	hL
96 Indien	aL	129 Transania	sa
97 Jordanien	mL	130 Thailand	mL
98 Kolumbien	hL	131 Tonga	
99 Komoren		132 Türkei	mL
100 Kongo	aL	133 Uganda	sa
101 Kroatien	hL	134 Ukraine	hL
102 Kuweit	rL	135 Venezuela	hL
103 Kyrgystan	mL	136 Weißrußland	hL
104 Lesotho	aL	137 Zentralafrikan.	
105 Mazedonien	mL	Rep.	sa
106 Madagaskar	aL	138 Zimbabwe	sa

rL = reiches Land
hL = hoher Lebensstandard
mL = mittlerer Lebensstandard
gL = geringer Lebensstandard
aL = armes Land
sa = sehr armes Land

Nicht freie Länder (53; 1994: 54)

139 Ägypten	gL	165 Laos	aL
140 Äquatorial-		166 Libanon	gL
Guinea	sa	167 Liberia	sa
141 Afghanistan	sa	168 Libyen	hL
142 Algerien	gL	169 Malediven	
143 Angola	sa	170 Mauretanien	sa
144 Aserbaidshan		171 Nigeria	sa
	mL	172 Nordkorea	gL
145 Bahrain	hL	173 Oman	gL
146 Burma	aL	174 Qatar	mL
147 Burundi	sa	175 Ruanda	sa
148 Bhutan	sa	176 Saudi-Arabien	hL
149 Bosnien-Herze-		177 Serbien und	
govina	mL	Montenegro	mL
150 Brunei		178 Sierra Leones	sa
151 China	gL	179 Somalia	sa
152 Djibouti	sa	180 Sudan	sa
153 Elfenbeinküste		181 Swaziland	aL
	aL	182 Syrien	mL
154 Gambia	aL	183 Tadschikistan	gL
155 Guinea	sa	184 Togo	sa
156 Indonesien	gL	185 Tschad	sa
157 Iran	mL	186 Tunesien	mL
158 Irak	mL	187 Turkmenistan	mL
159 Jemen	sa	188 Usbekistan	mL
160 Kambodscha		189 Verein. Arab.	
161 Kamerun	sa	Emirate	mL
162 Kasachstan	mL	190 Vietnam	aL
163 Kenia	aL	191 Zaire	sa
164 Kuba	aL		

Nach Angaben der New Yorker Menschenrechtsorganisation "Freedom House" wurden **1995 von 191 Ländern der Erde 117 (1994: 114) demokratisch regiert.** "Freedom House" beobachtet sowohl die politischen Rechte als auch die bürgerlichen Freiheiten und ordnet jedes Land nach einem differenzierten Punktsystem ein.

61 % aller Staaten – ein Drittel davon mit Einschränkung – gelten danach als frei.

Bedrohung von Freiheit und Demokratie durch:

- rot-braune Allianzen aus ehemaligen Kommunisten und Ultrationalisten, vor allem in Rußland u.a. osteuropäischen Staaten,
- marktwirtschaftlichen Autokraten in Asien und
- radikale Muslime in Nahost und Afrika.

Absteiger aus dem Lager der freien Länder in die nur teilweise freien ist Bolivien, wegen einer sechsmonatigen Notstandsregierung. Drei in Bericht über 1994 noch nicht freie Länder – Äthiopien, Eritrea und Transania – stiegen in die Kategorie der teilweise freien Staaten auf. Kambodscha – wegen der Gewalttaten von Sympathisanten der Roten Khmer – und der Libanon – wegen der undemokratischen Machtbefugnisse des Präsidenten werden heute den nichtfreien Ländern zugerechnet.

Auffällig ist wiederum, daß Unfreiheit und Armut sich besonders auf dem afrikanischen Kontinent konzentrieren. "Der Weltfriede kann auf Dauer nur auf soziale Gerechtigkeit aufgebaut werden." (Präambel der 1991 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)).

Nationalitätenkonflikte, Stammeskämpfe, ideologische und religiöse Auseinandersetzungen, Machthunger, Soziale Probleme, Kampf um Ressourcen uam. sind die Ursachen dafür, daß in **29 Krisengebieten** 1995 gekämpft wurde. Gebiete wie Mali, Niger, Nordirland und Jemen konnten im Vergleich zu 1994 aus der Liste gestrichen werden. (PS)

Fortsetzung von Seite 53

Menschlichkeit unter dem Schutz der Verfassung gedeihen kann. Menschen- und Völkerrecht zu achten, ist ein aus der "Goldenen Regel" abgeleiteter sittlicher Imperativ, den es inner- und überstaatlich umzusetzen und als Weltethos zu fördern gilt. In diesem Sinne ist das Grundgesetz eine Sammlung von Lehren aus der Vergangenheit und wirkt als Mahnung und Verpflichtung für die Zukunft.

Das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland soll sich an den Werten und Normen des Grundgesetzes orientieren. Die Würde des Menschen und seine individuellen und unveräußerlichen Rechte, aber auch solidarische, gemeinschaftsbildende und -fördernde Pflichten prägen das Menschenbild des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht stellt – seinerzeit noch in der Lage, unmißverständlich zu formulieren hierzu fest: „Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das eines selbstherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit.“ (12, 45, 51I)

Die Bundesrepublik ist als Staat zwar weltanschaulich neutral aber eben nicht wertfrei! Der Mensch kann sich frei entfalten, seine Meinung in Wort und Schrift unzensuriert äußern und sich religiös betätigen – *chaqu'un à son goût!* Dieser Pluralismus fordert die Tugend der Toleranz heraus, die auf dem Prinzip des gegenseitigen Respekts beruht: wenn Du für Dich Rechte beanspruchst, mußt Du sie auch anderen zubilligen!

... zum Selbstverständnis des Soldaten

Die Wehrverfassung der Bundesrepublik Deutschland ist vom Grundgesetz abgeleitet. Der Primat der Politik gilt für alle Entscheidungen, welche die Bundeswehr betreffen. Vor allem dürfen Streitkräfte nur zum Zwecke der Verteidigung von Recht und Freiheit eingesetzt und niemals zum Angriff mißbraucht werden; bereits die

Vorbereitung eines Angriffskrieges ist unter Strafe gestellt. In diesem Zusammenhang sei auf die Übereinstimmung unserer Verfassung mit der UNO-Charta verwiesen.

Unter diesem völker- und verfassungsrechtlichen Überbau steht auch der Bundeswehrsoldat, der sich einerseits als freier Staatsbürger, andererseits als verantwortungsbewußter "Schutzmann" von Recht und Freiheit versteht. Er hat die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere Bürger; seine Rechte dürfen nur eingeschränkt werden, wenn dies im Sinne des Gemeinwohles (Verteidigung) notwendig wird. Damit die Werte und Normen des Grundgesetzes auch in der Bundeswehr gelten, ist Einvernehmen zwischen Armee und Demokratie herzustellen: hierarchisch strukturierte Streitkräfte müssen in den demokratisch konstituierten Staat eingeordnet werden.

Staatsbürger in Uniform

In der Konzeption der "Inneren Führung" liegt der Schlüssel zum Selbstverständnis des Soldaten; sie strebt nach Harmonie zwischen bürgerlicher Freiheit einerseits und soldatischer Ordnung andererseits. Bei der Verwirklichung dieser "Unternehmenskultur" stehen natürlich der politische Auftrag und die daraus erwachsenden militärischen Aufgaben, insbesondere die auftragsbedingte Bindung des Soldaten an Befehl und Gehorsam, im Vordergrund. Als Ethik für die Bundeswehr fördert die Innere Führung die Einbindung der Armee in die Demokratie. Sie nimmt im "Staatsbürger in Uniform" Gestalt an, prägt ihn in geistig-moralischer Hinsicht und fordert die Vorgesetzten in besonderem Maße heraus, liegt es doch gerade an ihnen, ihre Soldaten für Recht und Freiheit in Pflicht zu nehmen, ihnen die ethischen Aspekte einer sittlichen Orientierung an den Werten des Grundgesetzes zu vermitteln, sie historisch-politisch zu bilden, damit sie wissen, warum sie dienen und wofür sie stehen. Sie bringen ihnen militärische Fähigkeiten und Fertigkeiten bei und machen ihnen deutlich, was gewissenhaftes, treues Dienen bedeutet. Der Zweck allen soldatischen Dienens ist auf den Frieden ausgerichtet: Frieden sichern –

Frieden fördern oder anders: Menschenwürde schützen – Völkerrecht durchsetzen – Wohlfahrt verwirklichen!

Eine Ethik des Gehorchens

Auch für die innere Ordnung der Bundeswehr wurden Lehren aus der Vergangenheit berücksichtigt und rechtlich verankert. So sind alle Soldaten durch Eid oder Gelöbnis an das Grundgesetz gebunden (und nicht auf eine Person eingeschworen). Und deshalb kultivieren sie einen Gehorsam, der auf verfassungsgemäßen Werten gründet. Weil die ethisch fundierten Staatsziele der Bundesrepublik demokratisch legitimiert sind und die Institution Bundeswehr parlamentarisch kontrolliert wird, sind sowohl der Wehrdienst des Soldaten als auch der Auftrag für die Streitkräfte gerechtfertigt.

Dieses Verständnis dringt bis zum verantwortlichen Handeln des einzelnen Soldaten durch; er braucht Befehle demnach nur auszuführen, wenn diese dienstlich begründet sind und wenn er in Ausführung eines Befehls seine Würde bewahren kann bzw. die Würde anderer nicht verletzt. Er darf keinen Befehl befolgen, hinter dem eine verbrecherische Absicht steht oder der zu einem Vergehen auffordern würde. Schließlich und endlich ist das Gewissen des Einzelnen letzte moralische Instanz. Gerade für von christlichen Imperativen geprägte Soldaten gilt, daß sie mit ihren gewissenhaften Entscheidungen vor Gott bestehen können. In diesem Zusammenhang wird auf eine bemerkenswerte und inhaltsträchtige Formulierung in der ZDv 66/1 (Militärseelsorge) verwiesen: Die Militärseelsorge bietet Hilfe an zur ethischen Orientierung; sie fördert die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.

Tradition als Verpflichtung

Das Bewußtsein von Menschen gründet auf einer Fülle von Erfahrungen und Erlerntem. Der politisch denkende und handelnde Mensch kann sich in der Gegenwart bewähren, weil er Geschichte reflektiert und aus ihr gelernt hat. Ohne dieses Selbst-Bewußtsein

könnte er nichts gestalten und bewegen. Das Selbstverständnis des Soldaten als Bürger in Uniform, das Rollenverständnis der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft ließe sich nicht ohne den Bezug auf historisch-politische Ereignisse und Entwicklungen beschreiben.

So hilft die deutsche Militärgeschichte, Erkenntnisse zu gewinnen, die für die gegenwärtige Standortbestimmung und für eine künftige Richtungsweisung hilfreich sein können. Dabei geht es sowohl um den einzelnen Soldaten, der sich beispielsweise im Einsatz für seine Kameraden bewährt hat und dessen Verhalten in einer konkreten Situation vorbildlich war ("mikrokosmisch"), als auch um die Armee als Ganzes im Hinblick auf die politischen Ziele, für die sie instrumentalisiert wurde ("makrokosmisch").

Werte und Tugenden

Zu Problemen und Mißverständnissen ist es oft dadurch gekommen, daß Tugenden mit Werten verwechselt worden sind. So wurde z.B. die Tugend der Pflichterfüllung fatalerweise – man denke an KZ-Wächter und -Schlächter – zu einem Grundwert überhöht. Allerdings ist es ein heikles Unterfangen, als Außenstehender oder Nachgeborener über Menschen zu urteilen, die oft ohne eigenes Zutun in eine schier ausweglose Lage geraten sind. Für die Bundeswehr ist es gut, soldatische Tugenden wie Tapferkeit, Gehorsam und Fairneß herauszustellen und zu tradieren.

Allerdings erfahren diese Tugenden ihren Sinn erst dadurch, daß sie sich in der Haltung eines Menschen äußern, der sich für ein höheres, edleres Ziel einsetzt, wie zum Beispiel für die Durchsetzung des Völkerrechts oder für den Schutz der Menschenwürde, weil er damit die diese Ziele begründenden Werte verwirklichen hilft.

Bewährtes und Vorbildliches

Ein anderer, ebenfalls historischer Ansatz geht der Frage nach, was mutige und vorausschauende Reformer wie die Generale Scharnhorst und Gneisenau zusammen mit dem Minister Frei-

herr vom Stein und dem Staatskanzler von Hardenberg militärisch und politisch bewirkt haben. Die Gruppe der Preussischen Reformer hat nicht nur seinerzeit das politische Bewußtsein verändert; sie haben das soziale Klima in Deutschland insgesamt verbessert, nicht nur die Lage der Soldaten. Mit ihren Ideen haben sie neben Organisations- auch Denkstrukturen beeinflusst, die weiterentwickelt wurden: ein Söldner oder auch Landsknecht früherer Zeiten unterscheidet sich wohl deutlich von einem Bürger, der als guter Demokrat „geborener Verteidiger“ seines Landes sein will. Auch in der Bundeswehr hat es solche Denker gegeben. Die Generale Graf Baudissin, Graf Kielmannsegg und de Maiziere haben mit der „Konzeption Innere Führung“ der Bundeswehr ein unverwechselbares Profil gegeben. Nicht umsonst wurden sie mit dem „Freiherr-vom-Stein-Preis“ ausgezeichnet, macht doch gerade die Innere Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform – gleichsam als eine Art „Firmenphilosophie“ – die Bundeswehr zu einer Armee in der Demokratie.

Charaktervolle Persönlichkeiten, die zunächst aus patriotischer Überzeugung in der Wehrmacht des Dritten Reiches gedient hatten, mußten mit der Zeit erkennen, daß die Hitlertyrannie deutsche Soldaten für verbrecherische Ziele mißbrauchte und immer mehr in die nationalsozialistische Perversion hineinzog. Sie wurden zu Widerstandskämpfern aus Gewissensgründen, nachdem sie lange mit sich gerungen hatten; sie fühlten sich schließlich verpflichtet, den zum Verbrecher gewordenen Führer und Oberbefehlshaber, auf den sie vereidigt waren, zu beseitigen, weil er zum Verführer des ganzen deutschen Volkes geworden war, das Lemmingen gleich, im Abgrund von Rassenhaß und Genozid in einem Meer von Blut und Tränen zu ertrinken drohte. Politisch motivierte Attentate auf den „Führer“ schlugen zwar fehl, machten aber vor aller Welt deutlich, daß es noch anständige Deutsche gab (Henning von Tresckow); sie ließen zumindest aufhorchen und das bessere Deutschland durchscheinen.

Traditionspflege in der Bundeswehr

Die schuldhaft Verstrickung der Wehrmachtsführung und schließlich die Mißbrauch der Wehrmacht für die verbrecherischen Ziele des Nationalsozialismus verbieten eine unkritische und pauschale Übernahme von Traditionen der Wehrmacht oder früherer deutscher Armeen. Jedenfalls hat die Bundeswehr gut getan, sich endlich von zwei Namensgebern für Kasernen zu trennen, die als Vasallen Hitlers alles andere als beispielhaft für die Soldaten sein konnten. Die Bundeswehr ist gut beraten, in der Auswahl ihrer Traditionen peinlich darauf zu achten, daß sie nur solche Leitbilder übernimmt, die sich in dem Koordinatensystem aus den Werten des Grundgesetzes einerseits und den Normen, die daraus entwickelt wurden, andererseits, vermessen lassen. Letztlich darf um der Glaubwürdigkeit willen nur tradiert werden, was vor dem Menschenbild des Grundgesetzes bestehen kann – alles andere wäre verlogen. Das deutlich zu machen, sind wir Männern wie von Stauffenberg und von Tresckow genauso schuldig wie jenen, die im guten Glauben für ihr Vaterland gekämpft haben und gefallen sind.

Traditionen verlieren dann ihren Sinn, wenn sie nicht mehr verstanden werden, wenn die Zeit über sie hinweg geht. Der bloße Glaube an die normative Kraft der Geschichte höhlt manche Tradition aus und läßt sie zum geistig entleerten Traditionalismus verkommen, der mancher geschichtlichen Vogelscheuche auch noch den Gesslerhut aufsetzt oder, um es mit einem anderen Bild auszudrücken: nicht alles, was im Strom der Geschichte schwimmt, ist es wert, abgefischt zu werden.

Lehren aus der Vergangenheit

Im Bewußtsein der historischen Schuld, die Deutschland in zwei Weltkriegen auf sich geladen hat, will das deutsche Volk künftig dem Frieden in der Welt dienen. So steht es nicht nur in der Präambel des Grundgesetzes; die Bundesrepublik meint es damit seit über vier Jahrzehnten ernst und wünscht nicht nur im eigenen Interesse Sicherheit

in Europa im Einklang mit der Charta von Paris und eine Weltordnung auf der Grundlage der UNO-Charta. Deutschland hat von Anfang an auf die Herstellung und den Besitz sogenannter Massenvernichtungswaffen verzichtet und sich verpflichtet, gemäß dem in seiner Verfassung verankerten Verbot, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen (vgl. Art 26 GG).

Das Sicherheitsinstrument zum Schutz der politischen Ordnung gegen Gefahren von außen ist die demokratisch legitimierte Bundeswehr, die als Exekutivorgan dem Primat der Politik und der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Als Armee in der Demokratie ist sie von der Bevölkerung akzeptiert und in das gesellschaftliche Leben integriert. In diesem Sinne demonstriert die Bundeswehr den Selbstbehauptungswillen der Bundesrepublik und schafft damit die Voraussetzung zur Selbstbestimmung – Deutschland kann seine Zukunft in Freiheit gestalten.

Frieden sichern – Frieden fördern

Den vornehmen Aufgaben Friedenssicherung und -förderung haben sich Bundeswehrsoldaten als verantwortungsbewußte „Staatsbürger in Uniform“ verpflichtet; sie verteidigen nicht nur Recht und Freiheit des deutschen Volkes. Als „Weltbürger in Uniform“ stehen sie nunmehr bereit, im Auftrag der Vereinten Nationen an Friedensmissionen mitzuwirken oder aber als „Nothelfer in Uniform“ humanitäre Hilfe zu leisten. Für diese anspruchsvollen neuen Aufgaben bringen sie gute Voraussetzungen mit: sie sind ohne Feindbilder, ohne Erziehung zum Haß auf andere Völker und ohne ideologische Verblendung aufgewachsen und können daher unvoreingenommen und vorurteilsfrei die Herausforderungen annehmen.

Deutschlands geopolitische und -strategische Lage ist in den letzten Jahren komfortabel geworden. Das Land ist wieder vereint, das Volk ist frei, die Wirtschaft im zurrückgehaltenen Teil keimt auf. Die vier Jahrzehnte währende, politisch lähmende Bedrohung für Deutschland, im Falle eines Krieges zwischen Ost und West zum Schlachtfeld zu werden, ist ver-

schwunden. Die Bundesrepublik liegt nicht mehr in der unmittelbaren Reichweite einer aggressiven Macht, sondern im Zentrum eines Europa auf dem Weg zur politischen Union, umgeben von elf Nachbarn, teils friedlich, teils freundlich. – Nachdem Deutschland lange Jahre von der Sicherheitsgarantie der NATO profitiert hat, ist es nunmehr ein normales Land mit allen Rechten aber auch Pflichten eines Mitglieds der UNO und der OSZE.

Diese Veränderungen sind von historischer Bedeutung; sie wirken sich auf das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik aus und stellen sie in eine größere weltpolitische Verantwortung. Und davon ist auch die Bundeswehr als Instrument der Sicherheitspolitik betroffen.

Schützen – Helfen – Retten

Neben den klassischen Aufgaben, die Heimat zu schützen und Deutschland und seine Verbündeten zu verteidigen, geht es künftig verstärkt darum, Europa im Hinblick auf Frieden und Sicherheit zu stabilisieren. Die Politik von Adenauers Westintegration ist inzwischen zur Geschichte geronnen und kann als Modell für die östlichen Nachbarn dienen. Sie haben sich, zusammen mit Ostdeutschland, auf ihr von der UNO und KSZE garantiertes Recht auf Selbstbestimmung besonnen, gegen die sozialistische Bevormundung und Verdummung aufbegehrt und sich aus dem Ostblockgefängnis befreien können – felix Europa! Deutschland sieht sich doppelt herausgefordert: zum einen – nach Osten hin – durch den Willen zur Kooperation mit den ehemaligen Warschauer-Vertragsstaaten, zum andern – in westlicher Richtung – durch die integrativen Bemühungen auf der Grundlage des Maastricht-Vertrages und der gegenseitigen Einbindung in multinationale Streitkräftestrukturen: Kommunikation-Kooperation-Integration – das ist die richtige Fruchtfolge.

Für die Bundeswehr gibt es noch weitere Aufgaben, die auch einen neuen Denkansatz beim einzelnen Soldaten nahelegen: er muß sich künftig darauf einstellen, an weltweiten Friedensmissionen teilzunehmen und humanitäre Hilfe

zu leisten. Die ethischen, politischen und rechtlichen Grundlagen, an denen sich Bundeswehrsoldaten orientieren, lassen es nicht zu, bei Menschenrechtsverletzungen wegzusehen. Vielmehr haben sie für das Völkerrecht Partei zu ergreifen und die durch Krieg und Terror drangsalierte Bevölkerung zu schützen. Politische Vorgaben eines möglichen Einsatzes, die sich in sogenannten „Rules of Engagement“ niederschlagen, dürfen nicht dazu führen, daß Soldaten sich entmündigt und damit entwürdigt fühlen und die Überzeugung vom moralischen Wert ihres Auftrages verlieren. Diese Bedingungen stellen die Soldaten allerdings an ihre Auftraggeber: die politisch Verantwortlichen stehen in der Pflicht, die Einsätze, mit denen sie die Bundeswehr beauftragen, politisch und ethisch zu begründen. Die Soldaten haben Anspruch darauf, zu wissen, für wen und für was, vor allem aber für welches höhere Ziel sie ihr Leben riskieren. Nur dann können Soldaten unter dem Primat der Politik ohne moralische Bedenken dienen.

Für die Sicherheit und Freiheit der Völker

Entsprechend der „Goldenen Regel“ (Mt 7,12) „Alles, was ihr wollt, das Euch die Menschen tun, das tut auch ihr ihnen!“ wird klar, in welcher sittlich bedingter Mitverantwortung Deutschland als Wirtschaftsmacht mit hohem Lebensstandard steht: Frieden und Freiheit, Menschenwürde und Völkerrecht darf die Bundesrepublik nicht nur für sich alleine beanspruchen, sondern sie muß diese Erzungenschaften im wörtlichen Sinne mit anderen teilen. Denn die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen garantiert nicht nur Rechte, sie verpflichtet auch – auch die Soldaten! Wie richtungsweisend und zukunftssträchtig ist doch die folgende Formulierung, die das II. Vatikanum bereits vor über 30 Jahren gefunden hat: „Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker (man achte auf den Plural, der Verf.). Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (Gaudium et Spes, Nr. 79)

4000 Soldaten der Bw im ehemaligen Jugoslawien

Deutsches Kontingent	
Zadar	Heeresflieger
Benkovac	Pionierverband
Sibenik, Solaris	Einsatzunterstützungs- verband
Primosten	Transportverband



Grafik: Heinz Hecht

Die Internationale Friedenstruppe für Bosnien (IFOR)

1. NATO-Staaten

Belgien	1.000	Kanada	1.000
Dänemark	1.000	Luxemburg	300
Deutschland	4.000	Niederlande	2.000
Frankreich	10.000	Norwegen	750
Griechenland ¹⁾		Portugal	900
Großbritannien	14.000	Spanien	1.250
Italien	2.100	Türkei	1.000
USA	20.000		

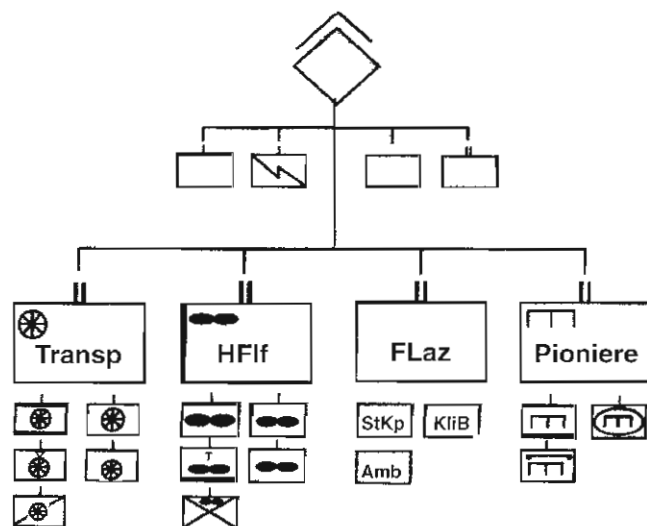
2. Nicht-NATO-Staaten

Bangladesch	1.200	Rußland	1.500–2.000
Finnland	850	Schweden	1.000
Malaysia ¹⁾		Slowakei ¹⁾	
Österreich	300	Tschechien	800
Pakistan	1.000	Ungarn	500
Polen	800		

1) Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor, Neuseeland unter Kommando Schnelle Eingreiftruppe

5 weitere Staaten erklärten die Bereitschaft zur Beteiligung

Gliederung HEERESKONTINGENT COMGECONIFOR (L)



Das Dayton-Friedensabkommen

Das Friedensabkommen umfaßt ein 150 Seiten langes Hauptdokument, 11 Anlagen und 102 Karten. Die wichtigsten Bestimmungen sind:

1. Politische Vereinbarungen

Bosnien bleibt als einheitlicher Staat in seinen jetzigen Grenzen erhalten und wird von der internationalen Gemeinschaft anerkannt.

- Der bosnische Staat besteht aus zwei Teilen, der „Muslimisch-Kroatischen Föderation“ und der „Serbischen Republik“ in Bosnien.
- Sarajevo bleibt die vereinte Hauptstadt Bosniens. Einige Stadtbezirke sollen von den Serben autonom verwaltet werden.
- Es werden eine Zentralregierung, ein einheitliches Parlament und eine Präsidentschaft geschaffen. Als weitere zentrale Institutionen sind ein Verfassungsgericht, eine Zentralbank und eine gemeinsame Währung vorgesehen.
- Die Präsidentschaft und das Parlament werden im kommenden Jahr in freien und demokratischen Wahlen unter internationaler Aufsicht gewählt.
- Ein Korridor verbindet die ostbosnische Stadt Gorazde mit Sarajevo. Nach bosnischen Angaben soll der Korridor acht bis 15 Kilometer breit sein.
- Der Brcko-Korridor, der die serbisch kontrollierten Gebiete im Osten und Westen verbindet, wird fünf Kilometer breit sein. Über den künftigen Status von Brcko entscheidet eine internationale Schlichtungskommission.
- Die Flüchtlinge erhalten das Recht, in ihre Heimat zurückzukehren. Alle Bürger dürfen sich frei auf bosnischem Territorium bewegen.

- Menschen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind, werden von politischen Ämtern ausgeschlossen.
- Die UN-Sanktionen gegen Serbien und Bosnien werden schrittweise aufgehoben. Dies betrifft sowohl die Wirtschaftssanktionen gegen Belgrad als auch das Waffenembargo gegen Bosnien.

Militärische Vereinbarungen

- Eine internationale Friedenstruppe (IFOR) unter NATO-Kommando und unter Führung eines amerikanischen Generals wird in Bosnien stationiert und ersetzt die UN-Schutztruppen (UNPROFOR). Die IFOR überwacht die Einhaltung des Waffenstillstands und die Truppenentflechtung.
- Die Konfliktparteien ziehen sich innerhalb von 30 Tagen hinter die im Waffenstillstandsabkommen vereinbarten Fronten zurück. Zwischen den Waffenstillstandslinien wird eine rund zwei Kilometer breite entmilitarisierte Zone eingerichtet.
- Die Konfliktparteien ziehen innerhalb von vier Monaten ihre schweren Waffen ab und stationieren ihre Soldaten wieder in den Kasernen.
- In einem Zeitraum von 90 Tagen dürfen die Kriegsparteien keine Waffen einführen. Ein Einfuhrverbot für schwere Waffen gilt für einen Zeitraum von 180 Tagen.
- Innerhalb von sechs Monaten soll es nur noch eine begrenzte Zahl von Panzern, Kampfflugzeugen, Kampfhubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen in der „Bundesrepublik Jugoslawien“, Kroatien und Bosnien geben.

Sarajevos Kardinal: Flüchtlinge nicht übereilt zurückschicken

Sarajevo, 5.01.96 (KNA) Der Erzbischof von Sarajevo, Kardinal Vinko Puljic, hat an Deutschland appelliert, bosnische Kriegsflüchtlinge nicht übereilt in ihre Heimat zurückzuschicken. Zwar sei wichtig, daß alle Menschen in ihre Heimat zurückkehrten, doch müßten zuvor die Möglichkeiten dafür geschaffen werden, sagte Puljic am Freitag in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Sarajevo. „Die Menschen brauchen Sicherheit, Platz zum Leben, die Menschenrechte müssen gewährleistet sein, und sie brauchen die Perspektive, sich von ihrer Hände Arbeit ernähren zu können“, so der Kardinal wörtlich. Deshalb bitte er die Regierenden in Deutschland, „daß

sie die Menschen nicht heimschicken, bevor die genannten Grundbedingungen geschaffen sind“. Die Bundesregierung könne dazu Druck auf verschiedenen Ebenen und auf alle beteiligten Regierungen ausüben.

Warnung vor Islamisierung

„Sehr erstaunt“ zeigte sich der Erzbischof über die jüngste Kritik des bosnischen Staatspräsidenten Alija Izetbegovic an Fernsehberichten über Neujahrsfeiern in Sarajevo. Izetbegovic hatte betont, man werde dafür sorgen, daß „zweifelhafte Werte, die uns im Namen der Kultur und der Freiheit aufgezungen werden sollen“, nicht überhand nähmen. Der Weih-

nachtsmann und andere Symbole seien dem bosnischen Volk fremd, so der Präsident. Puljic betonte, Izetbegovic's Äußerungen seien ein Indiz dafür, „daß die islamische Kultur allein in diesem Staat Platz haben soll“. Daß dies vom Präsidenten geäußert werde, sei ein „ernst und schwerwiegender Vorfall“. Offenkundig vertrete Izetbegovic primär seine eigene islamische Kultur und wolle diese auf ganz Bosnien übertragen. Der Kardinal hob weiter hervor, wenn die multikulturelle Gesellschaft in Sarajevo nicht funktionierte, werde sie auch in größerem Maßstab nicht gelingen. „Ein Scheitern dieses Miteinanders würde zu einer politischen und gesellschaftlichen Radikalisierung führen, die Auswirkungen über unsere Region hinaus hat“, so der Erzbischof.

FRIEDENSETHIK

Gewaltlosigkeit – eine Illusion?

Rolf M. Urrisk

Nein. Gewaltlosigkeit ist eine **Selbstverständlichkeit** im Umgang unter zivilisierten Menschen, ein Gebot der Stunde in unserer vor Gewalt strotzenden Zeit.

Zunächst einmal aber, was bedeutet für mich Gewalt? Gewalt, so meine ich, wird immer dann angewandt, wenn dadurch jemand anderer **ungerechtfertigt** daran gehindert wird, das zu tun, was er zu tun beabsichtigt. Oder umgekehrt gesagt: Gewalt wird angewandt, wenn jemand versucht seinen eigenen Willen **ohne Legitimation** gegen den Willen eines anderen durchzusetzen. Gewalt darf dabei nicht, wie uns so mancher einäugiger Friedensapostel einzureden versucht, vereinfacht mit dem Einsatz von Waffen gleichgesetzt werden. Gewalt kann auch physisch und psychisch (auch Worte können bekanntlich töten) zum Tragen kommen. Nicht der Waffenträger an sich ist schon Gewalttäter, sonst wären an die 20 Prozent aller Österreicher potentiell gewalttätig (geht man von der Anzahl der Handfeuerwaffen aus, die in unserem Land registriert sind). Gewalttätig kann nur die Absicht sein, die hinter dem Waffeneinsatz steht.

Die Frage der Gewaltlosigkeit und – direkt mit ihr in Zusammenhang stehend – der Anwendung von Gewalt stellt sich mehrdimensional dar:

Zunächst geht es darum, daß jeder für sich in der direkten Konfrontation grundsätzlich auf Gewaltanwendung verzichtet, um sich gegen jemanden durchzusetzen. Jeder ist damit aufgefordert zur Gewaltlosigkeit im Alltag.

Doch, „es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“. Wir kennen alle diesen Spruch. Die zweite Dimension bezieht sich daher darauf, daß man als Individuum einer Person gegenüber steht, die nicht von so heerem Gedankengang

beseelt, die schlichtweg bereit und willens ist, dem eigenen Egoismus zum Durchbruch zu verhelfen. Das fängt bei kleinen Dingen an. Welcher Autofahrer hat diese Situation nicht schon erlebt: Nach langem Umkreisen eines Gebäudekomplexes finden Sie endlich einen Parkplatz. Während Sie versuchen brav, wie Sie es gelernt haben, nach rückwärts einzuparken, ohne dabei den fließenden Verkehr zu behindern, nützt ein anderer Autofahrer rücksichtslos die Situation und zwingt sich hinter Ihnen in „Ihren“ Parkplatz. Was werden Sie tun? Aussteigen, dem anderen für seine Freundlichkeit danken, ihn anbrüllen oder gar (da Sie sich ja im Recht fühlen) tätlich angreifen (es soll schon Autofahrer gegeben haben, die in solch einer Situation zur Waffe gegriffen haben)?

In dieser Situation gilt es doch abzuwägen, festzustellen, was Ihnen diese Angelegenheit **wert** ist. Nun, in der geschilderten Situation werden Sie die Ruhe bewahren, sich innerlich zwar ärgern, aber als Vernünftiger **nachgeben, Gewaltlosigkeit vorleben** und nach einem neuen Platz Ausschau halten.

Was aber, wenn die Frage nach dem **Wert** anders zu beantworten ist? Muß ich mir **alles** gefallen lassen? Muß ich zulassen, daß mir ein Taschendieb die Geldbörse aus der Hosentasche zieht? Ja, ist Gewaltlosigkeit **um jeden Preis** wünschenswert, je zielführend? Hier gilt es **abzuwägen**. Was bewirkt meine Gewaltlosigkeit? Daß etwa der Dieb reumütig die Geldbörse zurückgibt – oder wird es ihn nicht vielleicht in der Zukunft nach dem Erfolg noch dreister machen? Mir tun vielleicht die paar hundert Schilling nicht weh, was aber, wenn das nächste Opfer ein Rentner ist, der in seiner Geldbörse die ganze Rente hat, von der er ein Monat leben muß? Mache ich mich durch meine Gewaltlosigkeit nicht viel-

mehr **mitschuldig**? Für mich lautet die Antwort schlichtweg: ja! Ich werde daher den Dieb zunächst irgendwo am Ärmel schnappen (und damit – gerechtfertigt – Gewalt anwenden) und versuchen ihm sein Unrecht klarzumachen, in der Hoffnung, daß er mir die Geldbörse zurückgibt. Oder aber, da er sich losreißen will, ihn fester halten um ihn der dazu legitimierten Staatsgewalt zu übergeben. Ich wende dabei zwar selbst Gewalt an, auch der Staat tut dies durch den Polizisten, der den Dieb festnimmt und den Richter, der ihn verurteilt. Aber ich (und mit mir die staatlichen Organe) tun dies um neuerliche und unter Umständen größere **Gewalt** (etwa neuerliche Beutezüge) zu **verhindern**.

Halten wir also fest: Die weitere Gewaltlosigkeit oder Gewaltanwendung ist abhängig von der Frage der Werte, um die es dabei geht und die möglichen Folgen, etwa die Eskalation von Gewalt auf der einen Seite in Folge der Gewaltlosigkeit auf der anderen.

Bislang ging es um das Verhalten zwischen zwei Menschen. Eine neue Dimension erhält die Diskussion, wenn es um mehrere Betroffene geht. Ich, der friedliebende, werde Zeuge, wie ein Dieb einer alten Frau die Handtasche stiehlt, ein Erwachsener ein Kind verprügelt. Jugendliche einen völlig harmlosen Ausländer bedrängen. Was dann? Gewaltlos wegschauen? Oder kommt hier nicht meine **Pflicht zur Nothilfe** zum Tragen? Nein, Gewaltlosigkeit muß auch hier zunächst das Ziel sein, auch wenn es noch so wie eine Illusion aussieht. Natürlich werde ich auch hier zunächst versuchen den oder die Täter durch Worte von dem Vorhaben abzubringen. Gelingt dies nicht, dann wird Gewaltanwendung zur ethischen und juristischen **Pflicht**. Aber Achtung! Da kommt ein neuer Aspekt hinzu: Die rechte **Wahl der Mittel**. Wohlgemerkt, es geht nicht darum wie der wilde Rächer drauflos zu schlagen oder die Schuldigen, wenn ich im Besitz einer Waffe bin, gleich niederzuschießen. Auch für den Polizisten heißt es zunächst:

Anruf (Gespräch), Androhung der Waffengewalt. Warnschuß, erst danach ist der gezielte Schuß erlaubt, aber auch nur soweit, als er erforderlich ist, um die Straftat zu verhindern. Dem Täter bleiben also genug Möglichkeiten, von seiner Tat abzugehen. Der Erfolg aller Versuche, die Angelegenheit ohne Gewalt zu beenden, hängt aber von der glaubhaften Fähigkeit ab, Gewalt auch wirklich zum Einsatz zu bringen zu wollen und zu können. Die bloße Drohung alleine wird kaum einen Gewalttäter abhalten. Dem Polizisten daher die erforderliche Bewaffnung zu verwehren oder den raschen Gebrauch zu erschweren (eine derartige Regelung hatten wir in Österreich vor nicht allzu langer Zeit) ist daher ein Verbrechen an sich, am Polizisten (der zur Verhinderung der Tat und zur Hilfe verpflichtet ist) und am Opfer (das mit Recht vom Polizisten Hilfe und Schutz erwartet). Das gilt übrigens in gleicher Weise für das Bundesheer und dessen Soldaten.

Vor elf Jahren hat die FURCHE zu einer Diskussion in den Hörsaal I des Neuen Universitätsgebäudes eingeladen. Viele kamen. Aber Bombendrohung, Stinkbomben im Lehrsaal und Sitzstreiks vor dem Eingang machten es den Diskutanten unmöglich zum Podium vorzugehen. Gewaltloser Widerstand? Nein, psychischer Terror. Die Polizei mußte einschreiten und mehrere Personen festnehmen. Gewaltanwendung? Nein, **gerechtfertigte Notwehr** der Gesellschaft zum Schutz der freien Meinungsäußerung. Es kommt also auch hier auf die Werte, um die es in der Auseinandersetzung geht, an. Diese bestimmen den Grad der Gewaltlosigkeit bzw. der Gewaltanwendung.

Wahl der Mittel und Fähigkeiten zur Gewaltanwendung zur Verhinderung von größerer Gewalt sind daher zwei weitere Kriterien bei der Behandlung des Themas.

Das, was für die Auseinandersetzung im Mikrokosmos gilt, gilt in gleicher Weise auch im Makrokosmos, im Umgang von Staaten untereinander. An die Stelle der Verantwortung des Einzelnen für sich und seine Nächsten tritt die Verantwortung des Staates für sein Gemeinwohl. Auch der Staat

wird, so er sich dem Naturrecht, der Demokratie und der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet weiß, Gewaltlosigkeit zur Norm seines Handelns machen. Aber auch für ihn gilt der Spruch vom „bösen Nachbarn“. So ist der Staat für den Schutz von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsrecht verantwortlich und verfügt hierzu über das Gewaltmonopol – wohlgemerkt nur zum Schutz! Im Unterschied zum Einzelindividuum, das für sich grundsätzlich auf jeden Einsatz von Gewalt verzichten kann (und dafür bereitwillig auch alle Konsequenzen auf sich nimmt), gilt dies für den Staat nicht. Ein Staat, der von sich aus erklärt, nie und nimmer Gewalt anwenden zu wollen, gibt sich und damit sein Volk, sein Gebiet und sein Recht auf.

Die längste Friedensperiode, die es jemals in Europa gab, verdankt dieser Kontinent nicht der Friedensbewegung der siebziger Jahre, die in gewissenloser Weise auch noch die ehrliche Friedenssehnsucht einer ganzen Generation mißbrauchte. Genauso wie Österreich diese lange Friedenszeit nicht seiner Neutralität verdankt. Beides ist unter anderem der Stärke der NATO und der Bereitschaft der USA zu verdanken, Notfall für die Freiheit Europas zu kämpfen. Nicht die Friedensbewegung sondern die konsequente westliche Politik und Einigkeit hat den Warschauer Pakt zum Zerfall gebracht und den Demokratisierungsprozeß im Osten erst ermöglicht.

Hingegen „verdanken“ zigtausende ermordete, verkrüppelte, vergewaltigte und gepeinigte Menschen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien ihre beklagenswerte Situation der Gewaltlosigkeit und Uneinigkeit des Westens. Dem Westen fehlt das Wertebewußtsein, hinter den verbalen Drohungen steht keine Bereitschaft zur Gewaltanwendung zum Schutz der Bevölkerung. An Gesprächsbereitschaft zur gewaltlosen Konfliktbewältigung hat es dem Westen nie gefehlt. Aber die Kriegshetzer haben ein leichtes Spiel, da sie wissen, daß sie nicht mit militärischen Konsequenzen zu rechnen haben. Und so geht das Morden weiter. Nur ein letztendlich zum gemeinsamen militäri-

schen Einsatz bereites und fähiges Europa (ob als EU, WEU, NATO, OSZE, VN oder was auch immer) hätte dieses Morden verhindern können.

Gewaltlosigkeit als solches wird selbst zum Verbrechen, wenn es damit Gewalt ermöglicht und Unschuldige dabei zu Schaden kommen. Von einer Friedensbewegung ist in diesem Zusammenhang sowieso nichts zu merken. Wozu auch? Im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien kann man schlecht gegen die USA losziehen und ohne dieses Feindbild machen Friedensmärsche einfach keinen Spaß.

Gewaltlosigkeit setzt voraus, daß sich alle an die „Spielregeln“ halten. Gewaltlosigkeit ist keine Illusion, sie ist ein unabdingbares Ziel. Das gilt für das eigene Handeln wie für das Handeln von Staaten. Jeder für sich kann sofort damit beginnen indem er auch in kleinen Dingen nicht rücksichtslos sondern zuvorkommend agiert. Indem er aber auch bereit ist, notfalls mit Gewalt, für die Schwachen, Ausgegrenzten, Bedrohten einzutreten, um sie so vor Gewalt zu schützen. Damit kann jeder einen kleinen aber wichtigen Beitrag zu einer gewaltfreieren und damit friedvolleren Umgebung leisten.

Österreich hat darüber hinaus nun die Chance auch an einem gewaltfreieren Europa mitzuwirken, nicht als Trittbrettfahrer sondern als aktiver Mitarbeiter bei **friedenserhaltenden**, aber auch bei **friedensschaffenden** Operationen im Rahmen der VN und eines noch zu schaffenden europäischen Sicherheitssystems. Dazu bedarf es nicht nur einer aktiven Friedenspolitik sondern auch eines entsprechenden Instrumentes zur Durchsetzung dieser Friedenspolitik. Und dazu gehört unter anderem auch ein bestens ausgerüstetes, ausgebildetes und motiviertes Bundesheer. Ein Heer, das fähig ist zu schützen und zu helfen und damit einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Frieden sichern und Gewalt verhindern – dann, und nur dann, wird Gewaltlosigkeit nicht zur Illusion.

„Das Schlimmste auf dieser Welt wird nicht durch das Böse und Brutale sondern durch Schwäche verursacht“ (Stefan Zweig).

ASYMMETRIE DER GESCHLECHTER

Anthropologie der Geschlechter

Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz

Eine grundsätzliche Vorüberlegung bestimmt die Gedankenführung: Das schwierig gewordene Verhältnis Frau und Mann scheint zunächst ein Sonderproblem des 20. Jahrhunderts, mehr noch der Nachkriegsentwicklung seit 1945. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß die heutige Fragestellung nach Freiheit und Gleichheit der Frau mit dem Mann vielmehr ein moderner Ausschnitt aus dem interkulturell nicht befriedigend gelösten Feld der Geschlechterzuordnung ist. Denn die Geschlechter stehen asymmetrisch zueinander. Ihre Vorgaben und Aufgaben sind unterschiedlicher Art und daher asymmetrisch (also vielfach nicht austauschbar) aufeinander bezogen.

Drei solcher Zuordnungen von Mann und Frau lassen sich skizzieren:

- Die Macht der Mütter – Typik der magischen Struktur
- Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau – Typik der mythischen Struktur
- Der Mann als Mensch, die Frau als „die andere“ – Typik der mentalen Struktur

Sie treten durchgängig als Grundmuster auf; ihre Entwicklungen, aber auch Gleichzeitigkeit sind für den alteuropäischen Kulturraum (Mesopotamien, Ägypten, Griechenland, Rom) gut erforscht. Judentum und Christentum haben beide an den drei Grundmodellen Anteil, verändern aber jede der Zuordnungen in noch zu bestimmender Weise. So sei mit der Darstellung dieser drei archetypischen Zuordnungen begonnen, da auch in diesem Fall die Geschichte nicht einfach „hinter“ uns, sondern „in“ uns liegt.

[Die Abhandlung zur „Anthropologie der Geschlechter“ wird in drei Teilen wiedergegeben (s. nebenstehender Kasten). Das kursiv Gedruckte stellt jeweils die These zur anschließenden Ausführung dar.]

Die Macht der Mütter – Typik der magischen Struktur

Die Gleichsetzung von Frau = Mutter ist eine erste grundlegende kulturelle Konstante. Und hier setzt bereits die erste Asymmetrie ein: Der Mutterschaft numinose* Fruchtbarkeit; sie garantiert das Leben der Sippe als Heilerin, Zauberin, RichterIn (welche die Tabuverletzungen bestraft), als Weis-sagende, als Priesterin in der rituellen Erweckung der Fruchtbarkeit, als Töterin (häufig wird ein Kind geopfert, nämlich dem numinosen Kreislauf zurückgegeben). Häufig wird die Empfängnis des Kindes als von der ganzen Natur, nicht als von einem bestimmten Mann stammend angenommen (autonome Mutterschaft).

„Mutterkulturen“ bedeuten in der Regel allerdings keine „politische“ Aufgabe der Frau; „nach außen“ repräsentieren die Männer die Gruppe, nicht selten kraft der Verwandtschaft zu einer bestimmten hochrangigen Frau.

Zweifellos ist das noch raum- und zeitlose magische Erleben durchdrungen von einer Verehrung des Mütterlichen. In unzähligen, weiblichen, deutlich geschlechtsbetonten Idolen wird die mater foecunda, das Fruchtbare überhaupt, dargestellt.¹ Weil offensichtlich die Frau das biologische Leben weiterträgt, wird sie zur Trägerin naturhaft-sakraler Machtfülle. Geschlecht und Fruchtbarkeit sind numinos. So sehr dies auch für die Überwältigung beim männlichen Geschlechtsakt gilt – Überwältigung ist immer ein Zeichen der nahenden Gottheit –, so scheint doch lange die Zeugung nicht als entscheidend für die Weitergabe des Lebens begriffen; ohnehin ist das

* numinos (Adj.) [zu lat. numen] (Theol.): (in bezug auf das Göttliche) schauervoll und anziehend zugleich. Das Numinose (Theol.): das Göttliche als unbegreifliche, zugleich Vertrauen und Schauer auslösende Macht.

Gliederung

Teil I – AUFTRAG 223

- Die Macht der Mütter – Typik der magischen Struktur
- Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau – Typik der mythischen Struktur

Teil II – AUFTRAG 224

- Der Mann als Mensch, die Frau als „die andere“ – Typik der mentalen Struktur

Teil III – AUFTRAG 225

- Menschlichkeit und Göttlichkeit beider Geschlechter – Der jüdisch-christliche Entwurf
- Zum Horizont der Gegenwart

Ursache-Folge-Denken noch nicht ausgeprägt. Vielmehr wird das Mütterliche als selbstempfangend, von Mond, Wind, Meer, Früchten, vom gegessenen Fisch befruchtet aufgefaßt, oder auch von der fruchtbaren Göttin selbst gesegnet² – jedenfalls bleibt der Vater durchaus belanglos, da noch gar nicht personal verstanden. Freilich muß die Frau gebären: außerhalb des Mutterdaseins kommt ihr keine Berechtigung zu; noch im Alten Testament gilt die Unfruchtbare als verflucht, ihr Mann als von Gott bestraft (so im Fall Hanna und Elisabeth). Daher die vielen Praktiken, der Unfruchtbaren über die Magd wenigstens stellvertretend Leben zu erwecken (so bei Sarah und Hagar). Hierher gehört auch die in heutigen Ohren skandalöse Geschichte von Lots Töchtern, die sich in der Nacht nach dem Untergang Sodom und Gomorrhas zu ihrem Vater legen (hier ist der Zusam-

menhang von Zeugung und Geburt bereits begriffen) – weil verantwortlich für die Fortdauer des Lebens und des Stammes. So gestaltet die Frau als Mutter, Großmutter (die die Geburten überlebt hat), als Zauberin, Richterin (die die Tabuverletzungen bestraft), als Heilerin und Töterin, als Weissagende, als Priesterin in der rituellen Erweckung der Fruchtbarkeit, das Leben des Kollektivs, der Sippe. In diesen Zusammenhang gehört das berühmte Wort des Tacitus, die Germanen hätten die Frau als „etwas Heiliges und Seherisches verehrt“.³

Die Frage erhebt sich seit langem, genauer: seit Johann Bachofens Werk „Mutterrecht und Urreligion“ von 1861, wie diese Weisen des vom Mütterlichen getragenen Zusammenlebens zu bezeichnen sind. Ein vorsichtiger Terminus dafür lautet „Mutterkultur“. Eine Schwierigkeit ihrer richtigen Einschätzung liegt jedoch darin, daß Mutterkulturen nicht mit umgekehrten Vorzeichen das sind, was Vaterkulturen heute vorstellen; ihre Herrschaft besteht mehr im Unterschwelligen, Indirekten, auch Unbewußten (wie es der magischen Struktur eignet und was übrigens deutlich ihre Macht ausmacht). Auch die Ausdrücke „Mutterrecht“ (Bachofen) oder „Matriarchat“ (Lewis H. Morgan) legen eine bewußte Autonomie mit ausgeprägter Rechtsstruktur nahe, während das Magisch-Mütterliche eher im Sinne von Tabuisierungen und Einflußzonen arbeitet. Ausdrücklich rechtliche Regelungen mit breiter historischer Beweisbarkeit gibt es jedoch in zwei bezeichnenden Fällen: als weibliche Erbfolge (*Matrilinearität*) und als lebenslängliche Zugehörigkeit auch des auswärtig verheirateten Mannes zur Muttersippe (*Matrilokalität*, besonders im Kriegsfall wichtig, deswegen aber eine instabile und sich rückbildende Rechtsform).⁴ Historisch nicht festzumachen scheint ein Amazonenstaat – im Gegensatz zu den allgegenwärtigen Spuren weiblicher Macht über die Geheimnisse des Lebens und des Sterbens.

Ein im Allgemeinbewußtsein fast immer falsch eingeschätztes Problem ist noch deutlich anzusprechen: Auch in matrilinearen oder -lokalen Gruppen liegt die Dominanz in der Regel bei Männern –

jene Dominanz, die über den häuslichen und mütterlichen Bereich mit seiner Zuständigkeit für Geburt, Wachsen, Sterben und deren rituelle Sicherung hinausgeht. Gerade die augenfällige Tatsache der Mutterschaft – im Unterschied zu der weit „abstrakteren“ Schlußfolgerung der Vaterschaft – macht die Frau für den häuslichen und mütterlichen Bereich zuständig, dort auch im beschriebenen Sinne mächtig (auch wirtschaftliche Domänen lassen sich zeigen). Dennoch: Unzweifelhaft nimmt der Mann kraft seiner stärkeren Physis die ausgreifenden Aktivitäten wahr (Jagd, Pflugkultur im Unterschied zum Gartenbau, Viehzucht, Verteidigung, Kampf).⁵ Dazu gehören ferner die „politische“ Sphäre, aber auch unterschiedliche Formen der Herrschaft über die Frau, z.B. der – genetisch wichtige – Tausch der Frauen durch die Männer und nicht umgekehrt⁶ oder auch das „Verleihen“ der Frau an den Gast. Die Verehrung, ja Vergöttlichung des Mütterlich-Fruchtbaren geht also durchaus einher mit einer gleich-

zeitigen Herrschaft des Mannes nach außen; oder, um es deutlicher auszudrücken: Mutterkulturen bedeuten nicht, sogar in der Regel nicht, eine soziopolitische Höherstellung der Frau über den Mann – tatsächlich kann die Frau ausgeprägt „rechtlos“ sein.⁷

Ein Beispiel mag die differenzierte Zuordnung der Geschlechter anschaulich machen. Bei einem Jagdzauber der Pygmäen im Kongo-Urwald, der um die Jahrhundertwende von Leo Frobenius beobachtet wurde, trafen sich vor Sonnenaufgang drei Jäger und eine Frau, um das zu erlegende Wild durch eine Zeichnung in den Sand zu beschwören und durch den ersten Sonnenstrahl „töten“ zu lassen – all dies in unverbrüchlichem Schweigen. Erst danach begann die Jagd, an der natürlich nur die drei Männer teilnahmen.⁸ Für den Bereich der Bannung, das Knüpfen des „Bezugsnetzes“, ist also vorrangig die Frau zuständig (ähnlich auch für die Entschuldigung durch Opfer nach der Jagd); für den physischen Vorgang aber der Mann.

Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau

Typik der mythischen Struktur

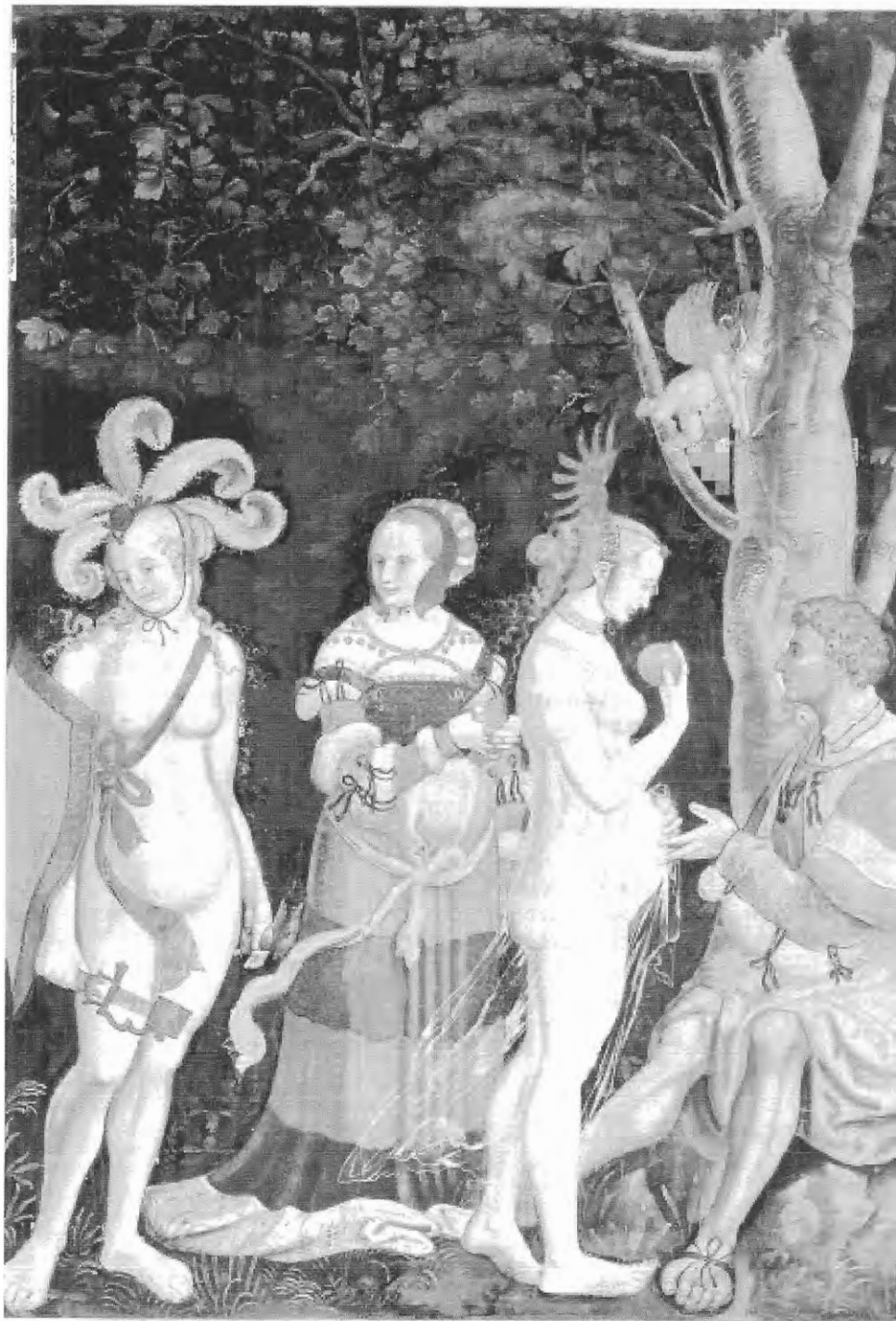
Die erotische Anziehung der Geschlechter ist ebenfalls unterschiedlich angelegt. Die Frau stellt sich dem Mann als Rätsel und Aufgabe dar, der Mann als Löser. Die Frau, scheinbar passiv, stellt die Bedingungen, verlangt „Adäquation“, setzt gleichsam ihren Preis. Die erotische Kultur ist wesentlich von den Vorgaben und Erwartungen der Frau bestimmt. Der Mann seinerseits muß die gestellten Bedingungen erfüllen, nach ihrer Lösung aber der Frau zugehören und nicht erneut „neue Aufgaben“ suchen. Die Versuchung der Frau: ihren Wert entweder zu hoch oder zu gering anzusetzen; die Versuchung des Mannes, die „Perle im Acker“ mit List zu erschleichen oder auf der Suche nach anderen Perlen umherzuschweifen. Die Frau bedarf des Mannes zu ihrer „Lösung“, der Mann der Frau zu seiner „Bewährung“: eine polare, aber nicht austauschbare Zuordnung.

Für die Geschlechter gilt vorwiegend ein polares Gleichgewicht von Mann und Frau; so in der klassischen Formulierung von Lao-tse im „Tao Te King“: „Das Männliche liebt das Weibliche. Yin umarmt Yang und zehntausend Dinge leben in Harmonie durch die Verbindung dieser Kräfte.“⁹ Dennoch sind diese Kräfte ebenso gleichgewichtig wie deutlich unterschieden und getrennten Aufgaben zugeordnet. Ein chinesischer Mythos kennzeichnete die Aufgaben von Kaiser und Kaiserin folgendermaßen: Die Welt des Kaisers ist der Tag; er herrscht von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. In dieser Sonnenzeit nimmt er die Truppschau ab, spricht Recht, erläßt Gesetze, unternimmt Verteidigung oder Angriff, läßt Kanäle bauen – mit einem Wort, er ist zuständig für Handlung im Sinne von Veränderung. Mit Sonnenuntergang beginnt das Reich der Kaiserin: ihre wesentliche Aufgabe läßt sich überhaupt nicht bestimmen. In der ihr

zugehörigen Nacht kann sie schlafen, dichten, musizieren, mit einem Wort: sie hat nur dazusein im Sinne von lebendiger Richtigkeit. Ist sie nicht „richtig da“, dann allerdings kommt es zu elementaren Katastrophen: es regnet nicht oder zu viel, die Pflanzen sterben, die Frauen bleiben unfruchtbar, die Feinde brechen über die Grenzen, die Jahreszeiten geraten durcheinander. Ihre Zuständigkeit ist der Kosmos, dessen Gesetze sie durch ihr Dasein in Ordnung hält; die Zuständigkeit des Kaisers ist das Leben im Detail, das der Entscheidung bedarf, aber nicht an die kosmische Selbstverständlichkeit heranreicht. In dieser Gegenüberstellung ist die Welt immer noch primär durch die Frau im Lot; dennoch hat sich entwickelt die Erfahrung, daß aus beiden Hälften, dem jeweilig Handelnden und der reinen Stimmigkeit des Daseins, das ganze Leben besteht. Ein anderes, scheinbar gegenteiliges Beispiel: Im Schachspiel kämpft die Dame, der König bleibt untätig, ja er wird von der Dame aktiv am Leben erhalten. Dieses Gegenbeispiel darf aber wiederum nicht unter dem Zeichen des Widerspruches gesehen werden: strukturell handelt es sich um dasselbe polare Empfinden zweier Hälften, die nur in Spannung zueinander und aus zwei Gegenrichtungen kommend sich zum Einen des Lebens ergänzen.

So entsprechen in den Abenteuern der Helden auch Heldinnen notwendig der Herausforderung des Schicksals. Nausikaa, Penelope, Brunhilde, Ariadne, Isolde: unterschiedlichste Gestalten, die ihren Helden gleichwertig gegenüber treten, ja in ein nicht zu verallgemeinerndes „Gegenüber“ zum Mann geraten. Nicht selten ist eine Kampfsituation von höchst merkwürdiger Verflechtung:

Brunhilde, stärker als Siegfried, fordert ihn zum Dreikampf heraus, den er nur durch List gewinnt – andererseits wird sie von ihm zuvor aus der Brünne herausgeschnitten, von ihm als ihrem Erlöser. Noch in den späten Aventuren der Artusrunde herrscht diese eigenartige Verflechtung der Geschlechter: aufeinander angewiesen, kämpfen sie doch um die Macht. Sir Gawain hat auf Tod und Leben das Rätsel zu lösen, was den Frauen das Allerliebste auf der Welt sei. Wieder mit einer List erschleicht



„Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau“ diese These der Autorin dieses Artikels steckt auch als Verschlüsselung in dem Bild von Nikolaus Manuel Deutsch (um 1448–1530) „Das Urteil des Paris“. Der Paris der griech. Sage entschied den Streit zwischen Hera, Athene und Aphrodite um den Preis der Schönheit zugunsten Aphrodites, der er im Bild bereits den Siegesapfel gereicht hat. (Reproduktion des Bildes aus dem Baseler Kunstmuseum)

er sich die Lösung von Dame Ragnell: „Was wir vor allem anderen von Männern wünschen, das ist: sie zu beherrschen.“¹⁰

Überhaupt das Rätsel: in der Tat auf Tod und Leben fragt die Sphinx Ödipus, fragt Turandot ihre Freier. Wer die Antwort nicht findet, hat verloren: das Leben und

die Frau, beides ihm bestimmt, beides aber nicht zur Verfügung, im Gegenteil, dem Mythos gemäß nur durch List zu lösen. Und dennoch: wird es nicht gelöst, ist das eigene Dasein verschert. Die Frau als Rätsel und Verheißung des Mannes – eine unentwirrbare, ebenso bedrohliche wie beseligende Erfahrung.

rung, die erst in den späten Märchen notwendig gut ausgeht. Frühe Mythen, etwa das Nibelungenlied oder auch die Geschichte der Turandot, enden mit der Bluthochzeit: dem Sichfinden im Untergang, auf dem „Scheiterhaufen“¹¹ manchmal im „Verbrechen“.¹² Kampf und Erlösung, beides gegenseitig gemeint, sind offen, die Erfahrung der Geschlechterbeziehung kennt Beispiele für beide Möglichkeiten.

Eine weitere Bestimmung des Frauseins wird wichtig: die doppelte Möglichkeit von Mutter oder Jungfrau. Gerade im Dasein der Jungfrau liegt eine Ichgewinnung, unabhängig vom Mann, äquivalent zu seiner Selbständigkeit – freilich nur im Rahmen bestimmter Aufgaben, z.B. der Priesterin, der Prophetin, der Sybille, Die mythische Überlieferung von dem Einhorn, das nur von einer Jungfrau gebändigt werden kann, von dem Schiff, das tiberaufwärts von Ostia bis Rom von einer Vestalin mit Leichtigkeit gezogen wird, während hundert Ruderer es nicht von der Stelle schaffen können – diese eigenartige Gewalt der Jungfräulichkeit = Ganzheitlichkeit drückt sich im Mittelalter noch in der Rechtsform jungfräulicher Lösegewalt für Verbrechen aus. Vom Galgen weg konnte eine Jungfrau

den Verbrecher durch Heirat begnadigen, im Sinne eines Naturrechtes, dem gegenüber das positive Recht ungültig wurde.¹³ Es läßt sich fragen, ob dieses Bild der Jungfrau nicht bereits zum magischen „Untergrund“ der sakralen Weiblichkeit gehört; dies ist sogar zu vermuten. Dennoch hat die mythische Ausformung, im Sinne der genannten Entsprechung zweier Hälften, die beiden Möglichkeiten des mütterlich gebundenen und des jungfräulich freien Lebens als notwendigen Zusammenhang entfaltet.

Je länger je mehr bilden sich für die beiden „Hälften“ Mann und Frau gleichsam feststehende Ei-

Mann	Frau
außen	innen
Weite	Nähe
Öffentlichkeit	Haus und Familie
Energie, Wille	Schwäche, Hingebung, Ergebung
Festigkeit	Wankelmüt
Tapferkeit, Kühnheit	Bescheidenheit
selbständig	abhängig
erwerbend	bewahrend
gebend	empfangend
Durchsetzungsvermögen	Selbstverleugnung, Anpassung
Gewalt	Liebe, Güte
Geist	Gefühl, Gemüt
Denken	Rezeptivität
Wissen	Religiosität
Würde	Anmut, Schönheit

genschaften heraus, die in der Folge als unverrückbare geschlechtliche Merkmale verstanden wurden. So hat etwa die Romantik folgende Zuordnungen (siehe Kasten) entwickelt:¹⁴

In dieser späten Festschreibung ist die Polarität mythischer Geschlechtererfahrung nicht nur bereits schematisch geworden, sondern, zumindest unterschwellig, bereits aus der Gleich-Gültigkeit herausgetreten. Dies darf jedoch nicht dem mythischen Ansatz als solchem angelastet werden, in dem weder Unter- noch Überordnung, eben deswegen auch noch keine Wertigkeit der beiden Hälften gegeben schien, sondern die Notwendigkeit der Spannung des Daseins zwischen zwei Polen zu Wort gebracht wurde. Noch einmal: Schweigen und Reden, hell und dunkel, aktiv und passiv sind zwar getrennte, aber ebenso sehr nur aneinander verständliche Erfahrungen. Die Entscheidung nur zu einer Seite würde mythisch das Eingeholtwerden von der anderen Seite bedeuten (Ödipus, der seinem Schicksal entläuft, läuft geradewegs darauf zu). Die späte Formel Martin Bubers: „Am Du gewinnt sich das Ich“¹⁵ drückt die unauflöslliche, in gewissem Sinne unbewertbare Balance der Geschlechter aus.

Anmerkungen

Die vorliegenden Ausführungen sind weiter entfaltet in:

Hanna-Barbara Gerl (Autorenname), *Die bekannte Unbekannte, Frauen-Bilder aus der Kultur- und Geistesgeschichte*, Mainz (Grünwald)³ 1993

Hanna-Barbara Gerl, *Nach dem Jahrhundert der Wölfe. Werte im Aufbruch*, Zürich (Benziger)² 1993

- 1 Reiches Bildmaterial bei Erich Neumann, *Die Große Mutter. Der Archetyp des großen Weiblichen*, Zürich 1956.
- 2 Von den unzähligen Mythen dieser Art sei stellvertretend erwähnt die bereits zitierte Sage von Tuan Mac Cairill, dessen Mutter ihn als gebratenen Lachs verzehrt und dadurch empfängt.
- 3 De origine et situ Germanorum 8: „inesse quin etiam sanctum aliquid et providum“.
- 4 Zu den unterschiedlichen Weisen der Matrilinearität (Vererbung auf die Tochter, Problem der Schwestersonn-

kulturen), ferner zu den vielfältigen und verwirrenden Erklärungsversuchen der Matrilinearität (hängt sie mit der wirtschaftlichen Dominanz von Frauen zusammen oder mit der Führung auswärtiger Kriege?) vgl. den gründlichen Forschungsbericht von Hans G. Kippenberg, Einleitung, in: J.J. Bachofen, *Mutterrecht und Urreligion* Stuttgart⁶ 1984, xxv-xl.

- 5 Kippenberg, xxxf. – ausführliches bei U. Wesel, *Der Mythos vom Matriarchat. Über Bachofens Mutterrecht und die Stellung von Frauen in frühen Gesellschaften*, Frankfurt 1980.
- 6 Claude Levi-Strauss, *Strukturelle Anthropologie*, Frankfurt 1969, 62.
- 7 Bei der Sekte der Yallama in Indien bringen bis zum heutigen Tag die Eltern ein zwölfjähriges Mädchen in den Tempel der Göttin, wo es als Vertreterin der Göttin zum kultischen Sexualverkehr benutzt wird, bis es mit etwa 40 Jahren ausscheidet und, arm und verachtet, von einer täglichen Reisschale aus Tempelbesitz abhängt. Die Vertretung der Göttin sagt nichts über den tatsächlichen sozialen Rang der Frau.

- 8 Leo Frobenius, *Unbekanntes Afrika* (1905), in: *Kulturgeschichte Afrikas*. Wien 1933, 127 ff.
- 9 Lao-Tse, *Jenseits des Nennbaren*. Sinnenprüche nach dem Tao TeKing, nach Linde von Keyserlingk, Freiburg 1984, 98.
- 10 Heinrich Zimmer, *Fahrten und Abenteuer der Seele*, Düsseldorf 1980, 101.
- 11 Brunhilde läßt den Leichnam des ermordeten Siegfried – ermordet durch ihren Willen – auf den Scheiterhaufen legen und steigt zu ihm ins „Brautbett“.
- 12 Der Ehebruch ist eines jener Verbrechen, siehe Lancelot und Ginevra, durch den die Liebenden zusammengeschiedet werden, aber notwendig aufgrund des Verbrechens sterben.
- 13 Eine romanhafte Erzählung von Heimito von Doderer, *Ein Unweg*, München 19.., benutzt das Thema zur Entfaltung einer spezifischen mißglückenden Geschlechterbeziehung.
- 14 Gernot Böhme, *Anthropologie in pragmatischer Absicht*, Frankfurt 1985, 84.
- 15 Martin Buber, *Ich und Du*, Heidelberg (11)1983.

WERTEDISKUSSION

Wertebewußtsein und Wertewandel

Eckhard Stuff

Zum zweiten Strausberger Symposium unter dem Titel „Wertebewußtsein – Wertewandel – Verbindlichkeit von Werten“ lud die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation vom 3. – 6. Dezember 1995 in die alte Garnisonsstadt, 40 Kilometer östlich vor den Toren Berlins ein. Der vor zehn Jahren erbaute Gebäudekomplex der Akademie in Straußberg, gegenüber dem früheren Ministerium für Nationale Verteidigung gelegen, diente schon Tagungen des Warschauer Paktes als Heimstatt.

Durchaus furios war der Start des Symposiums: Jan van Deth, Professor der Politischen Wissenschaft an der Universität Mannheim, sprach zum Thema „Wertorientierung durch Politikgestaltung“. Eher gering schätzte er die Chance zur Werteorientierung durch Politik ein, in dem er, empirisch belegt, konstatierte, daß die meisten Bürger Politik für nicht sehr wichtig für ihre Lebensverhältnisse erachten. Umgekehrt könnte dieses als ein weitgehender Freibrief der Bürger für die Politiker bei der Gestaltung von Politik gedeutet werden. Hier aber sah van Deth die Parteien durchaus ihrer Rolle in der repräsentativen Demokratie gerecht werden: „Offensichtlich ist die Politik bereit Alternativen anzubieten und Versprechen einzulösen. Entscheidend dabei sind die allgemeinen Orientierungen der Bürger und Parteien links und rechts. Übertrieben und viel zu simpel zusammengefaßt, könnte man sogar sagen, daß Politikgestaltung tatsächlich durch Werteorientierungen stattfindet: Die Politik tut, was die Bürger wollen.“

Über diese Aussage mag derjenige höchst erstaunt sein, der die versprochenen Steuersenkungen der letzten zehn Jahre aneinanderreih und trotzdem feststellt, daß seine Abgabenquote gestiegen ist....

In bekannt vehementer Manier konterte Professor Günther Rohrmoser von der Universität Hohenheim, der den Wert empirischer Befunde für die gegenwärtige Wertedebatte ebenso einschränkte, wie den Sinn der Wertedebatte überhaupt in Frage stellte. Er forderte die philosophische Analyse: „Werte werden gesetzt“ und müssen schließlich in der Politik durchgesetzt werden. Dabei gibt es im dialektischen Prozeß der Politik zu jedem Wert den Gegenwert. Erfolgreich sei schließlich, „wer seine Sprachregelung“ bei der Interpretation von Werten durchsetze. Rohrmoser sieht die Bundesrepublik nach 1945 und 1968 derzeit in dem dritten großen Prozeß eines Wertewandels. Nachdem das Geld als „Kitt in der deutschen Politik“ ausfalle, werde die wichtige, gestaltende Frage in der deutschen Politik: „Wer interpretiert die deutsche Geschichte?“ Dabei sieht Günther Rohrmoser durchaus Gefahren von „rechts“, wenn die Vermittlung von Nationalismus und transnationalen Zielen und Ideen nicht gelinge. Seine Forderung: „Wir brauchen wahren Liberalismus...“

Der belgische Theologieprofessor Jan Kerkhofs SJ von der Universität Leuven widmete sich auf empirischer Grundlage dem Wertewandel im weltweiten Kontext. Er sieht die europäische Gesellschaft in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß. Zunächst im positiven: „Freiheit und Gleichheit nehmen zu. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern gestalten sich durch die fortschreitende Frauenemanzipation immer offener. Die Klassengegensätze werden durch eine immer bessere Ausbildung aller und durch eine gewisse Nivellierung der Einkommensunterschiede entschärft. Der Motor dieses gesamten Prozesses in Westeuropa war und ist die Euro-

päische Union, die auch auf das sich aus einer Zivilisation der Lüge befreiende Osteuropa eine starke Anziehungskraft ausübt.“ Daneben beschreibt Kerkhofs aber auch die Trends zur – übersteigerten Individualisierung und Säkularisierung in Europa. Sein Eindruck zur Entwicklung des Bürgersinns in Europa bleibt gespalten. Auf der einen Seite werden die Bewegungen für die Menschenrechte, den Frieden und den Umweltschutz unterstützt. Auf der anderen Seite aber sagen immer weniger europäische Bürger, „daß sie unter keinen Umständen schwarzfahren werden.“ Das gleiche gilt für andere Sünden: immer mehr unserer Mitmenschen sind bereit, Steuern zu hinterziehen, Geld zu behalten, das sie gefunden haben, einen verursachten Schaden nicht zu melden oder gar Schmiergelder anzunehmen. Die Verbindlichkeit bisher geltender Maßstäbe für das Verhalten läßt also offenbar deutlich nach.

In der Diskussion über seinen Beitrag „Werteorientierung durch soziales Lernen“ betonte der junge Schweizer Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach von der Universität Fribourg die dialektische Wirkung von Aufklärung und damit des Prozesses der Individualisierung: Reichenbach unterstrich, daß die fortschreitende Freiheit des Individuums zunächst Verantwortungsbewußtsein stärkt, schließlich aber so individualistisch machen kann, daß Bindungslosigkeit und Verantwortungslosigkeit folgen können. Reichenbach hob auch den Wert von Konflikten hervor: „Man lernt durch Konflikte.“ Das gleiche gilt auch und besonders, wenn diese Konflikte schmerzlich sind.

In gewisser Weise bestärkte dieses später der aus Indien stammende, in Bremen lehrende Philosophieprofessor Ram Adhar Mall, wenn er bei seinen Ausführungen

über den Wert 'Toleranz' auf die Grenzen des Konsenses hinwies: „Ohne Konsens geht es nicht. Aber es gibt eine Grenze des Konsenses, die aber nicht ohne weiteres die Grenze des Handelns sein darf.“ Mall wies auch darauf hin, daß Intoleranz keine Toleranz verdiene. Der Wert Toleranz sei schließlich durch die Intoleranz gefährdet. Toleranz sei keine wertneutrale Kategorie. Vielmehr sei sie wertverpflichtet und fordere einen verbindlichen Pluralismus.

Erst in den letzten Stunden der Tagung konnte schließlich auf die Alltagsrelevanz, auch die Alltagsrelevanz für die Bundeswehr, von Wertvorstellungen und sich wandelnden Werten eingegangen werden. Dabei wurde auch deutlich, daß es dringend notwendig ist, nach dem Ende des Kalten Krieges verständliche Werteorientierungen zu definieren, die den Sinn der soldatischen Aufgabe und der Verteidigung allgemein verständlich machen.

Verließ Friedrich II. die Garnisonsstadt Straußberg einst fluchend und – aufgrund eines verstopften Kamins – mit Anzeichen einer Rauchvergiftung, so muß auch nach dem Ende einer mehrtätigen Wertedebatte sicher eine leichte Vernebelung im Kopf konstatiert werden. Anregungen für konstruktives Weiterdenken aber konnte jeder Teilnehmer der Tagung erhalten.

Woran es fehlt in der Kirche

Andreas Püttmann

Um erst gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Hier geht es um das, woran es fehlt in der deutschen katholischen Kirche; und deren 28 Millionen Mitglieder sind mitnichten repräsentativ für die Gemeinschaft der 900 Millionen Christen der römisch-katholischen Weltkirche. Gerade jene, die sich sonst sehr sensibel für die „Inkulturation“ des christlichen Glaubens zeigen, vergessen bisweilen, daß auch der Katholizismus in deutschen Landen „inkulturiert“ und kulturbedingt, in seinen Problemen insofern spezifisch und im Blick auf das Ganze relativ ist. Hüten wir uns also davor, am deutschen Wesen die Welt(kirche) genesen zu lassen.

Die Lieblingsthemen der deutsch-kirchlichen Nabelschau können wir gleich abhaken, auch wenn sich – bei wachsender Langeweile – mit ihnen immer noch der meiste Beifall heischen läßt. Fehlte es der katholischen Kirche vornehmlich an mehr „Liberalität“, „Demokratisierung“ und „Pluralismus“, Frauenordination und verheirateten Priestern, Aufgeschlossenheit für neue gesellschaftliche Strömungen oder politische Protestbewegungen, dann müßte es der evangelischen Kirche besser gehen – hat sie doch alle Forderungen der inner-katholischen Kirchenkritik längst vorvollzogen. Die Menschen laufen

ihr aber in noch größeren Scharen davon. Und für die katholische Kirche begann der Aderlaß keineswegs mit der „reaktionären Kirchenpolitik“¹ des polnischen Pontifex, sondern ausgerechnet nach dem Aufbruch des Zweiten Vatikanischen Konzils, für den der Lieblingspapst der heutigen Kirchen träumer² die „Fenster zur Welt weit aufgestoßen“ hatte. Die Talkshow-bewährten einfachen Schuldzuweisungen an Rom und die „Amtskirche“ helfen also nicht weiter (was nicht heißt, daß sie ganz unberechtigt sind, wohl aber, daß sie den Kern der Kirchenkrise verfehlen).

Ungünstige gesellschaftliche Bedingungen

Die Ursachen für den Niedergang christlicher Religiosität in Deutschland liegen zunächst einmal außerhalb der Kirche. In einer wohlstandsverfetteten Zerstreuungs- und Vollkasko-Gesellschaft des „anything goes“ sind die auf das Jenseits hinstoßenden Kontingenzerfahrungen von vornherein reduziert; im Trubel von „panem et circenses“ kann eine Botschaft der Besinnung auf das Woher, Wofür und Wohin, verbunden mit Mahnungen zu Demut, Selbstlosigkeit, Beherrschung und Verzicht schwerlich Aufmerksamkeit

und Annahme finden. Erst im Angesicht des – in Hospitäler und Altenheime verdrängten – Todes wird sich die Gottesfrage für die meisten Zeitgenossen radikal stellen; bis dahin aber leben sie in einer entzauberten Welt, in der alles von Menschen gesehen, erforscht, erklärt, gemacht, beseitigt und überspielt werden kann. In einer Zeit des schnellen Wandels, der Verfügbarkeit, der Visualisierung und Entzauberung muß eine Institution, die vom Unwandelbaren, Unverfügbaren, Unsichtbaren und Mystischen kündigt, einen schweren Stand haben. Im Osten des Landes wirken zudem die Folgen von über fünfzig Jahren – zwei Generationen – der Diktatur anti-christlicher Ideologien fort.

Es zeugt von kategorialer Verwirrung, wo von der Kirche wie von einem Wirtschaftsunternehmen verlangt wird, sie müsse ihr Angebot verändern, wenn die Nachfrage ausbleibt. Wenn schon in politischen Fragen Mehrheitsvoten zwar ein behelfsmäßiger Modus vernünftiger Entscheidungen, keineswegs aber Ausweis der Wahrheit sind, so gilt dies noch weniger für jene Fragen, die den Horizont dieser Welt übersteigen. Für politische Parteien hat die Mehrheit gewissermaßen immer recht, für die Kirche mitnichten. Daß so viele sie verlassen, muß

nicht unbedingt gegen sie sprechen. Nicht hektischer Aktivismus, sondern Stehvermögen ist gefragt. Die Kirche muß die Zeitläufte und gesellschaftlichen Trends durchaus auch ein Stück weit „aussitzen“. Nirgends ist uns in der Verkündigung Jesu verheißen, daß die Welt unsere Botschaft begierig aufnehmen, beherzigen und bewahren werde. Dies alles bedeutet nicht, daß die Kirche nichts tun könnte, um wieder mehr Menschen ihre Botschaft zu erschließen. Eine ebenso schlichte wie gehaltvolle Devise, dem christentumsfremden Zeitgeist zu begegnen, ist dem „Stuttgarter Schuld-bekenntnis“ der evangelischen Kirche vom Oktober 1945 zu entnehmen. Im Blick auf die Anpassung des deutschen Protestantismus an den nationalsozialistischen Zeitgeist beklagten die neu gewählten EKD-Vertreter, „daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“. Mit diesen vier Begriffspaaren lassen sich im Grunde auch die Defizite der Kirchen heute erfassen.

Mutiger bekennen

Woran es der Kirche heute am meisten fehlt, ist das persönliche Zeugnisgeben der Gläubigen im kirchenentfremdeten Umfeld. Nur so kann der geistlichen Verstepung unseres Landes, dem der heilige Bonifatius vor über 1200 Jahren die Frohe Botschaft brachte, wirksam begegnet werden – und nicht durch heißlaufende Fotokopiergeräte in Generalvikariaten und Pfarrbüros; wohl kaum durch die „sakramentale Grundversorgung“, die – oft nur als zeremonielle Staffage mißbraucht – von einer schrumpfenden Zahl Kleriker mühevoll aufrechterhalten wird; ebenso wenig durch Theologen, die in ihrer eigenen Sache nicht mehr viel zu sagen wissen und sich dann auf die politische Spielwiese begeben, auf der öffentliche Aufmerksamkeit leichter zu finden ist: und gewiß auch nicht durch einen Religionsunterricht, der auf eine Art „Lebenskunde“ oder „Weltverbesserungslehre“ reduziert ist. Glaube wird nur durch Gläubige weiterverbreitet, die andere anstecken mit ihren Hoffnungen und

Erfahrungen, ihrem Suchen und Vertrauen. Wenn die einzelnen Glaubens-Zeugen gleichsam als Zahnräder fehlen, läuft die kirchenamtliche Maschinerie auf Volldampf im Leerlauf.

Viele Christen scheinen es aber mit dem Glauben so zu halten: „Bloß nicht weitersagen!“ Man könnte anderen ja zu nahe treten. So ist das Glaubensleben in den Sog des totalen Rückzugs ins Private geraten. Welcher katholische Christ „wagt“ es heute noch, beim Tischgebet vor dem Essen in Mensa, Kantine oder Restaurant daran erkannt zu werden, daß er das Kreuzzeichen macht? Wer von uns spricht bei der Wochenendplanung im Freundeskreis oder bei der Programmplanung auf Seminaren und Gruppenreisen noch ganz unbefangen seinen Wunsch aus, daß auch Zeit für den Gottesdienstbesuch reserviert werde? Wer tritt abfälligen Bemerkungen über Glaube und Kirche mutig entgegen, wenn er damit die „Harmonie“ zu verletzen droht? Wer sucht das Gespräch über Gott mit Agnostikern oder „Fernstehenden“ in seinem Bekanntenkreis?

Treuer beten

Man nähme den unentwegten (Amts)kirchenkritikern ihre Botschaft eher ab, wenn man ahnen dürfte, daß sie im stillen Kämmerlein häufig und innig für Mutter Kirche und Bruder Papst beteten. Zu den treuesten Besuchern von Andachten, Betstunden und Werktagsmessen gehören sie nach meiner Beobachtung jedenfalls nicht. Zur Ideologie der kirchlichen 68er gehörte der Bruch mit der „Jenseits-Fixierung“ des Glaubens zugunsten eines diesseitsorientierten Christentums, entsprechend dem Spottvers: „Glottzt beim Loben/nicht immer nach oben;/schaut zur Seite,/dann seht ihr die Pleite“. Mit Anbetung und Lobpreis Gottes ist diese Einstellung natürlich schwer zu vereinbaren. Als Bestseller-Autorin Uta Ranke-Heinemann auf dem „Heißen Stuhl“ (RTL) vom Moderator gefragt wurde, ob sie denn noch bete, antwortete sie lapidar: „Nein. Ich denke“. Der sich selbst vergötzende Intellekt beugt nicht die Knie und senkt nicht das Haupt, faltet nicht die Hände und blickt zu nichts und

niemand auf. Daß bei einem auf die katholische *intelligenzija* in der Regierungs- und Universitätsstadt Bonn zugeschnittenen „Zielgruppen-Gottesdienst“ kaum noch jemand niederkniet bei der Eucharistiefeier, ist kein Zufall.

Aber auch an dem von Frau Ranke-Heinemann beanspruchten „Denken“ hapert es insofern, als es zwar nicht Ersatz, jedoch notwendiges Komplement des Gebets bei der Glaubensvertiefung sein kann. Mission als „mutiges Bekennen“ setzt Klarheit über die eigene Botschaft voraus. Keiner glaubt uns, was wir selbst nicht glauben³. Allensbacher Repräsentativbefragungen unter Katholiken und Protestanten zu den einzelnen Glaubenssätzen des Credo führten aber zu ernüchternden Ergebnissen: Danach glaubt nicht einmal die Hälfte der Katholiken an Christi Himmelfahrt (46%) und Wiederkunft „zu richten die Lebenden und die Toten“ (43%), an die Auferstehung der Toten (46%) und die Gemeinschaft der Heiligen (43%); bei den Protestanten sind es durchgehend noch fünfzehn bis zwanzig Prozent weniger. Renate Köcher diagnostiziert angesichts der demoskopischen Befunde weniger eine Bekenntnisunwilligkeit als vielmehr eine *Bekenntnis-unfähigkeit*⁴. Wir brauchen als Christen offenbar zunächst eine Selbstmissionierung als innere Neuaneignung und Vergewisserung über das verbindlich Christliche. Glaubensgespräch und gemeinsames Gebet müssen wieder zum Kern unseres Gemeindelebens werden.

Fröhlicher Glauben

Christen dürfen als erlöste Menschen leben, und wo ihr Erlöstsein als Freude für andere sichtbar wird, ist dies zugleich eine der schönsten Formen christlichen Bekenntnisses. „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“ (Joh 16,33), versicherte Jesus seinen Jüngern. Martin Luther wollte selbst dann, wenn er sicher wüßte, daß morgen die Welt unterginge, heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen. Treffender hätte man die christliche Dialektik von Weltzuwendung und Weltüberwindung nicht ausdrücken können. Gegen

alle Aufgeregtheit, Verzagtheit und Larmoyanz darf der Christ in allen Fährnissen des Lebens jene frohgestimmte Gelassenheit bewahren, die lebenspraktischer Ausdruck seines transzendenten Rückhalts ist: „Geborgenheit im Letzten gibt Gelassenheit im Vorletzten“ (Romano Guardini).

Gehören Freude und Gelassenheit aber zu den Kennzeichen der deutschen Christengemeinde? „Spiegel“-Journalist Erich Wiedemann sah es vor wenigen Jahren in seinem süffisanten Essay über „ein Volk in Moll“ noch so:

„Selbst christlichen Festen, die in anderen Weltgegenden des Heilands frohe Botschaft transportieren, wird im deutschen Sprachraum günstigstenfalls das Statut von Besinnungsfeiern konzidiert. Der Christ von Welt verschickt zum Christfest modische Grußkalen mit einem Weihnachtsmann vor einem kaputten Säurewald. Er gedenkt im Advent der teuflischen Kommerzialisierung des Evangeliums und zu Ostern des Rüstungswettlaufs sowie des Cholesteringehalts der Ostereier. Kurzum, er wird vor lauter Reflektieren der frohen Botschaft nicht mehr froh (...). Die jungen evangelischen Theologen sehen es nicht mehr als ihre Aufgabe an, gute Botschaften zu verbreiten. Sie haben das ganze Jahr Bußtag und würden, wenn man sie ließe, am liebsten ein elftes Gebot in die Bibel hineinredigieren, das da lautet: Du sollst dich nicht freuen“⁴⁵. Immerhin konzidierte Wiedemann der „katholischen Internationale, die ihre Schäfchen strenger hält“, daß es bei ihr „herziger und herzlicher zugeht als bei den Evangelischen“: dies sehe man schon „an ihren Gotteshäusern und deren Umfeld. Katholische Kirchen sind bunter als protestantische. Und wenn man heraustritt, dann ist die nächste Kneipe nicht weit“.

An liturgischer Sinnlichkeit und Feierfreude gibt es aber wohl auch in der katholischen Kirche einiges zurückzugewinnen. Zu den größten anthropologischen und theologischen Irrtümern der kirchlichen 68er gehörte das Bestreben, der liturgischen Feier jeglichen „Triumphalismus“ auszutreiben. Was ist angesichts des Horrors des Todes menschlicher und christlicher als der jubelnde Ausruf: „Tod,

wo ist dein Sieg? Tod, wo ist dein Stachel?“ (1 Kor 15,55)? Wer aufzuspüren sucht, wo und wie Menschen in der Kirche jene „seelische Erhebung“ finden, für die unsere Staatsverfassung den arbeitsfreien Sonntag und die Feiertage garantiert (Art. 140 GG i.V.m. Art. 139 WRV), der beobachte die Lautstärke und Mimik, mit der österliche Festgemeinden das triumphalistische Lied par excellence singen: „Wo ist dein Sieg, o bittre Tod? Du selber mußt erbeben; der mit dir rang ist unser Gott, Herr über Tod und Leben. Verbürgt ist nun die Göttlichkeit von Jesu Werk und Wort, und Jesus ist im letzten Streit für uns ein sicherer Hort. Halleluja!“.

Ebenso aufschlußreich ist ein Vergleich zweier Umfragen aus der Allensbacher Credo-Studie: In der ersten wurde einfach danach gefragt, welchen der einzelnen Glaubenssätze man glaube („oder ob Sie nicht daran glauben oder ob Sie da nicht so sicher sind“), in der zweiten, welche Sätze „für Sie wichtig sind, an die Sie glauben“. In der Regel liegt der Prozentsatz für die Antwort: „Daran glaube ich“ (Version 1) bei den einzelnen Glaubenssätzen höher als für die Antwort: „Für mich ist wichtig“ (Version 2). Dies überrascht nicht, denn es ist einfacher, etwas zu glauben, ohne es persönlich besonders wichtig zu finden, als etwas nicht richtig glauben zu können, aber trotzdem für sich als wichtig zu bezeichnen. Doch bei zwei von zwanzig im Credo enthaltenen Glaubensaussagen übertrifft die persönlich empfundene „Wichtigkeit“ die einfache Glaubensaussage deutlich: Dies sind die „Auferstehung der Toten“ (56% „für mich wichtig“, gegenüber 46% „glaube ich“) und das „ewige Leben“ (62% gegen 50%). Diese Kluft von Glaubensaspiration und Glaubenskraft muß die kirchliche Verkündigung zu schließen versuchen, wenn nicht immer mehr Menschen einer diffusen Reinkarnationsspekulation anheimfallen sollen. Mit dem Auferstehungsglauben steht und fällt das ganze Christentum: „Ist aber Christus nicht auferweckt worden, dann ist unsere Predigt sinnlos, sinnlos auch euer Glaube“ (1 Kor 15,14).

Es ist höchste Zeit für eine Rückkehr zum Wesentlichen, zu einer Beachtung einer Hierarchie

der Wahrheiten. Und da rangiert alles, was nicht in den Zehn Geboten, im Evangelium, im Credo und im Vaterunser enthalten ist, ziemlich weit hinten. In Zeiten körperlicher Auszehrung konzentriert der Organismus alle Energien auf die Versorgung der lebenswichtigen Funktionen. In Zeiten geistlicher Auszehrung muß die Kirche die „Goldklumpen des Evangeliums“ (Joachim Wanke) aufpolieren und leuchten lassen, statt sie unter dem Schutt verbiesterter Streitereien um Quisquilien der Kirchenordnung oder der Sexualmoral zu verbergen. Wenn der Sinn des Pfingstfestes weniger Menschen bekannt ist als die Haltung der katholischen Kirche zu verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung, ist ein Punkt erreicht, an dem die Proportionen wieder zu rechtgerückt werden müssen.

Dazu bedarf es einer neuen Kommunikationsdisziplin in allen theologischen bzw. kirchenpolitischen Lagern. Wenn der Papst auf einer Pastoralreise 3.000 Manuskriptseiten Predigten und Ansprachen verliert und darunter irgendwo in zweieinhalb Zeilen auch das Thema der Geburtenregelung streift, wird dies höchstwahrscheinlich in Deutschland fette Zeitungsüberschriften à la „Papst gegen Pille“, gehässige Kommentare oder gleich eine weitere Talkshow über die Schuld der Kirche am Elend der Welt zur Folge haben. Abgeschwächt gilt dies auch für öffentliche Äußerungen von Bischöfen. Eine verzerrte Medienberichterstattung konstruiert auf diese Weise kirchliche Realität. Wenn man dies als Kirchenvertreter weiß, kann man sich darauf einstellen und besser einmal auf den Halbsatz katholischer Morallehre verzichten, der ohnehin allseits bekannt ist. Aber nicht nur unsere Kirchenhierarchie muß souveräner mit der Hierarchie der Wahrheiten umgehen. Gleiches gilt auch für ihre Kritiker, die sich als emanzipierte, unabhängige, „mündige“ Christen präsentieren, aber de facto so Rom-hörig sind, daß sie nicht ruhen, bis sie in ihrem Schlafzimmer eine päpstliche „nihil obstat“-Urkunde für ihre Verhütungsmethode aufhängen können.

Kurzum: Die Kirche muß sich darauf einstellen, daß Aufmerk-

samkeit in der Mediengesellschaft ein knappes, von journalistischen Transporteuren zugeteiltes Gut ist, dessen Nutzung für die kirchliche Kommunikation wohl überlegt werden muß. Die empirische Wahl- und Parteienforschung lehrt zudem, daß die Bevölkerungsmeinung Streitigkeiten in gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen mit Führungsanspruch genau registriert und keineswegs als Ausdruck von Freigeist und Toleranz honoriert, im Gegenteil: Öffentlich zur Schau getragene Uneinigkeit beschädigt die Glaub- und Vertrauenswürdigkeit. Wieso einigen sich die innerkirchlichen Lager angesichts der individuellen Glaubensnot und der religiösen Versteppung unseres Landes (in Ostdeutschland wird nur noch jedes zehnte Kind getauft) nicht auf ein „Moratorium“ in den zweitrangigen Streitfragen und konzentrieren sich auf die Weitergabe der Kernsubstanz des Glaubens? Zumindest aber sollten alle Streitparteien die Mahnung des Apostels Paulus beherzigen, keine Prozesse vor heidnischen Richtern gegeneinander zu führen: „Wenn einer von euch einen Rechtsstreit hat mit dem andern, soll er es da auf sich nehmen, seine Sache bei den Unheiligen entscheiden zu lassen statt bei den Heiligen? Wenn ihr nun über alltägliche Dinge Rechtsfragen habt, nehmt ihr dann gerade jene zu Richtern, die in der Gemeinde nichts gelten? So aber steht Bruder gegen Bruder vor Gericht, und das vor Ungläubigen“ (1 Kor 6, 1.4.6). Heute zerren sich Christen gegenseitig vor das Tribunal einer weithin kirchenfremden öffentlichen Meinung, das zwar keine Haftstrafen, wohl aber den Pranger bis hin zu sublimen Formen öffentlicher „Hinrichtung“ kennt.

Brennender lieben

Die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft leidet nicht nur an den Differenzen über die Glaubensinhalte, sondern mindestens ebenso stark am teilweise verbiesterten bis gehässigen Umgangsstil in der Kirche. Die Aufmerksamkeit, die den frühen Christen in ihrer heidnischen Umwelt

zuteil wurde, galt aber nicht allein der geistlichen Botschaft, die sie bis hin zum Einsatz ihres Lebens als Blutzeugen bekannten, sondern ebenso ihrem menschlichen Miteinander, wie die Apostelgeschichte berichtet. „Sie verharrten in der Lehre der Apostel, in der Gemeinschaft, im Brotbrechen und in den Gebeten. (...) Alle, die zum Glauben fanden, hielten zusammen“ (2,42-44); „Die Gemeinschaft der Gläubigen war ein Herz und eine Seele“ (4,32); sie waren „alle einmütig beisammen“, und „mit Hochachtung redete das Volk von ihnen“ (5,12f). Vielleicht liegt hier im deutschen Katholizismus das größte Defizit an Liebe: wo Christen sich als Kirchenmitglieder begegnen. In anderen Lebensbereichen ist es um das christliche Beispiel der Nächstenliebe gar nicht so schlecht bestellt. „Praktizierende“ Christen als Bürger etwa unterscheiden sich von Kirchenfernen und Konfessionslosen nach allen Befunden der empirischen Sozialforschung durch eine größere Gesetzestreue – der Rechtsgehorsam ist als Dienst an der Freiheit und Sicherheit der Mitbürger eine Form der Nächstenliebe –, durch die Wahrung friedlicher Protestformen im politischen Konflikt und eine entschiedenere Distanzierung von jeglicher Gewalt gegen Personen und Sachen; sie zeigen außerdem eine größere Bereitschaft, Leistungen für das Gemeinwesen zu erbringen, fragen weniger danach, wie sie von Staatsleistungen profitieren können und lehnen deren Mißbrauch in Form unberechtigter Inanspruchnahme von Sozialhilfen unbedingter ab. Von der großen Hilfsbereitschaft in christlichen Gemeinden legen auch die zahllosen ehrenamtlichen Dienste und die immensen Kollektengelder ein beredtes Zeugnis ab. Daß selbst kirchenfremde und ungläubige Eltern viel Wert auf eine religiöse Kindererziehung zumindest im Schulunterricht und in der kirchlichen Katechese vor Kommunion und Konfirmation legen, zeigt, wie sehr die Kompetenz der Kirche in moralischen Fragen – trotz allen Widerspruchs in Details – anerkannt wird. Der demoskopisch meßbare Altruismus christlich sozialisierter Jugendlicher be-

stätigt diese Erwartungen. Daß Vorschläge aus den Reihen der „Grünen“, die kirchenfreundliche Ordnung des Grundgesetzes zugunsten einer Totaltrennung von Kirche und Staat aufzugeben und Gott aus der Präambel zu streichen, in der Verfassungskommission auf den entschiedenen Widerstand auch der Sozialdemokraten gestoßen sind, mag nicht unwesentlich in diesen Leistungen der Christen für die Wohlfahrt aller Bürger begründet sein.

Dies alles darf nicht übersehen werden, wenn man darüber spricht, woran es fehlt in der Kirche. Zwar wirbt die Gemeinschaft der Gläubigen nicht um die Anerkennung ihrer Nützlichkeit, sondern um die Annahme ihrer Wahrheit. Doch aus der Liebe erwachsende Wohltaten der Christen können Skeptikern zum Indiz für die Wahrheit des Glaubens werden. So greifen mutiges Bekennen, treues Beten, fröhlicher Glaube und tätige Liebe ineinander. Den Bestand und das Wohlergehen der Kirche könnten wir damit freilich nicht garantieren, wenn uns nicht die Inspirationen des Geistes Gottes stärkten. Alles Nachdenken über die Zukunft der Kirche muß daher ausgehen von der beständigen Bitte um die Gabe der Unterscheidung der Geister, damit wir nicht auf Sand, sondern auf den Fels bauen, auf den Christus die Kirche gegründet hat.

Anmerkungen

- 1 Th. M. GAULY, Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust. Bonn 1991, 298.
- 2 Dazu F. PRINZ, Träume um die Zukunft der Kirche, in: KKF – Zeitschrift der katholischen Frauen in Wirtschaft und Verwaltung. Mai/Juni 1993.
- 3 O. B. ROEGELE, Keiner glaubt uns, was wir nicht selbst glauben, in: IKZ Communio. 17 (1988). 144-153.
- 4 Christentum braucht Selbstbewußtsein. (Unveröffentlichter) Vortrag, gehalten am 15.11.1992 im Collegium Albertinum in Bonn.
- 5 E. WIEDEMANN, Die deutschen Ängste. Ein Volk in Moll. Frankfurt a.M./Berlin 21988, 20.

„Osteuropa – die Christen und der Friede in der Gesellschaft“

Bericht vom 35. Internationalen Kongreß „Kirche in Not“

Emil Kladiwa

Seit der Gründung des „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK) in Königstein/Ts. folgt die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) der jährlichen Einladung des Albertus-Magnus-Kolleg-Königstein e.V. zur Teilnahme am Internationalen Kongreß „Kirche in Not“. Auch am 45. Internationalen Kongreß „Kirche in Not“ nahmen zwei Delegierte der GKS – Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa und Hauptmann a.D. Heinrich Dorndorf – im Haus der Begegnung in Königstein teil. Der Kongreß wurde durch den neuen Leiter des Albertus-Magnus-Kollegs, den Prämonstratenserpater Norbert Schlegel, organisiert, der den – in der GKS von den Wochen der Begegnung in Königstein her bekannten – Pfarrer Adolf Kindermann abgelöst hat.

Auch wegen des Engagements katholischer Soldaten für das Programm „Nachbarschaftshilfe“ der Zentralen Versammlung sind Informationen über die Kirche und die Lage der Christen in unseren östlichen und südöstlichen Nachbarländern von besonderem Interesse. Seit zwei Jahren unterstützen Räte und GKS im Rahmen dieser „Nachbarschaftshilfe“ ein Projekt für gefährdete Jugendliche in Nitra/Neutra in der Slowakei (s.a. S. 87). Aus diesem Grund bildet die Slowakei den Schwerpunkt dieses Berichtes über den 45. Kongreß „Kirche in Not 1995“

Thema und Ziel des Kongresses

Der Kongreß stand unter dem Thema: „Osteuropa – die Christen und der Friede in der Gesellschaft“.

Traditionell befaßt sich der Kongreß mit der gesellschaftlichen und kirchlichen Lage vor allem in Ost- und Mitteleuropa. Im einzelnen befaßte sich der Kongreß in Vorträgen und Arbeitskreisen mit den Fragen:

- Was können Christen und die Kirche nach dem herbeigesehnten Ende der kommunistischen Herrschaft gegen die neuen Probleme – sozialer Unfriede, Konkurrenzdenken, rücksichtsloses Durchsetzen von Gruppeninteressen bis hin zu ethnischen Spannungen – tun?
- Wie sieht der realistische Beitrag zur Versöhnung der gesellschaftlichen Gruppen, zum Abbau der Spannungen aus?
- Wie können gläubigen Menschen das Friedensgebot des Evangeliums in dieser schwierigen Zeit verwirklichen?

Weihbischof Gerhard Pieschl, der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge, stellte bei der Eröffnung des Kongresses fest, die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in vielen Staaten Europas zeigten, daß fast überall der Grundkonsens der Werte gefährdet sei. Deshalb müßten die Christen ihren Beitrag zur ethischen Neuorientierung leisten. Nach seinen Worten können die Christen in diesen Ländern der „Sauerteig zur Erneuerung der Gesellschaft“ sein. Die Kongresse „Kirche in Not“, hätten sich in kommunistischer Zeit zum Sprachrohr derer entwickelt, die selbst nicht sprechen konnten. Nach der „Wende“ seien sie zu einem Ort geworden, der das Gespräch miteinander ermögliche. Weihbischof Gerhard Pieschl begrüßte etwa 300 Teilnehmer aus 14 vorwiegend ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern darunter die Kardinäle Miloslav Vlk aus Prag und Joachim Meisner aus Köln.

Die Predigt beim Eröffnungsgottesdienst hielt der Kölner Kardinal Joachim Meisner. Er hält es für erforderlich, daß sich die Christen aus ihrem Glauben heraus stärker innerhalb der Gesellschaft engagieren. Der Kardinal betonte, der Wille zu einer rein religiösen Verwirklichung des Evangeliums unter Ausklammerung des politischen, sozialen und kulturellen Raumes werde nicht der weltlichen Verantwortung des Glaubens gerecht.

Lage der Kirche in Bosnien

Der Bischofsvikar der Diözese Banja Luka, Msgr. Miljenko Anicic, gab einen aufrüttelnden Bericht über die derzeitige Situation auf dem Gebiet von Bosnien-Herzegowina. So habe sich die orthodoxe Seite bisher jedem Gespräch mit der katholischen Kirche entzogen. Die katholische Kirche sei zum größten Teil vernichtet. Von 80.000 Katholiken in der Diözese Banja Luka seien noch etwa 5.000 übrig geblieben. Es wären 43 Kirchen zerstört und 38 beschädigt worden. Ähnlich sehe es in den anderen Diözesen aus. Mit Betroffenheit lauschten die Teilnehmer dem Bericht über das unbegreifliche Drama vor den Augen Europas und der Welt.

Die Lage in Slowakei

Seit zwei Jahren unterstützen katholische Soldaten im Rahmen der „Nachbarschaftshilfe“ ein Projekt für gefährdete Jugendliche in Nitra/Neutra in der Slowakei.

Die Bischofsstadt Nitra/Neutra zählt z.Z. 193.776 Einwohner, da-

von sind 90 Prozent Slowaken und 8 Prozent Ungarn. Im Stadtgebiet befinden sich neun katholische und eine evangelische Kirche, eine landwirtschaftliche sowie eine pädagogische Universität. Die Stadt ist landwirtschaftliches Zentrum der Region, in der auch bedeutende Ausstellungen und Konferenzen stattfinden. Auf den Hängen der Stadt wird ein guter Tropfen Wein angebaut. Wie in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks hat sich auch die Slowakei ihren Weg nach Europa und in die freie, normale Gesellschaft leichter vorgestellt und ist immer noch auf der Suche nach dem richtigen Weg dorthin. Das bewirkt eine gewaltige Enttäuschung in der Gesellschaft. Es zeigt sich, daß die Opfer, die von den Menschen gefordert wurden, wesentlich höher sind, als man angenommen hatte.

Es handelt sich zum Beispiel um die Senkung des Lebensstandards, um die Arbeitslosigkeit, die etwa 15 Prozent beträgt, aber in einigen Regionen bis auf 25 Prozent angewachsen ist. Aber auch die Unsicherheit im Bereich des Gesundheits-, Schul- und Krankenhauswesens, um die nicht ganz klare Politik den nationalen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Ukrainer, Roma) und ethnischen Gruppen gegenüber.

Ständig steigen die Preise, ohne Lohnerhöhungen. Es gibt keine klaren Regelungen für Altersrenten und soziale Beihilfen. Dazu herrscht seit der Gründung der selbständigen Slowakischen Republik Unsicherheit bei der Umwandlung der Wirtschaft und ihrer Privatisierung. Das alles bringt Ungeduld und Angst mit sich und weckt bei vielen Menschen die Sehnsucht nach den „guten alten Zeiten des Sozialismus“, als es viele Probleme nicht gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund mit all seinen Faktoren und Gegebenheiten, muß die Lage der katholischen Kirche in der Slowakei gesehen werden. Zusammenfassend kann der Stand der katholischen Kirche in der Slowakei durch folgende Punkte charakterisiert werden: Die Restitution des Kirchenbesitzes, die politische Lage und die Kirche, das Problem der kirchlichen Schulen, sowie die Gründung einer zweiten Erzdiözese. Aber auch der Papstbesuch im Juli

1995 wirkte sich auf die Situation der Katholischen Kirche aus.

So hängen Kirche und Schule seit Jahrhunderten eng zusammen. Seit der Wende sind eine Reihe Gründungen kirchlicher Schulen zu verzeichnen. Probleme ergaben sich, weil die konfiszierten Schulgebäude der Kirche nicht zurückgegeben wurden. Der Staat ist wiederum verpflichtet alle Schulen finanziell zu unterhalten. Die katholischen Schulen erhalten aber nicht die vollen Mittel vom Staat, obwohl sie aus den Mitteln zur Entlohnung der Lehrer auch 37 Prozent Versicherung zahlen müssen. Das hat zur Folge, daß die Lehrer in den kirchlichen Schulen schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen in den staatlichen Lehranstalten. Ein weiteres Problem bilden die Lehrer selbst. Seit Jahrzehnten konnte kein katholischer Student Pädagogik studieren.

An den Fakultäten und Hochschulen wirken immer noch die alten Lehrkräfte. Das bedeutet, sie wissen nichts vom Christentum, sie sind von marxistischen Gedanken gut und Methoden durchdrungen. Deshalb gibt es auch an katholischen Schulen viele Lehrer, die noch marxistisch denken. Die Bischöfe faßten deshalb den Plan in Rosenberg/Ruzomberock eine Pädagogische Fakultät zur Erziehung christlicher Lehrer zu gründen. Das akzeptierte allerdings die Regierung in Preßburg/Bratislava nicht. Immerhin wurde am 29. Juni 1995 das Pädagogische St. Andreas-Institut an der Tyrnauer Universität in Rosenberg/Ruzomberock gegründet. Außer dem Papstbesuch ist das größte Ereignis für die katholische Kirche in der Slowakei die Errichtung eines zweiten Erzbistums in Kaschau/Kosice. In die neue Erzdiözese wurden die Bistümer Zips/Spis und Rosenau/Rosnava eingegliedert. Ein weiterer Grund zur Hoffnung, sind die ersten guten Priester in genügender Anzahl, die aus den Seminaren kommen. Wie Weihbischof Andreas Imrich – Zips/Spis – informierte, gibt es zur Zeit 400 Seminaristen, die sich auf das Priesteramt vorbereiten. Im Priesterseminar selbst war bis 1990 eine Schule der Geheimpolizei untergebracht. Der Dom und Bischofssitz war während der kommunistischen Zeit geschlossen und dem Verfall preisgegeben. Erfreu-

lich zu hören, daß sich die Orden weiter erholen und bereits eine segenreiche Tätigkeit entfalten. Ebenso scheint sich in der Bevölkerung langsam ein Gesinnungswandel zu vollziehen. Sie wird sich allmählich bewußt, daß es nicht genügt getauft zu sein, um Christ zu sein. Sorge bereitet vielleicht in der Jugend, eine laxe Moral und die Drogensucht. Im Gegensatz dazu ist allerdings die Hinwendung zu einem freudigen Glauben festzustellen.

Der Papstbesuch und die ursprünglich nicht vorgesehene Heiligsprechung der drei Kaschauer Märtyrer (1619) zeigte große Furchen zwischen der katholischen Kirche und der evangelischen, sowie orthodoxen Kirche auf. Die evangelische Kirche gedachte am Vorabend der Heiligsprechung in Epries/Presov in einem ganzslowakischen Gottesdienst der vierundzwanzig evangelischen Märtyrer, die dort enthauptet wurden.

Der orthodoxe Erzbischof aus Epieres/Presov, Nikolaj, lehnte ebenfalls eine Einladung zum Zusammentreffen mit dem Papst in Preßburg/Bratislava ab, weil die „orthodoxe Kirche kein katholisches Religionsbündnis ist und im Zusammenhang damit die Beziehungen zwischen unseren Kirchen nicht geregelt sind.“

Das Land der Slowaken befindet sich nicht nur in einer wirtschaftlichen und politischen, sondern auch in einer geistigen Umwandlung. Es ist ein gastfreundliches Land.

Die Ergebnisse des Kongresses wurden in der „Königsteiner Entschließung 1995“ zusammengefaßt (siehe Kasten Seite 74).

45 Jahre wurde in Königstein über die Lage der unterdrückten katholischen Kirche in Mittel- und Osteuropa informiert, Erfahrungen gesammelt und ausgetauscht. Vor allem aber wurde bei den Internationalen Kongressen „Kirche in Not“ den Menschen in den kommunistischen Ländern Hoffnung gegeben. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus muß nun die Kirche dort eine andere Rolle spielen. Dadurch hat auch der Kongreß eine andere Bedeutung erhalten. Der Limburger Weihbischof Piechl drückte es so aus, seit

dem Jahr 1990 gehe es nicht mehr darum „über oder für die Menschen sowie die Kirche im Osten“ zu sprechen, sondern mit ihnen. Wurde nun mit den Menschen in diesen Ländern genug gesprochen, gibt es dort keine Kirche in Not? Im Jahr 1996 wird es den Internationalen Kongreß „Kirche in Not“ nicht mehr geben.

Dem aufmerksamen Beobachter, bleibt auch heute der „7. Engel mit



der Posaune“ als Bote der Hoffnung – der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt – an der Stirnwand am Haus der Begegnung in Königstein/Ts. – dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreis (KOK) nicht vorborgen. Fast scheint es so, daß der Zahn der Zeit auch an dem Königsteiner Engel – dem Traditionssymbol der GKS (siehe Umschlagseite 4) – nicht ganz spurlos vorüber gegangen ist.

Ergebnis: „Königsteiner Entschliebung 1995“

1. Nach den gewaltigen Umbrüchen im Osten Europas haben sich viele Hoffnungen auf Frieden nach außen und innen nicht erfüllt. Die menscheitsbedrohende Konfrontation der Supermächte ist weggefallen, doch in Europa sind bewaffnete Auseinandersetzungen wieder möglich geworden. Bereits zum 5. Male mußte sich der Kongreß mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien befassen.
2. Aber auch dort, wo die postkommunistischen Staaten nach der Wende von kriegesischen Auseinandersetzungen verschont blieben, ist der innere Friede gestört oder gefährdet. Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche werden die Folgelasten der alten Regime in vollem Ausmaß erkennbar; die materiellen und geistigen Verwüstungen, die die Zwangswirtschaft und ein totalitäres Menschenbild hinterlassen haben, sind größer als befürchtet.
3. Soziale Probleme, Unzufriedenheit, Neid und das Unverständnis ökonomischer Zusammenhänge, aber auch rücksichtslose Profitgier erschweren die Reformen und bedrohen den inneren Frieden. Die Kräfte von gestern suchen dies zu nutzen, um die alte Friedhofsruhe nostalgisch zu verklären. In dieser Situation müssen die Christen gemäß dem Evangelium Sauerkeit zur Erneuerung der Gesellschaft sein – und nicht nur passive Beobachter am Rande.
4. Für christliche Werte, für Menschenrechte einzutreten, kann auch heute zum Ärgernis werden. Dieses Risiko darf der Christ nicht scheuen. Beharrlich und besonnen müssen die Gläubigen für den Frieden in der Gesellschaft eintreten: er ist immer ein Werk der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Freiheit.
5. Teilnehmer verschiedener Konfessionen und Nationen suchten in Königstein nach Visionen für ein einiges und friedliches Europa. Dieses größere Europa meinte der Papst, als er vor 15 Jahren die Slawenapostel Cyrill und Method zu Patronen Europas erhob. Heute appelliert der Kongreß an alle Christen, das Bewußtsein für die geistig-kulturelle Dimension Europas zu schärfen und den Menschen auf der Suche nach dem Sinn ihres Daseins neue Orientierung zu geben. Damit dienen sie dem äußeren und inneren Frieden.

KURZ NOTIERT

ZdK: Friedensschaffender Einsatz deutscher Soldaten

Den deutschen Soldaten, die sich an der Friedensstruppe beteiligen und ihren Familien, versicherte Rita Waschbüsch die Solidarität des Zentralkomitees. Die Vorgänge in Bosnien, so unterstrich sie, hätten vielen Menschen klargemacht, daß angesichts solcher Konflikte militärische Maßnahmen zur Beendigung kriegeri-

scher Auseinandersetzungen und zur Sicherung des Friedens nicht nur politisch verantwortlich, sondern gegebenenfalls auch politisch geboten seien. Es sei erfreulich, daß die Beteiligung deutscher Soldaten an den Friedensstruppen inzwischen in der Öffentlichkeit zunehmend mitgetragen werde.

(ZdK-Mitteilungen 449/96)

Katholische Militärseelsorge in Polen

Wolfgang Grycz

Der polnische Offizier, der den Verfasser in den fünfziger Jahren durch die Warschauer Altstadt begleitete, war ein höflicher Mensch. Dennoch sträubte er sich, auch nur für einige Minuten mit in die Kathedrale zu kommen. Als höherer Offizier in Uniform ein Gotteshaus zu betreten, als Repräsentant einer kommunistischen Armee, das schien ihm unzumutbar. Dabei war er, wie sich später zeigte, kein Ungläubiger. Angehörige verrieten, daß er die Söhne bei Verwandten in der Provinz heimlich zur Erstkommunion gehen ließ.

Aus der Sicht derer, die in der Armee für diese antireligiöse Repression mitverantwortlich waren, nahm General Jaruzelski – ehemaliger kommunistischer Verteidigungsminister, Partei- und Staatschef – vor einigen Monaten in einem Interview mit der Zeitung „Gazeta Robotnicza“ (16.06.95) Stellung. Er mokiert sich heute über jene Offiziere, die nach Einführung der Demokratie im Lande plötzlich eine wunderbare Bekehrung erfahren hätten:

„Ich begreife diesen Teil des älteren Offizierskaders nicht, ich fühle mich geradezu peinlich berührt von der Haltung dieser Menschen, die einst entschieden atheistische Haltungen vertraten oder eventuell weltanschauliche Neutralität deklarierten, die aber jetzt übereifrig ihre Religiosität betonen. Ich habe nicht das Recht, jemandem eine wundersame Bekehrung abzusprechen, solche Fälle hat es gegeben, aber in unserer Armee hat das massenhaft und allzu ostentativ stattgefunden ...“ (zit. nach „Kultura“ Nr. 9/1995, 143/144).

1000 Jahre Militärseelsorge

Der Ausländer, kann zu seinem Erstaunen erfahren, daß es sogar in der kommunistischen Zeit – trotz der antikirchlichen Repressionen und des Kirchenkampfes – dem Namen nach eine katholische

Militärseelsorge in Polen gegeben hat. Gern würde man im „Schematismus des Feldordinariats der Polnischen Armee“, 1994 in Warschau herausgegeben, etwas mehr über diese Zeit lesen. In dem dort enthaltenen „Historischen Abriß der Militärseelsorge in Polen“ (S. 51-56) finden wir viel über die Geschichte und Bedeutung dieser pastoralen Betreuung der Soldaten. Schon im 10. Jahrhundert habe es „die Anwesenheit von Priestern beim Militär“ gegeben.

Durch die ganze Geschichte Polens, während der Aufstände gegen die Besatzungsmächte im 19. Jahrhundert -, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und nach dem Überfall Nazi-Deutschlands, habe die Militärseelsorge eine große Rolle gespielt. Der damalige Feldbischof Gawlina habe im September 1939 Warschau verlassen. „Er organisierte den seelsorglichen Dienst in den im Ausland gebildeten Abteilungen der Polnischen Armee, zuerst in Frankreich und nach dessen Zusammenbruch in England. Im Frühjahr und Sommer 1942 weilte er in der UdSSR, wo er Formationen der Armee von General Anders ... visitierte. Im folgenden Jahr inspizierte er die in Ägypten und im Nahen Osten gebildeten polnischen Abteilungen. Er nahm teil am Italienfeldzug.“

Über die dunkle Zeit des Kommunismus, wo eine Seelsorge beim Heer eher formal existierte und wo Vertreter dieser Militärgestlichkeit sich nicht selten als „patriotische Priester“ gegen den Episkopat in Stellung bringen ließen, finden sich im „Historischen Abriß“ nur zwei kärgliche Absätze. Auf Aufarbeitung dieser düsteren Vergangenheit wird verzichtet. Es heißt dazu:

„Im Nachkriegspolen wurde ein Generaldekanat der polnischen Armee mit Sitz in Warschau ... berufen – ein Surrogat der Vorkriegsmilitärseelsorge. Der an seiner Spitze stehende Generaldekan erfüllte lediglich administrative

Funktionen im Auftrag des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Seine kanonische Jurisdiktion erhielt er vom Primas von Polen und die einzelnen Priester auf dem Gebiet Polens von den Ortsbischöfen.“

Wiedererrichtung der Militärseelsorge in Polen

Ähnlich wie im Fall des von den Kommunisten aus den Schulen vertriebenen Religionsunterrichts hatte es die Kirchenführung sehr eilig damit, die Militärseelsorge wiederzuerrichten – nach den Jahren religiöser Unterdrückung ein durchaus verständlicher Wunsch. Wie ein kirchlicher Insider es im Gespräch ausdrückte, war es das Bestreben des neuernannten „Feldbischofs“, schnell vollendete Tatsachen zu schaffen, das Terrain zu besetzen, bevor politische Veränderungen (z.B. Neuwahlen) einen weniger kooperativen Partner auf der Regierungsseite bescherten.

„Am 21. Januar 1991 stellte Papst Johannes Paul II. das Feldordinariat in Polen wieder her, wobei er gleichzeitig einen Feldbischof der polnischen Armee in der Person Sr. Exzellenz Bischof Slawoj Leszek Glódz berief ... Entsprechend dem Dekret der Apostolischen Nuntiatur in Warschau nahm das Feldordinariat mit dem 31. Januar 1991 seine Arbeit auf.“

Die Weihe des Feldbischofs erfolgte in Jasna Góra am 23. Februar 1991 ...“ (a.a.O.).

Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß der heutige Papst sowohl der polnischen Armee wie deren Seelsorge große Bedeutung beimißt. Dies fand seinen Ausdruck schon am 2. Juni 1991, als ihn bei seiner Pilgerreise nach Polen 40.000 Soldaten auf dem Flughafen in Köslin/Koszalin begrüßten. Dort habe der Hl. Vater auf den Stellenwert der Militärseelsorge für Nation und Kirche hingewiesen.

Konkordat und Militärseelsorge

Unter den im „Schematismus“ des polnischen Militärbischofs abgedruckten Dokumenten findet sich auch Artikel 16 des „Konkordats zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Polen“, der die Überschrift trägt „Über Militärseelsorge“. Dieses Konkordat vom 28. Juli 1993 ist allerdings vom polnischen Parlament bisher nicht verabschiedet worden und hat demzufolge keine Rechtsgültigkeit.

In diesem Artikel 16 ist festgelegt, daß „der Feldbischof die seelsorgliche Betreuung der Soldaten katholischer Konfession während ihres aktiven Militärdienstes, auch des professionellen Dienstes, im Rahmen des Feldordinariats ausübt – in Einklang mit dem Kirchenrecht und mit dem Statut, das vom Hl. Stuhl im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden der Republik Polen bestätigt ist.“ Den Soldaten wird die „Möglichkeit der freien Teilnahme an der Hl. Messe an Sonn- und Feiertagen gewährleistet, sofern dies nicht mit wichtigen Dienstpflichten kollidiert“.

Das Konkordat sieht vor, daß „während der Mobilmachung und in Kriegszeiten die kirchliche Behörde zusätzliche Priester zur Wahrnehmung von Funktionen als Militärgeistliche“ zur Verfügung stellt.

Dekret und Ernennungsbulle

Die vatikanische Kongregation für die Bischöfe teilte am 21. Januar 1991 per Dekret mit, daß „auf Bitte der Polnischen Bischofskonferenz und auf Grund von Postulaten der Behörden dieses Volkes, der seelsorglichen Betreuung an den erwähnten Gläubigen“ (den Soldaten) „eine dauerhafte Form und einen Rechtsstatus zu geben“, der Papst hiermit das Feldordinariat in Polen wiederherstelle, unter Anlehnung an die allgemeinen Prinzipien der Apostolischen Konstitution „*Spirituali militum curae*“. Mit der Ausführung der Beschlüsse sei der Nuntius in Polen, Erzbischof Kowalczyk, beauftragt.

In der Ernennungsbulle hebt der Papst hervor: „Unter unseren zahlreichen Sorgen um die Struktur der Kirche in Polen nimmt die Notwendigkeit der apostolischen Arbeit in der Polnischen Armee ...

einen besonders wichtigen Platz ein.“ Die „Ereignisse der vergangenen Epoche“ hätten die Notwendigkeit dieser Seelsorge unter den Soldaten deutlich gemacht. Zur Person des neuen Feldbischofs: „Uns scheint es nicht, daß jemand würdiger und besser vorbereitet wäre für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe als Du, geliebter Sohn. Wir wissen, daß Du in der Ausführung Deines priesterlichen Dienstes schon allgemeine Anerkennung gefunden und dich durch entsprechende Eigenschaften ausgezeichnet hast. ... Kraft unserer Vollmacht setzen wir dich zum Feldbischof in Polen ein. ...“

Das Statut des Militär-Ordinariats

Im Statut des Feld- bzw. Militärbischofs in Polen werden u.a. die Arbeitsbereiche und Kompetenzen dieses Ordinariats sowie des Feldbischofs selbst beschrieben. Danach bildet das Feld- bzw. Militärordinariat „einen rechtlich mit einer Diözese vergleichbaren Kirchenbezirk ...“

Das Feldordinariat lasse sich leiten von der schon genannten Apostolischen Konstitution über Militärseelsorge, von den Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches, von diesem Statut. Zum Feldordinariat gehören folgende Gruppen von Katholiken:

- „Berufssoldaten, ihre Ehepartner, Kinder, auch die volljährigen, sofern sie im Hause der Eltern leben, sowie die zusammen mit ihnen wohnenden Eltern und Verwandten“.
- „Soldaten im aktiven Militärdienst (Nicht-Berufssoldaten) während der Ableistung dieses Dienstes“.
- „Zivilbeschäftigte, die ständig in Militäreinheiten ... angestellt sind“, ferner Schüler von Militärschulen, Angestellte oder Insassen von Militärlazaretten, von Altenheimen des Militärs und ähnlichen militärischen Einrichtungen.

Den „Feldbischof ernannt völlig frei der Hl. Vater. Kandidaten für dieses Amt werden dem Hl. Vater vom Nuntius nach vorhergehender Konsultation der zuständigen Kirchen- und Regierungsstellen“ vorgelegt. Der Feldbischof hat die Rechte eines Diözesanbischofs und gehört zur Polnischen Bischofskonferenz.

Priester und Kurie des Feldbischofs

Die Priesterschaft des Feldbischofs besteht aus Diözesan- und Ordenpriestern, „die in das Ordinariat inkardiniert worden sind oder zu dessen Nutzen eine ständige Pflicht erfüllen“. „Der Feldbischof übt die Seelsorge aus, unterstützt von den Dekanen, die er selber entsprechend den pastoralen Bedürfnissen ernannt, sowie von Feldgeistlichen, die ihre Funktion in eigenen Garnisonskirchen oder in gemieteten Räumen, auf Militärgelände, wie Kasernen und Truppenübungsplätzen, erfüllen. ... Der Feldbischof ernannt und beruft Militärgeistliche entsprechend den Vorschriften des Kirchenrechts ab. Die Militärpfarrer besitzen Rechte und Pflichten wie Ortspfarrer.“

Schließlich ist in Punkt III, 15 des Statuts sichergestellt, daß „der Bischof und die Militärgeistlichen militärische Ränge, Ehren, Gehälter und Pensionen annehmen dürfen. ...“ Auch der neue Feldbischof kam bald zu solchen Ehren. Bereits am „18. April 1991 erhielt er aus den Händen des Präsidenten der Republik Polen die Ernennung zum Brigadegeneral der Polnischen Armee“.

Am „11. November 1993“ wurde er befördert und darf sich jetzt Divisions-General nennen; immerhin steht er damit eine Stufe höher als sein die orthodoxen Soldaten im Lande betreuender Kollege, Bischof Sawa.

Aufbau der Militärseelsorge

Das Ordinariat des Feldbischofs verfügt über eine eigene Presseabteilung sowie eine Zeitschrift „Unser Dienst“. Dem Feldbischof Glódz steht ein Generalvikar im Oberstenrang sowie ein Kurienkanzler zur Seite.

Mit einer „Instruktion des Feldbischofs über die Seelsorgsstruktur“ für den Bereich der polnischen Militärseelsorge vom 7. Dezember 1992 hat Bischof Glódz den Aufbau und die Wirkungsweise dieser Seelsorge bestimmt. Auch die Verpflichtungen der Geistlichen in der Militärseelsorge werden dort beschrieben. Sie werden nicht nur auf die „kirchliche Disziplin“ in Fragen der Seelsorge, sondern auch auf das „militärische Reglement in Fragen der Militär-

disziplin“ festgelegt. Die Instruktion geht so ins Detail, daß sie „alle Militärseelsorger zur Zusammenarbeit mit der Redaktion“ der erwähnten Zeitschrift verpflichtet. Auch wer die Teilnahme des Feldbischofs „an religiösen und patriotischen Feierlichkeiten“ dokumentiert, ist genau festgehalten.

Weitere Bestimmungen betreffen den Aufbau und die Arbeitsweise der „Militärpfarreien und Militärpfarrer“. „Feldkathedrale der Polnischen Armee ist die Militärkirche zur Heiligsten Jungfrau Maria – Königin Polens – in Warschau“. Paragraph 49, Absatz 2 hält lakonisch fest: „Die Soldaten der Polnischen Armee aller Bezirke und Gattungen nehmen an Gottesdiensten in der Feldkathedrale wie im eigenen Gotteshaus teil und lassen ihr ihre Fürsorge angedeihen.“

Die Militärseelsorge der katholischen Kirche ist in Polen landesweit organisiert. Sie umfaßt den Warschauer Militärbezirk (er erstreckt sich von der polnischen Hauptstadt bis nach Białystok an der Ostgrenze, bis Elbingen und Goldap im Norden), den Krakauer Militärbezirk (er umfaßt Kattowitz, Gleiwitz, Kielce, Krakau, Lublin und im Südosten Przemyśl und Rzeszów), den Militärbezirk Pommern (einschließlich Stettin, Bromberg, Köslin, Stettin und Thorn), schließlich den Schlesischen Militärbezirk (hierzu gehören Brieg, Gnesen, Guben, Crossen an der Oder, Breslau, Sagan, Liegnitz, Görlitz).

Die Seelsorge für die Kriegsmarine verfügt in Gdingen über einen eigenen Dekan. Der Dekan für die Luftstreitkräfte und Luftabwehr hat seinen Sitz in Warschau. Ein weiteres Gebiet der Militärseelsorge betrifft die militärischen Hochschulen und Lazarette.

Die Militärseelsorge erstreckt sich auch auf die Grenzpolizei, die dem Innenministerium untersteht. Für die in Jugoslawien, Kambodscha, im Libanon und in Syrien eingesetzten polnischen Soldaten im Rahmen des UN-Auftrags wurden ebenfalls Militärpfarrer abgestellt.

Kritik am Militärbischof

Der recht kostspielig aufgemachte „Schematismus“ über die Militärseelsorge (ganzseitige farbige Fotos des Papstes, des Nuntius,

des Primas und des Militärbischofs auf feinstem Kunstdruckpapier) und anderes geben Anlaß, darüber nachzudenken, ob sich der Feldbischof nicht gerade als Angriffsziel für kritische Blicke anbietet. Sein Umgang mit den Medien scheint nicht der glücklichste, wenn er z.B. der linken, aber angesehenen Warschauer Wochenzeitung „Polityka“ einen Korb gibt, als sie darum ersucht, Näheres über die Seelsorge zu erfahren. Um ein Gespräch gebetene Militärpfarrer hätten das Gespräch im Hinblick auf die ausstehende Zustimmung ihres Bischofs verweigert. Selbst die Offiziere versteckten sich hinter Anonymität. Sogar Universitätsprofessoren hätten zu diesem Thema vorsichtig geäußert: „Soll ich wieder beim Bischof anecken?“ Die vielgelesene Wochenzeitung konstatiert: „Mit einem Wort es wird gemauert.“

Der Artikel über die Militärseelsorge wurde dennoch geschrieben. Die Verfasserin, Ewa Wilk, meint zur „Armee Seiner Exzellenz“ („Polityka“, 5.11.94), man habe bei Wiedereinrichtung des Feldordinariats in der polnischen Armee davon gesprochen, „daß diese eine Rückkehr zur Normalität ist“. Sie fragt „Weshalb kann man knapp vier Jahre später über die Anwesenheit der Militärgeistlichen unter den Soldaten kein normales Gespräch führen?“

Andererseits wird aus dem Artikel deutlich, daß nicht nur die Sprödigkeit des Militärbischofsamtes an Spannungen schuld sein dürfte. Immerhin hatte die aus dem postkommunistischen Parteienverbund kommende stellvertretende Verteidigungsministerin Danuta Waniek gleich nach der Übernahme ihres Amtes einen Konflikt mit Bischof Głódz herbeigeführt, „nachdem sie in einem Interview ... festgestellt hatte, daß die Armee auf Kommando zu den Messen marschiert.“ Der Feldbischof habe „mit einer Kanonade von Briefen an den Präsidenten, den Nuntius, den Ministerpräsidenten geantwortet“.

Bischof Głódz habe protestiert „gegen die Durchführung von soziologischen Untersuchungen unter Soldaten, bei denen es um die Respektierung der Gewissens- und Konfessionsfreiheit ging; dabei habe er argumentiert, daß man bisher

ohne solche Befragungen ausgekommen sei“ („Polityka“, 5.11.94).

Schließlich kam es zu dem in Polen hohe Wellen schlagenden Ereignis in Drawsko. Dort war es zu einer Quasi-Verschwörung der Generalität mit Walesa gegen die Führung des Verteidigungsministeriums gekommen. Übel wurde – nicht nur von linken Kritikern – vermerkt, daß der Militärbischof sich an diesem „Essen“ mit dem Präsidenten beteiligt habe. Ewa Wilk meint, daß trotz aller Kritik „niemand die Anwesenheit von Seelsorgern in der Armee, die in Offiziersrängen beschäftigt und aus der Staatskasse bezahlt werden, in Frage stelle“. Der postkommunistische Abgeordnete Zemka äußerte: „Ich meine, sogar auf der Linken überwiegt die Akzeptierung.“

Dem Bericht in der „Polityka“ zufolge ist die Sollstärke der Militärgeistlichen auf 200 berechnet – bei einer Armee von 250.000 Mann.

Ihr mittleres Alter betrage 33 Jahre. Unter ihnen seien Leute mit ungewöhnlichen Biographien und unkonventionelle Persönlichkeiten. Einer sei erfahrener Düsenpilot, ein anderer Fallschirmspringer. Über den Kanzler der Feldkurie höre man die Meinung, er sei „einer der intelligentesten Priester der mittleren Generation, sehe die Notwendigkeit einer Öffnung für neue intellektuelle und kulturelle Trends“.

Gefragt wird natürlich auch von Kritikern, was die Militärseelsorger, denen die Pastoral an den jungen Wehrpflichtigen ja eine besondere Sorge sein müßte, gegen weitverbreitete Mißstände in den Kasernen unternehmen. Es bleibe bei frommen Wünschen, wenn es darum gehe, etwas gegen die grausamen Praktiken zu tun, die die älteren Jahrgänge gegenüber den frisch gezogenen Wehrpflichtigen anwenden.

Nach der „Wende“ in Polen mußten etliche Generale vorzeitig in Pension gehen. Obristen der folgenden Generation traten an ihre Stelle. Heute fragt sich mancher Kirchenmann, ob die alten, durch den Kommunismus oft kompromittierten Armeeführer nicht wenigstens in ihrer Kindheit Berührung mit der Religion hatten. Die jetzt aufgerückten obersten Mili-

tärs aber sind ganz im Kommunismus aufgewachsen und erzogen, sie hatten keinerlei Berührung mit Kirche und Glauben. Um so mehr verwundert es dann, wenn sie sich heute besonders eifrig für Kirche und Religion interessieren, ja begeistern. Auch Militärbischof Glódz äußerte sich in einem Interview mit den Worten: „Manchmal kann ein junger Leutnant, der die dritte Generation der Volksrepublik Polen repräsentiert, stärker kommunistisch durchgesetzt sein als ein alter General.“

„Fast 80 % der Berufssoldaten erklären sich heute als gläubig.“ Also dürfte es keine große Ablehnung von Seiten des Offizierskorps gegen die Militärgeistlichen geben.

Aber trotzdem stoße man auf gereizte Kommentare von Seiten der Offiziere, wenn es um vermeintliche oder echte Bevorzugungen der Militärfarrer geht. So mancher Offizier müßte viele Jahre dienen, um Hauptmann zu werden, während die Militärgeistlichen schon mit diesem Rang starteten. Während in der Armee „12.000 Familien auf eine Dienstwohnung“ warten, komme ein Priester in Uniform ganz schnell zu seinen zwei oder drei Zimmern. Ein Offizier mit dem Gehalt im Gegenwert von wenigen hundert Mark muß Frau und Kinder davon ernähren, kommt kaum zurecht,

dann aber müsse er sehen, wie der frisch ernannte Militärfarrer im „Fiesta oder Toyota dahergefahren“ komme. Ein Mitarbeiter des Generalstabs äußerte: „Der Lebensstil mancher Militärgeistlicher reizt. Sie sehen ihren Dienst in der Armee als eine besondere Art Karriere, fühlen sich ausgezeichnet in den Salons der Befehlshaber und strecken die Brust heraus, um Auszeichnungen und Medaillen entgegenzunehmen.“

Der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Komorowski meint, daß diese Militärfarrer andererseits „durch nicht sehr ehrliche Demonstrationen von Religiosität und Loyalität, ja Liebedienerei demoralisiert oder desorientiert“ würden. So habe ein Offizier um sofortige Beförderung mit der Begründung ersucht, er sei im Leben der Pfarrei besonders aktiv gewesen.

Die schon erwähnte stellvertretende Verteidigungsministerin (und spätere Chefin des Wahlkampfstabes des postkommunistischen Präsidentschaftskandidaten Kwasniewski) Danuta Waniek, für die Militärbischof Glódz so etwas wie ein Intimfeind wurde, behauptet, viele Leute stellten Vergleiche zwischen dem Militärbischofsamt und den Zeiten der verfloßenen kommunistischen Herrschaft an: „Es findet ein unveränderter Wettlauf um

Gnaden statt. Aber ich bemühe mich, diese Leute zu verstehen. Die Armee wird zurückgeschrumpft, das weckt gewöhnliche Angst, Unruhe um die Zukunft.“

Nicht nur von der linken Presse wird der Militärbischof Glódz ins Visier genommen, auch andere weltliche Medien sehen ihn kritisch, so die angesehene, in Paris erscheinende liberale Monatszeitschrift „Kultura“, die ohne Umschweife seine schnelle Abberufung forderte.

Nach Jahrzehnten eines atheistischen totalitären Regimes, in dem echte Seelsorge in der Armee unmöglich war, ist es richtig, daß die Militärseelsorge ihren festen Platz in Polens Armee wieder erhalten hat. Nicht nur wegen der Kritiker aus dem linken und liberalen Lager sollte aber stärker als bisher darauf geachtet werden, daß die Verantwortlichen für diese Seelsorge sich keine Blöße geben. Das heißt nicht, daß man sich den Postulaten von Kirchengegnern fügt, aber doch, daß man sich aus dem politischen Spiel heraushält, möglichst wenig Angriffsflächen bietet und Klugheit walten läßt. Die Seelsorge unter den polnischen Soldaten ist eine zu wichtige Aufgabe, als daß sie durch Mangel an Besonnenheit oder politischen Ehrgeiz gefährdet werden darf.

KURZ NOTIERT

Slowakei führt Militärseelsorge ein

Bratislava, 24.1.96 (KNA) In der Slowakei werden künftig 40 katholische Priester als Militärseelsorger und fünf Geistliche als Polizeiseelsorger tätig sein. Eine entsprechende Übereinkunft sei zwischen Staat und Kirche getroffen worden, sagte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Rudolf Balaz, am Mittwoch in Bratislava. Die Militärgeistlichen würden ihre Tätigkeit bald aufnehmen, die Anstellung der Polizeiseelsorger werde sich noch verzögern.

Rumänien: Orthodoxe Kirche darf Militärseelsorge leisten

Bukarest, 26.1.96 (KNA) Die orthodoxe Kirche in Rumänien darf wieder Militärseelsorge leisten. Ein entsprechendes Abkommen sei von Patriarch Teoctist I. und Verteidigungsminister Gheorghe Tinca unterzeichnet worden, berichtet der in Bukarest erscheinende orthodoxe Pressedienst SOP. Der Patriarch habe die Unterzeichnung des Abkommens als ein „historisches Ereignis“ bezeichnet, weil damit eine spirituelle Tradition wiederaufgenommen werde, die die kommunistischen Machthaber 1948 abgebro-

chen hätten. Verteidigungsminister Tinca hoffe, daß durch die Wiedereinführung der Militärseelsorge die Bande zwischen Kirche und Armee „zum Wohl des Landes und der ganzen Nation“ verstärkt würden. Die orthodoxen Militärgeistlichen werden in Rumänien von der Kirche benannt und vom Staat nach einer entsprechenden Ausbildung angestellt.

Rumänien ist damit das erste mehrheitlich orthodoxe Land in Mittel- und Osteuropa, das die Militärseelsorge offiziell wiederaufnimmt. Auch in Rußland, in der Ukraine und in Bulgarien gibt es Bestrebungen zur Wiederaufnahme der Seelsorgearbeit in der Armee, jedoch noch nicht in Form von Militärgeistlichen.

VERSÖHNUNG MIT POLEN

„Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit“

Gemeinsames Wort der polnischen und deutschen Bischöfe

Eine gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz mit dem Titel „Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit“ wurde am Mittwoch, dem 12. Dezember 1995, anlässlich eines Treffens hochrangiger Delegationen des deutschen und polnischen Episkopates in Warschau der Presse vorgestellt. Mit der Erklärung würdigen die Bischofskonferenzen beider Länder die Bedeutung der Versöhnungsbotschaften, die polnische und deutsche Bischöfe vor dreißig Jahren austauschten.

Bei der Erklärung handelt es sich um die erste gemeinsame Erklärung des polnischen und des deutschen Episkopates. In ihr würdigen die Bischöfe die „geradezu prophetische Bedeutung“ der Geste der polnischen Bischöfe, die an ihre deutschen Amtsbrüder während des Zweiten Vatikanischen Konzils die Worte richteten „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Zusammen mit dem Antwortschreiben der deutschen Bischöfe sei dies „der Beginn eines gemeinsamen Weges gewesen, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.“ Menschen beider Völker, die aus christlicher Verantwortung handelten, hätten dazu einen „aus-

schlaggebenden Beitrag“ geleistet. Die Erklärung nennt neben anderen herausragenden Initiativen das Zeugnis der deutschen und polnischen Heimatvertriebenen.

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sprechen die Bischöfe erneut die Worte aus „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Sie gedenken dabei „all des Unrechts, das im Verlauf und als Folge dieses Krieges begangen wurde.“ Die Erklärung ruft den „verbrecherischen Angriffskrieg des nationalsozialistischen Deutschland“ in Erinnerung und das „tausendfache Unrecht, das in der Folge den Menschen in Polen durch Deutsche zugefügt wurde.“ Die Bischöfe schließen in ihre Vergebungsbitte auch das Unrecht ein, das „vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat im Gefolge der Beschlüsse der Siegermächte auch von Polen angetan wurde“.

In einem eigenen Kapitel unterstreichen die Bischöfe die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses. Die Kirche in beiden Ländern bejahe „mit voller Über-

zeugung“, daß Europa heute zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammenwachse, an der auch die Völker Mittel- und Osteuropas teilhaben. Die europäische Einheit dürfe jedoch nicht zum Verschwinden nationaler Identitäten führen. Die christlichen Werte, so die Bischöfe, gehören zur Identität Europas. Es gelte heute, „Europa wieder seine christliche Seele zurückzugeben.“ An die Jugendlichen appellieren die Bischöfe, jede Form von übertriebenem Nationalismus und Intoleranz zu verwerfen.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Achtung der Menschenrechte bezeichnen die Bischöfe als das einzig tragfähige Fundament eines dauerhaften Friedens. Dem Prozeß der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen komme für den Frieden und die Verständigung in ganz Europa grundlegende Bedeutung zu.

(Pressemitteilung DBK)

Jeder Tropfen zählt!

23./24. MÄRZ 1996

MISEREOR
FASTENKOLLEKTE

IN ALLEN PFARREIEN

**Fastenaktion der deutschen Katholiken
für Gerechtigkeit und Solidarität**

21. Februar bis 7. April 1996

„Mit Jesus Christus auf dem Weg“

Heilig-Rock-Wallfahrt 1996

Internationaler Soldatentag am 9. Mai 1996

Carl Ursprung

„In dieser Weltsituation möchten wir als Christen Zeichen der Hoffnung und des Friedens setzen. Es geht um eine besondere Hinwendung zu Christus, um einen besonderen Aufbruch der Besinnung, des Gebetes und des tätigen Füreinander-Einstehens.“

Mit diesen Worten ruft der Bischof von Trier, Dr. Hermann Josef Spital, zur dritten Heilig-Rock-Wallfahrt in diesem Jahrhundert.

Die „Tunica Domini“ oder „Der Heilige Rock“

Die Überlieferung sagt, daß in Trier der Heilige Rock, das Gewand Christi, aufbewahrt wird. Von ihm heißt es im Johannes Evangelium, daß dieses Gewand – ohne Naht gewebt – unter den Soldaten, die Jesus gekreuzigt hatten, verlost wurde (vgl. Joh 19, 23–24).

Die Tradition erzählt, daß die Mutter von Kaiser Konstantin, die Heilige Kaiserin Helena, bei ihrer Pilgerfahrt nach Jerusalem im vierten Jahrhundert dieses Gewand dort gefunden und nach Trier gebracht habe.

Trier wurde damals neben Rom, Alexandrien und Konstantinopel zu den Hauptstädten der Welt gezählt und war Sitz des römischen Kaisers.

Wenn auch die Echtheit dieses Gewandes nicht nachgewiesen werden kann, so reicht diese Trierer Tradition doch tief in das erste Jahrtausend hinein. Ein literarisches Zeugnis belegt, daß die Tunica Domini am 1. Mai 1196 in den neuerrichteten Hochaltar des Ostchores im Dom mit anderen Reliquien eingemauert wurde. Beim Reichstag 1512 wurde auf Drängen des Kaisers der Altar aufgebrochen, die Tunica Domini und andere Reliquien, wie beschrieben,

aufgefunden und es kam zu einer ersten öffentlichen Zeigung und Verehrung.

Zunächst wurde alle sieben Jahre zu einer Heilig-Rock-Wallfahrt eingeladen. In den folgenden Jahrhunderten in unregelmäßigen Abständen; zuletzt gab es Wallfahrten in den Jahren 1933 und 1959.

Internationaler Soldatentag im Jahre 1959

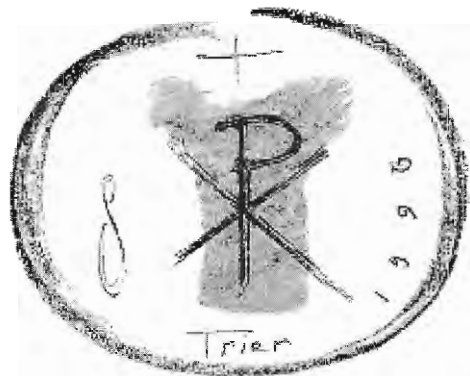
Bei der Wallfahrt von 1959 gab es einen Internationalen Soldatentag, an dem neben Soldaten der Bundeswehr auch Uniformierte der amerikanischen, französischen und luxemburgischen Streitkräfte teilnahmen. Dies ist in der damaligen Weltstunde, so kurz nach Gründung der Bundeswehr, nicht selbstverständlich gewesen. Wie wir alten Presseberichten entnehmen, wurden mehr als 1.200 uniformierte Teilnehmer gezählt.

Die Wallfahrt 1996

Nun hat in der Sylvesterpredigt von 1992 der Trierer Bischof wiederum zu einer Wallfahrt nach hier eingeladen. Sie wird stattfinden vom 19. April bis 16. Mai 1996. Es werden einige hunderttausend Pilger erwartet.

Der Wallfahrtspfarrer, Dr. Felix Genn, schreibt zum Sinn dieser Wallfahrt:

„Am Ende des zweiten christlichen Jahrtausends wollen wir gemeinsam feiern und bekennen, daß Jesus Christus der Urheber und Vollender unseres Glaubens ist, daß wir ihm trauen, auch weiterhin mit uns die Wege unseres Lebens und der menschlichen Geschichte gehen zu können. Der Hl. Rock ist ein sinnfälliges Zeichen dafür, daß



unser Gott Mensch geworden ist, daß er unser Menschenkleid angezogen hat. ... Der Hl. Rock ist seit der Zeit der frühen Kirche immer auch ein sprechendes Symbol für die Einheit der Kirche gewesen.“

Internationaler Soldatentag am 9. Mai 1996.

Der Bischof von Trier, Dr. Hermann Josef Spital, hat für die diesjährige Wallfahrt wiederum eine ausdrückliche Einladung an die Militärseelsorge bzw. die Soldaten ausgesprochen. Unser Militärbischof, DDr. Johannes Dyba, Fulda, hat diese Einladung dankbar angenommen. Wir wollen wiederum einen Internationalen Soldatentag gestalten. Neben den Soldaten der Bundeswehr sind auch Soldaten aus Luxemburg und von den französischen und amerikanischen Streitkräften eingeladen.

Der „Soldatentag“ wird sein am **Donnerstag, dem 9. Mai 1996**. Wir beginnen **um 09.00 Uhr** mit einem Pontifikalamt im Trierer Dom, das musikalisch vom Heeresmusikkorps Koblenz gestaltet wird. Nach dem Gottesdienst und der Möglichkeit, die Tunica Domini zu sehen, wird sich eine Internationale Stunde der Begegnung anschließen.

Zur Bedeutung der Wallfahrt oder „Die letzte Olympiade“

Im Martyrologium der Heiligen Nacht heißt es: „... in der 194. Olympiade ... da wollte Jesus Christus, ewiger Gott und Sohn des ewigen Vaters, die Welt durch seine rettende Ankunft heiligen.“

Wir stehen 1996 am Beginn der letzten Olympiade dieses Jahrtausends.

Nüchtern betrachtet, ist unsere Situation grundsätzlich keine andere als die unserer Ahnen von damals. Auch wir leben wesentlich von Voraussetzungen, die wir nicht selbst geschaffen haben und nicht selbst schaffen können. Auch wir suchen Lebensdeutung und Daseinserhellung und können, wenn wir uns in die Reihe der Millionen Beter stellen, die in Trier waren, erleben, daß Er derselbe war, ist und bleibt, wie es schon der Hebräerbrief im 1. Jahrhundert bezeugt.

Ich weiß sehr wohl, daß die Wallfahrt zu einer umstrittenen Reliquie, deren Echtheit nicht nachgewiesen werden kann, nicht jedermanns Sache ist. Tun wir es aber, so stehen wir in der guten Tradition von vielen Millionen Beter, die nach Trier gewallfahrtet sind, nicht um vordergründig eine Reliquie zu verehren, sondern dahinter den menschgewordenen Gott gesehen haben und für ihr eigenes Leben Deutung und Erhellung erhofften.

Es geht also nicht um eine neue „Bescheißerei zu Trier“ (Martin Luther), sondern darum, daß wir zu Beginn der letzten Olympiade

dieses Jahrtausends eine Standortbestimmung des Christentums versuchen, selbst gestärkt werden und die Fackel des Glaubens in das dritte Jahrtausend hineinragen.

„Zerreiße nicht das Gewand Christi“, so rief der damalige Trierer Bischof auf dem Reichstag zu Worms, wobei der Bischof nicht das Tuch, sondern die Kirche meinte. Seit damals wird das „ungenähte Gewand“ als Zeichen für die Einheit der Christen gesehen.

Der Wallfahrtstag der Soldaten betont die Akzente „Frieden-Freiheit-Völkerverständigung“.

Ich hoffe sehr, daß wir mit einer ansehnlichen Anzahl in Trier ver-

treten sein werden und in der Tradition der mehr als vier Millionen Pilger von 1959 mit dem damaligen großen Pilgergebet beten können:

„Jesus Christus, Heiland und Erlöser, erbarme Dich über uns und über die ganze Welt. Gedenke deiner Christenheit und führe zusammen, was getrennt ist. Amen.“

Weitere Informationen zum Soldatentag bei:
Kath. Wehrbereichsdekan IV
GFZ-Kaserne, Freiligrathstr. 6
55131 Mainz
Tel.: 06131/56-2040



Soldaten der amerikanischen, französischen, luxemburgischen Streitkräfte und der Bundeswehr versammelten sich 1959 um den Altar mit der ausgestellten Tunica Domini zum Soldatengottesdienst im Trierer Dom. (Foto: KWBD IV)

KURZ NOTIERT

Vogel: Bindung an höhere Instanz hilfreich in der Politik

Baden-Baden, 26.01.96 (KNA) Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel hat die Politiker ermahnt, sich bei Entscheidungen der Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten bewußt zu sein. Gerade im „Bonner Betrieb“ kämen sich die Menschen oft wie in einem „Hamsterrad“ vor, sagte der Sozialdemokrat am Freitag im Südwestfunk. Die Fähigkeit, äußeren Zwängen zu widerstehen, sei bei

denen stärker, die eine „Instanz“ außerhalb des menschlichen und irdischen Bereichs“ anerkannten. „Man muß tun, was man kann, aber die letzte Verantwortung und Zuständigkeit liegt beim Herrgott“, sagte der Katholik. Diese Überzeugung habe ihm sehr geholfen, als er in den Wochen der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und der Kaperung der Lufthansa-Maschi-

ne „Landshut“ 1977 Bundesjustizminister war. Es sei eine „wesentliche Hilfe“ im politischen Geschäft, den Menschen nicht für allmächtig oder allwissend zu halten. Vogel bezeichnete es als Aufgabe der Kirchen, nicht selbst politische Macht auszuüben, sondern „Fragen zu stellen, zu mahnen und den Menschen dadurch in den Stand zu versetzen, daß er nicht einfach blind agiert“.

Spendenaufwurf für die Aktion Nowospasskoje

Seit 1993 unterstützt die GKS die Kirchengemeinde in Nowospasskoje bei Smolensk beim Wiederaufbau von Kirche und Gemeindestruktur (s.a. AUFTRAG Nr. 207/93, S. 186 ff.). Nachdem der Ortspriester, Vater Nikolai Privalow, ein kleines Krankenhaus für das Dorf und sein Umfeld errichten konnte, bat er nun um Unterstützung mit Sanitätsmaterial, Medikamenten und Bekleidung.

Aus Beständen der Bundeswehr wurden der GKS rund 20 Tonnen entsprechenden Materials zur Verfügung gestellt. Eine Auslieferung unter Nutzung militärischen Transportraums ist allerdings nicht möglich. Deshalb wird der Malteser Hilfsdienst den Transport übernehmen. Das kostet jedoch bei allem Entgegenkommen der Malteser Geld, das nur durch Spenden aufgebracht werden kann. Die Kreise der GKS werden daher für diesen Zweck zu Spenden aufgerufen. Sie mögen diese unter dem Stichwort „Nowospasskoje“ auf unser Spendenkonto überweisen. Nur so kann die angelaufene Aktion erfolgreich abgeschlossen werden und können andere Projekte, welche die GKS unterstützt, fortgeführt werden.

Das Spendenkonto lautet: KtoNr.: 2532786 • BLZ 380 400 07 • Commerzbank Bonn • Kath. Soldaten-seelsorge – Anstalt des öffentl. Rechts • Vermerk „Spendenkonto der GKS“

CAMINO DES SANTIAGO 1996

Wallfahrt nach Santiago de Compostela

Seit vielen Jahrhunderten ist Santiago de Compostela in Spanien Ziel vieler tausend Pilger. Zeitweilig war diese Verehrungsstätte des Apostels Jakobus nach Rom und Jerusalem der drittgrößte Wallfahrtsort der Christenheit. Die Begegnung der Pilger aus allen Teilen Europas befruchtete die Kunst und Kultur seit Beginn der Wallfahrt. Heute erlebt die Pilgerbewegung eine Renaissance.

Auf Einladung spanischer Soldaten beteiligt sich die GKS auch in diesem Jahr an dieser Wallfahrt.

Sie findet in der Zeit vom 11. bis 25. Juli 1996 statt. Auskünfte über die Wegstrecke und sonstige Einzelheiten erteilt StFw Walter Hütten, Malteserstraße 14, 52349 Düren. Der persönliche Anteil an den Kosten beträgt gestaffelt nach BesGrp zwischen 350 und 500 Mark.



STELLENANZEIGE

Wir suchen zunächst für 2 Jahre, zur Erarbeitung und zur Umsetzung eines integrierten Schutz- und Entwicklungskonzeptes für einen Nationalpark in

Ost-Zaire

Standort Bukavu

Berater/-in Auf- und Ausbau einer Nationalparkwacht

Ihre Aufgaben: Sie beraten und unterstützen unsere Partner mit dem Ziel, die Parküberwachung und den Ausbildungsstand des Parkpersonals zu verbessern und eine Strategie zur Tourismusförderung zu erarbeiten.

Unsere Anforderungen: Sie haben Erfahrung bei Planung und Durchführung polizeiähnlicher Ausbildungen, einen Hochschulabschluß / Fachhochschulabschluß in Pädagogik, Psycholo-

gie o.ä.. Hohe kulturelle Sensibilität und Einfühlungsvermögen in das Denken und Handeln lokaler Partner sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, mit anderen Organisationen und Institutionen zusammenzuarbeiten, setzen wir ebenso voraus wie die Beherrschung der französischen Sprache.

Die GTZ ist ein weltweit tätiges Unternehmen, das im Auftrag des Bundes und anderer Regie-

rungen an der Lösung von Entwicklungsproblemen in Partnerländern arbeitet.

Fühlen Sie sich angesprochen? Dann senden Sie uns Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) unter Angabe der Kennziffer RK 1 an: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Postfach 5180, 65726 Eschborn.



3. LEBENSABSCHNITT

„Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“

Seminar der GKS zur Qualität der „Dritten Lebensphase“

Heinrich Havermann

„Wer sich selbst nichts gönnt, wem kann der Gutes tun? Er wird seinem Glück nicht begegnen.“ Pater Hugo Stoll SJ setzte seine Zuhörerrunde mit diesem Zitat aus dem Buch Jesus Sirach (14,5) einigermmaßen in Erstaunen, als er am 8. November 1995 damit ein viertägiges Seminar einleitete. Im Nachdenken über diesen Bibelspruch führte er dann aus, daß es gerade beim Übergang von einer Lebensphase zur anderen ratsam sei, sich die Zeit und Muße zu gönnen für die Suche nach den Chancen und Möglichkeiten eines neuen Zeitabschnittes wie auch nach dem Sinn des Lebensweges, damit die geschenkte Zeit letztlich eine erfüllte werde.

Pater Hugo Stolls Zuhörerrunde bestand aus 13 Ehepaaren, die einer Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu einem Seminar über die Qualität der 3. Lebensphase ins Caritas-Pirckheimer-Haus nach Nürnberg gefolgt waren. Die Ehemänner waren alle Berufssoldaten, denen ja bekanntlich schon in relativ „jungen“ Jahren – also im Alter zwischen 50 und 60 Jahren – die gesetzmäßige Versetzung in den Ruhestand ausgesprochen wird. Die nach der Dienstzeit dann folgende Phase kann man gewiß noch nicht als Lebensabend bezeichnen. Es beginnt vielmehr eine neuer Lebensabschnitt, der nicht weniger lebenswert ist als die vorausgehenden, weil er seine eigenen Herausforderungen enthält. Da im allgemeinen schon der Beginn der „Dritten Lebensphase“ zugleich auch den Beginn vieler neuer Möglichkeiten für den einzelnen wie für die Ehepartner gemeinsam bringt, will die GKS mit einem Se-

minar an der Schnittstelle zwischen Dienstzeit und Ruhestand den angehenden „Pensionären“ helfen, die Zukunft jeweils positiv anzugehen und, aufbauend auf der eigenen Lebenserfahrung und der gewachsenen Gemeinsamkeit der Ehepartner, sie aktiv zu gestalten.

Aktive Mitarbeit der Teilnehmer war auch beim Seminar immer wieder gefragt. Sehr geschickt eingefädelt und gezielt ausgerichtet auf das persönliche Einbringen war bereits die der Begrüßung folgende Vorstellung. Jeder Teilnehmer hatte die Gelegenheit, aus einer Fülle von Fotos mit unterschiedlichsten Motiven eine Auswahl zu treffen, die verständlicherweise nach einer Begründung verlangte. Dabei kam stets auch eine Beschreibung des jeweiligen Ichs mit seinem Herkunft und seinen Erwartungen zutage. Diese gründliche Vorstellung förderte die Zusammenarbeit im Seminar außerordentlich.

Einem Arzt war dann der thematische Einstieg in das Seminar unter der Überschrift „Altern als Schicksal und Chance“ vorbehalten. Mit der von der Psychologie geliehenen Kennzeichnung der Phasen von Jugend als Leichtsinns, von Erwachsensein als Eigensinn und von Alter als Starrsinn, mit manch zusätzlichem Blick über das medizinische Feld hinaus, vor allem aber mit deutlichen Worten zu Problemen der Wechsel- und Altersjahre gelang es ihm, die Teilnehmer rasch davon zu überzeugen, daß Altern keine Krankheit ist, sondern ein in Bewegung gehaltener und maßvoll trainierter Körper die rechte Voraussetzung für ein reges Leben ist, das auf keinen Fall von der jungen Generati-

on abgeschottet werden und das die gewonnenen Erfahrungen zur Weisheit weiterentwickeln sollte.

Im folgenden Arbeitsschritt wurden unter der herausfordernden Überschrift „Hilfe! Das Leben beginnt!“ Erwartungen und Befürchtungen im Blick auf die Zeit nach der Versetzung in den Ruhestand zusammengetragen. Bei der Sammlung der verschiedenen Gesichtspunkte gingen Männer und Frauen getrennt vor. Spannung war zu spüren, als sich alle Teilnehmer zum Gedankenaustausch im Plenum wieder trafen. Welche Befürchtungen hegen die Frauen, wenn der Mann nun ständig zu Hause ist? Wie verkraften die Männer die Erfahrung, mit ihrem beruflichen Können nicht mehr gefordert zu sein? Solche und viele andere Fragen wurden vorgebracht. Doch war erstaunlicherweise ein Gleichklang der Auffassungen feststellbar, die erkennen ließen: man freut sich auf eine Zeit, die freier scheint von beruflichen und gesellschaftlichen Einschränkungen, man ist bereit, zusammen mit dem Ehepartner eine neue Lebensphase mit mehr Gemeinsamkeiten und auch vermehrter Zusammenarbeit (einschl. Hausarbeit) anzugehen. Insgesamt überwogen die Erwartungen die Befürchtungen.

Ganz und gar nicht im Gegensatz zu diesen Erwartungen war dann das gemeinsame Nachdenken über eine Kurzgeschichte von Rudolf Otto Wiemer „Reisender ohne Fahrkarte“ – geschickt und sehr gekonnt von Prof. Dr. Heimo Ertl ein- und auch angeleitet. Bei der Lektüre kam man nicht umhin, die geschilderte Bahnfahrt in seine Lebenserfahrungen zu übertragen

und Vergleiche anzustellen. Wenn dann zum Schluß der Reisende ohne Fahrkarte seine Ernüchterung schildert: „... ich fuhr, ich war sozusagen am Ziel meiner Wünsche ... eine Art Glücksgefühl durchdrang mich ... das Gefühl eines unaussprechlich Neuen und Gewaltigen – bis Sie, Herr Schaffner, in mein Abteil kamen und sagten ...: 'Das ist der Zug, aus dem man nicht aussteigen kann.'“ – dann richteten sich leichthin die Gedanken der Seminarteilnehmer auf das Zwangsläufige im Leben und stießen bis an die Grenzen menschlicher Existenz auf dieser Erde vor.

In dieser Existenz bei aller Unausweichlichkeit und Endlichkeit einen Sinn zu entdecken, das versuchte in einem sehr anregenden und tiefgründigen Gespräch mit den Teilnehmern des Seminars Pater Hugo Stoll SJ. Gemeinsam wurden Kriterien für den Lebenssinn aufgestellt und Beispiele für sinnvolles Verhalten gesammelt. Die biblische Aufforderung zum Kreuztragen und zur Nachfolge Christi sei in der Annahme der Gegenwart zu verwirklichen, mit der man jeweils konfrontiert sei, meinte der Pater. Er verwies auf den französischen Fliegeroffizier Antoine de Saint-Exupéry, der gebetet habe: „... Bewahre mich vor der Angst, ich könnte das Leben versäumen. Gib mir nichts, was ich

mir wünsche, sondern was ich brauche. Lehre mich die Kunst der kleinen Schritte!“

Das, was ein Pensionärsehepaar heute auch dringend braucht, ist ein ausreichendes Wissen über das Versorgungs- und Sozialversicherungsrecht. Darüber informierte ein sachkundiger Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes ausführlich, ohne die heiteren Aspekte dieses im allgemeinen langweilig trockenen Feldes außer acht zu lassen.

Das Seminar zur „Dritten Lebensphase“ wurde eingerahmt von gemeinsam gestalteten und erlebten Gottesdiensten. Seine Infrastruktur bildete das günstig in der Nähe von Hauptbahnhof und Altstadt gelegene C.-Pirckheimer-Haus, dessen Belegschaft die Teilnehmer hervorragend versorgte und verpflegte.

Caritas Pirckheimer, aus dem Nürnberger Patriziat stammend, war im 16. Jahrhundert die letzte Äbtissin eines Nonnenklosters, das sich an der Stelle des heutigen C.-Pirckheimer-Hauses befand. Von diesem Haus aus erschloß sich den Teilnehmern des Seminars bei einer Altstadtführung die alte Reichsstadt Nürnberg mit ihren altherwürdigen Kirchenschätzen, reizvollen Sehenswürdigkeiten und ihrer abwechslungsreichen Geschichte. An einem erst 1984 fertiggestellten Brunnen endete

die Stadtführung: „Ehekarussell“. Dieses ins Bild gesetzte Hans-Sachs-Gedicht ermahnte die Teilnehmer des Seminars, weiter gemeinsam über die Qualität des Ehelebens im Alter nachzudenken.

Die Abende konnten die Teilnehmer im gemütlich eingerichteten und gut ausgestatteten Weinkeller des Hauses verbringen. Manch ein Tagesgespräch konnte hier in lockerer Runde weitergeführt werden. Manche geistige Anspannung konnte hier gelockert werden. Manch ein Unterhaltungstalent fand hier seine aufmerksamen Zuhörer.

Dankbare Zuhörer waren die Teilnehmer des Seminars, als ihnen das Nürnberger „Ensemble Kontraste“ am letzten Abend ein Triokonzert mit Werken von Ludwig van Beethoven, Robert Schumann, Igor Strawinsky und Johannes Brahms bot. Nach dem Ohrenschmaus war dann noch die Gelegenheit gegeben, das Erlebte bei einem Imbiß sowie im Gespräch mit den Künstlern zu vertiefen. Die Teilnehmer des Seminars dürften allesamt sehr motiviert worden sein, die „Dritte Lebensphase“ aktiv und positiv anzugehen. Die Auswertung des Seminars ergab jedenfalls, daß alle gewillt waren, der Einladung zu einem Aufbau-seminar ins C.-Pirckheimer-Haus zu folgen.

EIN ZUSÄTZLICHES SEMINAR DER GKS ZUR „QUALITÄT DER 3. LEBENSPHASE“ FINDET IN NÜRNBERG VOM 23. BIS 27. OKTOBER 1966 IN DER BEWÄHRTEN FORM STATT. ANMELDUNGEN SIND ZU RICHTEN AN K. TENSCHERT, THÜRINGER ALLEE 113, 53757 SANKT AUGUSTIN.

Weiterbildungsseminar für Führungskräfte der GKS

Immer wieder wird von den Kreisen und Bereichen der GKS gefordert, Vorsitzende oder sonstige Funktionsträger unserer Gemeinschaft für ihre Aufgaben zu schulen, ihnen damit die Verbandsarbeit zu erleichtern und erfolgreicher zu machen. Ein „Weiterbildungsseminar für Führungskräfte der GKS“ – also für (neue) Vorsitzende, Ansprechpartner, Geschäftsführer auf WB-Ebene oder sonstige Funktionsträger – hat genau dies zum Ziel. Das Seminar findet vom 07.–09.06.1996 unter Leitung des Bundesvorstandes an der Thomas-

Morus-Akademie in Bensberg (51429 Bergisch-Gladbach) bei Köln statt. Zu dem Seminar können auch Familienangehörige mitgebracht werden. Den „Funktionsträgern“ entstehen keine Kosten. Ehepartner und Kinder zahlen Beiträge wie zu Familienwochenenden.

Anmeldungen sind ab sofort zu richten an: Referent beim Bundesvorstand der GKS Jürgen Bringmann, Breite Straße 25, 53111 Bonn, oder Postfach 3232, 53022 Bonn, Tel: 0228–638762, Fax: 0228–638763.

SOLDATENBETREUUNG



Zeitgemäße Soldatenbetreuung muß flexibel, ökumenisch und international sein



Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) diskutiert neue Formen der Betreuung von Soldaten

Paul Schulz

„Soldatenbetreuung ist eine Dienstleistung zur Unterstützung der Militärseelsorge. Sie ist im Rahmen der Fürsorgepflicht des Staates ein Dienst an den Soldaten und ihren Familien“, so versteht General a.D. Dieter Clauß die Aufgabe der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS). Als Vorsitzender der KAS hatte er Militärpfarrer, verantwortliche Soldaten und zivile Bürger, die in die Betreuungsarbeit eingebunden sind, sowie hauptamtliche Mitarbeiter der KAS zu einer zweitägigen Klausurtagung am 22./23. Januar nach Bonn eingeladen.

Diskutiert wurde, wie diese katholische Arbeitsgemeinschaft auf die veränderten Rahmenbedingungen – Verknappung der Finanzmittel, Reduzierung der Bundeswehr mit Aufgabe oder Verkleinerung von Standorten, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verkürzung der Grundwehrdienstzeit, heimatnahe Einberufung und verändertes Freizeitverhalten der Soldaten – reagieren solle.

Trotz der ungünstigen Voraussetzungen bestand Einigkeit darin, daß die Betreuung der Soldaten unverzichtbar sei und sogar verstärkt werden müsse.

Nach Mitteilung von General a.D. Clauß werden feste Soldatenfreizeitheim zukünftig eine geringere Rolle spielen, weil Betreuung offen und dort zu leisten ist, wo die betroffenen Soldaten und ihre Familien sind. Flexibel müsse die KAS auf die Aufträge der Truppe und ihre Einsatzorte reagieren können.

Da Betreuung sich an alle Soldaten, unabhängig von ihrer kirch-

lichen Zugehörigkeit wende, müsse sie auch unter Bündelung aller Kräfte ökumenisch geplant und durchgeführt werden, unterstrich Clauß. Dies gelte vor allem für den Aufbau der Betreuung in den neuen Bundesländern, aber auch für Auslandseinsätze und die Sorge um die Familien der Soldaten während der Einsätze außerhalb ihrer Wohnorte.

Wie der Geschäftsführer Detlef Warwas ergänzte, wolle die KAS zukünftig bei der Unterstützung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr stärker mit ähnlichen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, die bei out-of-area-Missionen die Soldaten anderer Streitkräfte betreuten. So werde ein mobiler Betreuungspavillon für die in Benkovac/Krajina stationierten Pioniere des deutschen Kontingents in Kroatien gemeinsam mit der evangelischen Schwesterorganisation EAS und mit Unterstützung der europäischen, christlichen Betreuungsorganisation E.C.H.O.S. betrieben.

Mobiles Soldatenfreizeitheim für Pioniere in Benkovac/Krajina

Der Pavillon, eine stabile, klimatisierte und voll eingerichtete Zeltkonstruktion mit festem Boden, wurde Ende Januar per Schiff von Emden zum kroatischen Hafen Zadar transportiert. Voraussichtlich Mitte Februar wird dieses neue Modell eines „Freizeittreffs“ für Soldaten bei Auslandseinsätzen seine Arbeit in Benkovac aufnehmen.

Alle Betreuungsmaßnahmen werden von KAS und EAS gemein-

sam geplant und durchgeführt. Die Freizeiteinrichtung wird durch ein ökumenisches Betreuungsteam betrieben. Die KAS stellt als Heimleiter einen evangelischen Christen und die EAS zu seiner Unterstützung einen Katholiken ab. Beide werden aus juristischen Gründen zu Wehrübungen einberufen.

Angeboten werden z.B. Satellitenfernsehen, Infothek mit Printmedien und Bücherei, Spielothek mit Gesellschaftsspielen, Kultur- und Unterhaltungsveranstaltungen. In Abstimmung mit der Militärseelsorge vor Ort werden auch Gesprächsrunden und Gottesdienste angeboten.

Die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung wurde 1956 zur Gründung der Bundeswehr auf Betreiben des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ins Leben gerufen. In den 40 Jahren haben mehrere hunderttausend Soldaten die Freizeit- und Bildungsangebote der KAS genutzt. In den Garnisonsstädten der alten Bundesländer werden die Soldatenfreizeitheimen auch von der Zivilbevölkerung gern angenommen. Die Attraktivität der Häuser ergibt sich aus einem vielfältigen Angebot für sinnvolle Freizeitgestaltung außerhalb der Kasernen. Dazu kommen gute Gastronomie in gepflegter Club-Atmosphäre, gehobene kulturelle Veranstaltungen und attraktive Bildungsangebote.

Die GKS ist Mitglied in der KAS e.V. und durch Oberst a.D. Hans-Georg Marohl seit vielen Jahren im Vorstand vertreten.

GKS Kreis Bonn im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses

Jan-Philipp Görtz

Am 23.11.1995 fand eine Gesprächsrunde des GKS-Kreises Bonn mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Klaus Rose (CSU), statt, an dem ca. 50 GKS-Mitglieder teilnahmen.

Der Gesprächsleitung gelang es, die Aufmerksamkeit auf die Diskussion noch zu erhellender Fragen zu lenken. In eineinhalb Stunden wurden so mehrere Themen erstaunlich kontrovers diskutiert.

Nach Begrüßung durch Dr. Rose und Einleitung durch Oberst i.G. Englert war das erste Thema der Stellenwert, den charakterliche Bildung, Ethik und Moral in der Bundeswehr haben. Insbesondere wurde kritisch angefragt, ob dem Verteidigungsausschuß bekannt sei, daß die Politische Bildung und der Lebenskundliche Unterricht des öfteren ausfalle oder durch schlechte Dienstplangestaltung häufig unmöglich gemacht werde. Dabei komme gerade der Politischen Bildung und der Militärseelsorge mit den Lebenskundlichen Unterrichten eine bedeutende Funktion als Orientierungshilfe für den Soldaten zu. Sie förderten die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte, ohne die die bloß fachlichen Fähigkeiten und Kenntnisse das Menschenbild des Grundgesetzes und unserer christlich-abendländischen Wertordnung in den Hintergrund drängen könnten. Aus der Reihe der jüngeren Teilnehmer wurde noch hinzugefügt, daß viele Teileinheitsführer für die verschiedenen Unterriehte nicht genügend ausgebildet seien und sich oft nicht getrauten, die Unterriehte durchzuführen. Ohne die ideellen Grundlagen aber sei verantwortliches Führen und Dienen schwierig. Dieses Defizit wirke sich auch negativ auf die Motivation junger Menschen aus, die in ihrem Handeln einen tieferen Sinn sehen wollten.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses führte aus, daß die Notwendigkeit der Militärseel-

sorge und des Lebenskundlichen Unterrichtes im Ausschuß generell unstrittig sei. In der Praxis wirke sich aber aus, daß immer häufiger sowohl militärische Vorgesetzte als auch Untergebene keine kirchliche Bindung mehr hätten und aus diesem Grunde auch in der Armee den Kirchen fern stünden. Hier sei es bedauerlich, daß sich in diesem Falle gesamtgesellschaftliches Verhalten auf die Bundeswehr übertrage.

Die ideelle Ausbildung sei eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der vor uns liegenden Anforderungen. Er lege daher persönlich großen Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Ausbildungsteiles, und wolle sich in Zukunft auch mehr um die tatsächliche Überprüfung des Angebotes kümmern. Faktisch seien diesem Vorhaben jedoch Grenzen gesetzt.

Schnell kam das Plenum im weiteren zu einem Thema, dem in den vergangenen Wochen viel Aufmerksamkeit gewidmet worden war. Ein pensionierter Offizier brachte das Gespräch auf das sog. „Mörderurteil“, indem er Dr. Rose nach seiner Einschätzung dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) fragte. Dr. Rose verurteilte die in dem Urteil zum Ausdruck kommende Grundhaltung. Es könne nicht hingenommen werden, daß Soldaten unterschiedslos als Mörder bezeichnet werden dürften. Die Union werde sich über die Ablehnung des Urteils hinaus vorbehalten, eine Gesetzesänderung zum Strafrecht einzubringen.

Bis zu diesem Punkt verlief die Diskussion sehr einmütig, wurde jedoch kontroverser, als aus dem Plenum geäußert wurde, daß dem Urteil durchaus auch positive Seiten abzugewinnen seien. So habe sich das BVG eindeutig für die Meinungsfreiheit ausgesprochen, was auch den Soldaten selber zugute kommen könne. Im Endeffekt wurde die Entscheidung des BVG abgelehnt.

Zu bemerken bleibe jedoch, daß sich das Gericht keineswegs zur Richtigkeit des Ausspruchs „Soldaten sind Mörder“ geäußert, sondern nur festgestellt hat, daß man für eine undifferenzierte Schmähkritik, eben wegen ihrer mangelnden Differenzierung, nicht wegen Beleidigung bestraft werden könne. Es sei daher fraglich, ob es sich lohne, dieses Urteil immer wieder heftiger Kritik zu unterziehen und es somit zu einem größeren Problem zu machen, als es eigentlich sein müßte, zumal nun abzuwarten sei, wie die Gerichte in den jeweiligen Einzelfällen konkret urteilen werden.

Schließlich wurde noch der Themenkreis „Bundeswehr und Tradition“ erörtert. Herr Dr. Rose machte klar, daß die Wehrmacht keine Tradition begründen könne. Darüber bestehe politischer Konsens. Allerdings gelte dieser Grundsatz im wesentlichen nur für die Tradition ganzer Verbände. Bei Einzelpersonen müsse eine Einzelfallbetrachtung entscheiden. Anlaß für die Diskussion war hier insbesondere die Umbenennung zweier Bundeswehrkasernen, die Namen von Wehrmachtsgenerälen trugen. Im Gegensatz zu den beiden bekannten Fällen sei es jedoch durchaus denkbar, Tradition zum Beispiel von den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 abzuleiten. Dies solle auch geschehen. Wie es die Erklärung der GKS „Zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr“ feststellt, liege die Tradition der Bundeswehr nicht in unbedingtem, sondern in gewissenhaftem Gehorsam.

Nachdem Dr. Rose bereits mehr Zeit als vereinbart den Teilnehmern zur Verfügung stand, drückte er seine Zufriedenheit ob des Gespräches aus und regte an, den Gedankenaustausch auf dieser Ebene fortzusetzen und ähnliche Treffen zu einer Tradition zu werden zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Plenum mit Beifall begrüßt.



**NACHBAR-
SCHAFTS-
HILFE**

BRÜCKEN

NACH

OSTEUROPA

Katholische Soldaten helfen gefährdeten Jugendlichen in NITRA / Slowakei



Warum Nachbarschaftshilfe?

Die Nachbarschaftshilfe ist eine sozialcaritative Aktion katholischer Soldaten der Bundeswehr für notleidende Menschen in Mittel- und Osteuropa. Sie wurde im Jahre 1990 von der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten aus Dankbarkeit für die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Ländern ins Leben gerufen.

Bisher wurden unter anderem Projekte in Polen, Rumänien und Kroatien gefördert. Auch in diesem Jahr wird in enger Abstimmung mit der Solidaritätsaktion Renovabis ein Projekt in der Slowakei weiter unterstützt.

Unsere Hilfe ist ihre Hoffnung!

Die christliche Kommunität „Gemeinschaft der Königin des Friedens“ will ein Zentrum für gefährdete Kinder und Jugendliche einrichten. Hierzu wird das alte Bischofspalais von Nitra in Eigenleistung renoviert und umgebaut. Später sollen hierin 30 bis 40 Jugendliche ihren Wohn- und Lebensraum finden. Die Jugendlichen kommen aus Erziehungs- und Fürsorgeheimen, die sie mit 18 Jahren verlassen müssen. Sie stehen dann vor dem Nichts. Wird ihnen nicht geholfen, führt der Weg in Verwahrlosung, häufig auch in die Kriminalität. Ihre erste Adresse wäre dann das Gefängnis. Die Kommunität sieht ihre Aufga-

be darin, diesen Jugendlichen eine ganzheitliche Erziehung zukommen zu lassen, insbesondere sollen sie Wärme und Geborgenheit erfahren, die sie in der eigenen Familie nicht erleben konnten. Vor allem wird ihnen eine berufliche Ausbildung und Qualifikation ermöglicht, so daß sie nach einem 3- bis 5-jährigen Aufenthalt in der Gemeinschaft auf eigenen Füßen stehen können.

Als ersten Schritt müssen die Jugendlichen bereits beim Aufbau des Zentrums mit Hand anlegen. Die Finanzierung des Vorhabens soll zu 80% durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten gedeckt werden. In unmittelbarer Umgebung des Gebäudes liegt landwirtschaftlich nutzbares Ackerland. Zur Zeit werden etwa 60 ha Boden bearbeitet.

Entsprechend der Größe des zu bestellenden Landes werden Maschinen und Geräte benötigt. Neben dem Ackerbau ist auch eine Tierhaltung mit Geflügel, Kaninchen und Schweinen geplant.

Die Produkte des Feldbaues und der Tierzucht sollen schließlich den Eigenbedarf decken und darüber hinaus für das Erreichen einer finanziellen Unabhängigkeit sorgen. Auch in der Landwirtschaft leisten die Jugendlichen Eigenarbeit.

Dieses anspruchsvolle Projekt soll helfen, die Jugendlichen zu christlichen Wertvorstellungen zu erziehen und zu moralisch-verantwortlichem Handeln anzuleiten.

Kleine Spende große Wirkung !

Mit Ihrer Spende für das Projekt können Sie konkret und wirksam helfen. Sie helfen mit, jungen Menschen ohne familiäre Bindung ein Stück Geborgenheit und Rückhalt für ihren Platz im Leben zu geben. Sie tragen dazu bei, heimatlose Jugendliche vor sozialer Verwahrlosung und Kriminalität zu bewahren. Sie helfen so, die Welt ein kleines Stück sicherer zu machen.

Übrigens, wer eine Heimat hat, die ihm Geborgenheit und Schutz bietet, muß nicht anderswo nach einer Heimat suchen!

Ihre Spende kommt an ...

Ihre Spende, und sei sie noch so klein, kommt dem Projekt zugute. Dafür sorgen das Katholische Militärbischofsamt und das Hilfswerk der deutschen Katholiken „Renovabis“.

Der Katholische Militärbischof hat die Durchführung einer Kollekte für die Nachbarschaftshilfe angeordnet und den katholischen Soldaten und ihren Familien die Unterstützung des Projektes „Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche“ empfohlen.

... also trauen Sie sich!

Spendenkonto:
Postgiroamt Köln, KtoNr. 165035-506,
BLZ 370 100 50, Kath. Soldatenseelsorge
Bonn, Kennwort: Nachbarschaftshilfe



PERSONALIA

Msgr. Walter Theis und Marianne Groß erhielten das Bundesverdienstkreuz

Militärdekan Msgr. Walter Theis (57), seit fast 15 Jahren Leiter des Referates Kirche und Gemeinde sowie **Marianne Groß**, Bürosachbearbeiterin im Referat Seelsorge im Katholischen Militärbischofsamt, Bonn, wurden vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Der Leiter der Abteilung Verwaltung und Recht im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, überreichte die Auszeichnungen am 12. Dezember 1995 im Rahmen eines kleinen Empfangs im Haus des Katholischen Militärbischofs. Theis wurde für seine besonderen Verdienste in der Planung und Betreuung des Einsatzes von Militärpfarrern bei Übungen und Auslandseinsätzen geehrt. Die Vorbereitung der seelsorglichen Begleitung der Soldaten bei UN-Einsätzen sowie die nachbereitende Reflexion und Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen waren ihm ein besonderes Anliegen und den Militärpfarrern eine

große Hilfe. Als dienstaufsichtsführender Militärdekan über die deutschen Militärseelsorger im Ausland hat Theis internationale Kontakte, besonders im Bereich der NATO gepflegt und gefördert.

Für die Zentrale Versammlung (ZV), das Beratungsgremium des organisierten Laienapostolats für den Militärbischof, für die Theis als Beauftragter des Militärbischofs verantwortlicher Ansprechpartner ist, sowie für die GKS auf Bundesebene – Theis ist hier geistlicher Beirat – hat sich der Mainzer Priester als Mann des Dialogs und kompetenter Ratgeber erwiesen.

Marianne Groß, seit 1958 im Katholischen Militärbischofsamt tätig, trug in den schwierigen Jahren des Beginns durch ihren unermüdlichen Einsatz, ihre Vertrauenswürdigkeit und ihr Talent zum Gelingen der Militärseelsorge bei. Besonders verdient gemacht hat sie sich in Vorbereitung und Durchführung der Teilnahme einer Krankengruppe an der Internationalen Soldatenwallfahrt



Frau Marianne Groß und Militärdekan Walter Theis erhielten von Bundespräsident Roman Herzog das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Auszeichnung überreichte der Leiter der Abteilung Verwaltung und Recht im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau (links im Bild), am 12. Dezember 1995 im Rahmen eines kleinen Empfangs im Haus des Katholischen Militärbischofs. Die Mutter von Dekan Theis, Frau Else Betz (re), konnte an der Ehrung teilnehmen. (Foto: Pressestelle KMBA)

nach Lourdes. Bisher war Marianne Groß bei 35 Militärwallfahrten nach Lourdes dabei, zumeist als verantwortliche Krankenbetreuerin. Hervorgehoben wurde ihr Einsatz für die Mitarbeiter und Mitar-

beiterinnen der Kurie des Militärbischofs. Seit 22 Jahren gehört sie dem Personalrat an und tritt mit Mut und Entschiedenheit für die Belange ihrer Kollegen und Kolleginnen ein. (Pressestelle KMBA)

Ehrung für Amtsinspektor Schulz

Für 25 Jahre Tätigkeit in der Katholischen Militärseelsorge wurde Johannes Schulz (57), Referat Kirche und Gemeinde im Katholischen Militärbischofsamt, im Rahmen eines Gottesdienstes und kleinen Empfangs am 1. Februar in Bonn geehrt. Militärgeneral Jürgen Nabbefeld dankte Schulz für sein langjähri-

ges Engagement in der Militärseelsorge. Schulz sei geprägt von hoher Arbeitsmotivation und innerer Zufriedenheit. Dies strahle auch auf seine Kolleginnen und Kollegen aus. Referatsleiter Walter Theis würdigte Schulz als einen zuverlässigen und fleißigen Mitarbeiter, der besonnen und kompetent seine Arbeit verrichte und im Umgang mit seinen Mitmenschen hilfsbereit und liebenswürdig sei.

Der gelernte Bäcker wurde 1958 zum Grundwehrdienst beim Luftlande-Gebirgsjäger-Bataillon in Ellwangen einberufen. Anschließend diente er als Soldat auf Zeit in der Stabskompanie der 1. LLDiv in Bruchsal. Dort erwarb er das deutsche und das französische Fallschirmspringerabzeichen. Nach achtjähriger Dienstzeit schlug der Stabsunteroffizier 1966 die Verwaltungslaufbahn ein und arbeitete

zunächst bei der Bundeswehrverwaltung im Wehrbereich V. 1971 wechselte er in das Militärbischofsamt nach Bonn, wo er zunächst die Leitung der Matrikelstelle (Personalverzeichnis des KMBA) übernahm. Innerhalb des KMBA wechselte er nach vier Jahren in das Personalreferat und kehrte — nach Ernennung zum Amtsinspektor — wieder zurück ins Referat Kirche und Gemeinde. (KMBA)

PERSONALIA

Am 6. Januar 1996, dem Dreikönigsfest, starb nach längerer und schwerer Krankheit im häuslichen Kreis seiner Familie **Franz Pulm** (*25.09.1938). Unter großer Anteilnahme der Kolpingfamilie seiner Heimatstadt Kerpen — dem Geburtsort von Adolf Kolping —, von zahlreichen Kameraden aus der GKS und der Stammdienststelle des Heeres, seiner letzten Dienststelle, sowie Mitarbeitern aus dem Malteser-Auslandsdienst fand die Trauerfeier in der Stiftskirche St. Martinus in Kerpen statt. Kreisdechant Gerhard Dane, der Franz Pulm in den letzten Wochen seiner

Krankheit als Seelsorger begleitet hatte, machte in seiner Ansprache deutlich, welche von christlichen Werten geprägte Rolle Pulm in Familie, Gemeinde, Kolping und GKS gespielt hatte.

Franz Pulm war lange Zeit in der GKS aktiv gewesen. Von 1990 bis 1993 war er stellvertretender Vorsitzender im Wehrbereich und führte parallel dazu den GKS-Kreis Köln, dem er auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst (30.09.91) die Treue hielt.

Im Juni 1992 wurde er „Malteser“ und konnte dort seine militärischen Kenntnisse bei der Auf-

stellung und Ausbildung eines Hilfscorps für Not- und Katastrophenhilfe im Auslandsdienst des Malteser-Hilfsdienstes einbringen. Seine Krankheit beendete diese caritative Tätigkeit abrupt im Oktober 1995. (PS)

Wien, 15.01.96 (KNA) Monsignore **Alois Beck, Wiener „Stalingrad-Pfarrer“**, ist im 82. Lebensjahr im Wiener Krankenhaus Lainz gestorben. Beck war der letzte Überlebende der 32 Militärgeistlichen, die die Kesselschlacht um Stalingrad 1942/43 miterlebt hatten. Er hatte dort die 297. Infanteriedivision seelsorglich betreut, die

sich zu 80 Prozent aus Österreichern rekrutierte. Schwer erkrankt, wurde er kurz vor der Kapitulation der Deutschen noch aus dem Kessel von Stalingrad ausgeflogen. Nach dem Krieg wurde Beck zum erfolgreichen Religionslehrer, Erwachsenenbildner und Schulbuchautor, baute aber auch einen privaten Vermittlungsdienst auf. Beck, der sich aufgrund seiner Erlebnisse gegen jede Kriegsverherrlichung wandte, besaß eine einzigartige Sammlung von rund 300 Farbdias aus Stalingrad, die er bei Vorträgen zeigte, um die Schrecken des Krieges zu illustrieren.

Termine 1996

01.03. Sitzung IS in Bonn
01.–03.03. Familienwochenende WB I im Sunderhof
02.03. Termin für Lagebericht 1995
02.03. Sitzung BV GKS in Bonn
13.–14.03. Ständiger Arbeitskreis GKMD "Stunde der Fundamentalisten" in Fulda
15.–17.03. WB V: Arbeitskonferenz in Heiligkreuztal
15.–17.03. WB VI: Arbeitskonferenz
26.03. Sitzung EA in Bonn
29.–31.03. WB II: Arbeitskonferenz in Worphausen
13.–17.03. Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg
II. Quartal Gespräch SA SF im Foyer der Jesuiten Bonn "Humanitäre Intervention; Gewaltfreiheit; Balkankrieg"
20./21.04. Vorkonferenz 36. Woche der Begegnung
22.–26.04. 36. Woche der Begeg-

nung Schloß Hirschberg; Thema der ZV: „Sammeln – Stärken – Senden“
24.–26.04. Bundeskonferenz; Thema: „Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“
26.–27.05. Vollversammlung des Zdk
04.–10.05. Woche für das Leben 1996 "Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens"
08.–10.05. Haupttagung der GKMD in Fulda
09.05. Internationaler Soldatentag bei der Hl. Rock-Wallfahrt Trier
24.05. Sitzung SA K+I in Bonn
04.06. Sitzung EA in Bonn
05.–11.06. Internat. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
07.–09.06. Seminar für GKS-Führungspersonal in Bensberg
11.06. Sternfahrt der GKS im WB I nach Itzehoe

12.–16.06. Seminar 3. Lebensabschnitt in Münster
14.–16.06. WB III: Arbeitskonferenz in St. Meinolf
11.–25.07. Jakobuswallfahrt in Spanien
13.–16.07. Deutsche Ökumenische Versammlung in Erfurt "Versöhnung suchen – Leben gewinnen"
03.–16.08. AMI-Familienfreizeit in Bitche/Frankreich
19.08. Strandfest der GKS im WB I in Olpenitz
22.–25.08. Sitzung SA S+F und SA InFu in Görlitz
08.–10.09. Familienwochenende WB I im Haus Tanneck
10.09. Sitzung EA in Bonn
10.09. Teilnahme GKS WB I an Answeruswallfahrt
12.–15.09. Katholischer Kongreß in Hildesheim
11.–13.10. Sitzung BV GKS in Berlin
23.–27.10. Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
22.–23.11. Vollversammlung Zdk
25.–26.11. Herbsttagung GKMD
26.11. Sitzung EA in Bonn

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Altgeld, Prof. Dr. Wolfgang

Studium der Geschichtswissenschaften, Schwerpunkt Neuere Geschichte in Köln, Passau, Karlsruhe; Lehrstuhl in Würzburg mit Lehraufträgen in Mainz und Karlsruhe.

Egenolf, Dr. theol. Andreas

Pfarrer an der St. Hedwigskirche in Eisenach; nichtresidierender Domkapitular in Erfurt; Dozent für Homiletik (Lehre von der Predigt und ihrer Geschichte) am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt.

Gerl-Falkovitz, Prof. Dr. Hanna-Barbara

Inhaberin des Lehrstuhls für Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden. Mitglied im ZdK. Veröffentlichungen im AUFTRAG: „Die Hälfte sein – ganz werden“ (222/S. 3), „Unterwegs zur Einheit“ (213/S. 11). Der hier mit freundlicher Genehmigung der Autorin wiedergegebene Aufsatz ist in einer Schriftreihe hrsg. von der Katholischen Ärzteschaft Deutschlands „Ethische Entscheidungsfreiheit und kirchliche Bindung“, Bachem Köln, o. Jg., erschienen.

Görtz, Jan-Philipp

Gefreiter im BMVg, Mitarbeiter des Vorsitzenden des GKS-Kreises Bonn, Oberst i.G. Englert.

Grycz, Wolfgang

Der Aufsatz von Wolfgang Grycz ist dem Ost-West-Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, Heft 188/1995, Seite 53–62, Hrsg. Zentralkomitee der deutschen Katholiken, entnommen.

Hamann, Dr. habil. Rudolf

Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Dozent für Konfliktforschung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Fachbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte.

Hättich, Prof. Dr. Manfred

Studium der Theologie, Volkswirtschaft, Politologie; Ordinarius für Politikwissenschaften in Mainz; leitete 23 Jahre lang die Politische Akademie in Tutzing.

Havermann, Heinrich

Oberstleutnant a.D., zuletzt Referent im BMVg Fü S II, von 1982 bis 1994 Vorsitzender der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (ZV), Vertreter der ZV im ZdK; Veröffentlichungen zu (militär-/kultur-)historischen Themen u.a. AUFTRAG 218 „Wallfahrt in Frankreich“.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant im Streitkräfteamt, Gruppe Kommunikation; Mitglied im Bundesvorstand der GKS; Vorsitzender Sachausschuß „Innere Führung“ der GKS; Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs; Mitglied im ZdK; zahlreiche Veröffentlichungen zu Friedensethik und Sicherheitspolitik im AUFTRAG und in anderen militärischen Fachzeitschriften.

Kladiwa, Emil

Oberstleutnant a.D., von 1973 bis 1982 Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II, vertritt die GKS seit mehreren Jahren beim „Konkrete Kirche in Not“.

Nabbefeld, Monsignore Jürgen

Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes seit Juli 1995; Studium der Theologie, Philosophie, Pädagogik; 1976 Priesterweihe in Mainz; 1980–87 Standortpfarrer Gießen, Lich, Frankenberg; 1987–92 Abteilungsleiter soziale Dienste im Caritasverband und 1992–95 Caritasdirektor der Diözese Mainz.

Püttmann, Dr. Andreas

Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuständig für die

Begabtenförderung. Aufsatz mit Genehmigung des Verfassers aus: Lebendige Seelsorge, Heft 1/1994 (45. Jg.).

Schmidt, Dr. phil. Günter

Oberstudiendirektor, Leiter des Martin-Luther-Gymnasiums in Eisenach seit 1994; Studium der Literaturgeschichte und Altphilologie; unter dem SED-Regime keine Zulassung zum höheren Schuldienst.

Stuff Eckard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter

Trost, Edgar

Generalleutnant, Kommandierender General II. Korps Ulm, seit 1993 Schirmherr der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn.

Urrisk, Rolf. M.

Brigadier im österreichischen Bundesheer, von 1985 bis 1994 Generalsekretär des Apostolat Militaire International (AMI).

Ursprung, Monsignore Carl

Militärdekan, Katholischer Wehrbereichsdekan und Geistlicher Beirat der GKS im Wehrbereich IV Mainz.

Wieczorek, Wojciech

polnischer Publizist und Herausgeber einer katholischen Monatszeitschrift mit Schwerpunkt deutsch-polnische Angelegenheiten; Berater von polnischen Politikern; Botschafter a.D., letzter Botschafter der Republik Polen in der DDR; Kuratoriumsmitglied in der deutsch-polnischen Jugendbegegnungsstätte Kreisau.

BUCHBESPRECHUNGEN

Johannes Gross: Begründung der Berliner Republik. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1995, 176 Seiten.

Schon immer hat es Johannes Gross verstanden, glänzend mit Sprache umzugehen. Sein Essay 'Begründung der Berliner Republik' ist eine sprachgewaltige, nahezu sprachverliebte Analyse der politischen Situation in der Bundesrepublik am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Gross konstatiert große Veränderungen in Politik und Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschland. Eine Wende sieht er im deutschen Parteiensystem heraufziehen: „Sollte nämlich die FDP verschwinden und die PDS für die SPD immer akzeptabler werden (die Rechten aber nicht für die CDU), so kann sich mit den Grünen zusammen eine antibürgerliche Parlamentsmehrheit als dauerhaft herstellen.“

Soweit scheint es beim derzeitigen Zustand der SPD allerdings noch nicht zu sein. Absolute Mehrheiten einer Partei dürften aber, so Gross, der Vergangenheit angehören. Vor allem dürften sich die in der Bundesrepublik über Jahrzehnte entwickelten Patronage-Möglichkeiten für Parteien nicht aufrechterhalten lassen. Das bedeutet für Gross vor allem, daß die Berliner Republik nicht wie die alte Bundesrepublik Parteienstaat sein kann.

Mit dem Umzug der Regierung nach Berlin wird sich eine weitere große Änderung in der deutschen Politik entwickeln: Der politische Diskurs, die öffentliche Debatte wird ein Zentrum erhalten. Berlin wird, anders als Bonn, nicht nur das für zehn Tage im Monat belebte Hauptquartier der Bundespolitik, sondern eben auch Lebensmittelpunkt der wichtigsten Akteure werden. Die Politik wird dann in der Debatte mit anderen gesellschaftlichen Kräften (Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur) leben müssen. Schon von daher wird sich eine große Differenz zur Bonner Republik ergeben, die die Politik von anderen, gesellschaftlichen Bereichen trennte, nie ein umfassendes Zentrum der Republik bildete. Frei von großen Stürmen wird damit die Berliner Republik gewiß nicht sein, im Gegenteil: Die Politik wird sich herausgefordert fühlen und es auch sein.

Hierzu der Autor: „Zu den Funktionen einer großen Hauptstadt hat immer die gehört, nicht nur die Arena von Entscheidungen zu sein, sondern der erste Ort der öffentlichen Meinung eines Landes und die Börse, an der politische und gesellschaftliche Ideen gehandelt und bewertet werden und wo die Eliten des Landes sich messen. Wort und Begriff der Elite sind im Egalitäts-

wahn der Deutschen nach dem Krieg in Verruf geraten: Gleichheit mehr als Freiheit hielten sie für die Quintessenz des Demokratischen und schlepten damit gutwillig-unbewußt ein Erbe der Volksgemeinschaft der Nazis weiter. Es ist auch richtig, daß sie über alte Eliten, die über alle Wechsel der politischen Form hinweg einen Dienst am Gemeinwohl als lohnenden Auftrag empfinden, nicht mehr verfügen; gleichwohl haben sie als unvermeidliches Ergebnis der gesellschaftlichen Selektion und der persönlichen Leistung die verschiedensten Eliten, Für die alte Bundesrepublik war die Kommunikationschwäche unter den Eliten kennzeichnend, weil es eine Vielzahl von Zentren, aber eben keine Hauptstadt im Vollsinn des Wortes gegeben hat.“

Man mag mit Johannes Gross darüber streiten, ob das, was sich in der Bundesrepublik für Elite hält, auch diese Bezeichnung verdient. Nach über vierzig Jahren Parteien-Patronage und dem übertriebenen Hang zur Egalität gibt es daran manchen berechtigten Zweifel. Anzuregen versteht Johannes Gross mit seinem Essay über die Berliner Republik allemal, gerade auch dort, wo man ihm nicht zustimmen vermag. Es bleibt anzumerken, daß Gross in seinem Buch ein kleines, aber brillantes Kapitel über Person und politischen Stil des Bundeskanzlers niedergeschrieben hat.

(Eckhard Stuff)

David Fraser: Rommel. Die Biographie, Siedler-Verlag, Berlin 1995, 542 Seiten.

Kein anderer Heerführer des Zweiten Weltkrieges war so populär wie Feldmarschall Erwin Rommel: verehrt von den Deutschen, geachtet beim Gegner. Er und sein großer Gegenspieler Montgomery konnten auf dem nordafrikanischen Schlachtfeld eine Ritterlichkeit bewahren, die der Krieg auf dem europäischen Boden kaum noch kannte.

Die vom britischen General David Fraser vorgelegte Biographie „Rommel“ zeigt das Leben und Wirken des Feldmarschalls von der Geburt bis zum Tode auf. Fraser enthält sich dabei weitgehend einer Wertung der Person Rommel, die er vielmehr dem Leser überlassen möchte. So entsteht ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite der noch junge Heerführer, der die Chance erhält, seine unkonventionellen Vorstellungen vom Landkrieg in die Tat umzusetzen. In dieser Phase bewundert er durchaus Hitler, der bereit ist, sich über die hergebrachten Vorstellungen der Generale hinwegzusetzen. Auf der anderen Seite steht schließlich der in Afrika geschlagene Feldmarschall, der miterleben mußte, daß das Leben deutscher Soldaten dem obersten Feldherrn nichts bedeutete.

Mehr und mehr ist Rommel davon überzeugt, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen ist. Unter diesem Eindruck widerspricht er Hitler schließlich massiv, verlangt den Friedensschluß, hegt sogar Gedanken zur Öffnung der Westfront für die Angloamerikaner.

In diesem Stadium, konkret am 17. Juli 1944, also nach gelungener Landung der Alliierten in der Normandie, wird Erwin Rommel durch einen Tieffliegerangriff in Frankreich schwer verwundet. Obwohl Rommel am Tag zuvor, am 16. Juli, Hitler schriftlich aufgefordert hatte, aus der gelungenen alliierten Invasion in der Normandie die Folgerungen zu ziehen, blieb seine Haltung zum 20. Juli dennoch ambivalent. Diese Ambivalenz versucht Fraser wie folgt zu erklären:

„Auf der einen Seite hatte er sich mit der für ihn typischen Energie und Entschlossenheit der Aufgabe gestellt, die Streitkräfte auf die Abwehr der feindlichen Landung vorzubereiten, wobei er einen möglichen Erfolg sogar für denkbar hielt. Er mag geglaubt haben, die Herstellung einer möglichst günstigen militärischen Lage sei die notwendige Voraussetzung für einen Verhandlungsfrieden, und war als militärischer Befehlshaber ganz bei der Sache. Und doch war er offensichtlich bereit, gegen seinen Obersten Befehlshaber vorzugehen, und zwar nach Möglichkeit noch bevor die Armeen im Westen den Abwehrkampf begonnen hatten und obwohl er daran zweifelte, daß die Mehrzahl der deutschen Soldaten den Staatsstreich gegen Hitler unterstützen würden.“

Die beiden Vorgehensweisen schließen einander nicht völlig aus. Jeder Berufssoldat, besonders wenn er so pflichterfüllt wie Rommel war und so sehr in diesem Beruf aufging wie er, hätte alles darangesetzt, seine militärische Aufgabe nach bestem Vermögen zu erfüllen, hätte sich aber auch gleichzeitig an einem Plan beteiligen können, den fast aussichtslosen Krieg durch Verhandlungen und die erforderlichen politischen Schritte zu beenden.“

Rommels offene Sprache, aber möglicherweise auch Aussagen einiger am 20. Juli Beteiligter machen ihn schließlich verdächtig; vor die Wahl gestellt, zwischen Freislers Volksgerichtshof und dem Freitod entscheidet sich Rommel für das Letztere, auch um seine Familie zu schützen.

David Fraser hat eine umfassende Rommel-Biographie vorgelegt; die definitive Biographie über den populären Feldherrn des Zweiten Weltkrieges ist ihm jedoch nicht gelungen. Bei Fraser gibt es zuviel Geschichte und etwas zu wenig Biographie, die die Beweggründe seines Handelns und Nichthandelns genauer analysiert und anhand von Belegen auch dokumentiert.

(Eckhard Stuff)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

und erscheint bis zu neunmal jährlich.

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS), Breite Straße 25, 53111 Bonn.

Redaktion: Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., verantwortlicher Redakteur; Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Redakteur, Satz und Layout; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Klaus Brandt, Postfach 30 03 03, 51413 Bergisch-Gladbach, Fax: 02204-23005

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf

Überweisungen auf:
Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07
Commerzbank Bonn, Zweigstelle
Adenauerallee oder 165035-506
Postscheckamt Köln: Katholische
Soldatenseelsorge – Anstalt des
öffentlichen Rechts – Vermerk:
"Spendenkonto der GKS".

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung der Redaktion
und mit Quellenangabe. Nachbe-
stellung gegen eine Schutzgebühr
von DM 5,- an den ausliefernden
Köllen Verlag.